Sie waren unsere Nachbarn

Die Geschichte der Juden in Stadtoldendorf



Ein Gedenkbuch

von Christoph Ernesti
mit Beiträgen von Günther Lilge

Verlag Jörg Mitzkat Holzminden

Arthur Braun
Klara Braun
Leo Fröhlich
Ida Hahn
Paul Heinberg
Marianne Hilb
Helene Kunert
Hermann Loewenstein
Grete Johanna Loewenstein
Ernst Loewenstein
Margot Loewenstein
Helmut Loewenstein
Gertrud Loewenstein
Wilhelm Matzdorf
Alice Matzdorf
Clara Meyer
Erna Rosenhain
Julius Rosenhain
Julius Rothenberg
Lydia Rothenberg
Bertha Rothenberg
Julius Stein
Cäcilie Stein
Hildegard Stein
Emma Stridde
Julie Ullmann
Theodor Wallhausen
Kurt Wallhausen
Charlotte Wallhausen
Dr. Richard Wolff

Sie waren unsere Nachbarn

Die Geschichte der Juden in Stadtoldendorf

Ein Gedenkbuch

von
Christoph Ernesti

mit Beiträgen von
Günther Lilge

Herausgegeben von
der Stadt Stadtoldendorf
gefördert mit Mitteln des Landes Niedersachsen

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

Verlag Jörg Mitzkat Holzminden

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

Alle Rechte vorbehalten.
© 1996 Verlag Jörg Mitzkat Holzminden
Allersheimer Str. 45, 37603 Holzminden
Fotos: Stadtmuseum Stadtoldendorf (11),
Günter Konath (1(S.48)), Edmund Meyer (1(S. 16))
Jörg Mitzkat (1 (S. 83))
Druck: Aug. Lönneker Stadtoldendorf

ISBN 3-931656-02-0

„Man hat ihnen die Berufe genommen, das Besitztum gestohlen, sie durften nicht erben oder vererben, sie durften nicht auf Parkbänken sitzen oder einen Kanarienvogel halten, keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, keine Restaurants, keine Konzerte, Theater oder Kinos besuchen, für sie galten bestimmte Rassengesetze, ihnen wurden sämtliche staatsbürgerlichen Rechte entzogen, die Freizügigkeit wurde ihnen genommen, ihre Menschenrechte und ihre Menschenwürde wurden in den Staub getreten, bis sie in Konzentrationslager deportiert wurden und in die Gaskammern kamen . . . Der gelbe Judenstern kennzeichnete sie. Es waren Raubmorde, die das nationalsozialistische Regime an ihnen verübte, nur ein Teil konnte entkommen."

von Robert W. Kempner, Einführung zu dem Buch
„Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat" von Joseph Walk

Die Geschichte der Juden in Stadtoldendorf

Inhalt

Prolog ..... Seite 3

Einleitung
Christoph Ernesti ..... Seite 5

Vorwort
Michael Fürst, Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen ..... Seite 6

Zum Geleit
Dietmar Rauls, Bürgermeister der Stadt Stadtoldendorf ..... Seite 7

Der Wandel Stadtoldendorfs
Günther Lilge ..... Seite 9

Die jüdische Kultusgemeinde und die Synagoge
Christoph Ernesti ..... Seite 14

Die Jüdischen Bürger von Stadtoldendorf - 123 Kurzbiographien
Christoph Ernesti ..... Seite 16

Der Schauprozeß - Die „Arisierung" der Weberei Rothschild
Christoph Ernesti ..... Seite 56

Die Pogromnacht 9./10. November 1938
Christoph Ernesti ..... Seite 63

Vom Boykott zur „Entjudung" - Verdrängung und Deportation
Christoph Ernesti ..... Seite 69

Der jüdische Friedhof
Günther Lilge ..... Seite 82

Namensliste der jüdischen Bürger von Stadtoldendorf,
die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung wurden ..... Seite 82

Zeittafel zur Judenpolitik des NS-Regimes ..... Seite 84

Stiftungen jüdischer Bürger in Stadtoldendorf ..... Seite 83

Literaturverzeichnis ..... Seite 90

Quellenverzeichnis ..... Seite 92

Einleitung

Der Aufstieg des bettelarmen Ackerbürgerstädtchens Stadtoldendorf zur geschäftigen kleinen Industriestadt in der Zeit der Gründerjahre ist untrennbar mit der Geschichte der ehemaligen Weberei A.J. Rothschild Söhne verbunden. Über Generationen hinweg haben Männer wie Adam Joseph Rothschild, Ephraim Rothschild, Oskar Wolff, Dr. phil. Richard Wolff, Wilhelm Matzdorf und Dr. jur. Josef Schoenbeck mit unternehmerischer Weitsicht und aktivem Engagement in der Lokalpolitik zur Entwicklung ihrer Heimatstadt beigetragen. Persönlichkeiten, wie der Geheime Kommerzienrat Max Levy, dem 1918 die Ehrenbürgerschaft verliehen wurde, haben sich mit der Stiftung des Krankenhauses, des Kindergartens und vielerlei anderer Aktivitäten um ihre Stadt verdient gemacht. Dies alles konnte nicht verhindern, daß auch die jüdischen Bürger von Stadtoldendorf auf grausame Weise Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurden.

50 Jahre nach Kriegsende wird die beschönigende Floskel von „unseren jüdischen Mitbürgern" gerne in den Mund genommen. Der Begriff wirft jedoch unmittelbar die Frage auf, wie es dazu kommen konnte, daß Bürger über Mitbürger herfielen. Das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden in Stadtoldendorf wird von Betroffenen und Zeitzeugen gleichermaßen bis zum Zeitpunkt der Machtübernahme als harmonisch beschrieben. Aber auch in Stadtoldendorf hatte die nationalsozialistische Bewegung breiten Rückhalt. Es waren die gesellschaftlichen „Vorbilder" eines kleinstädtischen Gemeinwesens, der Rektor und zwei Lehrer der Bürgerschule und ein hochangesehener Allgemeinmediziner, die dem Terrorregime vor Ort den Weg bereiteten. Dieselben Männer befahlen die Plünderung und Verbrennung der Synagoge in der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 und legten dabei tatkräftig mit Hand an.

Die Akte der Stadtverwaltung mit dem Titel „Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938" dokumentiert in allen Einzelheiten die Verfolgung der jüdischen Bürger von Stadtoldendorf in der Zeit des Nationalsozialismus. Gleichzeitig zeigt sie jedoch in erschreckender Weise, wie die Verwaltungsbeamten zu Schreibtischtätern wurden. Mit Akribie und Fleiß, in Anwendung der geltenden Gesetze, vollzogen sie den Ausschluß der jüdischen Einwohner aus dem öffentlichen Leben und die später folgende Deportation. Dabei waren die Opfer den Tätern nicht unbekannt. In einer Kleinstadt mit 4.000 Einwohnern kannte jeder jeden, nicht selten hatte man gar die Schulbank miteinander geteilt. Um den Zynismus und die Menschenverachtung, mit der dieser Verwaltungsapparat agierte, dem Leser näherzubringen, sind bewußt Zeitdokumente als Reproduktion oder in originalgetreuer Abschrift hier wiedergegeben.

Die jeweiligen Ereignisse und Verhältnisse im Mikrokosmos der Stadt Stadtoldendorf erscheinen nicht selten als ein Spiegelbild überregionaler Geschehnisse. Aus diesem Grund ist vom Autor der Versuch unternommen worden, dort, wo es möglich und notwendig erschien, den gesamthistorischen Zusammenhang aufzuzeigen.

Sinn und Zweck der vorliegenden Veröffentlichung ist jedoch nicht die historisch-wissenschaftliche Abhandlung eines Themas oder Zeitraumes in der lokalen Betrachtung. Vielmehr soll ein lebendiges Bild vom Leben der ehemaligen jüdischen Gemeinde Stadtoldendorfs, aber auch von ihrem Untergang gezeichnet werden. Weder in den bestehenden beiden Chroniken noch in anderen Veröffentlichungen ist diesem Thema bisher besondere Beachtung geschenkt worden.

Um die Anonymität des Begriffes von „unseren jüdischen Mitbürgern" zu überwinden und ein Bewußtsein dafür zu schaffen, wer diese Menschen waren, wurden bewußt die Kurzbiographien von 123 ehemaligen jüdischen Einwohnern der Stadt Stadtoldendorf in den Vordergrund gerückt. Das Andenken an diese Menschen zu bewahren, deren Weg in die Emigration oder in die Gaskammern der KZ's vor unserer Haustür begann, ist das Anliegen dieses Buches.

Christoph Ernesti — Stadtoldendorf, 11. März 1996

Vorwort

Na, schon wieder ein Buch über die Juden!

Jede gute oder schlechte Gemeinde, die etwas auf sich hält, kann nach 50 Jahren ein Buch über ihre „jüdische" Vergangenheit vorlegen, die „braune" Vergangenheit dabei sehr häufig zurückdrängend, übersehend, vergessend.
Warum es heute keine Juden mehr in der Stadt gibt? Sie sind ausgewandert, weil sie beruflich keinen Erfolg hatten, ihr Geschäft lief nicht mehr, sie wollten in einen größeren Ort ziehen, usw., usw.. Der Begründungen gibt es viele — Wahrheit? Dichtung?
Ältere könnten es sicher besser wissen, wenn sie wollten!
So bleibt es also überwiegend jüngeren Menschen vorbehalten, die Vergangenheit i h r e r Stadt aufzuarbeiten — häufig gegen den Wunsch, teilweise Widerstand so vieler Stadtväter, so vieler Bürgerinnen und Bürger.
Umso erfreulicher ist es, wenn ein Stadtrat einstimmig die Aufarbeitung der Stadtgeschichte, die ja die Geschichte jedes einzelnen Menschen ist, bewirkt, um auf diese Weise dem Vergessen entgegenzuwirken.
Dabei soll das Engagement Einzelner keineswegs herabgesetzt werden, sind es doch meistens Einzelpersonen, auf deren Initiative sich ein solches Gesamtwerk begründet.
Warum macht man so etwas? Um sich ein Denkmal zu setzen? Nein, sicher nicht!
Es ist eine Arbeit mit der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft.
Die Geschichte der Juden in Stadtoldendorf ist wie die anderer Juden, anderer jüdischer Gemeinden in ganz Deutschland bis zu ihrer fabrikmäßigen Ausrottung, in Niedersachsen, Westfalen, Bayern, überall: Sie ist Geschichte, ganz einfach Geschichte, weil eine Gegenwart nicht vorhanden ist, eine Zukunft für Juden in Stadtoldendorf nicht erkennbar ist. Zu viel haben die braunen Horden, aber auch die Mitläufer, Mitdenker, Überseher, Überhörer zerstört, fast alles.
Die Historiker mögen darüber streiten, ob die Ermordung von sechs Millionen Menschen einzigartig war, ob es sechs Millionen Ermordete oder „nur" fünf Millionen Menschen waren, die von Deutschen oder in deutschem Namen ermordet wurden.
Umgebracht wurde nahezu das gesamte europäische Judentum mit all` seinem Wissen, seiner Weisheit, Toleranz und Kultur.
Na, schon wieder ein Buch über die Juden!
Was wir heute nicht mehr erinnern, wird in Zukunft in Vergessenheit geraten.
Wer sich der Geschichte nicht erinnert, ist verurteilt, sie ein zweites Mal zu durchleben. Denken wir daran, wenn wir dieses Buch lesen.

Michael Fürst

Vorsitzender des Landesverbandes
der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen

Zum Geleit

Zur Geschichte der Juden in Stadtoldendorf

Christoph Ernesti hat mit seiner gelungenen Arbeit über die Geschichte der jüdischen Mitbürger in Stadtoldendorf eine bisher als schmerzlich empfundene Lücke in der Chronik von Stadtoldendorf geschlossen. Dafür sind wir ihm sehr dankbar. Die jüdische Kultusgemeinde bildete ab der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts einen integrierten Bestandteil der Bevölkerung Stadtoldendorfs.
Die jüdischen Mitbürger waren Deutsche wie wir, Deutschland war ihre Heimat, war ihr Vaterland, hier lebten sie, bis sie durch ein verbrecherisches System für rechtlos erklärt und aus der Gemeinschaft unseres Volkes ausgeschlossen wurden.
Diese Schrift gibt den Stadtoldendorfer Juden ihren rechtmäßigen Platz in der Geschichte zurück. Dies ist nach mehr als 50 Jahren überfällig!
Gleichzeitig wird die große Lebensleistung einzelner Menschen jüdischen Glaubens für das Gemeinwesen gewürdigt.
Insbesondere junge Menschen haben in den letzten Jahren immer wieder gefragt: „Wie war das mit unseren Juden in Stadtoldendorf damals, ab 1933 und nach 1938? Was geschah hier vor Ort?"
Diese wirklich wichtige Arbeit gibt verläßliche und fundierte Antworten auf diese Fragen, die uns alle, jung und alt, angehen. Diese Schrift ist eine schmerzliche Erinnerung an unsere jüdischen Mitbürger, zugleich aber auch eine unüberhörbare Mahnung, es niemals mehr zu einer Entrechtung von Teilen aller hier wohnenden Mitmenschen kommen zu lassen.
Wir alle wollen uns dessen ständig bewußt bleiben.
Wenn wir dazu bereit und willens sind, die Lehren aus dem Geschehen zu beherzigen, ja das furchtbare Geschehen wenigstens zur Kenntnis zu nehmen, es nicht mehr totzuschweigen, bleibt es uns — so hoffen wir — erspart, die Geschichte zu wiederholen.
Wir wünschen dieser Schrift aufmerksame Leser in Stadtoldendorf, in der näheren und weiteren Umgebung und eine weite Verbreitung.
Ohne persönliche Betroffenheit und Auseinandersetzung mit dem Geschehen von damals und seinen Anfängen ist es nicht getan, lieber Leser.

Für die Stadt Stadtoldendorf

Dietmar Rauls	Wilhelm-Joachim Räcker
Bürgermeister	Stadtdirektor

Vom „toten, gewerbelosen Ort“ zum prosperierenden Industriestandort

Der Wandel Stadtoldendorfs im 19. Jh. und der Anteil, den jüdische Bürger daran hatten

Günther Lilge

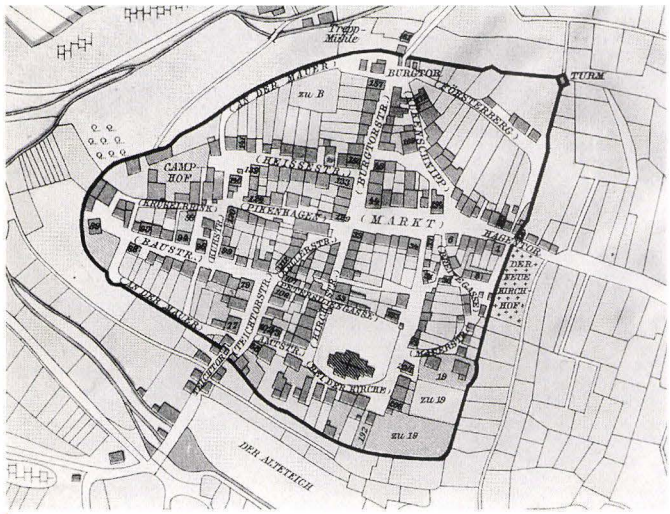
Ebenso wie für viele vergleichbare deutsche Kleinstädte begann die „Neuzeit“ für Stadtoldendorf erst im 19. Jahrhundert, genauer gesagt, in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts.

Nicht nur das damalige Stadtbild vermittelte diesen Eindruck, es war wohl auch das völlige Fehlen innovativer Kräfte, was den Verfasser einer 1803 erschienenen Beschreibung des Herzogtums Braunschweig veranlaßte zu schreiben:

„Stadtoldendorf ist ein toter, gewerbeloser Ort, dessen Einwohner sich hauptsächlich vom Ackerbau, der Leineweberei, dem Brauwesen und einigen Handwerken nähren.“ [1]

Dieses harte Urteil mag verwundern, wenn man aus der Chronik erfährt, daß in eben der Zeit auf relativ engem Raum und bei geringer Einwohnerzahl eine für unsere heutigen Verhältnisse erhebliche Dichte von Handwerksbetrieben vorhanden war. Wir lesen von nicht weniger als 9 Gilden, von denen die der Schuhmacher 39 Meister (bei rund 1200 Einwohnern, 1776) [2] und die der Weber und Drellmacher gar 76 Meister (bei rund 1390 Einwohnern, 1793)[3] aufzuweisen hatte. Dazu kamen 4 - 5 Kaufleute und (ab 1749) sogar eine Apotheke. [4]

Wenn man obige Aussage über die kommerziellen Verhältnisse in der Stadt zu den darunter aufgeführten Zahlen ins Verhältnis setzt, kann man nur zu dem Ergebnis kommen, daß sich aller Handel und Wandel, wenn man überhaupt diese Vokabeln anwenden will, nur innerhalb des Mauerberings und des engeren Umkreises vollzogen und zur Deckung des geringen Eigenbedarfes gedient haben kann. Das muß um so mehr der Fall gewesen sein, da man weiß, daß für den Handel über den genannten engen Bereich hinaus geeignete Güter, Bausandstein und Leinenwaren, in den umliegenden Dörfern ebenfalls in ausreichendem Maße erzeugt wurden.



Nach einer 1759 erstellten Flurkarte gezeichneter Stadtplan. Noch 100 Jahre später war das Stadtbild nahezu unverändert.

Die lange Zeit der Stagnation muß auch am äußeren Zustand der Stadt leicht abzulesen gewesen sein. Wenn die Stadtmauer und die Tore bereits im 13. Jahrhundert errichtet wurden, es in der Chronik aber heißt, bis in die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts sei das Gelände vor der Stadt, von wenigen Ausnahmen abgesehen (Krug mit Ausspann, heute „Bahnhofshotel“; Hansemannsche Gärtnerei, heute Parkplatz; „Düwelsche Mühle“), noch unbebaut gewesen[5], muß die Zeit hier lange stillgestanden haben.

Der gleiche Eindruck muß entstehen, wenn man sich eine Tabelle zur Entwicklung der Einwohnerzahlen ansieht. Dem Zahlenwerk kann man entnehmen, daß Stadtoldendorf gegen 1600 etwa 1000 Einwohner hatte.

Bis zur Verdopplung dieser Zahl waren über 250 Jahre nötig.[6] Es erstaunt auch zu lesen, wie räumlich klein das Areal der Stadt bis weit in das 19. Jahrhundert hinein war.

Für die gesamte Länge der Stadtmauer werden 1000 Meter, für die Achsen zwischen den Toren je etwa 300 Meter angegeben, das heißt, theoretisch konnte man von Tor zu Tor sehen. Die Straßen werden als voll mit Schmutzwasser gefüllte Löcher, lebensgefährlich für die Benutzer und die Achsen ihrer Wagen, geschildert.

„Das Straßenpflaster ist in erbärmlichem Zustande und das Gespött und die Klage der Durchreisenden, die zu Pferde und Wagen dabei Sturz und Unfall risquieren, während die Fußgänger sich über den tiefen Kot beschweren.“ So ein Bericht aus dem Jahre 1793. [7]

Die Gebäude, entweder giebelständige niederdeutsche Hallenhäuser, auch traufenständige mitteldeutsche Ernhäuser, durchweg einfaches Fachwerk, höben sich kaum von den Bauernhäusern in den umliegenden Dörfern ab. Außer der Kirche sähe man keine Steinhäuser. Überall sei es eng, der keilförmige Markt klein, die Tore niedrig; häufig liege der Mist vor den Häusern auf der Straße. Schmutz und Ungeziefer überall.

Noch 1833 schreibt Karl Steinacker im Braunschweigischen Magazin, in einer Abhandlung über die Erwerbsverhältnisse, daß die Einwohner Stadtoldendorfs größtenteils Ackerbauern seien, die nur durch zusätzliche Tätigkeit als Handwerker (vorwiegend Weber) oder durch Bierbrauen ein dürftiges Auskommen haben, denn die Ackerflächen seien meist klein und von geringem Ertrage. Er resümiert: „Stadtoldendorf ist ein in fortschreitendem Sinken befindlicher Ort.“[8]

Die „gute alte Zeit“ war also hier - wie auch anderswo - keine Spitzwegsche Idylle, und es waren auch nicht nur räumliche Enge und Beschränktheit der Anlaß für die langanhaltende allgemeine Stagnation.

Dies hier mit wenigen groben Strichen gezeichnete Bild muß ausreichen, um uns eine ungefähre Vorstellung vom Stadtoldendorf des beginnenden neunzehnten Jahrhunderts zu vermitteln, dem Stadtoldendorf also, mit dem unsere Betrachtung beginnt. An deren Ende wird eine Stadt stehen, in der wir das eben gezeichnete Bild kaum wiedererkennen werden.

Aus dem ärmlichen Ackerbürgerstädtchen wird ein prosperierender Industriestandort geworden sein gleichwie aus dem häßlichen jungen Entlein ein prächtiger weißer Schwan.

Bis dahin war aber ein weiter Weg zurückzulegen, ein Weg, der zunächst durch weitere Niederungen führte. Das anbrechende 19. Jahrhundert war eine unruhige Zeit, und die Berichte darüber in der Chronik nehmen sich stellenweise aus wie eine Sammlung von Umbrüchen und Katastrophen, deren keine an Stadtoldendorf vorüberging.

So hatte die 1765 von G. D. Floto in Stadtoldendorf gegründete Manufaktur („Weberei - Fabrique") den darniederliegenden Handel etwas beleben können und durch Aufstellen von 30 Webstühlen, Errichtung einer Färberei und anderer Werkstätten, eines Magazins und Kontors einer ganzen Anzahl Menschen zu Arbeit und Brot verholfen.

Die hier gewebten Barchent-, Drell- und Leinenstoffe wurden in Ballen nach Holland, Westindien und besonders nach Nordamerika verladen und dort zu entsprechenden Textilien weiterverarbeitet. Das Geschäft ging recht gut, fand aber im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg durch die englische Seeblockade ein jähes Ende. 1793 mußte der Betrieb geschlossen werden. Die bisher hier Beschäftigten hatten keine Arbeit mehr.

Aber Not macht bekanntlich erfinderisch. So webten die arbeitslos gewordenen Weber buntes Leinen in Heimarbeit und verkauften es als „Leggelinnen" auf eigene Rechnung. Es war die Zeit, da im Sommer das Blau des blühenden Flachses das Bild der Feldflur rings um die Stadt prägte und in Stadtoldendorf und den Dörfern ringsum das Klappern der Webstühle vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein zu hören war. Doch die überseeischen Absatzmärkte waren verloren und blieben es auch, denn inzwischen hatte man dort eigene Produktionsanlagen aufgebaut.

Zur nächsten Krise kam es als Folge der nächsten Seeblockade. Diese ging diesmal von Frankreich aus und war unter dem Namen „Kontinentalsperre" gegen England gerichtet. Napoleon verfolgte damit den Zweck, Großbritannien vom Welthandel abzusperren, und, da nicht anders möglich, so in die Knie zu zwingen - was nicht gelang.

In die Knie gingen aber der Leinenhandel und damit die Stadtoldendorfer Weber, die wieder einmal - als Unbeteiligte ! - scharfe Einbußen erlitten.

Aber die Französische Revolution und die darauf folgenden Kriege wirkten noch erheblich tiefer auf weite Teile Europas ein - auch auf unsere Stadt und ihre Bewohner.

Es begann mit Blitzkrieg, Besatzung und territorialer Neugliederung: Stadtoldendorf wurde Kanton des Distrikts Einbeck im Leinedepartement (Göttingen) des neugeschaffenen Königreiches Westfalen (Kassel). Mit der Neuordnung wurden neue, teilweise recht moderne und revolutionäre Gesetze und Verordnungen, wie etwa der „Code Napoleon", eingeführt. Da diese aber dem Volke aufgezwungen wurden, dem gemeinen Manne oft unverständlich und für ihn nur von geringer Bedeutung waren, stießen die meisten Neuerungen auf Ablehnung, zumal, wenn sie mit erheblichen Lasten gepaart waren. Bald merkte man auch, daß letzten Endes alles auf Napoleons Kriege hinauslief und alles, was diesen nützte, Vorrang gegenüber jedem Gesetz hatte.

Die Liste der daraus ableitbaren Lasten war lang: Einquartierung, Gestellung von Pferden und Fahrzeugen, hohe Kontributionen, Einschränkung der persönlichen Freiheit, unbeschränkte Machtbefugnis der Polizei („Strickreiter" - berittene Gendarmen), Einsatz von Spitzeln, Aufhebung der Pressefreiheit und Aushebung aller Männer zwischen 20 und 25 Jahren (Erweiterung möglich!) zum Kriegsdienst in Spanien oder Rußland usw...usw.

Die 27 000 Männer, die das Königreich Westfalen stellen mußte - darunter waren auch viele Stadtoldendorfer -, hatten hohe Verluste zu beklagen. Weitere Opfer forderten die sich dem Rußlandfeldzug anschließenden Befreiungskriege (u.a. die Schlacht bei Quatre Bras 1815, in der auch der beliebte Herzog Friedrich-Wilhelm fiel).

Nachdem die Franzosen endgültig geschlagen und die alten Zustände wieder hergestellt waren, wurden auch die meisten von den Franzosen eingeführten Gesetze wieder rückgängig gemacht. Dies gefiel dem Volke auch wieder nicht; zum einen, weil es inzwischen doch das Fortschrittliche in der französichen Gesetzgebung erkannt hatte, zum anderen, weil es auch diesmal ebensowenig nach seiner Meinung gefragt wurde, wie zuvor von den Franzosen.

Das Kunstprodukt „Königreich Westfalen" war nur noch Erinnerung, und Stadtoldendorf gehörte wieder zum Herzogtum Braunschweig. Es folgte nun eine Zeit häufiger Umgestaltungen der regionalen Gliederung im Weserdistrikt. Aber obwohl es für die Bewohner nicht gleichgültig sein kann, welche Behörde für ihre Belange zuständig ist und wo deren Sitz sich befindet, mag dieser kurze Hinweis für unsere Untersuchung genügen, und wir wollen uns wieder stärker den Ereignissen und Maßnahmen zuwenden, die das Wohl und Wehe größerer Teile der Stadtbevölkerung berührten.

Eine Möglichkeit, den Handel in unserer eher abgelegenen Region zu beleben, wäre sicher die Verbesserung des sehr im argen liegenden Straßennetzes gewesen.

Der Regierung in Braunschweig war dies durchaus bewußt, was eine ganze Reihe diesbezüglicher Erlasse im 17. und 18. Jahrhundert dokumentieren, doch es fehlten die Mittel, aus Ermahnungen und Plänen Realität werden zu lassen.

Erst im Jahr 1821 zeichnete sich eine Verbesserung der mißlichen Lage durch den Ausbau der Straße Holzminden - Eschershausen (der heutigen B 64) ab. Da die Trassenführung aber leider an Stadtoldendorf vorbei geplant wurde, brachte diese Maßnahme unserer Stadt eher Nachteile als Vorteile ein.

Der Anschluß, der 1830 über das Odfeld gebaut wurde, mußte wesentlich aus eigenen Mitteln bezahlt werden, was umsomehr belastete, als die kleine Ackerbürgerstadt durch eine langanhaltende Agrarkrise mit starken Preiseinbrüchen in den Jahren 1824 bis 1826 am Rande des Ruins stand.

Die zwei Jahre später folgende Mißernte brachte viele Ackerbürger noch weiter in die Verlustzone.

Aber so schwer die Stadt und ihre Einwohner damals auch getroffen wurden, am Ende hätte man die Krisensituation der 20er Jahre überstanden wie andere früher auch, freilich nicht,

ohne schmerzhafte Blessuren davonzutragen. Agrarkrisen und Mißernten gibt es schon, solange Landwirtschaft betrieben wird. Das gehört sozusagen zum Gesetz der Serie, ebenso wie die Tatsache, daß nach Notzeiten auch wieder gute Jahre kommen.

Und hier in Stadtoldendorf hatte man aus früheren Erfahrungen ja entsprechende Schlüsse gezogen und vorgesorgt, indem man - es ist schon früher erwähnt worden - sich durch Ausüben eines Zweitberufes ein schmales Einkommen sicherte und ein zweites Standbein schaffte.

Wir wissen, daß es ganz überwiegend die Leineweberei war.

Ein Webstuhl stand hier, ebenso war es in den umliegenden Dörfern, so gut wie in jedem Haus. Von Marktverlusten war schon die Rede. Gerade in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts begann aber auch eine Entwicklung, deren Auswirkungen für unseren Ort bald noch schlimmere Folgen haben sollte als Agrarkrisen und Mißernten.

Gemeint ist die Industrialisierung der Textilbranche. (Erfindung der ersten brauchbaren mechanischen Webstühle: Cartwright 1784, Jaquard 1795, Roberts 1822).

Zwar kann der Zeitraum zwischen einer Erfindung und deren Nutzanwendung manchmal sehr lang sein. Nachdem sich der mechanische Webstuhl aber in England in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts fest etabliert hatte, war der Zusammenbruch der Handweberei bei uns nur noch eine Frage der Zeit. Mit der Maschine, hier dem mechanischen Webstuhl, konnten die Handweber auch mit dem größten Fleiß nicht mithalten. Dazu kam, daß zur selben Zeit die Baumwolle, in vielen Teilen des britischen Empires und in den amerikanischen Südstaaten Hauptanbaupflanze, im Vordringen begriffen war.

Bald war der Markt mit maschinengewebten Baumwollstoffen, die schnell überall in Mode kamen, überfüllt. Leinenstoffe waren nicht mehr gefragt. Sie waren nicht nur unmodern, sondern, falls handgewebt, auch zu teuer.

Die Handweberei, das zweite Standbein vieler Stadtoldendorfer Ackerbürger, war schwer getroffen. Sie hielt sich zwar noch eine Weile mehr schlecht als recht, aber sie hatte keine echte Überlebenschance mehr.

Die Zukunft gehörte der Maschine. Nicht wenige Stadtoldendorfer Familien, die Agrarkrisen und Mißernte kaum durchgestanden hatten, gerieten jetzt vollends an den Bettelstab. So mußte 1840 ein hier ansässiger Leinenhändler (namens Hoffmeister) 410 Weber verklagen, weil sie ihm 4000 bis 5000 Taler für gelieferte Garne schuldeten. [9]

Aber die Talsohle war damit noch nicht erreicht. Natur und Technik schienen miteinander im Bunde zu sein, damit die 1833 getroffene Feststellung Steinackers: „Stadtoldendorf ist ein im fortschreitendem Sinken befindlicher Ort," weiterhin und sogar verstärkt Gültigkeit behielt. Der Chronist mußte um die Jahrhundertmitte neue Mißernten vermerken, besonders schlimme in den Jahren 1850 - 1853. Und die Industrialisierung im Textilgewerbe ging weiter. Die forschreitende Entwicklung des mechanischen Webens führte schließlich zur Textilindustrie und damit zur ersten Säule der vieles verändernden Wirtschaftsmacht Industrie. Die alte Handweberei hatte bald nur noch musealen Charakter - in Stadtoldendorf und anderswo. Aus einst selbständigen Meistern eigener, wenn oft auch nur kleiner und kleinster Betriebe, waren längst abhängige, im Verlagssystem arbeitende Meister geworden. Gleich Tagelöhnern mußten sie jede Arbeit annehmen und für die von ihnen gelieferte Ware jeden Preis akzeptieren. Viele bekamen selbst unter diesen Bedingungen keine Arbeit mehr.

Bisher ist hier nur von Ackerbürgern beziehungsweise Ackerbürgern und Webern die Rede gewesen. Es betraf natürlich die mit diesen in Verbund stehenden Handwerker und Händler ebenso, zumal deren weitere Kundschaft in den umliegenden Dörfern von Mißernten und Industrialisierungsfolgen ebenso betroffen war wie die aus der Stadt. Und es gab ja auch noch eine ansehnliche Zahl Einwohner, denen weder Haus noch Hof noch Webstuhl eigen war, die von Gelegenheitsarbeit lebten. Deren Situation war in Zeiten allgemeiner Not besonders verzweifelt.

Welch eine Notlage in den 50er Jahren allgemein herrschte, ist daraus ablesbar, daß in der Chronik von Hungerjahren berichtet wird, auch davon, daß vielerorts „für die armen Weber in Stadtoldendorf" Sammlungen veranstaltet und Kollekten aufgelegt wurden. Von deren Erträgen wurden an vier Stellen der Stadt „Volksküchen" eingerichtet. [10]

Für uns ist es in der heutigen Zeit schwer, sich die katastrophale Lage, in die so viele Stadtoldendorfer Familien damals ohne ihr Zutun geraten waren, auch nur vorzustellen. Familien hatten fast immer mehrere, oft viele Kinder, wovon die älteren (ab 7 Jahre) schon mitarbeiten mußten- wenn Arbeit vorhanden war. Kindergeld gab es nicht, Arbeitslosenunterstützung auch nicht. Ersparnisse? Sie waren, wenn überhaupt vorhanden gewesen, längst aufgezehrt. Man befand sich ja schon lange auf Talfahrt. Und es bestand keine Aussicht auf Besserung! Und dabei war man doch immer fleißig, sparsam und ordentlich gewesen.

Wen wundert's, daß in solch auswegloser Lage auch mancher bisher unbescholtene Mann dem Trunk verfiel. („Nur nicht nachdenken müssen. Das Elend zu Hause wenigstens für eine Zeit vergessen.") So wurde im Jahre 1828 in Stadtoldendorf bei damals gerade 1560 Einwohnern (!) die Rekordmenge von 400 Faß Branntwein gebrannt und konsumiert. [11]

Als man noch von der Mißwirtschaft und dem ausschweifenden Lebenswandel des Herzogs in Braunschweig und den dort dadurch ausgelösten revolutionären Umtrieben erfuhr, kam es auch hier zu politischen Spannungen. Die zuständigen Behörden sahen sich gezwungen, eine Bürgerwehr aufzustellen und das Rathaus militärisch bewachen zu lassen.

Die Situation beruhigte sich erst, als der neue Herzog 1832 einen neuen Staatsgrundvertrag („Landschaftsordnung") verabschieden ließ. Wenn für den „kleinen Mann", z.B. in Stadtoldendorf, auch die Masse der darin enthaltenen Paragraphen undurchschaubar war und seinen Alltag nicht berührte, so war doch ein Abschnitt dabei, dessen Inhalt sich schnell herumsprach und der geeignet war, vielen der Verzweifelten wieder Hoffnung zu geben: Die Auswanderung, bisher streng verboten, wurde nun erlaubt. Wer unter den obwaltenden

Umständen für sich und seine Familie in der Heimat keine Zukunft mehr sah, versprach sich bessere Lebensmöglichkeiten, vielleicht sogar das „große Glück", in Übersee.

Solches Denken wurde kräftig von Leuten gefördert, die ihren Vorteil davon hatten: Agenten von Schiffahrts- und Ansiedlungsgesellschaften, Auswanderungsvereinen und auch von diplomatischen Vertretungen wenig besiedelter Länder. Da war die Rede von bestem Ackerland und fetten Weiden im Überfluß, die billig zu erwerben oder gar umsonst zu bekommen seien, von Wäldern voller Wild bei freier Jagd. Ganze Ansiedlungen mit allem, was dazugehört, seien schon im Bau oder inzwischen gar fertig. Sie warteten nur auf ihre zukünftigen Besitzer. Der Legenden waren viele. Das mochte manchem armen Teufel, dem das Wasser bis zum Halse stand, wie Kunde aus dem Schlaraffenland erscheinen. Und viele, viele gingen. Viele gerieten freilich nur erneut ins Elend. Die alte Weisheit, die schon für viele Pioniere zuvor galt, hatte noch nichts von ihrer Gültigkeit verloren:

„Dem ersten der Tod, dem zweiten die Not, dem dritten das Brot."

Denn ganz ohne Geld ging es auch hier nicht ab. Allein die Kosten für die Überfahrt beliefen sich auf 40 Taler für Passage im Zwischendeck, auf bis 120 Taler für Kajütpassagiere.[12] Wenn ein Ackerbürger Haus und Hof verkaufte, mochte er wohl das Geld zusammenkriegen, das für seine Überfahrt reichte, vielleicht auch für die seiner Familie. Aber damit war es ja nicht getan. Es dauerte auch einige Zeit, bis der Neuankömmling im Zielland soviel Geld verdiente, damit er sich und gegebenenfalls seine Familie versorgen konnte. Und oft genug erwiesen sich die schönen Versprechungen als Luftgespinste und die Agenten als Betrüger.

Für die Ärmsten der Armen, und die waren es ja gerade, die in der Fremde einen neuen Anfang suchten, schien das nur ein Traum zu sein. Doch auch da wußten die Agenten Rat. Sie streckten das Geld vor, falls der Auswanderungswillige sich verpflichtete, die entsprechende Summe am Zielort abzuarbeiten. Dies bedeutete nicht selten, für den Rest des Lebens ein Sklavendasein in der Hand skrupelloser Erpresser zu führen. Andere aber machten ihr Glück und holten Angehörige und Freunde nach.

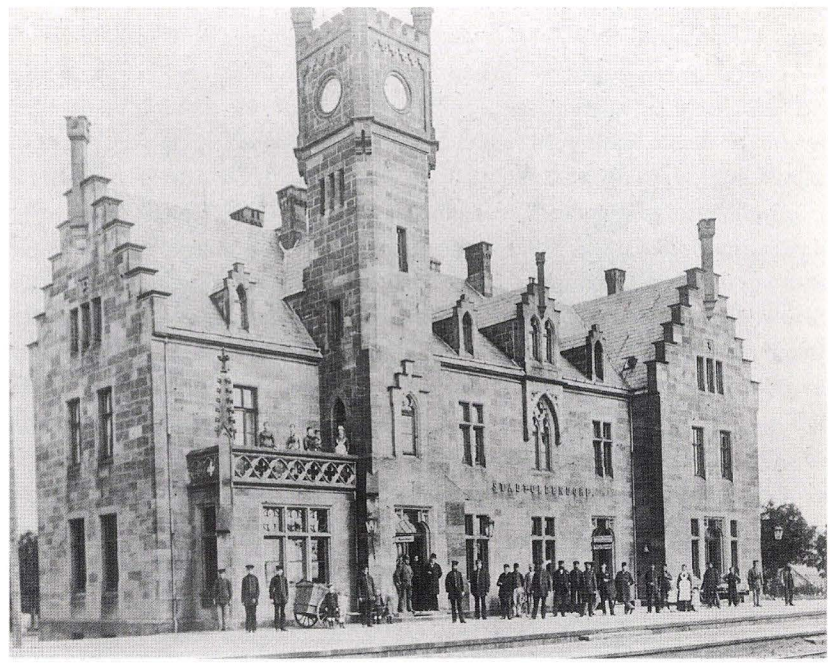
Da Stadtoldendorf zu den ärmsten Gemeinden des Landkreises gehörte, war hier die Auswanderung besonders groß und führte für die Stadt zu erheblichen Bevölkerungsverlusten. In der Zeit von 1853 - 1859 zählte man in Stadtoldendorf 129 Auswanderer, im viermal soviele Einwohner zählenden Holzminden hingegen nur 57. Im Amt Stadtoldendorf waren es in derselben Zeit 342 Auswanderer. [13]

Die Einwohnerzahlen Stadtoldendorfs gingen, wesentlich als Folge von Auswanderung, von 1836 bis 1855 von 2112 Einwohnern auf 1749 zurück und erreichten erst 1867 wieder 2117 Einwohner.[14] Das bevorzugte Ziel der meisten Auswanderer war Nordamerika. Nur wenige gingen nach Brasilien, Australien, oder in andere Länder weit entfernter Kontinente.

Wer bis hierher meinen Ausführungen gefolgt ist, wird sicher bestätigen, daß ich nicht übertrieben habe, als ich in der Einleitung meiner Untersuchung behauptete, das 19. Jahrhundert sei bis zum Beginn der 60er Jahre eine unruhige und für die Stadt Stadtoldendorf auch meist eine schlimme Zeit gewesen. In der Tat befanden sich Stadtentwicklung und Lebensbedingungen der Einwohner auf einer Talfahrt, die an der Schwelle der sechziger Jahre ihren Tiefpunkt erreicht hatte.

Hier könnte vielleicht eingewendet werden, es sei bisher immer nur von der Situation der Ackerbauern und Weber die Rede gewesen. Es habe doch auch damals in Stadtoldendorf andere Verdienstmöglichkeiten gegeben, zum Beispiel in den Sandstein- und Gipsbrüchen vor der Stadt. Das stimmt allerdings. Jedoch hatten Sandstein- und Gipsabbau im bisher behandelten Zeitraum nur lokale Bedeutung, weil der Transport solch schweren Massengutes zu den sich bildenden Ballungsräumen per Frachtfuhren viel zu teuer war. (Vereinzelte Aufträge, die es gegeben hat, widerlegen nicht die Gültigkeit dieser allgemeinen Aussage.) Die Ursache hierfür ist in der abseitigen Lage der Stadt und den sich daraus ergebenden schlechten Verkehrsverbindungen zu suchen. Daß es in der Stadt selbst keine nennenswerte Bautätigkeit gab, und warum das so war, ist oben bereits erwähnt worden.

Die Wende kam plötzlich und umfassend, wenn auch für aufmerksame Beobachter der wirtschaftlichen Entwicklung nicht unerwartet. Es begann 1862 mit dem Baubeginn der Eisenbahnstrecke Kreiensen - Altenbeken. Da es damals erst wenige technische Hilfsmittel gab, benötigte man für ein Bauvorhaben solchen Ausmaßes ganze Heerscharen von Arbeitskräften und unzählige Fuhrwerke. Es mußten - meist in Handarbeit - Schneisen ausgehoben und Dämme aufgeschüttet, Schotterschichten aufgetragen und Gleise verlegt, Brücken



Das Bahnhofsgebäude wurde 1865 in Dienst gestellt: Die Anbindung Stadtoldendorfs an das deutsche Eisenbahnnetz war ein entscheidender Impuls für den wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt.

und Viadukte gebaut und Tunnel vorgetrieben, Schranken, Signalanlagen und Bahngebäude errichtet werden. Den Steinbruchbesitzern und -pächtern brachte der Bahnbau gleich doppelten Nutzen und für lange Zeit gefüllte Auftragsbücher. Für die Baumaßnahmen an der Bahntrasse wurden große Mengen verschiedenen Materials geordert. Nach der Inbetriebnahme der Strecke hatte man endlich das langersehnte, preisgünstige Transportmittel für das Massengut Stein direkt vor der Tür. Auch die Gipslager vor der Stadt gewannen nun zunehmende Bedeutung. Obwohl Gips längst als wertvolle Beigabe bei der Herstellung von Mörtel bekannt war, standen der Verwendung dieses billigen Baustoffes die hohen Transportkosten zu entfernten Märkten im Wege. Selbst die Veredlung des Rohgipses durch entsprechende Brennverfahren und die Formung zu Gipsplatten änderten die Lage nicht grundsätzlich. Lediglich zur Verwendung bei Stuckarbeiten, als „Kunst am Bau" seit Jahrhunderten an repräsentativen Bauwerken unerläßlich, wären für gutes Rohmaterial hohe Transportkosten in Kauf genommen worden. Leider eignete sich aber, wegen farblicher Verunreinigungen, der Stadtoldendorfer Gips gerade dazu nicht. Ab 1865 (Anbindung Stadtoldendorfs ans deutsche Eisenbahnnetz) konnte Gips, ebenso wie Sandstein, nicht nur als Massengut rentabel mit der Bahn befördert werden, Gips konnte nun mit Hilfe eines anderen Massengutes, der Steinkohle, das die Bahn ebenso rentabel nach Stadtoldendorf brachte, in modernen Trocken- und Brennöfen auch besser und billiger aufbereitet werden. Mit dem Transport per Eisenbahn wurde der vielseitig verwendbare Gips zum begehrten Baumaterial, als das wir ihn heute kennen. Es wäre sicher übertrieben zu behaupten, nur die hier kurz skizzierte Entwicklung des Güterverkehrs in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts habe zu vermehrter Bautätigkeit und schließlich zum Bauboom der sogenannten „Gründerjahre" geführt. Aber unbestreitbar ist, daß erst durch Aufbau eines leistungsfähigen Eisenbahnnetzes die Transportkapazitäten gewonnen werden konnten, die Industrialisierung und „Gründerjahre" dann möglich machten. Immer neue Fabriken enstanden und zu den Fabriken Wohnhäuser, Versorgungs- und Verkehrseinrichtungen, Läden und Stätten der Erholung. So wuchsen in kurzer Zeit Großstädte und Verdichtungsräume, in denen es schwer zu sagen war, wo die eine Stadt endete und die nächste begann. In diese oft wild wuchernde Baulandschaft floß ein nie versiegender Strom Baumaterial, dessen Quellen nun auch im Raum Stadtoldendorf sprudelten, etwa in den Gipswerken und Steinbrüchen F. Jürgens & Co. und E. Rothschild (beide gegründet um 1860), H. Brandt & Co. (1869) und Otto Mittendorf (1889) [15] und einer größeren Zahl von weiteren Steinbrüchen. Da die Konjunktur, wenngleich mit unterschiedlicher Intensität, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914) währte und allein der Stein- und Gipsbruch mit angeschlossenem Verarbeitungsbetrieb Ephraim Rothschilds zeitweilig bis zu 350 Arbeiter[16] beschäftigte, fällt es nicht schwer, sich vorzustellen, welche Bedeutung diese neue Entwicklung für das zuvor darniederliegende Stadtoldendorf hatte.

Man spricht oft von der Sandstein- und Gipsindustrie in unserer Region.

Ein Industriewerk im engeren Sinne, nach Zahl der Beschäftigten und Ausmaß der Produktion, war aber eigentlich nur die Weberei A. J. Rothschild Söhne. Sie beschäftigte schon vor dem Ersten Weltkrieg fast tausend Personen.

Der Bau der Weberei begann 1869 im Hoop. In der neuen Anlage versorgten 70 Arbeiter 40 mechanische Webstühle.[17] Die üblichen Anfangsschwierigkeiten dauerten nur kurze Zeit; denn bereits 5 Jahre nach Fertigstellung des Werkes (1873) mußte schon wieder angebaut werden. Die Anzahl der Beschäftigten verfünffachte sich. Spezialisierung machte aus dem Werk von lediglich lokaler Bedeutung ein Exportunternehmen mit Geschäftsbeziehungen zu vielen europäischen Ländern, ja sogar nach Übersee. Um die Jahrhundertwende machte der Export 30% der Produktion [18] aus. Die Hauptabnehmer waren die Niederlande, Belgien, Großbritannien, die Schweiz und Skandinavien. Und die Entwicklung blieb nicht stehen.



Blick auf Steinbruch und Gebäude der Anfang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts gegründeten Firma „E. Rothschild, Sollinger Sandstein- und Gipsbruch".

Vom Hoop, direkt unter der Stadtmauer, über die Hoop- und Deenser Straße bis an die Eisenbahnanlagen erstreckte sich am Ende ein Gebäudekomplex, der längst über den Rahmen einer großen Weberei hinausgewachsen war. Mit sicherem Gespür für das technisch Machbare und die Forderungen des Marktes im Bereich Textilbranche gelang es hier, über eigene Erfindungen und Ankauf von Lizenzen in drei bis vier Jahrzenten ein Werk aufzubauen, das als A. J. Rothschild Söhne - Mechanische Weberei, Bleicherei, Färberei- und Appretur-Anstalt zu den führenden Unternehmen der Textilindustrie in Norddeutschland gehörte.

Der schnell wachsende Betrieb hatte bald alle verfügbaren freien Arbeitskräfte in Stadtoldendorf aufgesaugt. Viele Mitarbeiter kamen aus dem näheren Umkreis zu Fuß und später mit dem Fahrrad, von weiter her mit der Bahn, zu ihrer Arbeitsstelle. Mit fast 1000 Beschäftigten war die ehemalige kleine

Weberei Anfang des 20. Jahrhunderts zum größten Arbeitgeber des Landkreises geworden.

Es ist nur natürlich, daß der stürmische Aufschwung der Baustoff- und Textilindustrie in Stadtoldendorf eine entsprechende Aufwärtsentwicklung der Stadt auslöste. Mit wenig Mühe kann man die damaligen Veränderungen im Stadtbild noch heute ausmachen. Bei einem Gang um die ehemalige Stadtmauer oder auch nur bei einem Rundblick von deren höchster Stelle, etwa von den „Bastionen" beim Försterbergturm, der selbst leider nicht zugänglich ist, erkennt man leicht den Geländestreifen, der in jenen Jahren bebaut wurde. Die nach den beiden Weltkriegen entstandenen Siedlungsgebiete heben sich deutlich dagegen ab. Auch ein Vergleich der Stadtpläne von 1879 und 1912 macht die rege Bautätigkeit in der Zwischenzeit deutlich.

So maßen die Nord-Süd- und die Ost-West-Achse der städtischen Bebauung 1879 noch je 375 Meter gegen 1.100 Meter (Nord-Süd-Achse) und 1.500 Meter (Ost-West-Achse) im Jahre 1912.

Besonders deutlich wird die Aufwärtsentwicklung bei einem Vergleich der Einwohnerzahlen.

Hatte die Stadt 1864 noch 2.066 Einwohner, so stieg deren Zahl bis 1885 um 25% auf 2.571, bis 1901 um weitere 28% auf 3.299 und auf 3.728 im Jahre 1914. In den 50 Jahren von 1864 bis 1914 hat die Stadtbevölkerung damit um 80% zugenommen. Für eine prozentual ebenso große Zunahme brauchte es in der Zeit davor mehr als 200 Jahre.[19)]

Freilich haben auch die Fortschritte in der Medizin zum Bevölkerungswachstum um die Jahrhunderwende beigetragen. Aber es reichte nicht, nur die Menschen vor Seuchen zu schützen und so ihre Lebensdauer zu verlängern - sie mußten auch ernährt werden. Und vor Hunger und Elend konnte die anwachsende Bevölkerung paradoxerweise nur die wirtschaftliche Entwicklungsstufe bewahren, die in ihrer Anfangsphase zu Arbeitslosigkeit, Not und Auswanderung geführt hatte: die Industrialisierung.

Auf unser Thema bezogen wäre zu folgern: Allein die Weberei A. J. Rothschild Söhne mit ihren rund 1.000 Arbeitsplätzen saugte nicht nur das durch den Niedergang der Handweberei in Stadtoldendorf vorhandene Potential an Arbeitskräften auf, sie beschäftigte darüberhinaus auch viele auswärtige Arbeitskräfte. Auch in anderen Betrieben waren die Verhältnisse ähnlich.

Viele „Auswärtige" hätten natürlich gern am Beschäftigungsort gewohnt. Manche Einheimische, die jetzt eine feste Arbeitsstelle hatten, zeigten sich baulustig oder strebten wenigstens eine bessere Wohnung an. Kurzum: Der Bedarf an Arbeitskräften erzeugte Bedarf an Wohnungen (s. Aufstellung Einwohnerwachstum)!

Das veranlaßte andere, Geld in den Wohnungsbau zu investieren. So kam es zum Bau des eben beschriebenen Wohnungsgürtels rund um die Stadtmauer. Aber mit Wohnungen allein war es nicht getan. Auch damals schon gehörte selbst zu einem kleinen städtischen Wohngebiet eine gewisse Infrastruktur: Straßen natürlich, und da es bereits Wasseranschlüsse und Gasbeleuchtung gab, mußten Rohre dafür verlegt, ein Gas- und ein größeres Wasserwerk gebaut werden.

Weil die Einwohnerzahl stieg, entstanden auch neue Geschäfte und Gaststätten; Verwaltungseinrichtungen und Schulen mußten erweitert werden.

Man brauchte neue Kirchen und Friedhöfe, Versammlungsstätten, Ausflugslokale und Sportanlagen; denn Menschen haben auch religiöse, kulturelle und gesellige Bedürfnisse.

Die folgende Übersicht konkretisiert die pauschalen Stichwörter durch Angaben von Baumaßnahmen im Stadtoldendorf des Berichtszeitraumes.

1858	Zur Verbesserung der Wasserversorgung wird eine Wasserleitung vom Holzberg zum Kellberg geführt. Die Leitung in der Stadt wird mit Tonrohren neu gelegt.
1865	Grundlegende Erneuerung der erst 1800 erbauten evangelischen Kirche.
1866	Die Schule hat jetzt bei über 400 Schülern 5 Lehrer, 1883 6 Lehrer. Das Schulgebäude stand seit 1845 an der Stelle des heutigen Rathauses.
1867	Stadtoldendorf bekommt eine Straßenbeleuchtung (Gaslaternen). In den folgenden Jahren erhalten auch viele Häuser Gasbeleuchtung.
1873	Gründung der Freiwilligen Feuerwehr.
1875	Bau des Spritzenhauses am Kirchplatz (Altes Rathaus). Im Obergeschoß wird die Stadtverwaltung untergebracht. Die Kämmerei (Stadtkasse) bleibt in der Schule.
1876	Bau eines Kranken- und Armenhauses in der Stiftstraße (heute Jugendheim).
1879	Zuführung einer neuen Wasserleitung vom Holzberg. Anlage zweier Becken an der Wellhecke.
1885/86	Bau der „roten" Schule am Hagentor (Bürgerschule).
1896	Bau eines neuen evangelischen Pfarrhauses in der Pfarrstraße.
1897	Der Teich erhält ein Gitter auf die inzwischen gemauerte Einfassung.
1901	Der geheime Kommerzienrat Levy stiftet das Charlottenstift mit 8 Zimmern und 30 Betten.
1904	Die Gasanstalt am Holeburgweg wird erbaut.
1905	Die Quellen des Beverbaches in Schorborn werden gefaßt. Eine Wasserleitung bringt das „weiche" Wasser aus dem Solling nach Stadtoldendorf, wo es besonders zum Färben in der Weberei gebraucht wird.
1905	Der Kirchturm wird neu gebaut.
1906	Kommerzienrat Wolff läßt den Kellbergturm bauen. Der Försterbergturm wird instandgesetzt.
1907	Erneuerung des Hospitals „Zum Heiligen Geist" in der Stiftstraße.
1911	Bau der „grauen" Mädchenschule neben der „roten" Knabenschule. Die katholische „Herz-Jesu-Kapelle" wird vor dem Hagentor gebaut.

Predigtraum und Amtswohnung für die Baptistengemeinde werden im Kampworth gebaut.

1912 Bau des neuen Rathauses und des Schützenhauses. [20]

In der Zeit von 1858 bis 1912 sind auch die meisten Stadtoldendorfer Straßen mit Basaltsteinen gepflastert worden.

Bauen kostet Geld, ganz gleich, ob ein einzelner Bürger, eine Gesellschaft oder eine Gemeinde baut, ganz gleich auch, ob Häuser oder Straßen gebaut oder nur Rohre verlegt werden. Woher hatte die ehemals so arme Stadt plötzlich das für so umfangreiche Baumaßnahmen erforderliche Geld? Die Antwort auf diese Frage wurde an anderer Stelle bereits gegeben. Wie der einzelne Bürger, so profitierte auch die Stadt auf unterschiedliche Weise von der inzwischen eingetretenen Industrialisierung (Die ökologische Seite der Geschichte sei hier einmal weggelassen, denn es ist eine alte Erfahrung, daß nach ausgestandenen Notzeiten sich vorerst niemand dafür interessiert, ob die endlich eingetretene Besserung auch Schattenseiten hat. In Stadtoldendorf wird es damals nicht anders gewesen sein).

Mehr und größere Betriebe, mehr Aufträge und mehr Bürger erbringen mehr Gebühren, Abgaben und Steuern, mithin mehr Einnahmen.

Wenn von wirtschaftlichem Aufschwung oder Niedergang die Rede ist, geschieht das meist in einer Weise, als ob es sich hierbei um unabänderliche und unbeeinflußbare, ja fast naturbedingte Vorgänge handele. Diese Aussage hat aber nur bedingte Gültigkeit. Es mag ja sein, daß in Folge solch einer Entwicklung oft der sogenannte „kleine Mann" ganz unvorbereitet ohne Arbeit auf der Straße steht bzw. eine Arbeitsstelle findet. In der Regel vollziehen sich solche Veränderungen nicht unerwartet.

Auf regionaler Ebene ist manchmal auch Beeinflussung möglich.

Hier müssen wir uns einmal mit der Person beschäftigen, die zwar, falls es so etwas gibt, das größte Risiko zu tragen hat, aber auch ihren Einfluß geltend machen kann, wenn wichtige Fragen anstehen. Gemeint ist die Unternehmerpersönlichkeit.

Ein tüchtiger Unternehmer, ganz gleich, ob männlich oder weiblich, wird stets den Markt und die technische Entwicklung beobachten, er wird seine Mittel klug zusammenhalten und sie zur rechten Zeit einsetzen und vorausschauend handeln. Mit Weitsicht und Führungskunst kann ein fähiger Unternehmer mitunter Klippen umschiffen, an denen andere scheitern.

Abraham und Ephraim Rothschild

Es gab solche Unternehmer, größeren und kleineren Formats, im 19. Jahrhundert und im 20. Jahrhundert auch in Stadtoldendorf. Die erfolgreichsten und bekanntesten von ihnen waren Abraham und Ephraim Rothschild, Vater und Sohn.

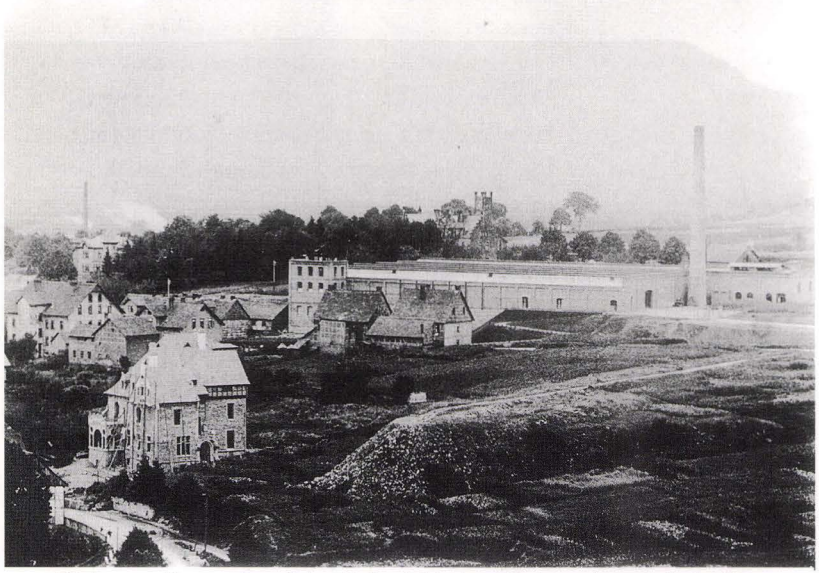
Ihrer beider Lebenswege (darüber liegen eine handschriftlich von Ephraim aufgezeichnete Autobiographie, eine Bearbeitung derselben von Fred Ullmann und zahlreiche andere Dokumente vor) können bewußt werden lassen, wodurch sie sich als erfolgreiche Unternehmer auswiesen und was sie zur Aufwärtsentwicklung Stadtoldendorfs im vorigen Jahrhundert beigetragen haben.

Abraham Joseph Rothschild wurde am 3.9.1772 in Merxhausen geboren. Am 1.11.1801 verheiratete er sich mit Marianne Berg, geboren am 15.4.1782 in Northeim. Er hatte 8 Kinder mit ihr. Nach dem Tode seiner Frau am 26.1.1819 ging er mit Jochebeth Bacharach, geboren am 10.1.1788, am 12.5.1819 eine zweite Ehe ein, aus der 2 Kinder hervorgingen.

Nachdem am 5.7.1838 auch seine zweite Frau gestorben war, lebte er noch 4 Jahre. Er starb am 13.1.1842 im Alter von 70 Jahren in Stadtoldendorf. [21]

Nach Angaben Fred Ullmanns hat Abraham den Namen Rothschild erst im Jahr 1808 angenommen. [22] Damals, in der Zeit französischer Herrschaft („Königreich Westfalen"), seien die Familiennamen für Juden eingeführt worden. Infolgedessen taucht der Name Rothschild in der von Ullmann aufgestellten Ahnenreihe auch nicht auf. Gesicherte Angaben gehen nur bis ins zweite oder dritte Glied. Alles Weitergehende ist Vermutung. So „vermutet" Ullmann, daß der Urgroßvater Abrahams ein hochgelehrter und bekannter Rabbiner mit Namen Joseph aus Metz, später in Frankfurt/Main und Stadthagen ansässig, gewesen sei.

Der Großvater Ephraim ben Joseph, geboren etwa 1707, habe zunächst in Deensen gewohnt, sich aber 1767 mit einem Schutzbrief des Herzogs von Braunschweig in Wangelnstedt niedergelassen. („ben" bedeutet „Sohn von"; solange es noch keine Familiennamen gab, setzte man als Orientierungshilfe hinter den Vornamen des Sohns den Vornamen des Vaters. Beispiel: „Abraham ben Joseph" bedeutet: „Abraham, Sohn des Joseph".) Abrahams Vater, Abraham ben Ephraim, war Garnhändler in Wangelnstedt, geboren etwa 1759 (? siehe Geburtsdatum Abraham Sohn!), verheiratet mit Malka, Tochter des Schamschon (späterer Name: Samson „Steinberg") aus Mackensen. [23]



Blick vom „Kummerberg" des Rothschildschen Steinbruchs auf die im Bau befindliche Matzdorfsche Villa und den großen Websaal an der Bahn (um 1900).

Das obige Zahlenwerk mag unübersichtlich, langweilig und überflüssig sein, noch dazu einen ungewissen Tatbestand darstellen. In diesem Falle soll es jedoch als Beispiel stehenbleiben. Es macht vielleicht deutlich, wie unbefriedigend Nachforschungen der Art sein können. Ursachen der immer wieder auftretenden Schwierigkeiten sind: Verwechslungen als Folge fehlender Familiennamen, häufiger Wohnungswechsel und nicht zuletzt Vernichtung von Akten und sonstiger Dokumente (nicht nur in der Nazizeit). Von Kindheit, Jugend und den ersten Mannesjahren, ja von gut der Hälfte der Lebenszeit Abrahams ist außer den oben genannten wenigen Daten nicht mehr bekannt, als daß er mit seiner Familie in Merxhausen ein Leibzuchthaus bewohnte und einen Leinenhandel betrieb.

Über spätere Geschehnisse findet man Anmerkungen und Berichte in der schon genannten Lebensbeschreibung Ephraims, des 4. Kindes und ältesten Sohnes der Eheleute.

So berichtet Ephraim ausführlich über das markanteste Erlebnis seiner Kindheit, welches zugleich mit Sicherheit von einschneidender Bedeutung für die ganze Familie werden sollte. Gemeint ist das Brandunglück am Weihnachtstage 1814.

Da über die Weihnachtstage aller Geschäftsverkehr und alle Arbeiten ruhen, war Onkel Nathan (Nathan Berg, der älteste Bruder der Mutter) aus Northeim zu Besuch herübergekommen.

Gerade am 24.12. geschah es. Im Stall des angrenzenden Grundstückes brach Feuer aus, das sich im Nu ausbreitete und das Rothschildsche Wohnhaus nebst Warenlager erfaßte. Wie sich später herausstellte, war die Brandursache unsachgemäßer Umgang mit Feuer beim Futterschneiden.

Dem tatkräftigen und umsichtigen Handeln aller Anwesenden war es zu verdanken, daß nicht der ganze Besitz verlorengegangen ist. Kleidung, Wäsche, Silbergeschirr, einiges Inventar und die Geschäftsbücher aus dem Laden konnten gerettet werden. Zuletzt gelang es noch dem Onkel, die Geldkiste mit etwa 2 500 Talern aus dem Fenster zu werfen.

Bei allem Verlust hatte man doch noch Glück im Unglück. Beim Bruder des Vaters, Samson Rothschild, fanden die Abgebrannten ein vorläufiges Unterkommen.

Am 2.1.1815 siedelte die Familie A. Rothschild nach Stadtoldendorf über. In der Baustraße wurde mit den beim Brand geretteten Waren eine An- und Verkaufsstelle für Garne und Stoffe eröffnet.

Zu den Lieferanten und Kunden gehörten etwa 300 Garnspinner und Weber. Seinen Verbindlichkeiten fristgerecht und vollkommen nachzukommen, war die oberste Sorge Abrahams. Indem dies durch Zurückstellung anderer Bedürfnisse gelang, erhielt er sich das Vertrauen seiner Gläubiger, die bereits ihre Forderungen verloren geglaubt hatten. Freunde und Gönner hatten ihm mit Geldbeträgen zwischen 10 und 30 Talern aus der größten Not geholfen. Langsam eingehende Außenstände und Kredite, die er aufs beste anlegte, ermöglichten es ihm, nicht nur überhaupt wieder ein Geschäft zu eröffnen, sondern auch bald dessen Ausweitung vorzunehmen. Zum Handel mit Manufakturwaren (Textilien jeder Art) kam der Verkauf von Eisenwaren und Leinsamen. Der Handel mit Leinenstoffen und - garnen blieb aber eine der tragenden Säulen des Rothschildschen Geschäftes.

Man kann die obenstehenden Zeilen nur mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen. Wie konnte Abraham Rothschild das schaffen? Woher nahm er, der doch eben erhebliche Verluste durch den Brand erlitten hatte, den Mut und das Selbstvertrauen, sofort einen Neuanfang zu wagen? (Zwischen Brand und Umzug lag ja nicht mehr als eine gute Woche!)

Selbst wenn der Umzug und die Geschäftseröffnung in Stadtoldendorf schon vorher geplant gewesen wäre, wenn die durch den Brand verursachten Verluste nicht total waren: Die Ausführung des Vorhabens zu diesem Zeitpunkt war mehr als riskant.

Geschwächt war die finanzielle Grundlage durch das Unglück auf jeden Fall, und das gerade zu einer Zeit, da die Situation für den Textilhandel ohnehin eher für ungünstig angesehen werden mußte. (s. o. Textilhandel nach dem Wegfall der Kontinentalsperre!)

Ein Teil dessen, was uns an Abraham Rothschilds Handeln erstaunt, Eigenschaften und Fähigkeiten, die wir bewundern, sind daraus zu erklären, daß er Jude war. Wenn ein Volk, eine ethnische, religiöse oder sonstwie geartete Minderheit, durch Jahrhunderte zwar nicht ständig verfolgt wird, aber stets mit Pressionen leben oder solche zumindest doch befürchten muß, dann prägen sich zwangsläufig Verhaltensmuster ein, die in Notzeiten das Überleben erleichtern, vielleicht sogar erst ermöglichen. Hierzu zu rechnen sind etwa das Nicht-Aufgeben, das Immer-wieder-von-vorn-Beginnen, die Zähigkeit bei der Verfolgung eines sich einmal gesteckten Zieles, wozu Fleiß und Sparsamkeit nötig sind und der Zwang, als Angehöriger einer kleinen Gruppe tüchtiger, klüger, einfach besser zu sein als die große Masse.

Die Ausgrenzung, der Zwang des dichten Zusammenlebens im Ghetto, auch die religiöse Isolation stärkten das Zusammengehörigkeitsgefühl, den Willen, einander zu helfen. Schließlich hatten die Juden auch historische Erfahrungen im Umgang mit Geld und im Führen eines Geschäftes. Bis weit in die Neuzeit hinein durften Juden kein Land erwerben und kein Handwerk erlernen. (Sie wurden in keiner Gilde aufgenommen). Hingegen war es ihnen erlaubt, Geld für Zinsen zu verleihen und auch Handel zu treiben. Juden waren aus Tradition gewohnt, mit Geld zu arbeiten und auch Geld für sich arbeiten zu lassen. Sie wußten, wann und wie man Geld einsetzten sollte und wann man es besser ließe. Da früher Juden von Haus zu Haus und von Markt zu Markt gingen, um Handel zu treiben, wußten sie auch, was die Leute brauchten, womit man gute Geschäfte machen konnte und womit weniger gute. Und sie wußten, nach dem Augenschein Menschen und deren Kreditwürdigkeit einzuschätzen und konnten danach handeln.

Freilich gab es unter ihnen auch Betrüger und Halsabschneider. Aber wo gab - und gibt - es die nicht, besonders in Geldgeschäften! Abraham Rothschild war ein Geschäftsmann. Natürlich betrieb er sein Geschäft, um damit den Lebensunterhalt für sich und seine zahlreiche Familie zu verdienen, was ihm, wie an anderer Stelle schon vermerkt, gut gelang. Abraham wußte, daß das Gedeihen eines Geschäftes auch von den

Zeitläuften abhängt, in hohem Maße aber vom Vertrauen der Kunden in die Ehrlichkeit des Kaufmannes, in ebensolchem Maße vom Vertrauen seiner Kreditgeber in seine Zahlungsmoral. Er handelte danach, indem er nach dem Brande alle Verbindlichkeiten fristgerecht erfüllte (s.o.). Seine Gläubiger vergaßen das nicht. Selbst in schwierigen Situationen wurden ihm notwendige Kredite nie versagt.

Für das Vertrauen seiner Lieferanten spricht, daß sie ihm für sein neugegründetes Geschäft in Stadtoldendorf weiter gut absetzbare Ware (Garne und Tuchballen) lieferten, jedoch ohne Zahlungsfristen dafür festzusetzen. Bleiben die Kunden! Nun, ohne deren Treue (sprich Vertrauen) hätte das neue Geschäft wohl schwerlich lange gehalten, geschweige denn vergrößert werden können. Aber trotz aller Wirren und wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die den Verlauf des neunzehnten Jahrhunderts über weite Strecken kennzeichneten und auch am Geschäft Rothschilds Spuren hinterließen, verzeichnete die Firmengeschichte einen kontinuierlichen Aufwärtstrend.



Der im Auftrage Ephraim Rothschilds errichtete Neubau des Geschäftes im Kükenschnipp. Er war 1856 bezugsfertig.

Bei günstiger Gelegenheit kaufte Abraham die Häuser Ass. 176 und 177 im Kükenschnipp (heute ist da ein Parkplatz). Noch vor wenigen Jahren konnte man an der Hausdurchfahrt deutlich erkennen, wo es in den Innenhof des Grundstückes ging. Durch weiteren Zukauf entstand ein zusammenhängender Komplex aus vier benachbarten Häusern mitsamt den dazugehörigen Hof- und Gartenflächen nahe am Stadtzentrum. Nachdem er noch 1 400 Taler für Renovierungsarbeiten aufgewandt hatte, konnte er schließlich ein modernes Ladengeschäft mit großem Schaufenster sein eigen nennen, das allen Ansprüchen der Zeit entsprach. Natürlich wußte Abraham Rothschild auch, daß ansprechende und zweckmäßige Räumlichkeiten allein noch kein gutes, leistungsfähiges Geschäft ausmachen, daß wichtiger noch als die Räume die Menschen sind, die darin arbeiten. Er wußte auch, daß sein Leben nicht ewig währen würde und begann daher rechtzeitig damit, seine Söhne Ephraim und Joseph mit allen Dingen, die für die Führung eines Geschäftes von Belang sind, vertraut zu machen.

Sie mußten sich in Geschäft, Büro und Lager gleichermaßen auskennen. Dabei ging es nicht nur um Buchführung, Marktbeobachtung und Qualitätsüberwachung. Auch Menschenkenntnis, Takt und Verhandlungsgeschick sowie sachkundige und freundliche Kundenberatung mußten gelernt und geübt werden. Von der Kundenbetreuung im Laden wurden auch die Schwestern nicht ausgeschlossen, wobei der Vater und dessen Schwester (Tante Zippora) die Lehrmeister waren. Das Geschäft hatte absoluten Vorrang. Blieb daneben noch Zeit, konnte man sich anders weiterbilden oder im Hause nützlich machen.

Was in einem alten Lexikon über einen anderen Rothschild, den Stammvater der berühmten Bankiersdynastie, (der in Frankfurt, aus kleinen Verhältnissen stammend, zum Ersten Bankier seiner Zeit aufgestiegen ist), geschrieben ist, könnte, so scheint es mir, auch auf seinen Stadtoldendorfer Namensvetter passen:

„Tüchtigkeit, Fleiß und Gediegenheit des Charakters erwarben ihm schnell bedeutende Aufträge und wachsenden Kredit."[24]

Aber es gab nicht nur Grund zur Freude ob des so gut überstandenen Unglücks.

Zur Zeit des Brandes in Merxhausen war die Ehefrau Abrahams, die Mutter seiner bisher fünf Kinder, hochschwanger. (Sohn Joseph wurde am 27.12.1814 geboren!) Bei den Rettungs- und Sicherungsarbeiten zog sie sich schwere innerliche Verletzungen zu, von denen sie sich nie mehr richtig erholte. Sie gebar zwar noch 2 Kinder, starb aber am 26.1.1819.[25]

Bei aller Trauer um die Verstorbene machte die Größe der nun mutterlosen Familie - es waren sieben Kinder im Alter zwischen vierzehn Jahren und einem Monat zu versorgen - eine baldige Wiederverheiratung Abrahams erforderlich. Noch am 12. Mai desselben Jahres schloß er die Ehe mit Jochbeth Bacharach. Sie währte neunzehn Jahre und bescherte ihm zwei weitere Kinder. [26]

Abraham war rastlos tätig. Er überließ nichts dem Zufall. Alles, was er tat, war wohlüberlegt und von langer Hand geplant.

Zielgerichtet baute er sein Geschäft auf und aus. Nachdem er es in Stadtoldendorf konsolidiert hatte, weitete er seinen Leinenhandel über die engere Heimat bis nach Süd- und Westdeutschland aus. Nach festen Grundsätzen ordnete er auch sein Hauswesen. Jeder hatte hier seinen festen Platz und seine Aufgaben, auf die hin er erzogen und ausgebildet wurde.

Als er sein Haus bestellt hatte - die älteren Töchter waren gut verheiratet, die zwei älteren Söhne in der Lage, das Geschäft selbständig und gewinnbringend zu führen - machte er letztere zu Teilhabern, übertrug ihnen das Geschäft und regelte das restliche Erbe. Zwar war er nach wie vor am Gedeihen dessen, was er in drei Jahrzehnten in harter Arbeit aufgebaut hatte, interessiert, aber erste Altersgebrechen, vor allem aber eine gravierende Sehschwäche, behinderten zunehmend

seine aktive Beteiligung daran. Seine große kaufmännische Erfahrung und die guten Kontakte zu Banken, Lieferanten und Kunden wurden aber auch weiterhin gern in Anspruch genommen. Ebenso blieb sein reges Interesse an allen wirtschaftlichen Fragen bestehen. Neues ließ er sich abends aus dem „Hamburger Korrespondent" vorlesen. So wurden ihm auch seine letzten Jahre nie langweilig.

Als Abraham Rothschild am 13.1.1843 starb, hinterließ er mit seinem Erbe nicht nur die Grundlagen für eine gesicherte Zukunft seiner Kinder, er hatte darüber hinaus bereits ein kräftiges Fundament für das aufsteigende Stadtoldendorf von morgen gelegt.

Ephraim Rothschild, viertes Kind und erster Sohn der Eheleute Abraham Joseph und Marianne Rothschild, geborene Berg, wurde am 5.2.1808 in Merxhausen geboren.

Am 2.1.1815 verzog er mit seiner Familie nach Stadtoldendorf, wo er bis zu seinem Tode wohnte.

Am 21.8.1839 verheiratete er sich mit Julie Hallenstein aus Halle, geboren am 2.2.1815.

Nachdem Julie am 12.1.1876 verstorben war, ging er im Jahre 1877 mit Seraphine Mankiewitz, Danzig/Berlin, eine zweite Ehe ein. Beide Ehen blieben kinderlos, weshalb Ephraim drei Nichten in sein Haus aufnahm. Ephraim Rothschild starb am 30.1.1901, nur 6 Tage vor Vollendung seines dreiundneunzigsten Lebensjahres.

(Falls nicht Fußnoten anderes aussagen, stützen sich alle hier genannten Daten und näheren Angaben auf die handschriftlich hinterlassenen Lebenserinnerungen Ephraim Rothschilds, verfaßt 1893 - 1901, bzw. auf die 1936 von Fred Ullmann erfolgte Überarbeitung).

An dieser Stelle sei Herrn Ulrich Abels nochmals ausdrücklich für die Überlassung dieser beiden wichtigen Quellen zur Einsichtnahme Dank gesagt.

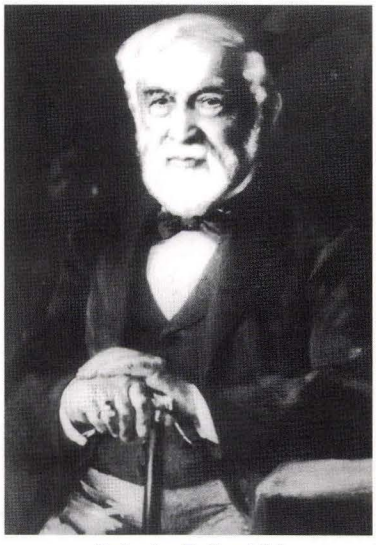
Daß zumindest die erste Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts für weite Bereiche unserer Heimat eine schwere Zeit war, ist ausführlich dargestellt worden. Gezeigt wurde auch, daß selbst in den schlimmsten Jahren sich nicht für alle nur Katastrophe an Katastrophe reihte.

Abraham Rothschild baute gerade in dieser Zeit sein Geschäft in Stadtoldendorf auf. Mit großem Erfolg, wie wir gesehen haben, kletterte er Stufe für Stufe nach oben. Wir wissen auch um das Rezept, das seinem Erfolg zugrunde lag. Am Ende eines „erfüllten Lebens", wie man so schön zu sagen pflegt, konnte er auf ein von ihm wohl bestelltes Feld blicken, das seinen Söhnen und Erben weiterhin gute Ernten versprach. Das um so mehr, weil ja Ephraim, sein ältester Sohn, „im Geschäft aufgewachsen" und seit fünf Jahren bereits Teilhaber davon war.

Auch der zweite Sohn, Joseph, zwar erst seit kurzem ebenfalls Teilhaber in Stadtoldendorf, war nicht branchenfremd. Seit vielen Jahren war er bereits in einem gleichgelagerten Geschäft mit Sitz in Köln und Beverungen tätig gewesen. Die Erwartungen des Vaters bezüglich der Weiterentwicklung des Geschäftes wurden nicht enttäuscht.

Bevor wir uns aber weiter damit beschäftigen, wollen wir uns erst einmal intensiver mit der Kindheit und Persönlichkeit Ephraims bekanntmachen.

In einer Familie mit zehn Kindern und beengten Wohnverhältnissen bleibt für die Entwicklung kindlicher Eigenpersönlichkeiten wenig Raum - zumindest ist in entsprechenden Lebensbeschreibungen wenig der Art zu finden. Bestenfalls kann man Ansätze bestimmter Leitlinien ausmachen.



Ephraim Rothschild
(Reproduktion eines Ölgemäldes)

Liest man Ephraims Lebensbeschreibung, so fällt auf, daß er, sei es aus eigenem Antrieb oder auf Betreiben des Vaters, schon früh bestrebt war, sich Bildung zu erwerben bzw. diese zu vervollkommnen, was oft im Widerstreit zu den Bedürfnissen des Geschäftes stand.

Bereits im Alter von 5 Jahren erhielt er von einem älteren Schüler der Jacobschen Schule täglichen Unterricht, umfassend die Fächer Religion, was die Grundbegriffe des Hebräischen im Lesen und Schreiben einschloß, und die Anfangsgründe des Deutschen. Später übernahm ein Lehrer aus Mackensen den Unterricht.

Da auch in Stadtoldendorf keine geordnete jüdische Schule bestand, versuchte der Vater, geeignete Personen zu finden, die Privatunterricht erteilten. Weil auch die bereits vorher in Stadtoldendorf ansässigen Familien Steinberg und Franck Kinder in entsprechendem Alter hatten, konnte der Unterricht in kleinen Gruppen organisiert werden. Der Einfluß der engagierten Privatlehrer war je nach deren Charakter, pädagogischem Geschick und Wissensstand unterschiedlich, der Lernerfolg im Ganzen wohl eher gering. Hingegen wurde der Elementarunterricht in der Stadtoldendorfer (christlichen) Schule gelobt, dabei besonders die Leistungen des Kantors Wernike hervorgehoben.

Ein hervorragendes jüdisches Wissen vermittelte ein polnischer Lehrer namens Marcus. Erst mit elf Jahren kam Ephraim an die Bürgerschule, wo er den normalen Unterricht erhielt und bis zu seinem dreizehnten Lebensjahr alles das nachholte, was er bisher versäumt hatte.

Er ging gern zur Schule und war lernbegierig. Noch fünfundsiebzig Jahre später, aus dem damaligen Schüler war längst ein „gemachter" und allseits geehrter Mann geworden, schreibt er in seinen Lebenserinnerungen, wie gern er, gleich einigen seiner christlichen Mitschüler, das Gymnasium in Holzminden besucht und nachher studiert hätte, um einen akademischen Beruf anzustreben. Wie sehr er die Glücklichen, denen dies vergönnt war, beneidete! Ephraim war dieser Weg verschlossen. Die Anforderungen des Geschäfts, denen sich alles andere unterzuordnen hatte, erlaubten es nicht. Eine Erweiterung des allgemeinen Wissens durch speziellen Privatunterricht wurde zwar erwogen, ein Jahr lang auch durchge-

führt - Französisch und Geographie bei Rektor Pessler, dem späteren Superintendenten, Rechnen und Geschichte bei Lehrer Velguth - mußte danach aber, der ständig wachsenden Anforderungen des Geschäfts wegen, aufgegeben werden.

Die Ausbildung ging zwar weiter, war indessen darauf gerichtet, aus Ephraim einen erfolgreichen Kaufmann zu machen. Viele „Lehrer" waren daran beteiligt. Vom Vater lernte er das praktische Handwerkszeug des Kaufmannes, zugleich die Entwicklung des Geschäftssinnes. Die beiden älteren Schwestern brachten ihm bei, Ordnung zu halten. Sie führten ihm auch vor, wie man die sehr gemischte Kundschaft durch Takt und stets freundliches und entgegenkommendes Verhalten an das Geschäft binden kann. Von Wolf Dux, Volontär im elterlichen Geschäft, lernte er nach Feierabend die einfache Buchführung. Er fand sich nach und nach damit ab, daß er als ältester Sohn der Familie und dem Geschäft entsprechende Rücksichten schulde und erweitertes Wissen sich nur als Autodidakt erwerben könne.

Sein Vater, der eine sehr schwere Jugendzeit zu bestehen hatte, brachte Ephraim viel Verständnis entgegen. Um ihn für seine Arbeit im und für das Geschäft zu entschädigen, nahm er ihn stets zu den halbjährlich stattfindenden Messen in Braunschweig mit. Diese Reisen waren nicht nur für den Jungkaufmann nützlich, sie waren auch immer ein Erlebnis. Viele Geschäftsfreunde, Lieferanten und Kunden, die er bisher nur als Namen in den Büchern kannte, lernte er hier persönlich kennen. Kennen lernte er auch das umfangreiche Warenangebot auf der Messe, die Vielfalt der Muster, woran der Vater seinen Geschmack zu schulen versuchte, die Qualitätsunterschiede und deren Merkmale und Kriterien der Preisgestaltung - Dinge, über die er zu Hause nicht im gleichen Maße hätte Erfahrungen sammeln können. Das war die eine Seite der Messe. Sie hatte noch eine andere. Der junge Mann aus dem kleinen, abgelegenen Landstädtchen lernte das Leben in einer aufstrebenden Großstadt und Residenz kennen. Und mehr noch: Mit gesunder Neugier, wachem Verstand und aufgeschlossen für alles Neue erlebte er das Sich-Bilden einer neuen Welt, deren Symbol die Maschine war. Das Zeitalter der Naturwissenschaften, der Technik und der Industrie begann.

Ledig aller Pflichten des Tages trafen sich die jungen Leute unter den Messebesuchern an den Abenden. Bekanntschaften, auch Freundschaften, die nicht selten ein Leben lang hielten, waren rasch geschlossen. Gemeinsam streifte man durch die Straßen, bereit, das Abenteuer Stadt zu erforschen und zu genießen.

Ephraim hatte es besonders die faszinierende Welt des Theaters angetan. Die Verzauberung, die er bei seinem ersten Opernbesuch, einer Aufführung von „Der Freischütz", empfand, hat er sein ganzes Leben lang nicht vergessen. Noch in seinen Erinnerungen schreibt er voller Begeisterung davon.

Die Jahre vergingen mehr oder minder im Gleichmaß. Das Geschäft entwickelte sich, von kleinen Schwankungen nach oben oder unten abgesehen, kontinuierlich. In der Firmenbezeichnung wurde beim Eintritt der Söhne ins Geschäft als Teilhaber aus A. J. Rothschild A. J. Rothschild Söhne. Ephraim heiratete seine Jugendliebe Julie Hallenstein. Joseph, der sich auf vielen Reisen Stadtoldendorf entfremdet hatte und den es besonders an den Rhein nach Köln zog, hielt es nicht lange bei seinem Bruder. Entgegen seiner besseren Einsicht mußte Ephraim, der eine größere Geschäftsausweitung in Stadtoldendorf angestrebt hatte, Joseph ziehen lassen.

Das neunzehnte Jahrhundert war nicht nur wirtschaftlich eine Zeit des Umbruchs. Auch veraltete politische Strukturen begannen zu wanken. In Deutschland kämpfte das aufgeklärte Bürgertum für Freiheit und Einheit und gegen Fürstenmacht. Man forderte Pressefreiheit und ein gesamtdeutsches Parlament. Politisch engagierte Juden stellten sich auf die Seite der fortschrittlichen Bürger. Sie wußten, daß sie nur beim Sieg der Aufklärer gewinnen konnten. Als gute Ansätze steckenblieben, die Nationalversammlung scheiterte und reaktionäre Kräfte die alte Ordnung wieder herstellten, entstand allgemeine Verwirrung. Handel und Wandel stockten. Die Auswirkungen waren auch in Stadtoldendorf zu spüren. Ephraim ließ sich nicht so leicht einschüchtern und behielt lange die Ruhe und seinen Humor. Belustigt konstatierte er, je nach der augenblicklichen Barttracht gewisser Wendehälse - „voll oder glatt?" - welche Richtung gerade die Oberhand hatte.

Als die Einnahmen aber weiter rapide sanken und Ephraim Gefahr lief, nicht mehr liquide zu sein und seine Lieferanten (meist einheimische Weber) nicht mehr auszahlen zu können, hörte der Spaß auf. Bankiers forderten plötzlich ihre Kredite zurück, und der Landesherr, von Ephraim um einen gut abgesicherten Kredit gebeten, lehnte mit höflichen Floskeln ab. Doch die Kränkung war bald vergessen. Bruder Joseph konnte einen Kredit bei einem Kölner Bankhaus vermitteln, und bald stand die Firma A. J. Rothschild Söhne besser da als je zuvor. Man sah sich gezwungen, neue Räume anzumieten. Das äußere Zeichen seiner fortschrittlichen Gesinnung, ein stattlicher Vollbart, sollte Ephraim fortan die Erinnerung an jene stürmischen Zeiten wachhalten. Noch in demselben Jahre wurde der Gatte der jüngsten Schwester Marianne, Adolf Wolff, nachdem er bereits fünf Jahre hier gearbeitet hatte, als Teilhaber in das Stadtoldendorfer Stammgeschäft aufgenommen. Die beiden jüngeren Halbbrüder, Samson und Jonas, gingen zugleich als Sozien der dortigen Niederlassung nach Köln.

Es folgten wieder ruhigere Jahre. Ephraim widmete sich zunächst stärker der jüdischen Gemeinde in Stadtoldendorf, deren Vorsteher er wurde. Seine erste Sorge galt dem Bau eines eigenen Gotteshauses. Unter Erbringung erheblicher Eigenleistungen und nachdem es ihm gelungen war, ein zinsgünstiges Baudarlehen zu bekommen, konnte 1853 mit dem Bau des „Tempels" begonnen werden. Der Entwurf dazu kam vom Kreisbaumeister Haarmann aus Holzminden. 1855 wurde das fertiggestellte Gotteshaus durch den Landesrabbiner Herzfeld eingeweiht.

Als Vorsteher der örtlichen Gemeinde trennte sich Ephraim von veralteten Kultformen im Gottesdienst, falls es sich um „Leerformen" handelte und deren Abschaffung einen echten Gottesdienst nicht beeinträchtigte. Dem damals aufkommenden „Reformjudentum" abhold, war er eher orthodox gesinnt. Das „Gesetz" war für ihn verbindlich. Im übrigen sah

er keinen Widerspruch darin, Jude und zugleich deutscher Patriot zu sein. Er war sich aber auch dessen bewußt, daß viele Deutsche das anders sahen und daß für eine echte Emanzipation noch hart gearbeitet werden müsse.

Nachdem Ephraim Rothschild durch vielerlei Anregungen bewirkt hatte, daß die gewachsene jüdische Gemeinde in Stadtoldendorf eine angemessene Heimstatt bekam, ging er daran, sein eigenes Anwesen den veränderten Anforderungen anzupassen.

Seit der Übersiedlung aus der Baustraße war das Geschäft längst aus dem Mantel der ererbten zwei alten Fachwerkhäuser herausgewachsen, ganz abgesehen davon, daß die Räume - auch nach dem Umbau - nicht gerade gut für die Bedürfnisse eines modernen Geschäftshauses geeignet waren. Und nicht nur das Geschäft war größer geworden, auch der Bedarf an Wohnraum war gestiegen, seitdem das kinderlose Ehepaar drei Nichten bei sich aufgenommen hatte. Im Frühling 1855 wurden die Häuser, Ass. 176 und 177, abgerissen. Statt ihrer entstand nach den Plänen und unter Aufsicht des jungen Kreisbaumeisters Watermann ein nüchterner, aber zweckmäßiger Massivbau, der 1856 bezugsfertig war. Während sich die Firma im Erdgeschoß und in den Kellerräumen etablierte, bezog Ephraim mit seiner Familie das Obergeschoß. Das neue Haus wurde bald nicht nur zum Zentrum regen Geschäftsverkehrs, sondern auch zum beliebten Mittel- und Treffpunkt der Mitglieder des weitverzweigten Verwandtenkreises.

Wenn auch der Gang des Geschäfts in den nächsten Jahren als ruhig und gleichmäßig dahinfließend bezeichnet werden konnte, im Leben Ephraims gab es selten längere ruhige Abschnitte. Im Jahre 1859 bahnten sich neue Entwicklungen an. Es begann damit, daß die Familie von Hake, seit Jahrhunderten bei Hameln ansässig, ihren Grundbesitz im Raum Stadtoldendorf im Rahmen einer Versteigerung veräußern wollte. Das wäre nicht erwähnenswert, wenn nicht das sogenannte „Hakelehen", in viele kleine Parzellen gestückelt, seit man sich erinnern konnte, an ebensoviele Stadtoldendorfer Kleinbürger verpachtet gewesen und der größte Grundbesitzer, Herr von Campe - Giesenberg, als aussichtsreichster Bieter aufgetreten wäre.

Natürlich konnte sich jedermann an den Fingern abzählen, daß dieser, falls er den Zuschlag bekäme, die ersteigerte Fläche seinem bisherigen Areal hinzufügen würde. Die ganze Stadt geriet in helle Aufregung, als bekannt wurde, daß Herr von Campe am ersten Versteigerungstage das höchste Gebot gemacht habe, was leicht war, weil die Pächter jeder für sich boten, deshalb ganz unterschiedlich; manche von ihnen auch gar nicht bieten wollten oder konnten. (In meinen Ausführungen ist nachzulesen, daß die späten fünfziger Jahre zu den schlimmsten Notzeiten der Stadt im neunzehnten Jahrhundert gehörten.) Es bestand nun die Gefahr, daß mancher Ackerbürger seiner ohnehin schon kümmerlichen Existenzgrundlage gänzlich verlustig ginge. Andere, die nur von einem Stück Garten lebten, wären dann wohl ganz am Ende gewesen. Das alarmierte auch den Magistrat. Dieser rief eine Versammlung aller Interessenten zusammen, um gemeinsame Gegenmaßnahmen zu beschließen. Da der gewählte Vertreter des Magistrates am nächsten Tage auch nichts erreichte, sein Mandat erlaubte ihm nur, knapp über v. Campes Vortagsgebot zu gehen, bat man schließlich Ephraim, sich der leidigen Sache anzunehmen. Dieser willigte ein, versprach, anschließend das ersteigerte Land wieder den vorherigen Pächtern abzugeben, allerdings zu dem Preis, den er selbst werde aufwenden müssen. Alle waren zufrieden damit und lobten den Retter in der Not ob seiner sozialen Gesinnung. Die Begeisterung sollte aber nicht lange vorhalten. Schon bald begannen einer nach dem anderen, Ausflüchte zu erheben und vom zugesagten Rückkauf zurückzutreten. Nur vier oder sechs hielten ihre Zusage ein, und Ephraim war unversehens Besitzer von über 180 Morgen Land - zuvor besaß er lediglich 40 Morgen - und somit Rittergutsbesitzer.

Obwohl es schwierig war, den neuen Besitz, der aus vielen über die Feldmark verstreuten Parzellen zusammengesetzt war, gewinnbringend zu bewirtschaften, zumal Ephraim ja auch keinerlei Erfahrung in der Landwirtschaft hatte, gab er nicht auf. Er ließ sich einen erfahrenen jüdischen Landwirt, den sechsundzwanzigjährigen Oberinspektor Ullmann aus Coswig, vermitteln und machte ihn zu seinem „Administrator". Dieser mußte ihm, u.a. durch Umbau der Hofgebäude des Rothschildschen Grundstückes und Einbeziehung des 1857 erworbenen Grundstückes Ass. 175, einen Gutshof einrichten: Stallungen und Böden einbauen lassen, Knechte und Mägde anwerben, Vieh und Ackergerät beschaffen. Nun erst war Ephraim Rothschild Kaufmann und Rittergutsbesitzer.



Der Betrieb im Rothschildschen Steinbruch läuft auf Hochtouren.
Im Hintergrund sind Webereischornstein und Bahnhofsturm zu sehen.

Das „Rittergut Rothschild" sollte nicht lange Bestand haben. Der Kaufmann Rothschild erkannte schnell, daß er bei seinem unfreiwilligen Landerwerb mehr erworben hatte als 140 Morgen magere Äcker und Wiesen: Am Abhang des Hoopfeldes stand roter Sandstein an, in der Schillingkuhle

unter der Homburg Gips - beides abbauwürdig! Ephraim muß wirklich ein gutes Gespür dafür gehabt haben, was zukunftsträchtig war und was nicht. Schon im Sommer 1860 erhielt er auf seinen Antrag die Genehmigung zur Eröffnung des Hoopbruches auf sogenannte „Sollinger Dehl - und Legesteine, Hohlsteine und Quader". Mit Hilfe geschulter Steinhauermeister und tüchtiger Arbeiter nahm er den Betrieb umgehend auf. Ein Jahr später bekam er die Erlaubnis zum Betrieb einer Gipsbrennerei auf dem vormals Bantelschen Kampe, der sogenannten Schillingwiese. Wir wissen bereits, daß zu dieser Zeit die Erfolgsaussichten der unter der Bezeichnung „E. Rothschild, Sollinger Sandstein - und Gipsbruch" gegründeten Firma noch gering waren. Wir wissen aber auch, daß der Boom nicht lange auf sich warten ließ. Nur kurze Zeit später, spätestens aber mit dem Beginn des Eisenbahnbaues zwischen Kreiensen und Holzminden, verwandelte sich der Steinbruch in eine Goldgrube. Mit der Fertigstellung der Bahnstrecke rückte auch der Gipsbruch nach, der zunächst nur als Nebenbetrieb Estrich- und Düngegips produzierte.

Die Arbeit im Steinbruch lief bald auf vollen Touren. Als der Bau der Eisenbahnstrecke, deren Trasse dicht am Hoop entlanggeführt wurde, begann, erzwangen die Aufträge zur Lieferung von Sandsteinmaterial jeder Art die Einstellung neuer Arbeitskräfte und eine erhebliche Ausweitung des Betriebes. Groß war der Bedarf an geschliffenen Platten. Um hierbei richtig ins Geschäft zu kommen, war eine betriebseigene Schleifmühle nötig. Zwar gab es genug unrentabel gewordene Mühlen, deren Besitzer sie jetzt günstig loszuwerden trachteten. Eine davon lag sogar direkt vor dem Rothschildschen Bruchgelände. Aber ärgerlicherweise zogen sich hier die Verkaufsverhandlungen so in die Länge, daß sich Ephraim gezwungen sah, nach einem anderen geeigneten Objekt Ausschau zu halten. Schließlich entschied er sich für eine Mühle an der Gande, an der bereits in Betrieb genommenen Eisenbahnstrecke zwischen Kreiensen und Gandersheim. Mit drei Schleifringen versehen, wurde sie in Betrieb genommen. Da das zu schleifende Material bis zur Fertigstellung der Eisenbahnstrecke Kreiensen - Holzminden mit Pferdefuhren 20 Kilometer weit herangebracht werden mußte, war der damit erzielte Gewinn wohl gering, zumal es Ephraim 1864 doch noch gelang, mittels 1.000 Talern Preisaufschlag (von 6.000 auf 7.000 Taler) die seinem Bruch vorgelagerte „Hoopmühle" zu erwerben. Er ließ diese abreißen und durch einen Neubau mit Sandsteinschleifmühle, Gipspochwerk und Holzsägegitter ersetzen. Um auch in der Trockenzeit die neue Anlage nutzen zu können, ließ er eine Dampfmaschine einbauen, die nötigenfalls die Mühlräder bei Niedrigwasser als Antriebskraft ablösen sollte.

So ausgestattet war die neue Firma, deren Betriebsleiter Herr Ullmann wurde, für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet. Angemerkt sei, daß bei und trotz alledem das Geschäft in keiner Weise vernachlässigt wurde.

Neuer Ärger ließ nicht lange auf sich warten. Diesmal handelte es sich aber um eine ernsthafte Existenzgefährdung der jungen Firma, die man gerade bestmöglich abgesichert glaubte. Pikanterweise ging der Angriff von dem Mann aus, der vor nicht allzu langer Zeit den Auftrag zum Bau des neuen Rothschildschen Geschäftshauses bekommen hatte: Kreisbaumeister und Pächter des städtischen Steinbruches im Hooptal Watermann. Dieser bewog die Stadtverwaltung, auf Schließung des Rothschildschen Bruches zu klagen, weil

1. die Stadt seit alters das alleinige Steinbruchrecht im Hoop habe und
2. der Rothschildsche Bruch den Verkehr zum und vom städtischen Bruch behindere.

Der Klage wurde vor dem Staatsministerium stattgegeben. Während der 20monatigen Prozeßdauer mußte der Steinbruch des Beklagten stillgelegt werden. Ephraim erhob Widerklage und gewann. Die Klage der Stadt wurde als unbegründet zurückgewiesen. Außerdem wurde die Stadt zu einer angemessenen Verlustentschädigungszahlung verurteilt. Ephraim verzichtete großmütig.

Die Existenz seiner beiden Betriebe, in die er seine ganze Lebensarbeit investiert hat, ist endlich rechtlich gesichert. Durch die Beobachtung der technischen Entwicklung hält er Maschinen und Anlagen ständig auf dem neuesten Stand. Indem er die Produktion seines Betriebes der durch die lebhafte Bautätigkeit der Gründerjahre bedingten Nachfrage klug anpaßt, ist auch das finanzielle Fundament seiner Unternehmen fest gefügt. Bossen und Platten aus Sandstein gehen in alle schnell wachsenden Ballungsräume Nord- und Westdeutschlands und in die Niederlande. Die Niederlande sind auch Großabnehmer von Futtertrögen aus Sandstein. Das Gipswerk hat sich ebenfalls auf den Bedarf der Bauwirtschaft eingestellt. Zu den einfachen Gipsplatten und zu schnellbindendem Stuckgips ist längst eine ganze Palette von nach und nach entdeckten Möglichkeiten für das Bauen mit Gips gekommen.

Ephraim hat die meisten seiner Pläne verwirklicht, den Großteil seiner Arbeit getan. Etwas Wichtiges gelingt ihm noch im Jahre 1869. Die Eckhardsche Mühle, nach ihrer Lage auch Obermühle genannt, soll versteigert werden. Ephraim erkennt sofort die Gunst der Stunde. Es ist gar keine Frage, das Wiesengelände direkt hinter dem Damm und unter der Mauer, dazu nah' am Bahnhof und an der Einmündung der Hoopstraße in die Höxtersche Straße - und Wasser ist da, vom Teich und Eberbach - gäbe einen idealen Fabrikplatz ab! Hier könnte man eine mechanische Weberei bauen!

Die Gunst der Stunde und der Lage hat der Schmiedemeister Brüning allerdings auch schon erkannt: „Der ideale Standort für eine Maschinenfabrik!"

Ephraim schickt seinen Buchhalter Häseler. Der soll für ihn den Mühlenplatz ersteigern: „Übersteigern - wenn es sein muß!"

Er bekommt den Platz. Aber er baut nicht. Er hat genug gebaut. Er will langsam zurücktreten. Da ist noch anderes, was er machen will.

Erst muß er noch sein kleines Imperium ordnen. Sein Bruder Joseph hat den letzten Anstoß dazu gegeben. Also beschließen sie:

Sie beide, Ephraim und Joseph, treten aus der vor 28 Jahren gegründeten Firma A.J. Rothschild Söhne aus. Das Geschäft in

Stadtoldendorf soll der Schwager Adolf Wolff hinfort leiten. Er soll auch die neue mechanische Weberei bauen. Bis es soweit ist, pachtet Ephraim das Grundstück. Das soll den Schwager vor Zinsverlusten bewahren. Die beiden Brüder, Samson und Jonas, übernehmen die Filiale in Köln, wo sie schon lange wohnen. Der Ehemann der in Ephraims Familie großgewordenen Nichte Philippine, Carl Ullmann, übernimmt Landwirtschaft, Steinbruch und Gipswerk E. Rothschild als Teilhaber. Zweiter Teilhaber wird der Ehemann der zweiten Nichte in Ephraims Haus (Rosa), Falk. Er unterstützt auch Carl Ullmann. Dritter Teilhaber wird Samuel Leeser, Ehemann der dritten Nichte im Haus, Julie. Samuel Leeser soll für die Buchführung verantwortlich sein.

So weit - so gut. Aber was tut Ephraim? Er hat voraussichtlich noch viele Jahre zu leben. Will er, der Ewig-Rastlose, die Zeit mit Müßiggang verbringen? Keinesfalls! Er hat alles aufs beste bestellt. Wie könnte es ihm gleichgültig sein, was weiter damit geschieht? Als Beobachter, als Ratgeber ist er immer noch da - wenn er gebraucht wird! Aber er ist klug genug, die Nachfolger rechtzeitig an Verantwortung zu gewöhnen.

Und Ephraim beschäftigt sich noch mit etwas anderem, etwas, was ihn schon länger interessiert, womit er sich auch schon dann und wann beschäftigte, dem er sich aber nur beschränkt widmen konnte: Er betrieb nationalökonomische Studien. Wie er dazu kam? Das erzählt nachfolgender Bericht.

1860 - Ephraim ist 52 Jahre alt und erfährt aus der Zeitung, daß in Köln, auf dem Kleinen Gürzenich, der Deutsche Volkswirtschaftliche Kongreß stattfindet. Für Ephraim ist das etwas Neues, Unbekanntes. Neugierig und für alles Neue, besonders im Wirtschaftsleben, aufgeschlossen wie er ist, beschließt er, der Sache auf den Grund zu gehen. Im Einvernehmen mit seiner Frau will er deshalb ein paar Tage zu seinem Bruder Joseph nach Köln fahren. Er reist per Postkutsche und trifft in dieser einen Kongreßteilnehmer, von dem er sich den Begriff „Volkswirtschaft" erklären läßt.

Volkswirtschaft, erfuhr er, sei die gesamte Arbeitsleistung des Volkes. So seien z.B. Landwirtschaft, Industrie wie alle gewerblichen Tätigkeiten Teile der Volkswirtschaft oder Nationalökonomie. Ephraim war an der Sache interessiert und wurde Mitglied. Damals war die Volkswirtschaft fast ausschließlich eine Sache für Gelehrte. Aber er war lernbegierig und hörte sich aufmerksam alle Vorträge an. Er fand, ein solcher Kongreß sei für die Hörer eine Schule für richtiges Denken.

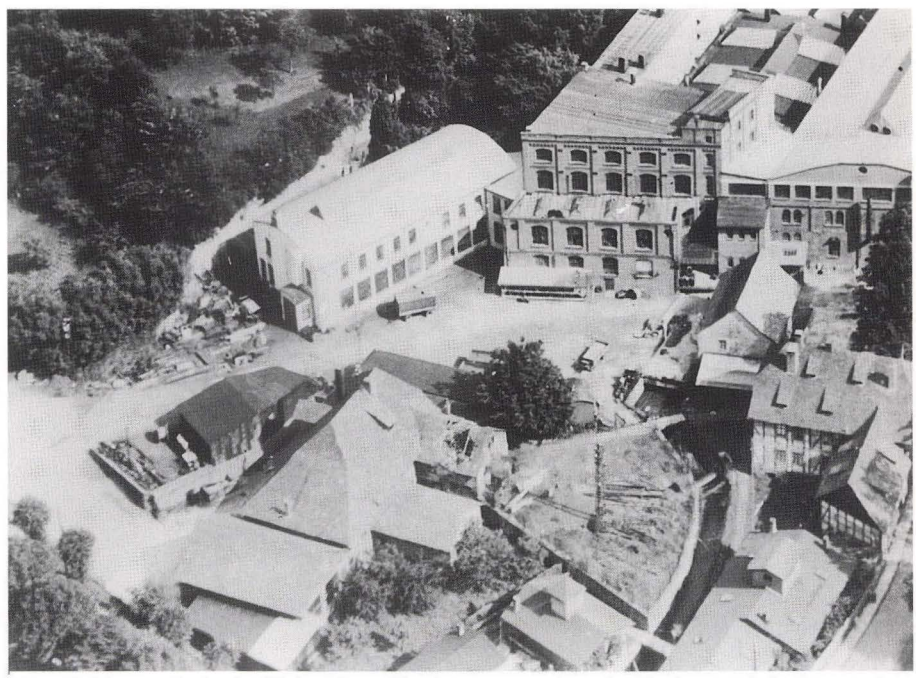
In der Zeit von 1860 - 1875 besuchte er allein 9 Kongresse. Mitunter nahm er auch seine Frau mit, denn Abschluß eines Kongresses war stets ein geselliger Teil. In Köln etwa luden die Honoratioren der Stadt zu einer gemeinsamen Dampferfahrt auf dem Rhein ein und gaben anschließend einen Empfang.

Ephraim lernte auf den Kongressen viele kluge und angesehene Persönlichkeiten kennen und pflegte mit ihnen ausführlichen Gedankenaustausch. Daß er nicht nur passives Mitglied war, geht aus der Anzahl der von ihm verfaßten Denkschriften und aus deren Inhalt hervor.

1873 verfaßte er eine Denkschrift über die Vorteile, die eine Verstaatlichung aller deutschen Eisenbahnen, die damals noch in privater Hand waren, hätte. Ein Exemplar schickte er auch an Bismarck. Die Schrift sollte auf dem Kongreß in Krefeld, 1874, Gegenstand einer Aussprache sein, aber es unterblieb, da das Thema zu brisant war. Dasselbe geschah auch 1875 in München (Bayern war dagegen!), was Ephraim sehr verstimmte. 1876 legte er eine Schrift über die Vorzüge des Freihandels gegenüber dem Schutzzollsystem vor. 1894 hieß das Thema : „Rationelle Wasserwirtschaft". Hier schlug er z.B. die Anlage von Talsperren zur Speicherung des sonst nutzlos verströmenden Wassers und eine rationelle Verteilung in Trockenzeiten vor.

Über Ephraims Interessen, seine Gedanken und sein Wirken könnte noch vieles gesagt werden. Das würde aber den vorgegebenen Rahmen sprengen. Das bisher Gesagte sollte auch ausreichen, um ihm den Rang eines außergewöhnlichen Menschen zuzuerkennen. Immerhin hatte er schon das nahezu biblische Alter von 86 Jahren erreicht, als er die Denkschrift über rationelle Wasserwirtschaft erstellte. Ohne Zweifel waren seine Gedanken der Zeit weit vorausgeeilt. Dabei war er kein Fachwissenschaftler, der in einer modernen Großstadt lehrte. In einer abgelegenen Kleinstadt ging er einer praktischen und absolut kommerziellen Tätigkeit nach.

Natürlich könnte man einwenden, das ganze Gerede um die Rothschilds sei doch Übertreibung. In der Gründerzeit habe es noch ganz andere Leute gegeben, die viel Größeres auf



Das Betriebsgelände der Weberei von Nordwesten gesehen. Im Vordergrund die Bensesche Mühle und das Raviorsche Haus. Im Raviorschen Haus richtete Max Levy 1906 den ersten Stadtoldendorfer Kindergarten ein. Der Abriß der Gebäude erfolgte erst 1957/58.

die Beine gestellt haben, etwa die Krupps, Stinnes und Thyssens, die, aus zuvor unbekannten Familien stammend, im Rheinland zu „Schlotbaronen" oder „Kanonenkönigen" aufstiegen, große Vermögen bildeten und erhebliche Wirtschaftsmacht erlangten. Was seien dagegen die Rothschildschen Firmen in Stadtoldendorf gewesen!

Nun, für Stadtoldendorf waren sie viel. Aber es soll hier auch gar nicht der Eindruck erweckt werden, der Aufstieg der Familie Rothschild und die Entwicklung Stadtoldendorfs im 19. Jahrhundert durch sie sei etwas Einmaliges gewesen. Will man den Lebensweg einer Persönlichkeit, ihre Leistungen oder ihr Versagen aufzeigen und objektiv beurteilen, muß man die Situation, in der sich der zu Beurteilende damals befand, als feste Größe in die Beurteilungskriterien einbeziehen. Daraus ergibt sich die Frage nach den Voraussetzungen, die für bestimmte Entwicklungen unerläßlich sind. So entstanden große Ballungsräume wesentlich dort, wo Energiequellen (Kohlenflöze) günstig zu erschließen und diese außerdem verkehrsgünstig zu erreichen waren. In Stadtoldendorf war beides nicht gegeben. Welche Voraussetzungen bestanden dann in Stadtoldendorf und wie nutzte Ephraim sie aus?

Als er das Geschäft seines Vaters übernahm, spielte in Stadtoldendorf und Umgegend die Hausweberei eine Rolle. Außerdem gab es Bauern, Ackerbürger und Handwerker. Den Webern lieferte er Garne und nahm ihnen die gewebten Stoffe wieder ab. Alle Kunden versorgte er nach ihren Bedürfnissen. Um die Stadt standen abbauwürdiger Sandstein und Gips an. Ephraim kam mehr oder minder zufällig in den Besitz ausbeutungslohnender Flächen. Als die Voraussetzungen für gewinnbringende Nutzung gegeben waren, reagierte er sofort und baute die Brüche so aus, daß sie zu „Goldgruben" wurden - bei Beschäftigung von bis 350 Arbeitskräften. Sein Geschäft war zu großen Teilen für den Ankauf, Verkauf und Versand von Manufakturwaren (Woll- und Leinenstoffen) eingerichtet; Lieferanten waren hier teilweise Hausweber (unter Vertrag) und Webereien. Die Hausweberei ging, da immer weniger lohnend, in den 50er/60er Jahren stark zurück ,und die mechanischen Webstühle beherrschten zunehmend das Feld. Warum sollte man sich eigentlich mit dem Zwischenhandel begnügen und nicht selbst produzieren? Folgerung: Ankauf der Obermühle als Grundstück für eine eigene mechanische Weberei, die der Nachfolger Adolf Wolff aufbauen und leiten soll - 40, später bis fast 1.000 Personen, darunter viele ehemalige Hausweber, erhielten dadurch Arbeit.

Ephraim Rothschild hat die jeweils gegebenen Voraussetzungen erkannt und stets klug genutzt - mit Klotzen, nicht Kleckern! -, zum eigenen Nutzen, aber auch zum Nutzen der Stadt und ihrer Bewohner. Die Arbeitslosen verschwanden, und die Stadt konnte ausgebaut werden. Sie erhielt auch viele Stiftungen. Hier ein Beispiel bezüglich des Steueraufkommens für 1914: [27]

Es zahlten rund 3.500 christliche Einwohner: 421.000 RM
57 jüdische Einwohner: 828.000 RM

Jedermann weiß, weshalb das Steueraufkommen für die Gemeinden wichtig ist.

Ich kenne noch die alten (?) Sprüche, etwa:
„Warum sind die Juden so reich geworden?" „Weil sie Hungerlöhne zahlen und ihre Waren teuer verkaufen." Es ist nicht leicht, heute das Gegenteil zu beweisen. Wer kennt noch die Lohn- und Preislisten spezieller Betriebe und Geschäfte von damals und kann daran die Relationen aufzeigen?

Sicher und beweisbar ist aber, daß Leute wie Abraham Rothschild und sein Sohn Ephraim, die Wolffs und Levys, es waren, die die durch die Industrialisierung sich eröffnenden Möglichkeiten erkannten, durch Risikobereitschaft, Einsatz ihres Kapitals und umsichtiges Handeln die wirtschaftliche Wende im vorigen Jahrhundert vorantrieben und endlich schafften, was allen dann zugute kam, ihnen natürlich auch. Aber wer wollte es ihnen schon neiden, angesichts der Tatsache, daß sie einer ganzen Region Arbeit und Brot gegeben und dessen, was sie für die Stadt Stadtoldendorf sonst geleistet haben. Heutzutage, da kaum ein Tag vergeht, ohne daß im Fernsehen und in den Zeitungen über mögliche Industrieansiedlungen und die Folgen für ein Land, das seine Bedeutung als Wirtschaftsstandort verliert, diskutiert wird, kann man die Aufbauleistungen von damals kaum hoch genug einschätzen.

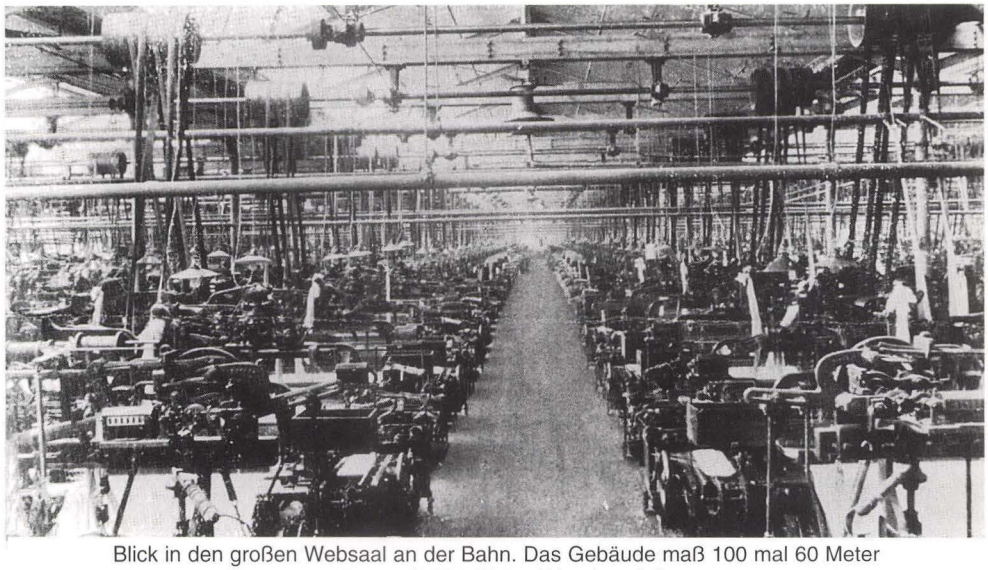


Jubilarehrung in der Weberei. Es ist anzunehmen, daß sich unter den Abgebildeten auch ein oder mehrere Teilhaber des Werkes befinden.

A. J. Rothschild Söhne
Mechanische Weberei, Bleicherei, Färberei und Appretur- Anstalt Stadtoldendorf
Kurzer Abriß der Firmengeschichte 1869 - 1913

1869 Ephraim Rothschild kauft für seinen Schwager Adolf Wolff die Obermühle (auch Eckhartsche Mühle genannt) im Hoop zum Zwecke der Errichtung einer mechanischen Weberei. Eine offene Handelsgesellschaft wird gegründet. Betriebskapital: 110 000 Taler. Bau einer Halle für 40 mechanische Webstühle und eines Kesselhauses zur Aufnahme einer Dampfmaschine mit 30 PS

1873 Aufnahme der Produktion in dem neuen Werk. Die Mangel und die Versandabteilung bleiben vorerst in den Gebäuden am Kükenschnipp. Stoffe werden zum Blaufärben nach Köln geschickt. 70 Beschäftigte.
Weitere Baumaßnahmen in der Hoopstr.:- Kontor, Leinenlager und Packraum. Erhebliche Anfangsschwierigkeiten müssen überwunden werden.



Blick in den großen Websaal an der Bahn. Das Gebäude maß 100 mal 60 Meter und war mit 820 Webstühlen bestückt.

1878 Erste Erweiterungsbauten an der Fabrikanlage: Spulerei und Mangel. 130 Beschäftigte.

1880 Produktion von Schneiderleinwand („Bügelfreies Wattierleinen"). Versand auch ins Ausland (Niederlande, Belgien, Schweiz, Großbritannien).
140 Beschäftigte (Zahl nicht gesichert, an anderer Stelle werden 200 angegeben).

1883 140 Beschäftigte.

1885 190 Beschäftigte.

1890 Bedeutende Erweiterungsbauten: Gebäude für Baumwollweberei und eine leistungsfähige Ausrüstungsanstalt. 275 Beschäftigte.

1894 475 Beschäftigte.

1898 560 Beschäftigte. Aus der bisherigen Offenen Handelsgesellschaft wird eine Aktiengesellschaft. Einlagekapital: 2.400 00 Mark. Zu dieser Zeit beginnt der Aufbau des Werkes II zwischen Bahn und Deenser Straße. Erstes Bauvorhaben: Errichtung eines großen Websaales an der Bahn, Endzustand: 100 x 60 Meter mit 820 Webstühlen. Firma fertigt als eines der ersten deutsche Unternehmen baumwollene Futterstoffe und Satin. Echtfärberei von Baumwollgewebe.

1900 565 Beschäftigte.

1905 715 Beschäftigte.

1905 Bau einer vorbildlichen Färberei nach dem neuesten Stand der Technik. Verlegung einer Wasserleitung für weiches Wasser aus Schorborn. Verlegung von Rohren für eine Kanalisation. Die Entwicklung und Anwendung der Airosin-Echtfärbung, die den Farben eine bisher unerreichte Leuchtkraft und Haltbarkeit in den damit gefärbten Stoffen verleiht, sowie die Eleganz der Ausstattung bringen der Firma europäischen und Weltruhm. Hohe Qualität und günstiger Preis lassen auch hier „Made in Germany" zum Gütesiegel werden.

1910 880 Beschäftigte. Erweiterungsbauten im Werk I (an der Hoopstraße): Färberei, Appretur-Anstalt, Lager und Versand für die Baumwollabteilung. Zur Erweiterung der dortigen Betriebsfläche und für den Bau einer Kläranlage wird die Bensesche Mühle erworben. Errichtung des Eisenbeton- Hochbaues an der Deenser Straße. Darin ist die gesamte Vorbereitung untergebracht: Spulerei, Winderei, Schärerei, Schlichterei, weiter das Garnlager, Aufenthaltsräume, Speisesäle und Ankleideräume. Ein Teil der Webstühle ist automatisiert.
Die Weberei befindet sich mit einem Umsatz von 7 - 8 Millionen Mark im Zenit ihrer Entwicklung.

1913 940 Beschäftigte.
„Das stete Bestreben der Firma A. J. Rothschild Söhne, sich alle technischen Neuerungen nach peinlichster Prüfung dienstbar zu machen, hatte nicht nur höchstes Können im Gefolge, sondern auch eine rationelle Ausnutzung aller Betriebsmittel und damit die Möglichkeit, mit den Preisen jedem Wettbewerb erfolgreich zu begegnen".
Aus einem Prospekt.

Anmerkungen

1 Rauls, Wilhelm, Stadtoldendorf , Stadtoldendorf 1974, S. 135
2. „ S. 106
.3. „ S. 112
4. „ S. 131
5. „ S. 138
6. „ S. 219 (Tabelle)
.7. „ S. 133
.8. „ S. 140
.9. „ S. 140
10 „ S. 141
11 „ S. 140
12 „ S. 141
13 „ S. 141
14 „ S. 141
15 „ „ S. 149
16 Ullmann, Fred, Ephraim Rothschild und sein Lebensweg, maschinengeschrieben, Stadtoldendorf 1936, S. 28
17 Rauls Wilhelm, Stadtoldendorf Stadtoldendorf 1974, S. 151
18 „ S. 152
19 „ S. 219 (Tabelle)
20 „ S. 150, 151, 154- 156
21 Nds. Staatsarchiv Wolfenbüttel Judenstammrolle für Amtsbezirk Stadtoldendorf und Synagogenregister Stadtoldendorf, 3 Kb 28 u. 3 Kb 29
22 Ullmann, Fred, nach schriftlicher Mitteilung von G. Ballin, Seesen
23 Alle Daten: Ullmann, Fred (s. oben!)
24 Mayers Konversationslexikon 5. Auflage 1897, 14. Band, S. 949
25 Judenstammrolle Stadtoldendorf (s. Nr. 21!)
26 „ „ (s. Nr. 21!)
27 Kuessner, Dietrich, in „Kristallnacht" und Antisemitismus im Braunschweiger Land, Selbstdruck.

Literaturnachweis

Eggeling, E. Chronik von Stadtoldendorf der Homburg und Amelungsborn, Stadtoldendorf 1936

Greive, Hermann, Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983

Kuczynski, Jürgen, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 3, Köln 1983

Judenstammrolle für den Amtsbezirk Stadtoldendorf, 3 Kb 28, Nds, Staatsarchiv Wolfenbüttel

Mayers Konversationslexikon, 5. Auflage 1897, 9. und 14. Band, Leipzig und Wien

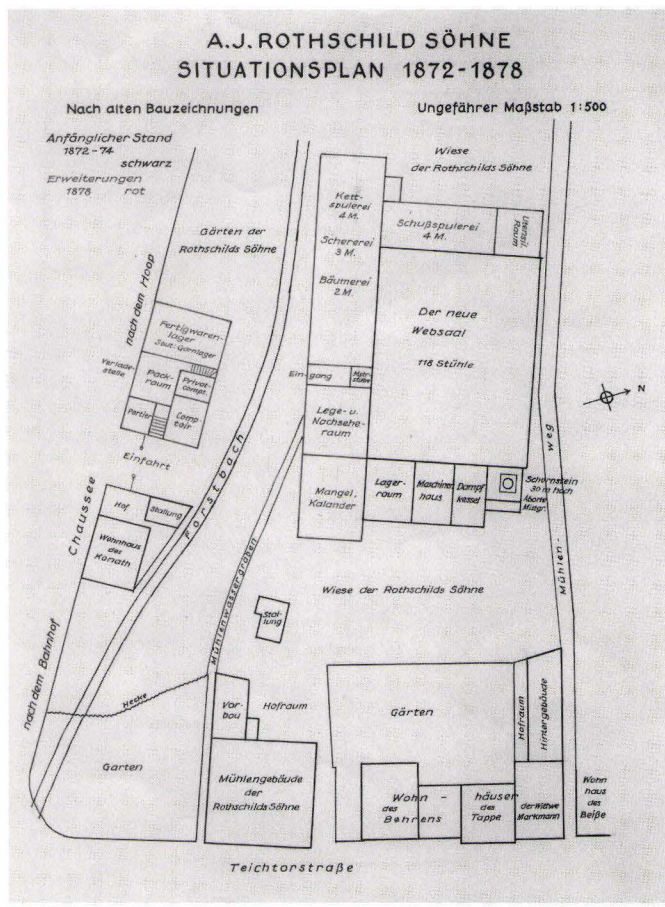
Rauls, Wilhelm, Stadtoldendorf unter der Homburg und das Kloster Amelungsborn, Stadtoldendorf 1974

Roloff, Ernst August; Vögel, Bernhild; Kuessner, Dietrich, „Kristallnacht" und Antisemitismus im Braunschweiger Land, Drei Vorträge im November 1988

Rothschild, Ephraim, Lebenserinnerungen, handschriftlich niedergelegt, Stadtoldendorf 1893 - 1901

Synagogenregister Stadtoldendorf, 3 Kb 29, Nds. Staatsarchiv Wolfenbüttel

Ullmann, Fred, Ephraim Rothschild, Stadtoldendorf i. Br. und sein Lebensweg, maschinengeschrieben, Stadtoldendorf 1936



Die jüdische Kultusgemeinde Stadtoldendorfs und die Synagoge

Christoph Ernesti

Erstmalig urkundlich erwähnt werden jüdische Familien in Stadtoldendorf und den umliegenden Dörfern zum Ende des 18. Jahrhunderts[1]. Zur Bildung einer jüdischen Kultusgemeinde kommt es jedoch erst Anfang des 19. Jahrhunderts. Nach siegreichen Schlachten bei Jena und Auerstedt gegen das preußische Heer 1806 läßt Napoleon im Jahre 1807 das Königreich Westfalen ausrufen. Zum König ernennt er seinen Bruder Jerome, der Kassel zur Hauptstadt erklärt. Der Herrschaftsbereich des Franzosen umfaßt auch das Herzogtum Braunschweig. Somit wird Stadtoldendorf zum Canton im Distrikt Einbeck, der wiederum zum Leinedepartement Göttingen gehört. Im neuen Königreich gilt als Gesetzbuch der Code Napoleon, der allen Bürgern Gleichberechtigung und Freiheit in der Ausübung ihrer Religion garantiert. Diese Regelungen gelten jedoch nur bis 1813. Dann kehrt der Herzog auf seinen Thron zurück, und die Juden verlieren wieder ihre Bürgerrechte. Die Kultusfreiheit bleibt jedoch bestehen.

Wie viele andere Kapitel jüdischen Lebens in Stadtoldendorf, so ist auch die Geschichte der Kultusgemeinde und der Bau der Synagoge eng mit der Person von Ephraim Rothschild verbunden. Seit dem Revolutionsjahr 1848 betätigte er sich als Vorsteher der heimatlichen Religionsgemeinde. Zu dieser Zeit wurden „die Gottesdienste der israelitischen Kultusgemeinde in einem Bethaus an der Ecke Försterstieg und Hagenturm abgehalten" wie die Eggelingsche Chronik[2] vermerkt. Rothschild wünschte sich jedoch für seine Gemeinde ein richtiges Gotteshaus, und so erwarb er „spesenfrei eine Synagogenbaustelle in der Kuhstraße und stiftete gleichzeitig auch den erheblichen Zwischengewinn aus dem Verkauf eines Bauernhofes als Grundstock für den Baufonds des Gotteshauses"[3]. 1853[4] wurde an der beschriebenen Stelle, nahe dem Camphof, der sogenannte „Tempel" erbaut, wie die Synagoge im Volksmund allgemein genannt wurde. Noch im gleichen Jahr fand die Einweihung durch den Landesrabbiner Dr. Herzfeld statt. Das nach den Entwürfen des Kreisbaumeisters Haarmann[5] aus Holzminden entstandene neue Gotteshaus war ein schlichter Fachwerkbau, der sich nur durch die seitlichen hohen Spitzbogenfenster, die an eine gotische Kirche erinnerten, von den umliegenden Gebäuden unterschied. Bei der Finanzierung des Baues bewies Ephraim Rothschild einmal mehr sein kaufmännisches Geschick. So heißt es im Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 11. August 1856, daß zum Bau der Synagoge beim Herzoglichen Leihhaus Holzminden eine Anleihe aufgenommen worden sei, offenbar zu günstigen Bedingungen: 3 1/2% Zins, 1% jährliche Amortisation. Die Stadtoldendorfer wollten gerne für die Begleichung ihrer Kapitalschuld, hervorgerufen durch den Schulhausbau, ähnliche Konditionen mit der Holzmindener Kreditanstalt aushandeln.

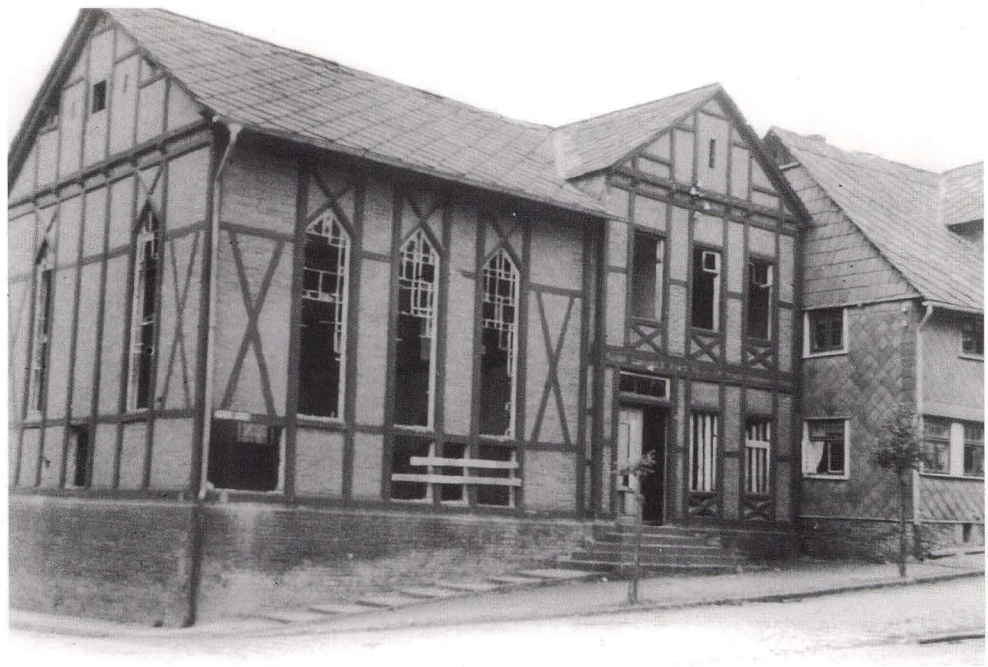
Warum es in späteren Zeiten nicht zu einer Ausschmückung, Umgestaltung oder gar zum Bau einer neuen, prächtigeren Synagoge kam, obwohl allein durch die wirtschaftliche Stellung der Gesellschafter der Weberei Rothschild das notwendige Kapital hierzu sicherlich vorhanden gewesen wäre, läßt sich nur vermuten. Tatsache ist jedoch, daß die tiefgreifenden politischen Veränderungen während des 19. Jahrhunderts auch zu einem entscheidendem Wandel innerhalb des deutschen Judentums führte. Abkehr vom orthodoxen Glauben, der gleichgesetzt wurde mit der eigenen gesellschaftlichen Isolation, gehörte mit zu den ersten Schritten auf dem Weg der Assimilation[6]. Am Ende stand der deutsche Bürger mit jüdischer Konfession, der nur an hohen Feiertagen die Synagoge besuchte. Ephraim Rothschild selber war ein gutes Beispiel für diesen beginnenden Wandel, der schließlich in einer tiefen Krise der jüdischen Kultusgemeinden schon vor der Machtübernahme der Nazis endete. So ist seinen Lebenserinnerungen zu entnehmen, daß „die politischen Ereignisse des Revolutionsjahres[7] nicht ohne Wirkung auf seinen allem, edlen Fortschritt zugewandten Geist"[8] blieben. Desweiteren wird sein Verhältnis zum eigenen Glauben und sein Wirken als Gemeindevorsteher wie folgt beschrieben: „Obwohl orthodox gesinnt und sein Leben nach dem Gesetz regelnd, . . . bestand er auf Abschaffung veralteter Kultformen und einer dem lebenden Geschlecht angemessenen Andachtsweise."[9]

50 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges läßt sich nur noch weniges über das Gemeindeleben der jüdischen Religionsgemeinschaft von Stadtoldendorf rekonstruieren, die spätestens mit der Zerstörung der Synagoge in der Pogromnacht 9./10. November 1938 aufhörte zu existieren. Die Lebenserinnerungen von Rothschild enthalten nur die Detailinformation, daß sich „30 Jahre später" (nach dem Bau der Synagoge) „in dem Wolffschen Schwiegersohn Matzdorf[10] eine Persönlichkeit fand, welche die Feierlichkeiten des Gebetes durch künstlerisches Harmoniumspiel zu steigern verstand." Seit 1893 war der Lehrer Salomon Braun, geboren in Sohren, Kreis Zell an der Mosel, der Seelsorger der jüdischen Gemeinde. 46 Jahre übte er dieses Amt nach Aussage seiner Tochter Else Block aus. Braun nahm auch das Schächten[11] vor und erteilte den jüdischen Kindern Religionsunterricht. Salomon Braun, der im 1. Weltkrieg als Lehrer an der Bürgerschule aushalf, war eine stadtbekannte und allgemein angesehene Persönlichkeit, die vielen Stadtoldendorfern in Erinnerung geblieben ist. 1952 schreibt der Stadtdirektor Heinrich Oppermann an die Tochter Else Block: „Wohl alle jüdischen Familien genossen hier bestes Ansehen und das trifft auch für die Familie Braun zu, die mir sehr gut bekannt war. Mit Ihrem Vater und Herrn Lichtenstein habe ich manches liebe Mal im Bahnhofshotel am Biertisch gesessen und Skat gespielt." Ob der jüdische Seelsorger das Städtchen unter der Homburg in ähnlich sonniger Erinnerung behalten hat, ist zu bezweifeln, nachdem er die Zerstörung und Plünderung seines Gotteshauses miterleben mußte, das schließlich auf Abbruch verkauft wurde. Anfang August 1939 verzog Braun zusammen mit seinem Sohn Arthur und der Haushälterin Helene Kunert nach Hannover,

wo er am 18. Juni 1940 verstarb. Der Sohn und die Haushälterin, die noch im Oktober 1939 heirateten, wurden am 19. Dezember 1941 nach Riga deportiert und gelten als verschollen.

Im April 1908 verlieh die Braunschweigische Landesregierung den jüdischen Gemeinden in Braunschweig, Wolfenbüttel, Seesen, Stadtoldendorf und Holzminden die Eigenschaft öffentlich rechtlicher Körperschaften. Gleichzeitig wurde festgelegt, daß der jeweiligen jüdischen Gemeinde alle Personen jüdischen Bekenntnisses angehören sollten, die länger als drei Monate ihren Aufenthalt in diesem Bezirke hatten[12]. Demnach gehörten 57 Personen der jüdischen Gemeinde von Stadtoldendorf im Jahre 1914 an, und sie war damit die größte im Landkreis Holzminden. Dies sollte auch bis zum Ende so bleiben. Noch im Jahre 1933 wird die Zahl der Juden in Stadtoldendorf mit 56 angegeben, während die anderen Gemeinden im Landkreis durch die zunehmende Auswanderung schon stark geschrumpft waren. Für Holzminden werden für das gleiche Jahr noch 46 Bürger mosaischen Glaubens verzeichnet.[13] Mit dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen vom 28. März 1938[14] verloren die jüdischen Gemeinden wieder ihren Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie galten fortan als Vereine und mußten die Eintragung in das Vereinsregister beantragen. Gottesdienste waren schon seit dem 21. Dezember 1936 nicht mehr möglich, da an diesem Tag das Gesetz über das Verbot jüdischer Versammlungen und Veranstaltungen[15] in Kraft trat.

Ob in diesem Zeitraum noch Gottesdienste in der Stadtoldendorfer Synagoge abgehalten wurden, und wie rege die Teilnahme der Gemeindemitglieder war, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Spätestens jedoch seit Beginn der dreißiger Jahre befanden sich die Kultusgemeinden im Braunschweiger Land, ebenso wie im gesamten Reich in einer empfindlichen Krise. Hintergrund war das immer liberaler gewordene Verhältnis der Juden zur eigenen Religion. Eine Entwicklung, die mit der voranschreitenden Assimilation einherging. Bei einigen ländlichen und kleinstädtischen Gemeinden spielte auch die Abwanderung vom Land in die Stadt oder die endgültige Auswanderung eine Rolle. Nach Aussage eines Holzmindener Judens „lebten die wenigstens noch koscher[16]. Zum gemeinsamen Gebet in der Synagoge ging man nur noch an den hohen jüdischen Feiertagen."[17] Der Pastor Dietrich Kuessner beschreibt die Gesamtsituation treffend in seiner Veröffentlichung „Die Pogromnacht im Braunschweiger Land": „Die Gemeindevorsteher beklagen den Liberalismus, der die Synagoge entvölkert habe. So wie man in Braunschweig Christ sein kann ohne Gottesdienst und Kirche, so kann man offenbar Jude sein ohne Synagoge und Gemeinde. Die jüdische Wochenzeitung geißelt diesen Individualismus in einem Leitartikel scharf. „Nirgends ist der Abfall vom Religiösen und die religiöse Dekadenz größer als bei den Juden Westeuropas . . . Der Dollar und der Kurszetttel sind zum Morgen- und Abendgebet geworden." Weiterhin ist von Kuessner zu erfahren, daß schon im Fühjahr 1938 Verhandlungen über den Abbruch der Seesener Synagoge geführt wurden und die Holzmindener Synagoge geschlossen war.[18]



Die Stadtoldendorfer Synagoge nahe dem Camphof, fotografiert unmittelbar nach der Pogromnacht 9./10. November 1938. Das Gotteshaus wurde 1939 abgerissen.

Die Pogromnacht[19] vom 9. auf den 10. November 1938 markierte einen Wendepunkt in der Politik des NS-Regimes gegen die Juden. Hatte man bis zu diesem Zeitpunkt unter Mißbrauch des Rechtstaates mit Verordnungen und Gesetzen gegen die Juden operiert, so handelte es sich hierbei um einen unverhohlenen und staatlich sanktionierten Terrorakt mit Symbolcharakter. Die Botschaft war eindeutig und unmißverständlich: „Verschwindet, bevor es zu spät ist!" Somit waren besonders die Synagogen als Wahrzeichen jahrhundertealten Judentums auf deutschem Boden Ziel des Terrors und der Zerstörung. Noch vor Mitternacht des 9./10. November empfingen alle Gestapostellen im Reich ein Fernschreiben des Chefs der Geheimen Staatpolizei H. Müller aus der Zentrale in Berlin, in dem es hieß: „Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden . . . ."[20]

Die Leitung der sogenannten „Judenaktion" in Stadtoldendorf übernahm der Sturmbannarzt Dr. med. Bahrs, der bestens instruiert war und seine Aufgabe ernst nahm. Während vielerorts Horden der SA und SS blindwütig ihrer Zerstörungslust frönten, behielt Bahrs einen kühlen Kopf und ging systematisch vor. Bahrs war auch nicht die Anweisung Heydrichs[21] an die Gestapostellen entgangen, in der darauf

hingewiesen wurde, daß Archivmaterial in den Synagogen sicherzustellen sei. Heydrich hatte klar formuliert, um was es ihm ging. „Es kommt nicht auf neuere Steuerlisten usw. an, sondern auf das historisch wertvolle Material."[22] Gemeint waren unter anderem die Thorarollen. So gab der Lehrer an der Bürgerschule Walter Löding, selbst SA-Mann, nach dem Krieg zu Protokoll, er sei von seinem Lehrerkollegen, dem SA-Führer Spröttge, am Vormittag des 10. November 1938 aus dem Unterricht geholt und zur Synagoge abkommandiert worden. „Ich fand dort verschiedene Papiere, darunter zwei Gebetsrollen, die mich interessierten und die ich mir dann eingehend ansah . . . . Als ich am Vormittag die Synagoge betrat, war die Inneneinrichtung beschädigt, auch wohl demoliert, es ist auch möglich, daß die Beleuchtungskörper heruntergerissen waren, es lagen Zeitschriften herum unter anderem. Jedenfalls erinnere ich mich, daß das Gebäude selbst, meiner Erinnerung nach auch die Fenster, noch unbeschädigt waren. Nach meiner Auffassung ist in einer der drauffolgenden Nächte die vollständige Zerstörung der Synagoge vorgenommen worden." Die Aussage des Lehrers ist ein schönes Beispiel, wie nah Dichtung und Wahrheit beieinanderliegen. Tatsächlich wurde er mit dem festen Auftrag zur Synagoge geschickt, dort die Gebetsrollen sicherzustellen und sie auf Befehl von Dr. Bahrs auf den Boden der Bürgerschule zu bringen. Nur so ist auch zu erklären, daß der in Stadtoldendorf allgemein angesehene Mediziner Bahrs, der nach dem Krieg seine Praxis unbehelligt weiterbetreiben konnte, in der Kulturauschußsitzung am 27.10.1958 mitteilte, daß auf dem Schulboden zwei große Thorarollen[23] lägen, die aus der ehemaligen Synagoge stammten. Vorschlag des Landarztes: die Thorarollen sollten fortan im Heimatmuseum der Stadt aufbewahrt werden, bis Eigentumsansprüche geltend gemacht würden. Ehrenamtlicher Leiter des Museums war er selbst. Daß dies nicht der richtige Weg sein konnte, war dem damaligen Stadtdirektor Stadtoldendorfs, Heinrich Oppermann, wohl bewußt. Er informierte den Landesverband der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen über den „Fund". 20 Jahre nach der Zerstörung der Synagoge erhielt der Landesverband in Hannover schließlich am 9. Dezember 1958 die Thorarollen von der Stadt Stadtoldendorf zurück.

Doch zurück zu den Ereignissen des 10. November 1938. Nicht ohne Grund kann Walter Löding sich in seiner Jahre später gemachten Aussage gut daran erinnern, daß unter anderem die Fenster der Synagoge zu diesem Zeitpunkt noch unbeschädigt waren. Bewaffnet mit langen Eisenstangen ging er nur wenig später daran, zusammen mit seinen Kumpanen, dem Rektor der Bürgerschule, Kuhlmann, Mitglied der SA und dem SA-Führer Spröttge die Fenster zu zertrümmern, woran sich ein Zeitzeuge noch bestens erinnern kann. Der gerade vom Reichsarbeitsdienst zurückgekehrte Kurt Z. machte mit seiner Kleinbildkamera das letzte Bild von dem äußerlich unzerstörten Gotteshaus, bevor sich die Täter ans Werk machten.

Auch einem anderen Stadtoldendorfer ist die Zerstörung der Synagoge für immer in Erinnerung geblieben. Wilhelm M. war 1938 Lehrling bei der Buchdruckerei Lönneker. In dem Ladengeschäft am Markt bestand auch die Möglichkeit, Paßfotos machen zu lassen. „Am Morgen des 10. oder 11. Novembers stürmte der Dr. Bahrs bei uns in den Laden und schrie: 'Kommen Sie schnell, kommen Sie schnell! Der Auszug der Kinder Israel wird vorbereitet, das haben Sie zu dokumentieren!' Daraufhin wurden die Schwester meiner Lehrchefin und ich losgeschickt, um Fotos von der zerstörten Synagoge zu machen. Ich kann mich erinnern, als wir zur Synagoge kamen, daß sie demoliert war, Scheiben eingeschlagen, und es lagen auch verkohlte Balken im Innenraum. Der Brand muß aber kleiner gewesen sein, da man befürchtete, daß das Feuer auf die eng beistehenden Fachwerkhäuser übergreift. Vor Ort war keine Bevölkerung, sondern nur befohlene SA," so der damals 17-jährige Wilhelm M.

Der TAH Holzminden meldete in seiner Ausgabe vom Freitag, 11. November 1938 unter der Überschrift „Der Judentempel ausgeräumt": „. . . Die Synagoge vor dem Camphof wurde gestürmt und der Babel den hellauflodernden Flammen übergeben." Die 83-jährige Erna M. kann sich noch gut erinnern: „Es war am Abend des 10. November, so zwischen 22 und 23 Uhr. Ich sah aus dem Fenster und sah Rauch und Feuer über der Stadt. Das mußte so Ecke Pikenhagen sein. Ich sagte zu meinem Onkel, der gerade nach Hause gekommen war 'Du in der Stadt brennt es. Hast Du denn gar nichts gemerkt? Ich gehe mal gucken.' Ich bin dann in die Innenstadt. Der Feuerschein kam von der brennenden Synagoge. Da waren jede Menge Menschen und die Feuerwehr war auch schon da. Die haben gar nichts gemacht, sondern nur aufgepasst, daß das Feuer nicht übergreift." Auch in Stadtoldendorf hielt man sich strikt an die Anweisungen. Heydrich hatte in der Nacht 9./10. November um 1.20 Uhr ein Blitz-Fernschreiben an alle Staatspolizeidienststellen diktiert,[24] in dem es unter anderem hieß: „ . . . Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen (z.B. Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung vorhanden ist), . . ." [25].

Zurück blieb ein geschändetes, ausgeplündertes und schwer beschädigtes Gotteshaus. Für den Stadtoldendorfer Bürgermeister Sünnemann war klar, daß das „ewige Denkmal" zu verschwinden hatte. Der Holzmindener Grundstücksmakler Karl Langheim, der sich im Auftrag der jüdischen Gemeinde um den Verkauf des Synagogengebäudes kümmern sollte, war schnell mit einer praktischen und dem Zeitgeist entsprechenden Lösung bei der Hand. Mit Schreiben vom 11. Januar 1939 teilte er dem Bürgermeister mit: „ . . . ich habe mit Herrn Rothenberg (Gemeindevorsteher) die Angelegenheit besprochen, derselbe ist damit einverstanden, . . . ,das Gebäude soll auf Abbruch verkauft werden. Ich bin der Ansicht, dass auf diese Weise das ewige Denkmal verschwindet, und Sie in diesem Fall doch beruhigt sind, und dass dieses die beste Lösung der Angelegenheit ist. . . . Über den Preis für den Platz können wir verhandeln, von dem anderen Material kann sich einer eine Feldscheune oder Schuppen bauen, dieses ist doch im Sinne des Vier-Jahresplanes. Heil Hitler!"

Am 20. März 1939 erwarb der Maurermeister Heinrich Gröne, der Inhaber des gleichnamigen Baugeschäfts war, für 230 RM das Synagogengebäude auf Abbruch. Mit Zustimmung des Braunschweigischen Innenministers kaufte schließlich die Stadt Stadtoldendorf das ehemals von Ephraim Rothschild gestiftete Grundstück, Plan Nr. 59 in der Größe 1 ar 70 qm. Sehr zum Ärger des Bürgermeisters verzögerte sich jedoch der Abriß des Synagogengebäudes, da die städtische Verwaltung versäumt hatte, beim Innenminister auch eine Genehmigung für den Gebäudeverkauf einzuholen. Mit Schreiben vom 11. August 1939 wandte sich der Stadtoldendorfer Bürgermeister schließlich an den Landrat in Holzminden: „. . . Da die Synagoge das Stadtbild verschandelt, bitte ich dahin zu wirken, daß der Firma J. Gröne die erforderliche ministerielle Genehmigung recht bald erteilt wird. Die Firma Gröne will mit dem Abbruch des Gebäudes dann sofort beginnen." Die Genehmigung vom 12. Oktober 1939, in der es abschließend heißt: „Ich erwarte, daß Sie mit dem Abbruch sofort beginnen werden", wurde jedoch nicht abgewartet. Auf die Mitteilung, daß die Zustimmung des Innenministers nunmehr vorliege, antwortete die Firma Gröne bereits mit Vollzug: „Auf das Schreiben vom 12.10.1939 erwidere ich, daß das fragliche Gebäude (die ehemalige Synagoge in Stadtoldendorf) bereits inzwischen abgerissen ist. Heil Hitler!"[26] Trotz der Tatsache, daß im Juni 1952 von der Jewish Trust Coorporation in Hannover Rückerstattungsansprüche geltend gemacht wurden, befindet sich das Synagogengrundstück bis heute im Besitz der Stadt Stadtoldendorf.

Daß vor dem Hintergrund dieser Ereignisse die Erinnerung schwer fällt, erscheint verständlich. Im Juni 1965 regte die damalige Bürgermeisterin Stadtoldendorfs und spätere Landrätin Martha Warnecke erstmals in einer Ratssitzung an, „in der Kuhstraße eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Judenverfolgung anzubringen." Es sollte jedoch weitere 16 Jahre dauern, bis im Jahre 1981 auf dem neugestalteten Synagogengrundstück von der Stadt Stadtoldendorf ein Gedenkstein mit folgender Inschrift errichtet wurde: „Wäre doch mein Kopf ein Gewässer und meine Augen ein Tränenquell, daß ich beweinen könnte Tag und Nacht die Erschlagenen meines Volkes" (Jeremias 8, 23).

1 Zivilstandsregister der jüd. Kultusgemeinde von Stadtoldendorf

2 Eggelingsche Chronik, S. 102

3 Lebenserinnerungen von Ephraim Rothschild, dargestellt von Fred Ullmann, Stadtoldendorf 1936

4 Während die beiden Stadtoldendorfer Chroniken für den Bau der Synagoge das Jahr 1855 vermerken, gibt Ephraim Rothschild in seinen Lebenserinnerungen das Jahr 1853 an, vgl. 3

5 Lebenserinnerungen E. Rothschild

6 Assimilation - lat.=Ähnlichmachung, in der Soziologie und der Ethnologie Bez. für den Prozeß der Angleichung von Menschen, die für dauernd oder für eine lange Zeit inmitten einer anderen Gruppe leben (Meyers Enzyklopädisches Lexikon).

7 gemeint ist 1848

8 Lebenserinnerungen von E. Rothschild, vgl. 3

9 Lebenserinnerungen von E. Rothschild, vgl. 3

10 Adolph Wolff war verheiratet mit Marianne Rothschild, einer Schwester Ephraim Rothschilds. Wolff ist der eigentliche Begründer der Weberei A.J. Rothschild Söhne.
Die 1856 in Stadtoldendorf geborene Tochter Anna heiratete 1885 Julius Josef Matzdorf.

11 Schächten - hebr. schlachten, Bez. für die den Voschriften des jüd. Religionsgesetzes gemäße Schlachtung rituell, reiner, zum Genuß erlaubter Tiere; sie erfolgt durch einen Schnitt durch Speise- und Luftröhre sowie Halsschlagader, was ein völliges Ausbluten bewirkt. Da das Sch. nach medizin. Gutachten zu sofortiger Bewußtlosigkeit führt, ist der in der Vergangenheit vielfach erhobene Vorwurf der Tierquälerei gegenstandslos. (Meyers Enzyklopädisches Lexikon)

12 vgl. S.47, B. Bilzer, R. Moderhack (Hrsg.), Brunsvicensia
Judaica - Gedenkbuch für die jüdischen Mitbürger der Stadt Braunschweig 1933-1945, Braunschweig 1966

13 vgl. u.a. „Kristallnacht" und Antisemitismus im Braunschweiger Land, 1988 by Dietrich Kuessner

14 Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1938, Teil I, S. 338

15 vgl. Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1936, Teil II oder Joseph Walk, Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat.

16 koscher - (jidd.) nach jüd. Religionsgesetz einwandfrei; einwandfrei bezieht sich v. a. auf Speisen. Die von der Thora zum Esssen freigegebenen Tiere (3. Mos. 11; 5. Mos 14) dürfen nur nach ritueller Schlachtung (jidd. schechten) und ordentlich ausgeblutet verwendet werden.
(Meyers Enzyklopädisches Lexikon)

17 vgl. Alfons Kleine, Das Schicksal der Holzmindener Juden in der Zeit des Dritten Reiches, Paderborn, 1977,
Aussage von Herrn Holzapfel, S. 15

18 vgl. Hrsg. Dietrich Kuessner, „Kristallnacht" und Antisemitismus im Braunschweiger Land

19 vgl. Walter H. Pehle, Der Judenpogrom 1938, S. 10

20 vgl. u.a. Walter H. Pehle, Der Judenpogrom 1938

21 Reinhard Heydrich *Halle/Saale 07.03.1904, +04.06.1942 Attentat Prag, enger Vertrauter H. Himmlers. 1936 „Chef der Sicherheitspolizei u. des SD", 1939 Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, u.a. maßgeblich beteiligt an der Organisation der Pogromnacht 9./10. Nov. 1938, 1941 zum SS-Obergruppenführer und General der Polizei ernannt und mit der Gesamtplanung der Endlösung der Judenfrage beauftragt. Am 27.07.1941 zum stellv. Reichsprotektor Böhmen und Mähren eingesetzt, unter Beibehaltung seiner anderen Ämter. Am 27. Mai 1942 wird ein Attentat auf Heydrich verübt, an dessen Folgen er eine Woche später stirbt. Als „Vergeltung" wird am 10. Juni 1942 der tschech. Ort Lidice von der SS zerstört, die meisten Einwohner ermordet, die übrigen verschleppt.
(Meyers Enzyklopädisches Lexikon)

22 vgl. Dietrich Kuesnner, Die Pogromnacht im Land Braunschweig, S. 21

23 Thora - hebr.=Lesung, Weisung, Gesetz; die Th. als das Gesetz Gottes ist das Kernstück jüd. Glaubens, die Heilsgabe Gottes an sein Volk Israel und somit die Grundlage für das religiöse Verhalten der Juden. Nach der Tradition wurde die Th. Mose am Berg Hareb (Sinai) offenbart. Im Verlauf eines Jahres wird sie - in Abschnitte eingeteilt - im Gottesdienst am Sabbat als Thorarolle vorgelesen. Der Text enthält die fünf Bücher Mose und wird zur Thoralesung auf eine Pergamentrolle geschrieben. Die Rolle wird in einer kostbar verzierten Lederhülle in der Synagoge im Thoraschrein aufbewahrt.
(Meyers Enzyklopädisches Lexikon)

24 vgl. Walter H. Pehle, Der Judenpogrom 1938, S. 78

25 vgl. W.L. Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, S. 401 ff.

26 vgl. Akten des Kreisarchivs Holzminden, betr. „Entjudung jüd. Grundeigentums"

Die jüdischen Bürger von Stadtoldendorf

Christoph Ernesti

Familie Braun:



Salomon Braun
*17. Mai 1855 in Sohren, Kreis Zell/Mosel
† 18. Juni 1940 in Hannover
Beruf: Lehrer i.R.

Seit 1893 war der Lehrer Salomon Braun der Seelsorger der jüdischen Gemeinde von Stadtoldendorf. 46 Jahre übte er dieses Amt aus. Braun nahm auch das Schächten vor und erteilte den jüdischen Kindern Religionsunterricht. Salomon Braun, der im 1. Weltkrieg als Lehrer an der Bürgerschule aushalf, war eine stadtbekannte und allgemein angesehene Persönlichkeit, die vielen Stadtoldendorfern in Erinnerung geblieben ist. 1952 schrieb der Stadtdirektor Heinrich Oppermann an die Tochter Else Block: „Wohl alle jüdischen Familien genossen hier bestes Ansehen und das trifft auch auf die Familie Braun zu, die mir sehr gut bekannt war. Mit Ihrem Vater und Herrn Lichtenstein habe ich manches liebe Mal im Bahnhofshotel am Biertisch gesessen und Skat gespielt." Trotzdem wurde Braun in der Pogromnacht 9./10. November 1938 zusammen mit seinem Sohn Arthur und acht weiteren jüdischen Männern aus Stadtoldendorf von örtlicher SA in „Schutzhaft" genommen und in das Gerichtsgefängnis nach Holzminden gebracht. Wegen seines hohen Alters wurde der jüdische Seelsorger am nächsten Tag wieder entlassen, während sein Sohn für einige Wochen ins KZ Buchenwald kam. Anfang August 1939 verzog Braun zusammen mit seinem Sohn Arthur und der Haushälterin Helene Kunert nach Hannover, wo er am 18. Juni 1940 verstarb.

Bertha Braun, geb. Oppenheimer
* 18. Oktober 1859
† 02. Mai 1923 in Stadtoldendorf

Bertha Braun war die zweite Ehefrau von Salomon Braun.

Else Block, geb. Braun
*1882 in Stadtoldendorf

Else Block war eine Tochter des jüdischen Seelsorgers Salomon Braun aus erster Ehe. Laut ihren Angaben soll Arthur Braun insgesamt acht Kinder gehabt haben. Else Block lebte nach dem 2. Weltkrieg in Brasilien und Argentinien und führte bis in die frühen sechziger Jahre einen regen Briefwechsel mit der Verwaltung der Stadt Stadtoldendorf, der trotz des erlittenen Traumas der Verfolgung wehmütige Erinnerungen erkennen läßt. Auszug aus einem Brief von 1951: „...auch sind während der unseligen Nazizeit viele Grabstätten... beschädigt worden, so groß war der Haß gegen die jüdische Bevölkerung, denen Stadtoldendorf nun wirklich viel zu verdanken hat, daß man nicht mal die Toten in Frieden ließ . . . Stadtoldendorf soll sehr gewachsen sein, und ich wünsche, daß, wenn noch einmal Juden dort wohnen sollten, das alte gute Verhältnis, wie ich es kannte, wiederhergestellt wird."



Klara Braun
*24. September 1888 in Burgsteinfurt i. W.
† verschollen in Riga
Klara Braun war eine Tochter des Lehrers Salomon Braun. Sie lebte zusammen mit ihrem Vater, ihrem Bruder Arthur Braun und der Hauswirtschafterin Helene Kunert in der Neuen Str. 7. Sie verzog 1939 nach Aurich in Ostfriesland und später von dort nach Berlin. Klara Braun wurde von Berlin nach Riga deportiert.



Arthur Braun
*10. Februar 1896 in Stadtoldendorf
† verschollen in Riga

Eltern: Lehrer Salomon Braun und Bertha Braun, geb. Oppenheimer. Der Arzt Dr. med. Zechel bescheinigt Herrn Braun am 18. Oktober 1938 eine Neurasthemie, wahrscheinlich zurückzuführen auf seine Kriegsdienstbeschädigung und die Strapazen im Kriege. Herr Braun bittet mit Schreiben vom 13. Februar 1939 den Rat der Stadt Stadtoldendorf um Erlaß der Gebühren für die Kennkarte, da er seit 1. Juli 1938 erwerbslos ist, ebenso für seine Schwester, Clara Braun, die wegen einer gehabten schweren Typhuserkrankung seit Jahren erwerbsunfähig ist. Antwort der Stadtpolizeibehörde: „Ihrem Antrage auf Erlass der Gebühren kann aus grundsätzlichen Erwägungen nicht entsprochen werden." Braun wurde im Verlauf der Pogromnacht des 9./10. Novembers 1938 zusammen mit seinem Vater und acht weiteren jüdischen Männern aus Stadtoldendorf in „Schutzhaft" genommen und nach Holzminden gebracht. Während der 83-jährige Vater am nächsten Tag wieder entlassen wurde, kam Arthur Braun für einige Wochen in das KZ Buchenwald. Braun verzog zusammen mit seinem Vater und der Hauswirtschafterin Helene Kunert im August 1939 nach Hannover. Arthur Braun und Helene Kunert heirateten am 17. Oktober 1939 in Breslau. Beide wurden am 15. Dezember 1941 nach Riga deportiert.

Alena Grete Braun
*13. Dezember 1898 in Stadtoldendorf

Alena Grete Braun war eine Tochter des Lehrers Salomon Braun und seiner zweiten Ehefrau Bertha, geb. Oppenheimer. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.

Alice Paula Braun
* 09. März 1901 in Stadtoldendorf

Alice Paula Braun ist eine Schwester von Alena Grete Braun. Sie lebte nach dem 2. Weltkrieg in Johannesburg, Südafrika und ist verheiratet unter dem Namen Oppenheimer.

Helene Kunert
*21. Oktober 1899 in Köln
† verschollen in Riga

Helene Kunert war als Hauswirtschafterin im Haushalt des Lehres Salomon Braun beschäftigt. Im August 1939 verzog sie zusammen mit ihm und dem Sohn Arthur Braun nach Hannover. Zwei Monate später, im Oktober 1939 heiratete sie in Breslau Arthur Braun. Beide wurden am 15. Dezember 1941 nach Riga deportiert.

Familie Fröhlich:

Herrmann Fröhlich
*9. Mai 1884 in Dülken
† 12. November 1931

zog im Februar 1928 mit seiner Frau Selma und den beiden Kindern Elisabeth und Leo nach Stadtoldendorf. Die Familie wohnte in der Amtsstraße 8.

Selma Fröhlich, geb. Ransenberg
*12. Februar 1884
† nicht bekannt

hatte zwei Kinder, Elisabeth und Leo und war verheiratet mit Herrmann Fröhlich. Seit 1928 wohnte sie mit ihrer Familie in der Amtstraße 8.

Elisabeth Zelms, geb. Fröhlich
*24.01.1913 in Stadtoldendorf
† 28.06.1960 in Stadtoldendorf

war die ältere Tochter von Selma und Herrman Fröhlich. Sie wurde zusammen mit Elisabet Ullmannn am 18. Februar '45 nach Theresienstadt deportiert. Elisabeth Zelms überlebte das KZ, litt jedoch Zeit ihres Lebens an den Spätfolgen. Sie verstarb im Alter von 47 Jahren.

Leo Fröhlich
*01. November 1922 in Stadtoldendorf
† in Auschwitz

war der jüngere Bruder von Elisabeth Zelms. Er wurde von Hannover-Ahlem aus deportiert.

Familie Heinberg:

Berthold Heinberg
*14. Januar 1880 in Stadtoldendorf

führte in der Neuen Straße 4 ein kleineres Textilwarengeschäft, das bei den Stadtoldendorfer Einwohnern auch als „Billigkaufhaus" bekannt war. Der rührige Kaufmann veranstaltete sogenannte „95-Pfennig-Wochen" und einmal im Jahr auch ein Werbefeuerwerk, um die Gunst der Kundschaft zu gewinnen.
Bericht des Stadtdirektors über das Schicksal der Familie Heinberg aus dem Jahre 1957: „Das Grundstück Heinberg in Stadtoldendorf, Neue Str. 4, bestand aus einem Hauptgebäude und einem Nebengebäude, die unmittelbar miteinander verbunden waren. Das Nebengebäude wurde vorwiegend als Laden- u. Lagerraum für das von Heinberg geführte Textilgeschäft benutzt. Im Jahre 1933 verkaufte Heinberg das Nebengebäude ordnungsgemäß an den Kaufmann Rudolf W., Stadtoldendorf, ... Gleichzeitig wurde das Nebengebäude von Heinberg geräumt und das Textilgeschäft in das Hauptgebäude verlegt. Der Kaufmann W. benutzte nun das Nebengebäude als Lagerraum für sein ... Eisenwarengeschäft. Das von Heinberg in das Hauptgebäude verlegte Textilgeschäft wurde von demselben bis zu seiner Auswanderung 1937 weitergeführt. Die Ehefrau von Heinberg, die nicht 1937 mit ihrem Ehemann auswanderte, hat dann die restlichen Textilwaren verkauft und soll im Jahre 1938 ausgewandert sein. Das Textilgeschäft Heinberg ist somit im Jahre 1938 eingegangen. Das Hauptgebäude (Neue Str. 4) wurde vom Elektromeister Hans W. gekauft und am 1.8.1937 von ihm bezogen."
Berthold Heinberg wanderte 1937 nach Argentinien aus.

Ida Heinberg, geb. Hammerschlag
*31. Dezember 1879 in Münden

Ida Heinberg war verheiratet mit Berthold Heinberg und lebte seit Dezember 1907 in Stadtoldendorf. Das Ehepaar hatte gemeinsam vier Kinder. Im September 1938 folgte sie ihrem Ehemann nach Argentinien.

Berthold und Ida Heinbergs Kinder

Walter Heinberg
*13. März 1909 in Stadtoldendorf

ist der älteste Sohn von Ida und Berthold Heinberg. Mitte Juni 1931 wanderte er von Neustadt in Mecklenburg nach Paris aus. Von dort siedelte er nach Buenos Aires, Argentinien über. Es gelang ihm, bis September 1938 seine Eltern und seine Geschwister nachzuholen und so vor der nationalsozialistischen Verfolgung zu schützen. Nach dem 2. Weltkrieg betrieb er das Entschädigungsverfahren für seine Familie.

Rudolf Heinberg
*30. Juni 1911 in Stadtoldendorf

war der jüngere Bruder von Walter Heinberg. Im Juni 1934 verzog er nach Aurich in Ostfriesland und folgte schließlich im Oktober 1936 als erster der Familie seinem Bruder nach Argentinien.

Ilse Heinberg
*27. März 1914 in Stadtoldendorf

Im Juni 1937 heiratete Ilse Heinberg in Stadtoldendorf unter dem Namen Speier. Mit ihrem Ehemann verzog sie nach Göttingen. Dort kam noch im selben Jahr die Tochter des Ehepaares zur Welt. Im September 1938 wanderte das Ehepaar Speier zusammen mit der Mutter und der Schwester von Ilse Heinberg nach Argentinien aus.

Anneliese Heinberg
*01. April 1916 in Stadtoldendorf

war die jüngste Tochter von Ida und

Berthold Heinberg. Anfang April 1932 verzog sie von Stadtoldendorf nach Neustadt in Clewe und wanderte im September 1938 mit ihrer Mutter und der Familie Speier nach Argentinien aus. Dort heiratete sie unter dem Namen Levit.

Moses Heinberg
*05. August 1847 in Lüthorst
† 13. Juni 1931

Der Kaufmann Moses Heinberg war verheiratet mit Jenny Heinberg, geb. Scheurenberg. Das Ehepaar wohnte in der Kirchstraße 8 und hatte zwei Söhne Julius und Paul.

Jenny Heinberg, geb. Scheurenberg
*23. Juni 1857 in Trille
† 20. Mai 1935

Jenny Heinberg, geb. Scheurenberg war mit Moses Heinberg verheiratet und hatte zwei Söhne Paul und Julius. Die Familie lebte in der Kirchstraße 8.

Julius Heinberg
* in Stadtoldendorf

war der ältere Bruder von Paul Heinberg und wanderte schon vor 1938 nach Palästina aus. Er versuchte von dort aus seinen alleinstehenden Bruder in Stadtoldendorf zu unterstützen, das Geld blieb jedoch zeitweilig aus. Julius Heinberg, der nach dem 2. Weltkrieg in Haifa lebt, ist 1947 einer der ersten ehemaligen jüdischen Bürger von Stadtoldendorf, der sich an die hiesige Stadtverwaltung wendet, um das Schicksal seines Bruders zu klären.



Paul Heinberg
*5. Juni 1895 in Stadtoldendorf
† verschollen in Trawniki

Paul Heinberg war ein Sohn von Moses und Jenny Heinberg und wohnte im elterlichen Haus in der Kirchstraße 8. Heinberg lebte vom Wandergewerbe und verkaufte Manufakturwaren und Konfektion in den umliegenden Dörfern. Die Eltern Paul Heinbergs verstarben Anfang der dreißiger Jahre. Sein Bruder Julius wanderte noch vor 1938 nach Palästina aus. In der Pogromnacht des 9./10. Novembers 1938 wurde Heinberg zusammen mit neun anderen jüdischen Männern aus Stadtoldendorf von örtlicher SA in „Schutzhaft" genommen und nach Holzminden ins Gerichtsgefängnis gebracht. Von dort wurde er für einige Wochen in das KZ Buchenwald eingewiesen. Paul Heinberg wurde am 25. März 1942 zusammen mit zwölf weiteren jüdischen Bürgern aus Stadtoldendorf nach Trawniki/Lublin in Polen deportiert. Nach der Überlieferung eines Zeitzeugens soll Heinberg an diesem Tag im Hinterhof der Bauschule in Holzminden erschossen worden sein. Folgendes soll sich zugetragen haben: Die aus dem gesamten Landkreis Holzminden für die Deportation vorgesehenen Juden wurden vor ihrem Weitertransport auf dem Hof der Bauschule gefangen gehalten. Laut Befehl der zur Bewachung eingesetzten SS-Leute war das Berühren des Eisenzaunes verboten. Paul Heinberg, der als geistig zurückgeblieben beschrieben wird, soll versehentlich dieses Verbot übertreten haben und daraufhin von einem SS-Mann aus Stadtoldendorf direkt an Ort und Stelle mit der Dienstpistole erschossen worden sein. Intensive Nachforschungen in den Archiven und beim Amtsgericht Holzminden haben dies nicht bestätigen können. Paul Heinberg wurde am 1. November 1950 vom Amtsgericht Stadtoldendorf auf Antrag seines Bruders Julius für tot erklärt.

Familie Jacobson:



Paul Julius Jacobson
* 12. August 1879 in Fulda
† 28. November 1961 in Fulda

Paul Julius Jacobson lebte seit 1928 mit seiner Familie in Stadtoldendorf und wohnte in der Pfarrstraße 10. Jacobson war als Prokurist bei der Weberei A.J. Rothschild Söhne tätig. In der Pogromnacht 9./10. November 1938 wurde er von der SA in „Schutzhaft" genommen und zusammen mit neun weiteren jüdischen Männern ins Gerichtsgefängnis nach Holzminden gebracht. Nach Aussage eines Zeitzeugen mußte die Familie nach der „Arisierung" der Weberei aus dem Haus in der Pfarrstraße ausziehen und lebte in einer nicht ausgebauten zweizimmerigen Dachmansardenwohnung in der alten Molkerei in der Hagentorstraße. Jacobson verzog im Oktober 1941 zu seiner Frau nach Bremerhaven. Es gelang ihm, unterzutauchen und den Krieg zu überleben. Im November 1945 verzog Jacobson zusammen mit seiner Frau wieder von Bremerhaven in seine Geburtsstadt Fulda.

Maria Jacobson, geb. Uth
*08. März 1882 in Fulda

Die Katholilkin Maria Jacobson, geb. Uth war mit Paul Julius Jacobson verheiratet. Gemeinsam hatte das Ehepaar drei Kinder. Die Familie lebte seit Oktober 1928 in Stadtoldendorf. Nach der Arisierung der Weberei A. J. Rothschild Söhne, bei der Paul Julius Jacobson als Prokurist beschäftigt war, verzog Maria Jacobson nach Bremerhaven. Ihr Mann folgte ihr im Oktober 1941. Beide überlebten den 2. Weltkrieg und zogen 1945 wieder nach Fulda.

Gertrud Jacobson
*28.02.1907 in Fulda

Gertrud Jacobson ist die älteste Tochter von Maria und Paul Julius Jacobson. Sie lebte seit Februar 1939 in Stuttgart. Ihre Eltern in Bremerhaven besuchte sie zum letzten Mal im Januar 1942. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.

Elsbeth Jacobson
*13. Oktober 1909 in Fulda

Elsbeth Jacobson ist die jüngere Tochter von Maria und Paul Julius Jacobson. Sie lebte während des Krieges in Bad Salzuflen und besuchte mehrmals ihre Mutter in Bremerhaven. Von dort verzog sie im November 1945 zusammen mit ihren Eltern nach Fulda. Im Dezember 1947 kehrte sie wieder nach Bremerhaven zurück.

Heinz Ludwig Jacobson
*27. Juli 1917

Jüngster Sohn von Paul Julius und Maria Jacobson. Erinnerung eines Zeitzeugen und Jugendfreundes: „Im Turnverein wurden Halb- und Vierteljuden ausgeschlossen. Da war ein Junge mit Namen Jacobson, der Vater war Prokurist bei der Weberei, hervorragender Turner, war sehr intelligent, hat 1937 in Holzminden Abitur gemacht, der wurde wegen ein paar Hitzköpfen ausgeschlossen. Das waren Katholiken aus Fulda, aber der Vater war Jude. Die Familie wohnte in einem Haus der Weberei in der Pfarrstr. Nr. 10. Die wurden dann rausgeschmissen und mußten in eine kleine Dachmansardenwohnung im Gebäude der ehemaligen Molkerei ziehen." Jacobson war Soldat der Wehrmacht und diente im Februar 1939 bei der Nachrichten-Abteilung 9 in Wetzlar. Im Juni 1941 wurde er als „jüdischer Mischling" für „wehrunwürdig" erklärt und aus der Armee entlassen. Als sein letzter Aufenthaltsort ist Reutlingen bekannt. Sein weiteres Schicksal ist ungeklärt.

Familie Levy:

Max Levy
*11.05.1850 Ruhrort
† 08.04.1927 in Berlin

„Am 28. Mai 1878 ist Herr Levy nach Stadtoldendorf verzogen und wurde bald Mitinhaber der Firma A.J. Rothschild Söhne. Von da ab trat ein merklicher Aufschwung der Firma infolge sich immer mehr steigernder Auslandsaufträge, namentlich aus England, ein. Die Firma beschäftigte vor dem Kriege bis zu 1000 Arbeiter und Angestellte. . . . , während die Zahl bei Eintritt des Herrn Levy in die Firma nur etwa 200 betrug."[1]
Am 31. Mai 1880 erwarb Levy das Stadtoldendorfer Bürgerrecht und damit die braunschweigische Staatsangehörigkeit. Vom 01.04.1887 bis 1898 war er Stadtverordneter, dann Magistratsmitglied. Levy erhielt den Titel Stadtrat.
1900 schenkte Levy anläßlich seines fünfzigsten Geburtstages der Stadt Stadtoldendorf ein voll eingerichtetes Krankenhaus, das nach seiner Frau benannte Charlottenstift.
1910 Stiftung des Kindergartens. Die sogenannte, eigens erbaute Kleinkinderschule ist eine Schenkung an den Vaterländischen Frauenverein und trägt den Namen Herzogin-Viktoria-Luisen-Schule, benannt nach der Gattin des Herzogs von Braunschweigs.
1912 stiftet Levy der Stadt den prunkvoll ausgestatteten Sitzungssaal für die Stadtverordnetenversammlung im Neuen Rathaus. Levy wird mit dem Titel Geheimer Kommerzienrat ausgezeichnet.
1916 stirbt der Sohn Paul Levy im Felde innerhalb von drei Tagen an der spanischen Grippe. Der Vater errichtet die Paul-Levy-Stiftung mit einer Einlage von 100.000 RM, die bedürftigen Stadtoldendorfer Kriegshinterbliebenen eine regelmäßige Unterstützung zukommen läßt. Der Vater kann den Tod des Sohnes nicht verwinden, erleidet einen Schlaganfall, zieht sich danach aus dem Geschäftsleben zurück und übersiedelt zu seiner einzigen Tochter nach Berlin.
Am 1. Oktober 1918 wird Max Levy „in Anerkennung seiner hohen Verdienste um das Aufblühen der hiesigen Stadt und seiner der Allgemeinheit gebrachten Opfer" zum Ehrenbürger der Stadt Stadtoldendorf ernannt.
Der seinerzeit bekannte Chirurg Dr. Paul Rosenstein schrieb in seiner Biographie über Max Levy:
„Mein Schwiegervater war ein außergewöhnlicher Mann, der es vom einfachen Handlungsreisenden zum angesehensten jüdischen Bürger Braunschweigs gebracht hat. Er hat an dem Ort Stadtoldendorf, in welchem er mit zwei Teilhabern eine große Weberei betrieb, sehr viele Stiftungen gemacht, ein Krankenhaus, ein Schulgebäude, eine Kriegshinterbliebenenstiftung, war stets im Rate der Stadt tätig und wurde zum Ehrenbürger der Stadt und zum Geheimen Kommerzienrat ernannt. Ein Antrag, nach ihm eine Straße zu benennen, wurde aber wegen des jüdischen Namens Max Levy abgelehnt."[2]
„Ich kam im Jahre 1915 nach Stadtoldendorf auf Urlaub, . . . Ich fragte meinen Schwiegervater, ob er Kriegslieferungen habe. Er sagte mir, daß ihm ein Auftrag von über 9 Millionen angeboten worden sei, er aber habe abgelehnt. Ich fragte: 'Warum denn?' 'Ich bin der Ansicht', antwortete er mir, 'Juden sollten im Kriege am Staat nichts verdienen."[3]

Charlotte Levy, geb. Rothschild

war die Ehefrau von Max Levy und die Mutter von Paul und Johanna Levy. Sie war zusammen mit ihrem Ehemann Stifterin des Stadtoldendorfer Krankenhauses, das ihren Namen trägt. Als Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins, der später im Roten Kreuz aufging, stand Charlotte Levy im öffentlichen Leben und engagierte sich besonders in sozialen Fragen. Auf ihre Initiative stiftete das Ehepaar 1910 dem Verein den ersten Kindergarten Stadtoldendorfs, der den Namen Herzogin-Viktoria-Luisen-Schule trug. Wie vielen zeitgenössischen Dokumenten zu entnehmen ist, genoß Charlotte Levy höchstes Ansehen in Stadtoldendorf.

Johanna Rosenstein, geb. Levy

ist die Tochter von Max und Charlotte Levy und heiratete den bekannten Chirurgen Paul Rosenstein. Auszug aus den Lebenserinnerungen Rosensteins: „Die Tochter des Ehepaares, Johanna Levy, wurde nämlich meine Frau. Sie ist leider sehr früh, im Alter von 54 Jahren von mir gegangen, nachdem sie zweieinhalb Jahre nach meiner Auswanderung 1938 mit den Kindern in Berlin alleine zurückgehalten und durch Verhöre der Gestapo und der Zollfahndungsstelle bis auf das Blut gepeinigt worden war. Man ließ sie erst frei, nachdem man ihr alles, was sie besaß, bis auf die letzten zehn Mark fortgenommen hatte . . . . Sie hat in Brasilien nur noch drei Jahre gelebt und ist als indirektes Opfer des Nationalsozialismus zu früh dahingegangen."[4]

Paul Levy

Sohn von Max und Charlotte Levy. Auszug aus den Lebenserinnerungen seines Schwagers Dr. Paul Rosenstein: „Im Jahre 1916 traf unsere Familie ein schwerer Schlag. Der ...Bruder meiner Frau...wurde ein Opfer des Krieges. Er war an einer Bronchitis erkrankt, machte aber weiter Dienst, weil er nicht als feige verschrien werden wollte. Ich riet ihm damals, um Urlaub einzukommen, damit er sich auskurieren könne. Er aber wollte nichts davon wissen, weil man gleich von dem jüdischen Drückeberger sprechen würde. Er tat seinen Dienst weiter und ging innerhalb von drei Tagen an der damals herrschenden spanischen Grippe zugrunde. Er war der einzige Sohn und sollte später als Inhaber in die Weberei eintreten."[5]

Familie Lichtenstein:



Herrmann Lichtenstein
*8. März 1867 in Laurenzberg Krs. Jülich

Der Kaufmann Herrmann Lichtenstein wohnte zusammen mit seiner Frau Jeanette Lichtenstein und seinen vier Kindern im Haus Teichtorstraße 14. Dort unterhielt er seit 1896 ein Geschäft für Schuhe und Arbeitsbekleidung. Lichtenstein hatte eine Vertretung für „Salamander"-Schuhe und war in der Bevölkerung bekannt für seine qualitativ gute und preisgünstige Ware. Erinnerung eines Zeitzeugen an die Pogromnacht 9./10. November 1938: „Beim Juden Lichtenstein, Teichtorstr. 14, haben sie die Schuhe rausgeholt. Ich habe gesehen, wie die SA mit einem Pferdegespann gekommen ist und das Schuhlager geplündert hat. Es hat geheißen, das käme Bedürftigen zu gute, aber die haben sich das zum Teil selber unter den Nagel gerissen." Nach dem Verkauf seines Geschäftes verließ Lichtenstein zusammen mit seiner Frau Stadtoldendorf und wanderte im August 1939 über Luxemburg nach England aus.



Jeanette Lichtenstein, geb. Blankenberg
*30. Oktober 1863 in Eberschütz Krs. Hofgeismar

war verheiratet mit dem Kaufmann Herrmann Lichtenstein und lebte seit 1896 in Stadtoldendorf. Das Ehepaar hatte vier Kinder und betrieb in der Teichtorstraße 14 ein Geschäft für Schuhe und Arbeitsbekleidung. Das Geschäft Lichtenstein wurde in der Pogromnacht 9./10. November 1938 von der SA geplündert. Das Ehepaar Lichtenstein folgte im August 1939 seinem jüngsten Sohn Theodor und wanderte über Esch in Luxemburg nach England aus.

Kinder von Herrmann und Jeanette Lichtenstein, geb. Blankenberg:

Frieda Lichtenstein
*12. November 1895 in Mariadorf

war die älteste Tochter von Jeanette und Hermann Lichtenstein. Weiteres Schicksal unbekannt.

Erna Lichtenstein
*22. Mai 1897 in Stadtoldendorf

war die jüngere Tochter von Jeanette und Hermann Lichtenstein. Weiteres Schicksal unbekannt.

Hugo Lichtenstein
*03. Februar 1900 in Stadtoldendorf

war der ältere Bruder von Theodor Lichtenstein. Er heiratete 1938 in Solingen Margot Carola Zürrendorfer, die jedoch schon 1939 verstarb. Weiteres Schicksal unbekannt.

Theodor Lichtenstein
*13. November 1902
in Stadtoldendorf



Theodor Lichtenstein wohnte im Hause der Eltern, die ein Schuhgeschäft in der Teichtorstraße 14 hatten. Lichtenstein wurde in der Pogromnacht des 9./10. November 1938 zusammen mit neun weiteren jüdischen Männern aus Stadtoldendorf von der örtlichen SA in „Schutzhaft" genommen. Alle in „Schutzhaft" genommen Juden aus dem Landkreis wurden auf dem Hof neben dem Rathaus in Holzminden zusammengezogen. Einige von ihnen kamen für zirka vier Wochen in das KZ Buchenwald.Er wanderte im Juli 1939 nach Richborough in England aus.

Familie Loewenstein:

Herrmann Löwenstein
*20. August 1891 in Frohenhausen
† verschollen in Trawniki

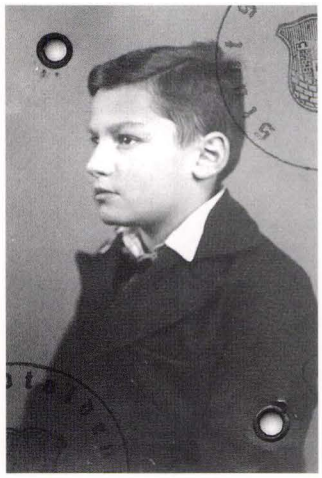
war Landarbeiter und wohnte in der Neuen Straße 34. Im Dezember 1940 heiratete er die geschiedene Schneiderin Grete Johanna Wallhausen. Am 25. März 1942 wurde Herrmann Löwenstein zusammen mit seiner Ehefrau und deren drei Kindern nach Trawniki/Lublin deportiert.

Grete Johanna Löwenstein,
geb. Wallhausen
*18. November 1892
in Einbeck
† verschollen in Trawniki



wohnte in der Neuen Straße 34. Sie hatte drei Kinder aus erster Ehe und heiratete im Dezember 1940 in Stadtoldendorf den Landarbeiter Herrmann Löwenstein. Grete Johanna Löwenstein war Schneiderin und hatte ihr Handwerk als Einzelgewerbe angemeldet. Mit Schreiben vom 27. Dezember 1938 wandte sie sich an die Staatspolizeibehörde Stadtoldendorf: „Da ich laut Gesetz vom 31.12.38 mein Gewerbe abgem. haben muß, stehe ich ganz ohne Verdienste da. Ich habe einen Haushalt von 6 Personen. Da mein Vater schon längere Jahre Invalide ist, bezieht er eine Rente von 21,40 Mk. . . . und kann sich nicht nur auf die Unterstützung der jüd. Wohlfahrt stützen. Ich bitte um Erlaubnis für die jüdischen Familien arbeiten zu dürfen u. mir dieses zu bestätigen." Antwort des Bürgermeisters vom 28. Dezember 1938: „Da nach §1 der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12.11.1938 Juden vom 1.1.1939 ab der selbstständige Betrieb eines Handwerks untersagt ist, kann Ihrem Antrage auf Gestattung der Ausübung des Schneidergewerbes in jüdischen Haushaltungen nicht entsprochen werden. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß Sie das Schneider-

gewerbe vor dem 31. d. Mts. abmelden müssen." Schreiben des Bürgermeisters von Stadtoldendorf am 5. Januar 1939 an den Landrat in Holzminden: „Nachdem die Firma M. Blankenberg u. Co. und die Schneiderin Grete Löwenstein geb. Wallhausen ihre Gewerbebetriebe am 15. Nov. bzw. 31. Dez vor. Js. eingestellt und hier abgemeldet haben, bestehen jüdische Gewerbebetriebe hier nicht mehr." Grete Johanna Löwenstein wurde zusammen mit ihrem Ehemann, ihren Kindern und acht weiteren jüdischen Bürgern am 25. März 1942 aus Stadtoldendorf nach Polen deportiert.



Ernst Löwenstein
*27. Februar 1926 in Ottenhausen
† verschollen in Trawniki

war der älteste Sohn von Grete Johanna Löwenstein. Er wurde zusammen mit seiner Mutter seiner jüngeren Schwester und dem jüngsten Bruder am 25. März 1942 von Stadtoldendorf nach Trawniki/Lublin in Polen deportiert. Er war zum Zeitpunkt der Deportation 16 Jahre alt.



Margot Löwenstein
* 9. April 1928 in Paderborn
† verschollen in Trawniki

war die Tochter von Grete Johanna Löwenstein und wurde zusammen mit ihrer Mutter und ihren beiden Geschwistern am 25. März 1942 aus Stadtoldendorf nach Trawniki/Lublin in Polen deportiert. Sie war zum Zeitpunkt der Deportation 13 Jahre alt.



Helmut Löwenstein
*19. August 1930 in Ottenhausen
† verschollen in Trawniki

war der jüngste Sohn von Grete Johanna Löwenstein. Er wurde zusammen mit seiner Mutter und seinen Geschwistern am 25. März 1942 von Stadtoldendorf nach Trawniki/Lublin in Polen deportiert. Der Schüler Helmut Löwenstein war zum Zeitpunkt der Deportation 11 Jahre alt.

Familie Matzdorf:

Julius Josef Matzdorf
*20. Mai 1855 in Köln
† 06. Februar 1919 in Stadtoldendorf[6]

Durch die Heirat mit der Fabrikantentochter Anna Wolff 1885 wurde der Prokurist Julius Josef Matzdorf zum Gesellschafter und Teilhaber der Weberei A.J. Rothschild Söhne. 1887[7] erhielt Matzdorf den Bürgerbrief der Stadt Stadtoldendorf. Das Ehepaar hatte zwei Söhne. Der ältere Sohn verstarb schon im ersten Lebensjahr.

Anna Matzdorf, geb. Wolff
*26. November 1856 in Stadtoldendorf
† 03. Dezember 1917 in Stadtoldendorf[8]

war die Tochter des Fabrikbesitzers und Firmengünders der Weberei Rothschild Adolph Wolff und seiner Ehefrau Marianne, geb. Rothschild. Sie heiratete 1885 Julius Josef Matzdorf, der als Prokurist in der Firma des Vaters tätig war. Das Ehepaar hatte zwei Söhne. Der ältere Sohn verstarb schon im ersten Lebensjahr.

Kurt Matzdorf
*26. Dezember 1885 in Stadtoldendorf
† im April 1886 in Stadtoldendorf

war der ältere Bruder von Wilhelm Matzdorf. Er verstarb im ersten Lebensjahr.



Wilhelm Matzdorf
*26. Januar 1892
in Stadtoldendorf
† 28. Januar 1942
im KZ Sachsenhausen

Wilhelm Matzdorf war der Sohn des Prokuristen Julius Josef Matzdorf aus Köln und seiner Ehefrau Anna Matzdorf, geb. Wolff. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums in Holzminden absolvierte er ein praktisches Jahr in einer Weberei in Wuppertal-Elberfeld. 1912/13 leistete Matzdorf seinen Militärdienst beim Gardekürassierregiment in Berlin ab und ging anschließend für eine kaufmännische Ausbildung bis Juli 1914 nach Paris. Er nahm als Frontsoldat am 1. Weltkrieg teil: 1914 Frankreich, Belgien, 1915 Galizien, Polen, Rußland, 1917 Westfront. Matzdorf war Inhaber des EKII und des Frontkämpferabzeichens. Er kam 1918 wegen seines allgemein schlechten Gesundheitzustandes in ein Lazarett. Zum Ende des Jahres 1918 trat er in die Weberei A.J. Rothschild Söhne ein und übernahm nach dem Tod des Vaters 1919 dessen Stellung als persönlich haftender Gesellschafter. 1938 wurde Matzdorf zusammen mit seinen Geschäftspartnern Eduard Künstler, Dr. Richard Wolff und Dr. jur. Joseph Schoenbeck von einem Braunschweiger Sondergericht wegen angeblich illegaler Devisengeschäfte angeklagt. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr und 8 Monaten. Im Anschluß an seine Haftstrafe im Zuchthaus Hameln wurde Matzdorf von der Gestapo Braunschweig in „Schutzhaft" genommen und in das KZ Sachsenhausen eingewiesen. Dort verstarb er am 28. Januar 1942.

Alice Matzdorf, geb. Frank
*16. Februar 1895 in Berlin
† 20. April 1941 in Cholm

Die Ehefrau Wilhelm Matzdorfs litt unter starken Depressionen und galt in Stadtoldendorf als Exzentrikerin. Seit 1932 hielt sie sich zur ständigen Behandlung in einer psychatrischen Privatklinik in Bonn auf. Marie Heidenreich, eine ehemalige Hausangestellte, die mehr als 30 Jahre für die Familie Matzdorf gearbeitet hatte, hielt den Kontakt zwischen den Ehepartnern aufrecht, nachdem Wilhelm Matzdorf ins Gefängnis gekommen war. Alice Matzdorf wurde 1941 von Bonn aus deportiert. Ob ihr Ehemann von ihrem Schicksal und ihrem Tod jemals erfahren hat, ist ungewiß, da sich Wilhelm Matzdorf zu diesem Zeitpunkt bereits im KZ Sachsenhausen befand.

Elisabeth Matzdorf
*27.03.1920 in Stadtoldendorf

ist die Tochter von Alice und Wilhelm Matzdorf. Sie besuchte bis 1935 das Gymnasium an der Wilhelmstraße in Holzminden. Im Januar 1936 verzog sie mit ihrem Bruder Kurt-Heinz zu Verwandten nach Berlin. 1939 wanderten die Geschwister nach England aus. Die Mutter befand sich zu diesem Zeitpunkt in einer psychatrischen Privatklinik, der Vater saß im Zuchthaus Hameln ein. Elisabeth Matzdorf ist mit einem englischen Geistlichen verheiratet und lebt heute in der Nähe von London.

Kurt-Heinz Julius Matzdorf
*26.05.1922 in Stadtoldendorf

Das Geschwisterpaar Elisabeth und Kurt-Heinz Julius Matzdorf sind ein gutes Beispiel dafür, daß die Gehässigkeit der Mitmenschen, die inzwischen auf den Antisemitismus der Nazis eingeschworen waren, auch vor Kindern nicht halt machte. Ein Schulkamerad erinnert sich: „Der Sohn Matzdorf, mein Schulfreund Jacobson und ich sowie der HJ-Führer Karl-Georg M. sind jeden Tag mit dem Frühzug um 7.15 Uhr nach Holzminden zum Gymnasium gefahren. Eines Tages hat uns der M. mit dem Ausschluß aus der HJ gedroht '. . . wenn ihr weiterhin dem Juden Matzdorf die Hand reicht. 1936 hing über dem Hauptportal des Gymnasiums eines Tages ein Transparent mit der Aufschrift 'Wir wollen keine Juden sehen! ' Wegen der antisemitischen Anfeindungen verließ Kurt-Heinz Julius Matzdorf das Gym-

nasium in Holzminden und wurde von den Eltern zusammen mit seiner Schwester zu Verwandten nach Berlin geschickt, um dort weiterhin die Schule zu besuchen. 1939 wanderte Matzdorf mit seiner Schwester nach England aus. Heute lebt er in der Nähe von New York.

Familie Rosenhain:

Emil Rosenhain
† 1910 in Stadtoldendorf

war Kaufmann und betrieb ein kleineres Manufakturwarengeschäft in der Teichtorstraße 3, das seine Frau nach seinem Tode weiterführte. Das Ehepaar hatte zwei Kinder.



Ida Rosenhain, geb. Bornheim
*10. Mai 1859 in Oerlinghausen
† 19. Oktober 1942 in Berlin

Ida Rosenhain war die Mutter von Julius Rosenhain und die Ehefrau des im Jahre 1910 verstorbenen Kaufmanns Emil Rosenhain. Sie führte in der Teichtorstraße 3 ein kleineres Manufakturwarengeschäft. Im Januar 1934 verkaufte sie das Geschäftsgrundstück an den Drogisten Richard Werner, der dort eine Drogerie eröffnete. Die blinde Witwe Rosenhain und die Familie Julius Rosenhain bezogen nach dem Verkauf im gleichen Haus eine kleinere Dachwohnung. Anfang Oktober 1940 verzog Ida Rosenhain in ein Altersheim in Berlin-Lichterfelde, wo sie im Oktober 1942 verstarb.

Erna Rosenhain
*04.03.1884 in Bielefeld
† verschollen in Polen

war die ältere Schwester von Julius Rosenhain und wurde als geistig zurückgeblieben beschrieben. Nach der Überlieferung von Zeitzeugen trieben die Kinder auf der Straße häufig ihre Scherze mit ihr. Im Dezember 1939 verzog sie nach Heuerkerode. Sie wurde von Wunstorf nach Polen deportiert.



Julius Rosenhain
* 2. Juli 1885 in Bielefeld
† verschollen in Trawniki

war verheiratet mit Amalie Rosenhain, geb. de Leve und lebte seit 1890 in Stadtoldendorf. Von 1925 bis 1928 war er im Wandergewerbe als Handlungsgehilfe der elterlichen Firma Emil Rosenhain Manufakturwarengeschäft tätig. Von 1929 bis 1935 handelte Rosenhain mit Seifen und Waschmitteln im Wandergewerbe auf eigene Rechnung.
„Im Jahre 1937 zog die Familie Julius Rosenhain in das Hinterhaus des Grundstückes Baustr. 14. Die Wohnung bestand aus 3 Zimmern, Küche und Abstellraum. In den letzten Jahren vor der Verfolgung soll Herr J. Rosenhain zum Teil ohne Beschäftigung, zum Teil als Steinbrucharbeiter beschäftigt gewesen sein. Die wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse sollen nicht die besten gewesen sein", laut Bericht des Bürgermeisters von Stadtoldendorf im Rahmen der Wiedergutmachungsverhandlungen nach dem 2. Weltrieg.
Im Verlauf der Pogromnacht 9./10. November 1938 wurde Rosenhain zusammen mit neun weiteren jüdischen Männern aus Stadtoldendorf von örtlicher SA in „Schutzhaft" genommen und in das Gerichtsgefängnis nach Holzminden gebracht. Von dort kam er für einige Wochen in das KZ Buchenwald bei Weimar. Julius Rosenhain wurde am 25. März 1942 zusammen mit weiteren 12 jüdischen Mitbürgern aus Stadtoldendorf nach Trawniki/Lublin in Polen deportiert. Laut Eintrag auf der Meldekarte: „ausgewandert am 25.03.42".

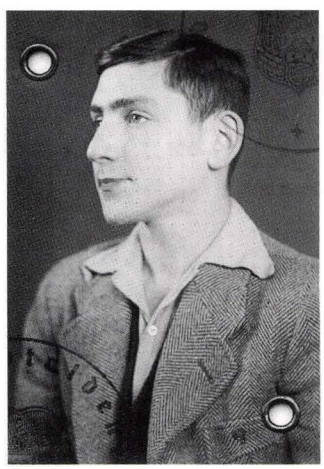


Amalie Rosenhain,
geb. de Leve
*15. Dezember 1884
in Wittmund/Ostfr.
† 21. Dezember 1940
in Hannover

Amalie Rosenhain, geb. de Leve lebte seit Oktober 1899 mit ihrem Ehemann Julius Rosenhain in Stadtoldendorf. Das Ehepaar hatte zwei Söhne Heinz Erwin und Kurt Rosenhain. Laut Bericht des Bürgermeisters der Stadt Stadtoldendorf an den Landrat in Holzminden ist Amalie Rosenhain an den Folgen einer Krankheit in Hannover verstorben.

Heinz Erwin Rosenhain
*18. November 1920 in Stadtoldendorf

ist der erste Sohn von Amalie und Julius Rosenhain. Er verzog im August 1935 nach Hannover und wanderte später nach Argentinien aus. Im August 1954 schreibt Rosenhain aus Buenos-Aires an den Bürgermeister von Stadtoldendorf und bittet um Auskunft über das Schicksal des Vaters. Außerdem interessiert ihn die Beschlagnahmung der elterlichen Wohungseinrichtung. Antwort des Bürgermeisters: „Über den Verbleib der Wohnungseinrichtung Ihrer Eltern können wir Ihnen mitteilen, daß diese s. Zt. vom Finanzamt Holzminden beschlagnahmt und anschließend versteigert wurde."



Kurt Rosenhain
*26. Juli 1922
in Stadtoldendorf
† 18. Januar 1941 in Hannover

Beruf: Steinbrucharbeiter
Kurt Rosenhain war der jüngere Sohn von Amalie und Julius Rosenhain. Er verstarb 1941 in Hannover laut Bericht des Stadtoldendorfer Bürgermeisters an den Landrat in Holzminden an den Folgen derselben Krankheit, an der auch die Mutter litt, die schon einen Monat zuvor verstorben war.

Familie Rothenberg:



Julius Rothenberg
*1. Juni 1883 in Arholzen
† verschollen in Trawniki

war verheiratet mit Lydia Rothenberg, geb. Meyer. Das Ehepaar lebte seit 1923 in Stadtoldendorf und wohnte in der Deenser Straße 3. Rothenberg betrieb im Wandergewerbe den Handel mit Baumwoll- und Textilwaren. Mit dem Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 6. Juli 1938, das verfügte, daß jüdische Wandergewerbetreibende bis zum 30. September des Jahres ihren Gewerbeschein zurückzugeben haben, konnte Rothenberg seine Tätigkeit nicht mehr ausüben. Im Verlauf der Pogromnacht 9./10. November 1938 wurde Rothenberg zusammen mit neun weiteren jüdischen Männern aus Stadtoldendorf von der örtlichen SA in „Schutzhaft" genommen und in das Gerichtsgefängnis nach Holzminden gebracht. Im März 1939 beantragten Rothenberg und seine Frau bei der Stadtpolizeibehörde Reisepässe, um nach Argentinien auszuwandern. Wahrscheinlich auf Grund des Einspruchs vorgesetzter Behörden wurden die Reisedokumente jedoch nicht ausgestellt. Am 25. März 1942 wurde Julius Rothenberg zusammen mit seiner Frau und 11 weiteren jüdischen Mitbürgern aus Stadtoldendorf nach Trawniki/Lublin in Polen deportiert.



Lydia Rothenberg,
geb. Meyer
*19. November 1881 in
Konitz/Westpr.
† verschollen in Trawniki

Lydia Rothenberg lebte zusammen mit ihrem Ehemann Julius seit 1923 in Stadtoldendorf und wohnte in der Deenser Straße 3. Nachdem Julius Rothenberg in der Pogromnacht vom 9./10. November

1938 von Stadtoldendorfer SA in „Schutzhaft" genommen worden war, beantragte das Ehepaar bei der Stadtpolizeibehörde im März 1939 Reisepässe, um nach Argentinien auszuwandern. Wahrscheinlich auf Grund des Einspruchs vorgesetzter Behörden wurden die Reisedokumente jedoch nicht ausgestellt. Am 25. März 1942 wurde sie zusammen mit ihrem Ehemann und elf weiteren jüdischen Mitbürgern aus Stadtoldendorf nach Trawniki/Lublin in Polen deportiert.

Richard Rothenberg
*25. August 1871
† 06. Mai 1929 in Stadtoldendorf

war Kaufmann und führte in der Teichtorstraße 1 ein Textilwarengeschäft. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite, Kellerstraße 1 befand sich der Laden seines Bruders Rudolf. Als Rothenberg verstarb, führte seine Frau Bertha das Geschäft mit Unterstützung des Bruders weiter. Der einzige Sohn des Ehepaares, Karl, wanderte im Oktober 1938 nach New York aus.

Bertha Rothenberg, geb. Frankenberg
*25.04.1874
† in Theresienstadt

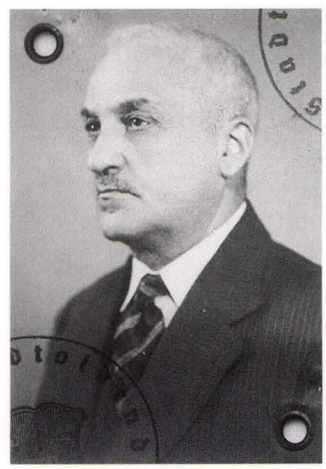
war die Ehefrau des Kaufmanns Richard Rothenberg und führte das Textilwarengeschäft ihres Mannes nach dessen Tod weiter. Ihr einziger Sohn Karl wanderte im Oktober 1938 nach New York aus. Bertha Rothenberg wollte ihrem Sohn nach Amerika folgen, konnte aber auf Anordnung des Oberfinanzpräsidenten in Hannover nicht mehr über ihr Vermögen verfügen. Auszug aus dem Schreiben des Oberfinanzpräsidenten, Hannover, 31.10.1938:
„Aufgrund von 37a des Devisengesetzes vom 10.2.1935 in der Fassung des Gesetzes vom 1.12.1936 (RGBL. I S. 1000) ordne ich an, der Witwe Bertha Rothenberg, geb. Frankenberg . . ., wird untersagt ohne meine Genehmigung über inländisches oder ausländisches Vermögen zu verfügen oder durch Dritte verfügen zu lassen; . . . :
Gründe: Die Witwe Bertha Rothenberg beabsichtigt auszuwandern, nachdem ihr einziger Sohn bereits vor kurzem nach Amerika ausgewandert ist. Um zu verhindern, dass gelegentlich der Auswanderung Vermögenswerte der deutschen Devisenbewirtschaftung entzogen werden, ist diese Sicherungsanordnung geboten." Bertha Rothenberg lebte bis zu ihrer Deportation am 1. August 1942 bei ihrem Bruder, dem bekannten Kinderarzt Dr. Frankenberg, in Höxter.

Karl Rothenberg
*25. Mai 1904 in Stadtoldendorf

war der einzige Sohn von Bertha und Richard Rothenberg. Er heiratete 1938 in Frankfurt Lotte Adler und wanderte mit ihr im Oktober des Jahres nach New York aus.

Lotte Rothenberg, geb. Adler
*09. August 1910 in Frankfurt/M.

heiratete im September 1938 in Frankfurt Karl Rothenberg und emigrierte mit ihm im Oktober desselben Jahres von Stadtoldendorf nach New York.



Rudolf Rothenberg
*21. August 1874
in Stadtoldendorf

Beruf: Kaufmann
war verheiratet mit Meta Rothenberg, geb. Winkler. Das Ehepaar lebte in der Kellerstraße 1 und hatte zwei Töchter. Im gleichen Haus befand sich auch das Hut-, Pelz- und Textilwarengeschäft von Rudolf Rothenberg. Sein Bruder Richard führte ebenfalls ein Geschäft auf der gegenüberliegenden Straßenseite im Haus Teichtorstr. 1.
Erinnerung eines Zeitzeugen: „Da wo heute das Schuhgeschäft Schwieger ist und die Buchhandlung Wiegand, waren früher Textilgeschäfte vom Kaufmann Rothenberg. Zur Abschreckung wurden vor den Geschäften SA-Leute postiert. Die haben auch Schilder mit der Aufschrift 'Kauft nicht bei Juden' auf die Schaufenster geklebt. Die Kunden sind nach Einbruch der Dunkelheit durch die

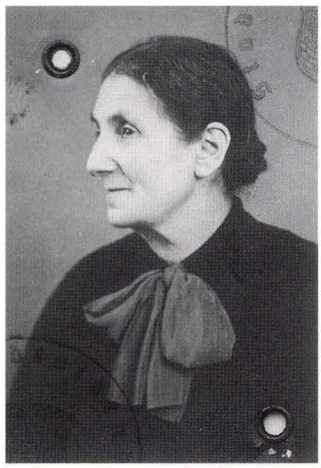
Hintertür."
Erinnerung einer Zeitzeugin, deren Eltern selbst ein Aussteuergeschäft hatten: „Bei euch kaufen ja nur die Polacken vom Gut Giesenberg", habe ich immer die Rothenberg-Töchter gefoppt, „aber bei uns kaufen die feinen Leute, der Herr Kommerzienrat und seine Frau."
Wegen der wiederholten Boykottaktionen seit 1933 gegen das Geschäft von Rudolf Rothenberg und der fortdauernden Drangsalierung seiner Kundschaft, verpachtete er schließlich im April 1937 sein Geschäft an den Kaufmann Emil Oesinghaus. Im Juni 1939 verzog das Ehepaar Rothenberg nach Hannover und wanderte von dort im März 1940 nach Bolivien aus.

Meta Rothenberg,
geb. Winkler
*3. Oktober 1879
in Lutter Krs. Gandersheim



wohnte mit ihrem Ehemann, dem Kaufmann Rudolf Rothenberg, in der Kellerstraße 1. Im gleichen Haus befand sich auch das Geschäft des Ehepaares für Hut- u. Pelzmoden. Ende Juni 1939 verzog das Ehepaar nach Hannover und wanderte von dort im März 1940 nach Bolivien aus.

Clara Meyer, geb. Winkler
13. September 1871
in Lutter Krs. Gandersheim
† verschollen in Minsk



Die Witwe Clara Meyer war die Schwester von Meta Rothenberg und wohnte seit 1926 Am Kellberg 9. Im Juni 1939 verzog sie nach Hannover und wurde später von dort nach Theresienstadt deportiert.

Adele Rothenberg
*07. August 1905 in Hannover

war die älteste Tochter von Meta und Rudolf Rothenberg. Sie verzog im Juli 1933 nach Berlin. Ihr weiteres Schicksal ist nicht bekannt.

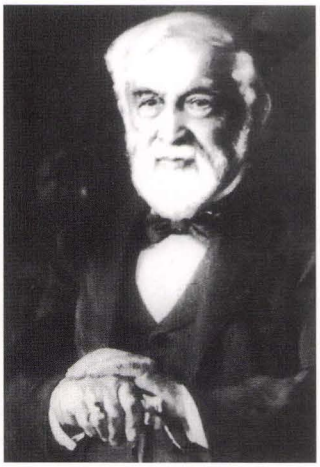
Ilse Rothenberg
*08. Juli 1910 in Stadtoldendorf

war die jüngere Schwester von Adele Rothenberg. Im April 1934 zog sie nach Berlin und heiratete im August den Kaufmann Heinz Meyerheim. Die Ehe wurde einige Jahre später wieder geschieden. Das Ehepaar hatte einen Sohn. Ilse Rothenberg besuchte ihre Eltern in Stadtoldendorf zum letzten Mal im Januar 1939. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.

Horst Meyerheim
*11. Oktober 1934 in Berlin

ist der Sohn von Heinz und Ilse Meyerheim, geb. Rothenberg. Sein Schicksal ist unbekannt.

Familie Rothschild:

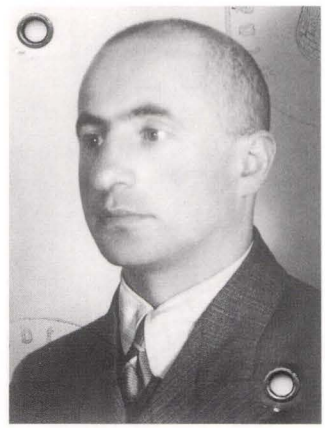


Ephraim Rothschild
*18. Februar 1808 in Merxhausen
† 30. Januar 1901 in Stadtoldendorf

Der Fabrik- u. Gutsbesitzer Ephraim Rothschild war ein Sohn von Abraham Joseph Rothschild aus Merxhausen. Zusammen mit seinem Bruder Joseph gelang es ihm, den väterlichen Leinenhandel entscheidend zu erweitern. Die Firma hieß fortan Abraham Joseph Rothschild Söhne. Mit der Ersteigerung der Lehensgüter der von der Homburg stammenden Familie von Hake wurde Rothschild im Jahre 1859 neben der Familie v. Campe-Giesenberg zum größten Landbesitzer in Stadtoldendorf. Zum Verwalter der Güter bestimmte er den Oberinspektor Ullmann aus der Ostmark. 1860/61 eröffnete er am Anfang des Hooptales einen Sandsteinbruch und eine Gipsbrennerei, aus der das heutige Gipswerk Dr. Karl Würth hervorging. Rothschild war auch an der Gründung der Weberei durch Adolph Wolff beteiligt. Ephraim Rothschild war eine prägende Figur für das jüdische Leben in Stadtoldendorf und beeinflußte mit seinen unternehmerischen Aktivitäten entscheidend den Aufbau von Stadtoldendorf in der Zeit der Gründerjahre. Er stiftete der Kultusgemeinde das Grundstück in der Kuhstraße für den Bau der Synagoge und war viele Jahre selber Gemeindevorsteher. Aus seinen persönlichen Lebenserinnerungen ist ersichtlich, daß Rothschild eine weltoffene Persönlichkeit war mit liberaler und demokratischer Gesinnung sowie mit großem Interesse an der Ökonomie und dem technischen Fortschritt seiner Zeit.

Adolf Rothschild
*14. Mai 1858
† 05. Oktober 1898

war ein Neffe von Ephraim Rothschild. Weiteres Schicksal ist unbekannt.



Herrmann Schartenberg
*8. Mai 1899 in Spangenberg Krs. Melsungen
† 12. Februar 1947 in Salt Lake City, USA

Herrmann Schartenberg wohnte in der Deenser Straße 3 und arbeitete 1930 und 1931 als Handelsvertreter für die Fa. Berthold Heinberg, Manufakturwarengeschäft in Stadtoldendorf. Von 1932 bis 1938 war er im Wandergewerbe tätig. Das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 6. Juli 1938 (RGBL, S. 823) sah vor: „Soweit es sich um jüdische Wandergewerbetreibende handelt, verlieren bereits erteilte Wandergewerbescheine mit dem 30. September 1938 ihre Gültigkeit und sind der Ausstellungsbehörde zurückzugeben." Mit der verfügten Rückgabe des Gewerbescheins verlor Schartenberg seine Existenzgrundlage. Im November 1939 verzog er nach Frankfurt am Main und wanderte wenig später aus.[9]

Familie Schoenbeck:



Dr. Joseph Schoenbeck
*24. Mai 1879 in Köln

war einer der vier persönlich haftenden Gesellschafter der Weberei A.J. Rothschild Söhne. 1938 wurde Schoenbeck zusammen mit seinen Geschäftspartnern Eduard Künstler, Wilhelm Matzdorf und Dr. Richard Wolff wegen angeblich illegaler Devisengeschäfte angeklagt. Das Braunschweiger Sondergericht verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe von 4 Jahren und 5 Monaten. Nach Auffassung des Gerichtes war Schoenbeck der Hauptschuldige, da er als promovierter Jurist über die geltende Gesetzgebung informiert sein mußte und somit vorsätzlich gegen geltendes Recht verstoßen hatte. Während Wilhelm Matzdorf und Dr.

Richard Wolff im Anschluß an ihre Haftstrafe im Zuchthaus Hameln 1939 von der Gestapo Braunschweig in das KZ Sachsenhausen eingewiesen wurden und dort ums Leben kamen, gelang es Schoenbeck, noch im Jahr 1941 ein Gnadengesuch zu erwirken. Dies wurde positiv beschieden und mit der Auflage verbunden, das Land schnellstens zu verlassen. Schoenbeck emigrierte mit seiner Frau nach Guatemala, kurz bevor die Nazis den endgültigen Auswanderungsstopp verhängten.

Else Schoenbeck, geb. Gruen
*06. Januar 1885 in Nürnberg

war verheiratet mit Dr. Joseph Schoenbeck. Das Ehepaar hatte fünf Kinder. Im September 1939 verzog Else Schoenbeck zu ihrer Schwester nach Berlin und versuchte von dort, ein Gnadengesuch für ihren Mann zu erwirken und außerdem die notwendigen Papiere für eine gemeinsame Auswanderung zu bekommen. Sie muß über beste Verbindungen zu Regierungskreisen und amtlichen Stellen verfügt haben, da es ihr gelang, daß ihr Ehemann noch kurz vor dem endgültigen Auswanderungstopp für Juden aus dem Zuchthaus entlassen wurde.

Albert Schoenbeck
*06. Oktober 1910 in Stadtoldendorf

war der älteste Sohn von Else und Joseph Schoenbeck. Er war einige Tage im KZ Buchenwald. Im November 1938 wanderte er nach Costa Rica aus.

Kurt Schoenbeck
*07. Mai 1912 in Stadtoldendorf

war der jüngere Bruder von Albert Schoenbeck, er besuchte 1933/34 eine Handelsschule in England. Seit Februar 1938 lebte er in Frankreich. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

Eleonore Schoenbeck
*06. Februar 1914 in Stadtoldendorf
† 09. Februar 1929 in Stadtoldendorf

verstarb an einer Grippeepedemie und wurde auf dem jüdischen Friedhof an der Deenser Straße beigesetzt. Die Eltern benannten nach ihr die Lore-Schoenbeck-Stiftung, aus deren Mitteln Schulbücher für die Mittelschule in Stadtoldendorf beschafft wurden.

Wolfgang Schoenbeck
*12. April 1915 in Stadtoldendorf

war der jüngere Bruder von Lore Schoenbeck. Er wanderte im Februar 1939 nach Amerika aus.

Ruth Schoenbeck
*30.08.1920

war die jüngste Tochter von Else und Joseph Schoenbeck. Im Februar 1939 verzog sie nach Köln. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.

Familie Stein:

Bernhard Stein
*07. Dezember 1857 in Marburg
† 28. Mai 1923 in Stadtoldendorf

zog 1893 aus Nieheim mit seiner Familie nach Stadtoldendorf. Weiteres ist nicht bekannt.

Clara Stein, geb. Katz
*21. November 1858 in Nieheim
† 13. Januar 1937 in Emden

war verheiratet mit Bernhard Stein und hatte fünf Kinder. Die Familie wohnte Bei der Kirche 2. Im Juni 1934 verzog sie nach Emden, wo sie Anfang 1937 starb.

Sally Stein
*10. September 1881
in Neuhaus bei Paderborn
† 18. März 1900 in Stadtoldendorf

war die ältestes Tochter von Bernhard und Clara Stein.

Helene Stein
*3. April 1883 in Nieheim

war die jüngere Schwester von Sally Stein. Sie heiratete später unter dem

Namen von der Berg. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.

Elise Stein
*14. April 1885 in Nieheim

heiratete unter dem Namen Auerbach. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.

Rosa Stein
*3. Oktober 1890 in Nieheim
† 21. Juli 1912 in Stadtoldendorf

war die jüngste Tochter von Clara und Bernhard Stein.



Julius Stein
* 14. Dezember 1886
in Nieheim
† verschollen in Trawniki

war der jüngste Sohn des Ehepaares Clara und Bernhard Stein und lebte mit seiner Familie seit 1893 in Stadtoldendorf. 1919 heiratete er Gerda Cäcilie Löwenstein. Die Eheleute Stein wohnten bis zu ihrer Deportation in der Deenser Straße 32. Stein handelte im Wandergewerbe mit Bildvergrößerungen. Das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung des Deutschen Reiches vom 6. Juli 1938 untersagte jüdischen Wandergewerbetreibenden mit Wirkung vom 30. September die Ausübung ihrer Tätigkeit. Nachdem Julius Stein seinen Gewerbeschein am 1. Oktober 1938 zurückgegeben hatte, war er arbeitslos und arbeitete später als Steinbrucharbeiter. Er wurde zusammen mit neun weiteren jüdischen Männern aus Stadtoldendorf in der Pogromnacht des 9./10. Novembers 1938 von örtlicher SA in „Schutzhaft" genommen und in das Gerichtsgefängnis nach Holzminden gebracht. Von dort kam er für einige Wochen in das KZ Buchenwald. Stein wurde zusammen mit seiner Ehefrau und weiteren elf jüdischen Mitbürgern aus Stadtoldendorf am 25. März 1942 nach Trawniki/Lublin in Polen deportiert.



Gerda Cäcilie Stein,
geb. Loewenstein
*4. September 1890
in Saalfeld (Saale)
† verschollen in Trawniki

Gerda Cäcilie Stein, geb. Löwenstein heiratete 1919 den Händler Julius Stein. Das Ehepaar Stein wohnte in der Deenser Straße 32 und wurde am 25. März 1942 von Stadtoldendorf nach Trawniki/Lublin in Polen deportiert. Eintrag auf der Meldekarte von Gerda Cäcilie Stein: „Ausgewandert am 25.03.1942."

Hildegard Stein
*03.10.1920 in Stadtoldendorf
† verschollen in Riga,
Deportation von Hannover

Wohnung: Deenser Str. 32
war die Tochter von Julius und Gerda Cäcilie Stein. Sie ging jeweils für befristete Zeit bei einer Familie in Stellung und kehrte anschließend nach Stadtoldendorf zurück, um sich dann erneut Arbeit zu suchen. Anfang März 1940 verzog sie nach Hannover und wurde von dort nach Riga deportiert.

Familie Stridde:



Emma Stridde,
geb. Breitenstein
*19. Oktober 1878
in Holzminden
† 12. März 1950
in Hannover

Die Witwe Emma Stridde, geb. Breitenstein war Schneiderin und lebte seit 1920 in Stadtoldendorf. Sie wohnte in der Bahnhofstraße 6. Emma Stridde wurde am 21. Juli 1942 nach einem Selbstmordversuch zusammen mit Julie Ullmann von Stadtoldendorf nach Theresienstadt deportiert.
Bericht des Meisters der Schutzpolizei Stadtoldendorf Homes an den Landrat in Holzminden vom 21. Juli 1942: „Unter Bezugnahme auf die Verfügung G 34-212/214, vom 15. Juli 1942, berichte ich folgendes: Als ich heute um 7 Uhr in Gemeinschaft mit dem Hauptw. der Schutzpolizei Lüer die Wohnung der Jüdin Emma Sara Stridde geb. Breitenstein aufsuchte, um die angeordnete Festnahme der Stridde vorzunehmen, wurde auf wiederholtes Klingeln und Klopfen nicht geöffnet. Der Schlüssel steckte von innen im Schloß der Korridortür. Nachdem die Tür mittelst Dietrich aufgeschlossen war, wurde die Stridde in ihrer Küche, in einem Sessel sitzend, röchelnd und bewußtlos vorgefunden. Die Türen und Fenster waren fest verschlossen. Der hinzugezogene Arzt Dr. Jürgens stellte Gasvergiftung fest. Auf telef. Anordnung des Landratamtes (Inspektor Schoppe) wurde die Jüdin dem vorfahrenden L.K.W., welcher den Transport der Juden nach Hildesheim ausführte, übergeben. Die Stridde hatte keinerlei Vorbereitungen zum Abtransport getroffen. Zwei Briefe, welche auf dem Tisch in der Küche lagen, werden in der Anlage beigefügt. Die Jüdin Julie Sara Ullmann geb. Sander, wurde ebenfalls dem Transport übergeben. Die Wohnungen sind verschlossen und versiegelt."
1944 wurde Emma Stridde von Hannover-Ahlem nach Theresienstadt deportiert. Sie überlebte das KZ und verstarb 1950 in Hannover.

Paul Stridde
*08.Oktober 1876 in Bresegard
† 11. Oktober 1937 in Stadtoldendorf

war verheiratet mit Emma Stridde. Das Ehepaar hatte zwei Kinder. Stridde arbeitete viele Jahre als Verkäufer für Herrenbekleidung im Kaufhaus Engels.

Hans Stridde
*15. Oktober 1902 in Wanzleben

war der älteste Sohn von Paul und Emma Stridde. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

Edith Stridde
*22. Oktober 1905 in Wanzleben

war die jüngere Tochter von Emma und Paul Stridde. Im März 1939 zog sie nach Hannover. Sie überlebte den 2. Weltkrieg und lebte mit ihrer Mutter anschließend wieder in Hannover.

Familie Ullmann:

Karl Ullmann

arbeitete als Gutsverwalter für Ephraim Rothschild (s. Rothschild). Er heiratete eine Nichte Rothschilds, Philippine Behrend. Das Ehepaar hatte sieben Kinder. Im hohen Alter bestimmte Rothschild Ullmann zum Teilhaber der Gips- und Sandsteinbetriebe E. Rothschild. Durch den Bauboom der Gründerjahre entwickelte sich die Gipsbrennerei sehr gut und beschäftigte um die Jahrhundertwende 350 Arbeiter. Die Söhne Ullmanns Berthold und Josef führten das Gipswerk, das heute den Namen Dr. Karl Würth trägt, weiter.

Philippine Ullmann, geb. Behrend

war eine Nichte Ephraim Rothschilds und heiratete den Gutsverwalter und späteren Fabrikbesitzer Karl Ullmann. Das Ehepaar hatte sieben Kinder: Therese, Abraham, Berthold, Josef, Max, Julie, Lucie.

Therese Ullmann
*in Stadtoldendorf

war die älteste Tochter von Philippine und Karl Ullmann. Sie war verheiratet unter dem Namen Rosenbaum und lebte in Braunschweig. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.

Abraham Ullmann
*in Stadtoldendorf
† 31.12.1942 in Berlin

war der älteste Sohn von Philippine und Karl Ullmann. Er arbeitete als Oberbaurat in Berlin. Ullmann war verheiratet und hatte einen Sohn. In der Silvesternacht 1942 beging er zusammen mit seiner Frau Selbstmord aus Angst vor der bevorstehenden Deportation.

Max Ullmann
*in Stadtoldendorf

war das fünfte Kind von Philippine und Karl Ullmann. Weiteres Schicksal unbekannt.

Julie Ullmann
*06. Februar 1876 in Stadtoldendorf

die Tochter von Philippine und Karl Ullmann war verheiratet unter dem Namen Coblenzer. Nach dem Tode des Ehemannes kehrte sie im Januar 1934 noch einmal nach Stadtoldendorf in das Haus ihres Bruders Josef zurück. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.

Lucie Ullmann
* in Stadtoldendorf

war die jüngste Tochter von Philippine und Karl Ullmann. Sie war verheiratet unter dem Namen Pappe mit einem Puppenfabrikanten aus Liegnitz. Sie verließ Deutschland und lebte später in Israel.

Familie Berthold Ullmann



Berthold Ullmann
*21. August 1868 in Stadtoldendorf
† in London

führte zusammen mit seinem Bruder Josef das väterliche Gipswerk weiter. Ullmann bewohnte mit seiner Familie eine prächtige Villa in der Linnenkämper Straße (heute Kantorgarten). Im Oktober 1937 verzog er nach Berlin und wanderte von dort zu seinem Sohn nach London aus.

Paula Ullmann, geb. Sander
*15. November 1879 in Völksen
† in London

war verheiratet mit Berthold Ullmann. Das Ehepaar hatte zwei Söhne. Mit ihrem Mann verzog sie im Oktober 1937 nach Berlin und wanderte schließlich nach London aus.

Karl Ullmann
* 1903 in Stadtoldendorf

war der ältere Sohn von Paula und Berthold Ullmann. Er verstarb in den zwanziger Jahren in Italien.

Ernst Ullmann
*17. Februar 1906 in Stadtoldendorf
† 13. April 1986 in London

war der jüngere Sohn von Paula und Berthold Ullmann. Ende Juni 1936 wanderte er nach London aus.

Familie Josef Ullmann

Josef Ullmann
*24. Dezember 1871 in Stadtoldendorf
† 29. September 1931 in Holzminden

war der jüngere Bruder von Berthold Ullmann. Gemeinsam führten die Brüder das väterliche Gipswerk weiter. Wegen des Vorwurfes, zusammen mit seinem Buchhalter den Kommanditisten der Firma Gewinne vorenthalten zu haben, beging Ullmann 1931 Selbstmord.



Julie Ullmann, geb. Sander
*5. Januar 1880 in Völksen
Krs. Springe
† verschollen in Auschwitz

Julie Ullmann, geb. Sander war verheiratet mit dem Fabrikanten Josef Ullmann. Sie wurde zusammen mit Emma Stridde am 21. Juli 1942 von Stadtoldendorf nach Theresienstadt deportiert. „Auf Weisung des Reichssicherheitshauptamtes werden die für das Altersghetto Theresienstadt in Betracht kommenden Juden des Kreises Holzminden am 21. Juli 1942 abgeschoben. Für die Abschiebung kommen in ihrer Gemeinde folgende Juden in Frage: Ullmann, geb. Sander, Julie Sara und Stridde, geb. Breitenstein, Emma Sara", Schreiben des Landrates des Kreises Holzminden vom 15. Juli 1942 an den Bürgermeister von Stadtoldendorf. Stempel: Geheim!



Elisabet Abels,
geb. Ullmann
*24. November 1902
in Stadtoldendorf
† 25. Juli 1945 in Göttingen

Elisabet Abels wurde am 18. Februar 1945 als letzte jüdische Mitbürgerin nach Theresienstadt deportiert. Kehrte nach Kriegsende zurück und verstarb Mitte 1945, an Tuberkulose erkrankt, in der Klinik in Göttingen.

Bericht des Meisters der Schutzpolizei Stadtoldendorf vom 19. Februar 1945: „Unter Bezugnahme auf eine mit Herrn Reg. Inspektor Schoppe, Landratsamt Holzminden, stattgefundene Besprechung betr. Abtransport der Jüdin Elisabeth Abels, geb. Ullmann, berichte ich, dass die Jüdin am 18.2.1945, 9.00 Uhr, dem Transportführer Meister der Gendarmerie Lüer, Bevern, übergeben ist. Der Transport ist mit dem LKW nach Hildesheim erfolgt."



Dr. Heinrich K. Rolf Ullmann
*14. November 1906
in Stadtoldendorf
† 22. November 1991
in Buenos Aires

war ein Sohn des Fabrikanten Josef und seiner Ehefrau Julie Ullmann, geb. Sander. Im Juni 1939 verzog Ullmann von Stadtoldendorf nach Diekirch in Luxemburg und wanderte von dort nach Argentinien aus.

Ida Hahn, geb. Sander
*23. Februar 1878
† verschollen in Auschwitz

war die Schwester von Julie Ullmann. Nach dem Tod ihres Ehemannes hielt sie sich oft für mehrere Monate zu Besuch bei ihrer Schwester in Stadtoldendorf auf.
„Die Hahn ist nach Hannover auf Grund einer Anordnung der Gestapo abgereist. Stadtoldendorf den 27.3.42, gez. H., Meister der Schutzpolizei"
Frau Hahn wurde mit dem 3. Deportationschub aus Hannover am 27. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert.

Familie Wallhausen:



Theodor Wallhausen
*7. Februar 1872
in Lüthorst Krs. Einbeck
† 19. Februar 1943
in Theresienstadt

Theodor Wallhausen lebte seit 1912 in Stadtoldendorf und betrieb im Wandergewerbe den Handel mit Kurzwaren und Kleinutensilien von Haus zu Haus. Er war verheiratet mit Johanna Wallhausen, geb. Rothenberg und wohnte mit seiner Familie in der Neuen Straße 34. Das Ehepaar hatte gemeinsam drei Kinder: Hedwig, Kurt und Gertrud. Im Verlauf der Pogromnacht 9./10. November 1938 wurde Wallhausen zusammen mit neun weiteren jüdischen Männern aus Stadtoldendorf von der SA in „Schutzhaft" genommen und in das Gerichtsgefängnis nach Holzminden gebracht.
„Der Jude Theodor Wallhausen . . . ist am 25.3.42 von hier nach Ottenstein verzogen. Wie hier bekannt ist, ist Theodor Wallhausen am 21. Juli 1942 von Ottenstein nach Hildesheim und von dort weiter nach dem Altersghetto Theresienstadt transportiert", Bericht des Meister der Polizei H. in Stadtoldendorf am 14. Januar 1946.
Theodor Wallhausen starb am 19. Februar 1943 im KZ Theresienstadt.



Hedwig Wallhausen
*22. Februar 1901

Beruf: Verkäuferin
war die älteste Tochter des Ehepaares Johanna und Theodor Wallhausen. Im September 1938 kehrte sie, nachdem sie arbeitslos geworden war, nach Stadtoldendorf zurück und lebte vorübergehend bei dem Vater in der Neuen Straße 34. Da Hedwig Wallhausen sich schon 1936 in Konstanz einen Auslandspass hatte ausstellen lassen, konnte sie im August 1939 nach London auswandern. Sie heiratete dort später unter dem Namen Sternberg und führte seit 1946 wiederholt Schriftwechsel mit der Stadt Stadtoldendorf, um das Schicksal ihrer Familie zu klären.
„Sie (Hedwig Sternberg, geb. Wallhausen), lebt in England in denkbar schlechten Verhältnissen, und ich würde ihr gern helfen, dass sie wenigstens bald eine Teilzahlung erhält", Brief des Generalbevollmächtigten von Frau Sternberg, Herrn Carl Grote in Höxter im November 1955 an den Bürgermeister der Stadt Stadtoldendorf.

Kurt Wallhausen
*26. Oktober 1908 in Arholzen
† verschollen in Trawniki
ist der Sohn von Theodor Wallhausen und seiner Frau Johanna, geb. Rothenberg. Er wohnte mit seiner Frau Charlotte in der Neuen Straße 34 und arbeitete als Steinbrucharbeiter. Kurt Wallhausen wurde zusammen mit seiner Ehefrau am 25. März 1942 aus Stadtoldendorf nach Trawniki/Lublin deportiert.



Charlotte Wallhausen,
geb. Gottlieb
*11. Dezember 1907
in Duisburg, Hamborn
† verschollen in Trawniki

Beruf: Hauswirtschafterin
wohnte seit 1938 in Stadtoldendorf in der Neuen Straße 7. Im Juni 1939 heiratete sie den Steinbrucharbeiter Kurt Wallhausen aus Arholzen und zog mit ihm in das Haus Neue Straße 34. Sie wurde zusammen mit ihrem Mann und elf weiteren jüdischen Bürgern am 25. März 1942 aus Stadtoldendorf nach Trawniki deportiert.

Gertrud Löwenstein, geb. Wallhausen
*08. Februar 1910 in Arholzen
† verschollen im Osten
war die Schwester von Kurt Wallhausen. Sie war von 1934 bis 1937 als Sekretärin bei der Weberei A.J. Rothschild Söhne beschäftigt. Gertrud Löwenstein wurde zusammen mit ihrem Ehemann Ernst am 28. März 1942 aus Höxter deportiert.

Familie Wolff:

Adolph Wolff
*25. November 1822 in Mehle
† 27. Februar 1900 in Stadtoldendorf

wurde durch die Heirat mit Marianne Rothschild, einer Schwester Ephraim Rothschilds, zum Teilhaber der Firma A.J. Rothschild Söhne. 1873 gründete er die Weberei an der Hoopstraße. Es entwickelte sich innerhalb weniger Jahrzehnte aus dem ehemaligen Leinenhandel ein bedeutender Industriebetrieb mit weltweiten Handelsverbindungen. Die Weberei A.J. Rothschild Söhne war mit knapp 1.000 Beschäftigten vor dem 1. Weltkrieg der größte Arbeitgeber im Landkreis Holzminden. Mit der stürmischen Entwicklung dieses Betriebes in den Gründerjahren veränderte sich auch das Gesicht Stadtoldendorfs. Aus dem als „tot und gewerbelos" beschriebenen Ackerbürgerstädtchen wurde eine kleine geschäftige Industriestadt mit einer neuen Bevölkerungsschicht, der Arbeiterschaft.

Marianne Wolff, geb. Rothschild
*27. Dezember 1817
† 21. Juli 1883 in Stadtoldendorf

Die Schwester Ephraim Rothschilds war verheiratet mit Adolph Wolff. Das Ehepaar hatte drei Kinder: Emma, Oskar und Anna. Der Sohn Oskar übernahm die Leitung der Weberei Rothschild von seinem Vater. Die Tochter Anna heiratete im Jahre 1885 den Prokuristen Julius Joseph Matzdorf, der somit auch zum persönlich haftenden Gesellschafter aufstieg.

Emma Wolff
*18. September 1854 in Stadtoldendorf
† 11. April 1887 in Stadtoldendorf

war die älteste Tochter von Marianne und Adolph Wollf. Sie war verheiratet unter dem Namen Levy.

Oskar Wolff
*4. Dezember 1855



übernahm als Nachfolger seines Vaters die Leitung der Weberei A.J. Rothschild Söhne. Im Februar 1882 erhielt Wolff den Bürgerbrief der Stadt Stadtoldendorf. Er war viele Jahre Stadtverordneter und stiftete 1906 dem Verschönerungsverein, dem er selber angehörte, den Kellbergturm.

Gertrud Wolff, geb. Ostwald
*24. Mai 1862 in Niedergiersdorf

war verheiratet mit Oskar Wolff. Das Ehepaar hatte zwei Kinder, Richard und Marianne. Im Mai 1938 verzog sie mit ihrer Tochter nach Würzburg. Ihr Schicksal ist unbekannt.

Dr. phil. Richard Wolff
*7. September 1888
in Stadtoldendorf
† 3. Februar 1940
im KZ Sachsenhausen



war ein Enkel des Firmengründers der Weberei A.J. Rothschild Söhne Adolph Wolff. Nach dem Gymnasium besuchte Wolff die Technische Hochschule in Karlsruhe und München. Im Anschluß an die Ausbildung zum Ingenieur studierte er Philologie an den Universitäten München und Heidelberg. Wolff promovierte an der Universität Heidelberg und nahm am 1. Weltkrieg als Militärdolmetscher teil. Zum Ende des Krieges war er als Dolmetscher im Offiziersgefangenenlager in Holzminden tätig. 1919 trat er in der Nachfolge seines Vaters Oskar Wolff als technischer Leiter und persönlich haftender Gesellschafter in die Weberei A.J. Rothschild Söhne ein. 1938 wurde Wolff zusammen mit seinen Geschäftspartnern Eduard Künstler, Wilhelm Matzdorf und Dr. jur. Josef Schoenbeck vor einem Braunschweiger Sondergericht wegen illegaler Devisengeschäfte angeklagt. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe von

1 Jahr und 5 Monaten. Im Anschluß an seine Haftstrafe im Zuchthaus Hameln wurde Wolff von der Gestapo Braunschweig in „Schutzhaft" genommen und in das KZ Sachsenhausen eingewiesen. Dort verstarb er am 3. Februar 1940.



Valeria „Wally" Wolff,
geb. Lippmann
*7. März 1897 in Basel

Die aus Basel stammende Schweizerin Valeria „Wally" Lippmann heiratete 1919 den Fabrikantensohn Dr. Richard Wolff. 1921 wurde der einzige Sohn des Ehepaares, Günter Wolff, geboren. Während Dr. Richard Wolff seine Haftstrafe im Zuchthaus Hameln verbüßte, bemühte sich seine Frau intensiv um ein Gnadengesuch und um die notwendigen Papiere für eine gemeinsame Auswanderung nach Südamerika. Obwohl es ihr gelang, alle Formalitäten für die Auswanderung zu regeln, blieben alle ihre Bemühungen zwecklos. Schon am 16. März 1939 hatte die Gestapo Braunschweig angeordnet, daß Dr. Richard Wolff im Anschluß an seine Haft ihr zu überstellen sei. Wolff wurde von der Gestapo in „Schutzhaft" genommen und in das KZ Sachsenhausen eingewiesen, wo er verstarb. Wally Wolff war schon 1939 wieder in die Schweiz übergesiedelt.

Günter Wolff
*2. Dezember 1921 in Stadtoldendorf
† 1991 in der Schweiz

war der einzige Sohn von Valeria und Dr. Richard Wolff. Er sollte die Nachfolge seines Vaters in der Weberei A.J. Rothschild Söhne antreten. Wegen des zunehmenden Antisemitismus in Deutschland schickten die Eltern ihn im Januar 1936 auf ein Internat in St. Gallen in der Schweiz. Nach dem Krieg kehrte Wolff nach Stadtoldendorf zurück und versuchte, seine Besitzansprüche an der Weberei geltend zu machen und die Leitung des Betriebes zu übernehmen. Die Gerichte lehnten seine Forderung auf Wiedereinsetzung ab. Er mußte sich, ebenso wie die anderen Gesellschafterfamilien mit der sogenannten Wiedergutmachung abfinden. Wolff lebte bis zu seinem Lebensende in der Schweiz.

Marianne Hilb, geb. Wolff
*25. September 1889 in Stadtoldendorf
† am 17. April 1951
vom Amtsgericht Stadtoldendorf
für tot erklärt

Wohnung: Teichtorstr. 20
Familienstand: verwitwet
war die Schwester von Richard Wolff. Sie war verheiratet unter dem Namen Hilb und kehrte nach dem Tod ihres Mannes im September 1936 nach Stadtoldendorf in ihr Elternhaus zurück. Im Mai 1938 verzog sie mit der Mutter nach Würzburg. Die Todeserklärung legt die Vermutung nahe, daß Marianne Hilb deportiert wurde und in einem KZ ums Leben kam.

Anmerkungen:

1 Akten der Stadt Stadtoldendorf zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Max Levy am 1. Oktober 1918

2 Lebenserinnerungen von Paul Rosenstein, siehe 5

3 Lebenserinnerungen von Paul Rosenstein, Kindler & Schiermeyer, 1954

4 Paul Rosenstein „Narben bleiben zurück - Die Lebenserinnerungen des großen jüdischen Chirurgen", Kindler u. Schiermeyer Verlag, 1954

5 Lebenserinnerungen Paul Rosenstein, Kindler & Schiermeyer, 1954

6 Daten nach den Grabinschriften auf dem jüd. Friedhof von Stadtoldendorf

7 Bürgerrolle der Stadt Stadtoldendorf unter M Nr. 31

8 Daten nach der Grabinschrift auf dem jüd. Friedhof von Stadtoldendorf

9 nach Aussage seiner Witwe und Akten der Stadt Stadtoldendorf

Der Schauprozeß - die „Arisierung" der Weberei Rothschild

Christoph Ernesti

„Im Namen des Deutschen Volkes! in der Strafsache gegen Dr. Josef Schoenbeck, Wilhelm Matzdorf, Dr. Richard Wolff, Eduard Künstler und Ernst Hoff wegen Devisenvergehens und Volksverratsverbrechens, hat das Sondergericht in Braunschweig, Geschäftsnummer: KLs. 1/38. (GStA), am 3. August 1938 für Recht erkannt:

Der Angeklagte Hoff wird von der Anklage freigesprochen.

Die Angeklagten Schoenbeck, Künstler, Matzdorf und Wolff sind schuldig!

Es werden daher verurteilt:

a) der Angeklagte Schoenbeck zu einer Gesamtzuchthausstrafe von vier Jahren und zu Geldstrafen von insgesamt ...zweihunderttausend Reichsmark,

b) der Angeklagte Künstler zu einer Gesamtzuchthausstrafe von einem Jahr und sechs Monaten und zu Geldstrafen von...insgesamt fünfundsiebzigtausend Reichsmark,

c)der Angeklagte Matzdorf zu einer Gesamtzuchthausstrafe von einem Jahr und acht Monaten und zu einer Geldstrafe von... insgesamt dreihunderttausend Reichsmark,

d) der Angeklagte Wolff zu einer Gesamtzuchthausstrafe von einem Jahr und fünf Monaten und zu einer Geldstrafe von... insgesamt hunderttausend Reichsmark."[1]

Der Tägliche Anzeiger Holzminden, der eigens für die Prozeßtage einen Reporter ins ferne Braunschweig entsandt hatte, nutzte den Anlaß auflagesteigernd für ein Extrablatt: „Gerechte Strafe für frevelhaftes Tun: Hohe Zuchthaus- und Geldstrafen für die Stadtoldendorfer Juden."[2] Mit täglichen ganzseitigen Artikeln berichtete die Heimatzeitung über den Prozeß. Überschrift: „Der erste Verhandlungstag - Bezeichnendes Bild jüdischer Sippenwirtschaft". Eine entsprechende Berichterstattung über die „Devisenschieber" schloß sich nahtlos an: „Die Vernehmung der einzelnen Angeklagten, die natürlich jede Schuld im Brustton der Überzeugung in Abrede stellten, ergab ein bezeichnendes Bild jüdischer Sippenwirtschaft, die in diesem Betrieb besondere Blüten zeigte."[3] Wer wollte angesichts solcher Vorverurteilungen ernsthaft an einen fairen Prozeß glauben? Das öffentliche Interesse war groß, denn bei den „Stadtoldendorfer Herren" handelte es sich um die prominentesten und wohlhabendsten Bürger der Homburgstadt, die Gesellschafter der Weberei A.J. Rothschild Söhne. Das traditionsreiche Unternehmen mit weltweiten Handelsbeziehungen hatte zu diesem Zeitpunkt 650 Beschäftigte und war einer der bedeutendsten Arbeitgeber in der Region. Wie eng das Schicksal des Ackerbürgerstädtchens mit der wirtschaftlichen Situation der mechanischen Weberei verknüpft war, zeigt der Bericht des amtlich bestellten Treuhänders Bankdirektor Dr. Rudolf Bartels aus Holzminden:

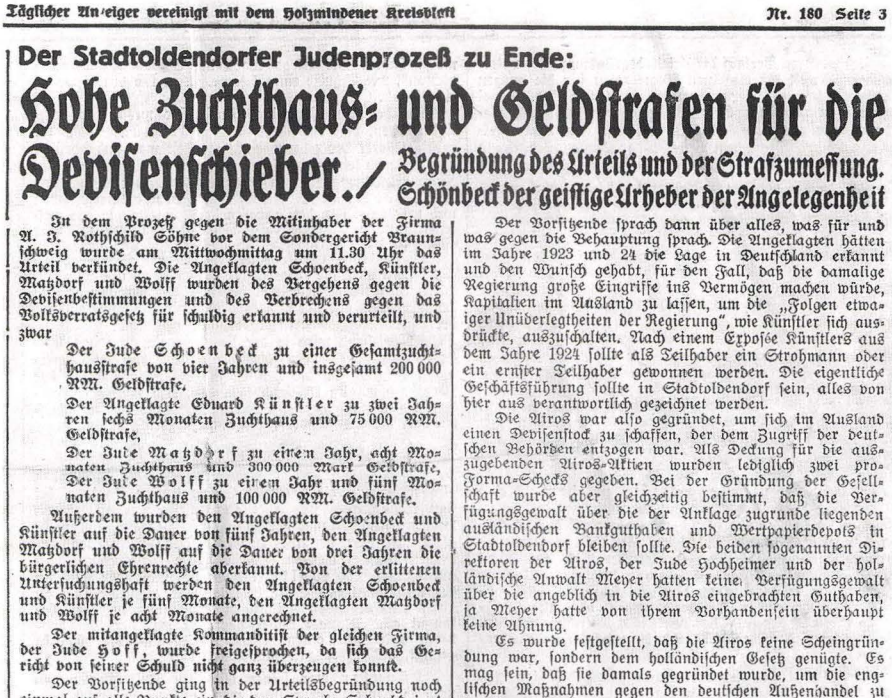
> *„Die Gefolgschaft (650) kommt aus Stadtoldendorf (4.000 Einw.) selbst und den umliegenden Dörfern. Die Fabrik besitzt hier einen nie versiegenden Quell fest an ihre Heimat gebundener Menschen, deren Vorfahren schon - oft seit Generationen - dem Betriebe treu gedient haben. ...Begünstigt wird die Bedeutung des Betriebes für das Leben des einzelnen besonders dadurch, daß Stadtoldendorf in seiner näheren Umgebung keine größeren Industrie-Zentren aufzuweisen hat, die zur Übersiedlung nach dorthin reizen könnten. Die Gegend ist rings von größeren Mittelgebirgsmassiven umgeben, so daß lohnende Arbeitstätten erst in den größeren Städten Niedersachsens zu finden wären, die aber alle mindestens 70 km entfernt sind. So ist für das Unternehmen selbst auch heute noch ein dauerndes Überangebot an Arbeitskräften vorhanden. Und häufig gibt es für den Sohn eines in der Fabrik arbeitenden Gefolgschaftsmitgliedes kein anderes Streben, als bei ihr eingestellt zu werden. ...man darf rechnen, daß die Hälfte der Stadt so unmittelbar von dem Unternehmen lebt."*[4]

1873 hatte Adolph Wolff, der Großvater des nun wegen Devisenvergehens angeklagten technischen Leiters des Betriebes Dr. Richard Wolff, eine kleine mechanische Weberei mit 40 Webstühlen und 70 Arbeitern an der Hoopstraße gegründet. Wie es der Familientradition entsprach, war Wolff durch die Heirat mit Marianne Rothschild, einer Schwester von Ephraim Rothschild, als Teilhaber mit in das Geschäft Adam Joseph Rothschild Söhne aufgenommen worden. Seit dem Mittelalter war die Leinenweberei - in Heimarbeit betrieben - in Stadtoldendorf, wie in vielen anderen Gegenden Deutschlands ein wichtiger Nebenerwerbszweig. Der Ankauf und Vertrieb der Ware lag oft in der Hand jüdischer Geschäftsleute. Auch Adam Joseph Rothschild, der nach einem Hausbrand von Merxhausen nach Stadtoldendorf übergesiedelt war, hatte sich hierauf spezialisiert.[5]

Nach anfänglichen Schwierigkeiten entwickelte sich die kleine Weberei im abseits gelegenen Stadtoldendorf seit dem Jahre 1878 in einem rasanten Tempo. Der Aufschwung war mit dem Namen einer besonderen unternehmerischen Persönlichkeit verbunden. Er hieß Max Levy. „Mein Schwiegervater war ein außergewöhnlicher Mann, der es vom einfachen Handlungsreisenden zum angesehensten jüdischen Bürger Braunschweigs gebracht hat.", schreibt der seiner Zeit bekannte Chirurg Dr. Paul Rosenstein[6] in seinen Memoiren über Levy. Das kaufmännische Talent Levys kommt auch in einer Niederschrift des Stadtoldendorfer Bürgermeisters Seebaas zum Ausdruck: „Am 28. Mai 1878 ist Herr Levy nach Stadtoldendorf verzogen und wurde bald Mitinhaber der Firma A.J. Rothschild Söhne. Von da ab trat ein merklicher Aufschwung der Firma infolge sich immer mehr steigernder Auslandsauf-

träge, namentlich aus England, ein. Die Firma beschäftigte vor dem Kriege bis zu 1000 Arbeiter und Angestellte. . . . , während die Zahl bei Eintritt des Herrn Levy in die Firma nur etwa 200 betrug."[7] Mit dem seit 1880 hergestellten Markenartikel „Bügelsteifes Wattierleinen" sicherte sich die Firma außerdem Absatzmärkte in Skandinavien, Holland, Belgien und der Schweiz. Schon 1898 war die gesamte Fläche an der Hoopstraße mit Fabrikgebäuden bebaut, so daß man einen weiteren Websaal an der Bahnlinie oberhalb der Deenser Straße errichtete. Im Endausbau standen hier auf einer Hallenfläche von 100 x 60 Metern 820 Webstühle. Die Zahl der Beschäftigten betrug 560.[8]

Wie eng die Entwicklung Stadtoldendorfs von einem Ackerbürgerstädtchen mittelalterlicher Prägung zu einer kleinen Industriestadt mit der Weberei A.J. Rothschild verbunden war und daß es sich hierbei um ein innovatives Unternehmen handelte, zeigt der Blick in eine Firmenchronik: „Als eines der ersten Unternehmen im deutschen Reiche wandte sich die Firma etwa 1904 der Herstellung baumwollener Futterstoffe und Satins sowie der Echtfärbung von Baumwollgeweben zu, die bis dahin unecht gefärbt größtenteils aus England eingeführt wurden. Für dies Zwecke wurde 1904 eine nach dem damaligen Stande der Technik vorbildliche Färberei eingerichtet und im Zusammenhang damit in Stadtoldendorf eine neue Wasserleitung, die einwandfreies weiches Wasser lieferte, und Kanalisation angelegt sowie das Gaswerk erbaut. Etwa 100 Leute fanden dadurch neue Beschäftigung. Mit der Vervollkommnung der Echtfärbung schlug die Firma die englische Konkurrenz aus dem Felde; die Erzeugnisse erlangten bald Weltruf und eroberten sich neben dem deutschen Markt auch im europäischen Auslande und in Übersee Absatzgebiete, preislich begünstigt durch die Ausübung des zollfreien Veredlungsverkehrs. Die unter der patentrechtlich geschützten Bezeichnung 'Airosin-Färbung' herausgebrachten Baumwollgewebe zeichneten sich durch Echtheit und Leuchtkraft der Farben sowie Eleganz der Ausstattung aus. Auch im weiteren Verlauf der Entwicklung hat sich das Unternehmen alle technischen Neuerungen nach Möglichkeit nutzbar gemacht."



Täglicher Anzeiger vereinigt mit dem Holzmindener Kreisblatt — Nr. 180 Seite 3

Der Stadtoldendorfer Judenprozeß zu Ende:

Hohe Zuchthaus- und Geldstrafen für die Devisenschieber. / Begründung des Urteils und der Strafzumessung. Schönbeck der geistige Urheber der Angelegenheit

In dem Prozeß gegen die Mitinhaber der Firma A. J. Rothschild Söhne vor dem Sondergericht Braunschweig wurde am Mittwochmittag um 11.30 Uhr das Urteil verkündet. Die Angeklagten Schoenbeck, Künstler, Matzdorf und Wolff wurden des Vergehens gegen die Devisenbestimmungen und des Verbrechens gegen das Volksverratsgesetz für schuldig erkannt und verurteilt, und zwar

Der Jude Schoenbeck zu einer Gesamtzuchthausstrafe von vier Jahren und insgesamt 200 000 RM. Geldstrafe.

Der Angeklagte Eduard Künstler zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 75 000 RM. Geldstrafe,

Der Jude Matzdorf zu einem Jahr, acht Monaten Zuchthaus und 300 000 Mark Geldstrafe,

Der Jude Wolff zu einem Jahr und fünf Monaten Zuchthaus und 100 000 RM. Geldstrafe.

Außerdem wurden den Angeklagten Schoenbeck und Künstler auf die Dauer von fünf Jahren, den Angeklagten Matzdorf und Wolff auf die Dauer von drei Jahren die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Von der erlittenen Untersuchungshaft werden den Angeklagten Schoenbeck und Künstler je fünf Monate, den Angeklagten Matzdorf und Wolff je acht Monate angerechnet.

Der mitangeklagte Kommanditist der gleichen Firma, der Jude Hoff, wurde freigesprochen, da sich das Gericht von seiner Schuld nicht ganz überzeugen konnte.

Der Vorsitzende ging in der Urteilsbegründung noch einmal auf alle Punkte ein, die den Spruch: Schuldig! lauten lassen. Es steht nach den Ermittlungen und dem Ergebnis der Beweisaufnahme unzweifelhaft fest, daß die Angeklagten Schoenbeck, Künstler, Matz-

Der Vorsitzende sprach dann über alles, was für und was gegen die Behauptung sprach. Die Angeklagten hätten im Jahre 1923 und 24 die Lage in Deutschland erkannt und den Wunsch gehabt, für den Fall, daß die damalige Regierung große Eingriffe ins Vermögen machen würde, Kapitalien im Ausland zu lassen, um die „Folgen etwaiger Unüberlegtheiten der Regierung", wie Künstler sich ausdrückte, auszuschalten. Nach einem Exposée Künstlers aus dem Jahre 1924 sollte als Teilhaber ein Strohmann oder ein ernster Teilhaber gewonnen werden. Die eigentliche Geschäftsführung sollte in Stadtoldendorf sein, alles von hier aus verantwortlich gezeichnet werden.

Die Airos war also gegründet, um sich im Ausland einen Devisenstock zu schaffen, der dem Zugriff der deutschen Behörden entzogen war. Als Deckung für die ausgegebenden Airos-Aktien wurden lediglich zwei pro-Forma-Schecks gegeben. Bei der Gründung der Gesellschaft wurde aber gleichzeitig bestimmt, daß die Verfügungsgewalt über die der Anklage zugrunde liegenden ausländischen Bankguthaben und Wertpapierdepots in Stadtoldendorf bleiben sollte. Die beiden sogenannten Direktoren der Airos, der Jude Hochheimer und der holländische Anwalt Meyer hatten keine Verfügungsgewalt über die angeblich in die Airos eingebrachten Guthaben, ja Meyer hatte von ihrem Vorhandensein überhaupt keine Ahnung.

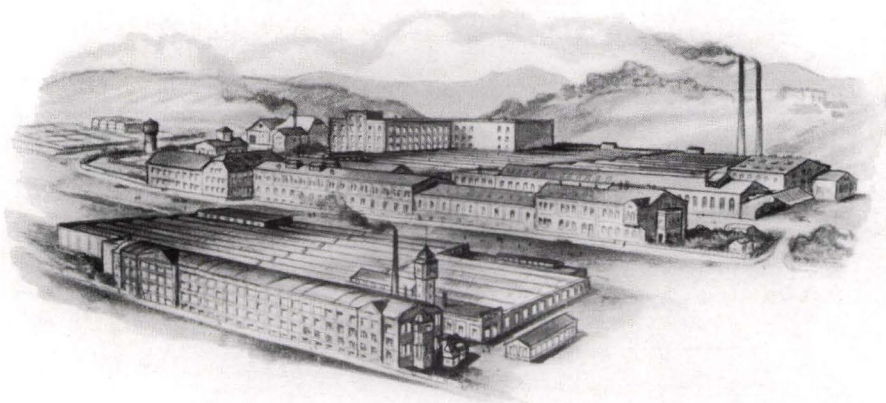
Es wurde festgestellt, daß die Airos keine Scheingründung war, sondern dem holländischen Gesetz genügte. Es mag sein, daß sie damals gegründet wurde, um die englischen Maßnahmen gegen den deutschen Außenhandel zu durchkreuzen. Es mag auch sein, daß man versucht hat, ins Geschäft zu kommen, aber vergeblich. Tatsächlich ist in zwölf Jahren nicht ein Geschäft gemacht. Aber die Gesellschaft verteilte — wenigstens auf dem Papier — Dividenden an

Mit täglichen ganzseitigen Artikeln berichtete der TAH Holzminden über den „Schauprozeß" vor dem Braunschweiger Sondergericht gegen die Gesellschafter der Weberei A.J. Rothschild Söhne.

Aber es war nicht nur die unternehmerische Weitsicht, mit der die Gesellschafter der Weberei ihre Firma führten, die sie auszeichnete, sondern auch ihr außerordentliches soziales Engagement für das Städtchen unter der Homburg. Auch hier trat Max Levy besonders hervor. Anläßlich seines fünfzigsten Geburtstages schenkte er der Stadt Stadtoldendorf im Jahre 1900 ein Krankenhaus, das nach seiner Frau benannte Charlottenstift. Es folgte im Jahre 1910 die Stiftung des ersten Kindergartens in Stadtoldendorf, 1912 erhielt die Stadt von Levy einen prunkvoll ausgestatteten Sitzungssaal für die Stadtverordnetenversammlung im neuen Rathaus. Zum Andenken an seinen im 1. Weltkrieg ums Leben gekommenen Sohn errichtete der Vater 1916 die Paul-Levy-Stiftung mit einer Einlage von 100.000 RM. Bedürftige Stadtoldendorfer Kriegerwitwen und Kriegswaisen erhielten aus dem Fonds eine Rente. Am 1. Oktober 1918 ernannte die Stadt Stadtoldendorf Max Levy zu ihrem Ehrenbürger „in Anerkennung seiner hohen Verdienste um das Aufblühen der hiesigen Stadt und seiner der Allgemeinheit gebrachten Opfer".[9] Adolph Wolff, der Sohn des Firmengründers Oskar Wolff, schenkte außerdem im Jahre 1906 dem Verschönerungsverein der Stadt Stadtoldendorf den Kellbergturm. Nebenher bestanden mehrere kleinere Stiftungen, wie zum Beispiel die Lore-Schoenbeck-Stiftung, die dem Kauf von Schulbüchern für die Mittelschule diente.

Die als Kommanditgesellschaft geführte Weberei A.J. Rothschild Söhne war ein reiner Familienbetrieb. Über die fünf Männer, die sich Ende Juli 1938 auf der Anklagebank wiederfanden, ist in der Anklageschrift des Braunschweiger Sondergerichtes nachzulesen: „Schoenbeck, Matzdorf und Wolff sind Urenkel des A.J. Rothschild,...; sie sind ebenso wie der Angeklagte Hoff, der mit einer Schwester Matzdorfs verheiratet ist, Juden. Künstler war früher Angestellter und Prokurist der Firma; nach dem Kriege ist er anstelle des gefallenen einzigen Sohnes des Geheimen Kommerzienrates Max Levy, des damaligen Seniorchefs der Firma, als Mitgesellschafter in die Firma aufgenommen worden." Vorgeworfen wurde ihnen, gegen die scharfe Devisengesetzgebung des Deutschen Reiches verstoßen zu haben. Bereits 1931 hatte die Regierung Brüning ein

Gesetz über die Devisenbewirtschaftung erlassen, um die in der Wirtschaftskrise verhängnisvolle Kapitalflucht ins Ausland zu unterbinden.[10] In die gleiche Richtung zielte das „Gesetz gegen den Verrat der Deutschen Volkswirtschaft" vom 12. Juni 1933[11], das bereits in der Betitelung NS-Ideologie zum Ausdruck brachte. Der Besitz von Devisen, auch wenn es sich um Guthaben im Ausland handelte, war danach gegenüber den Finanzämtern nicht nur anzeigepflichtig, sondern das Deutsche Reich sicherte sich mit der Verpflichtung zur Anbietung der Devisen auch das Vorkaufsrecht. Tatsächlich führte die Firma A.J. Rothschild Söhne Konten bei der Bank Mendelssohn & Co. in Amsterdam, bei der Stockholms Enskilda-Bank und bei den Centralbanken for Norge in Oslo, die der Tätigung der umfangreichen Auslandsgeschäfte dienten. Außerdem hatten die Gesellschafter der Weberei auf Anregung des Seniorchefs Max Levy bereits im Jahre 1923 in Amsterdam die Firma N.V. Airos Textil-Industrie gegründet. Eine Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 500.000 Gulden mit der, unter Umgehung der hohen Importzölle auf deutsche Waren, wieder das Englandgeschäft angekurbelt werden sollte. Die Firma verfolgte jedoch noch einen weiteren Zweck, wie eine Denkschrift des ehemaligen Prokuristen Künstler, der für das Hollandgeschäft zuständig war, zeigt: „in dieser Denkschrift heißt es u.a., daß damit zu rechnen sei, daß die ordentlichen Steuereinnahmen des Reiches zur Balancierung des Staatshaushaltes nicht ausreichen würden und daß man sich daher zu immer drastischeren Eingriffen in das Vermögen genötigt sehen werde, auch aus innerpolitischen Gründen seien Finanzmaßnahmen zu befürchten, deren Folgen nicht überlegt seien und die den Lebensnerv von Handel und Industrie treffen würden, diesen Gefahren könne durch die Errichtung einer Holding Compagny auf neutralem Boden vorgebeugt werden, wie sie von vielen vorausschauenden Firmen schon errichtet sei, am besten in Holland, das die denkbar liberalsten Gesetze habe."[12]



Idealisierte Darstellung der Produktionshallen der Weberei A.J. Rothschild Söhne, Stadtoldendorf aus einer vor dem 1. Weltkrieg erschienenen Werbebroschüre.

Diese holländische Tochtergesellschaft des Stadtoldendorfer Unternehmens und die genannten ausländischen Bankguthaben waren der Aufhänger für den Prozeß vor dem Braunschweiger Sondergericht. Der Prozeß war jedoch nur Mittel zum Zweck. In Wirklichkeit ging es um die Enteignung der jüdischen Firmeninhaber auf „legalem" Wege. Die „Entjudung der deutschen Wirtschaft" war das Schlagwort der Nazis hierfür und wurde nach den ersten Jahren der Machtkonsolidierung verstärkt betrieben. „Neben den Regierungsstellen waren auch die Parteiinstanzen seit Ende 1936 verstärkt damit beschäftigt, die 'Arisierungen' und die Ausschaltung jüdischer Konkurrenz zu beschleunigen. In den Büros der Gauwirtschaftsberater wurden für jedes noch bestehende jüdische Geschäft Einzelakten angelegt und im Einvernehmen mit den Handelskammern und Finanzämtern Umsätze und Geschäftsentwicklung verfolgt",[13] schreibt der Historiker Avraham Barkai. Unterstützt wurden die Gauwirtschaftsberater bei ihrer Bespitzelung nicht selten durch sogenannte „NS-Betriebszellen" oder „V-Männer" in den Firmen.[14] Die Lektüre der 56-seitigen Anklageschrift gegen die Gesellschafter der Weberei Rothschild Söhne, die detailliert über intimste Geschäftsvorgänge bis hin zu persönlichen Gedächtnisprotokollen der Gesellschafter informiert, legt die Vermutung nahe, daß im Falle des Stadtoldendorfer Betriebes dieser Informant in der Führungsetage zu suchen war.

Die Situation der Weberei nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahre 1933 wird in einer kurz nach der „Arisierung" des Betriebes verfaßten Chronik folgendermaßen beschrieben: „Die allgemeine Belebung der Wirtschaft seit 1933 brachte zwar auch der Textilindustrie bessere Beschäftigung, doch hatte die Firma daran keinen Anteil, als sie sich durch die alsbald einsetzenden Bestrebungen zur allmählichen Ausschaltung des jüdischen Kapitals, das in der Textilwirtschaft einen hohen Anteil hatte, besonderen Schwierigkeiten gegenübersah. Die Umsätze gingen zurück, und die Belegschaft mußte, da andere Verdienstmöglichkeiten am Platze nicht vorhanden waren, mit Nebenarbeiten beschäftigt werden."[15] Bei der Bedeutung der Firma als größter Arbeitgeber war die „Arisierung" nur eine Frage der Zeit. Auf Seiten der Geschäftsinhaber war es der Vertreter der Kommanditisten, der Berliner Architekt Ernst Hoff, der frühzeitig die Gefahr erkannte. Bereits am 19. September 1933 schrieb er in einem Brief an Matzdorf, Schoenbeck, Wolff und Künstler, „daß unleugbar die Tendenz bestehe, jüdisches Kapital und Unternehmertum aus der deutschen Wirtschaft auszuschalten; diese Forderung gehöre zum unabänderlichen Grundprogramm der Regierungspartei, es sei töricht, sich in Bezug hierauf irgendwelche Illusionen zu machen. Tempo und Form dieses zwangsmäßigen Ablaufes, möge durch wirtschaftliche Erwägungen vielleicht gesteuert und gebremst werden, die Gefahr werde dadurch nicht geringer;..."[16] Nach der Welle gewalttätiger Boykotte gegen jüdische Läden im Sommer 1935, die durch die Berichterstattung der ausländischen Presse als „Kurfürstendamm-Krawalle"[17] in die Geschichtsschreibung eingingen, drängte Hoff auf schnelle Maßnahmen. „In einem Schreiben vom 17.9.1935 wies der

Angeklagte Hoff abermals darauf hin, daß die nichtarische Firma Rothschild unter dem heutigen Kurse zum Erliegen verurteilt sei. Über das Tempo des Geschehens könne man verschiedener Meinung sein; über den Ablauf selbst herrsche nach den letzten Kundgebungen wohl kaum Unklarheit. Habe man sich aber erst einmal zu der klaren Erkenntnis des bitteren Endes durchgerungen, dann müßten ganz von selbst die Sorgen um die Zukunft der jetzigen Teilhaber in den Vordergrund treten; das Werk als solches möge von anderen Händen weitergeführt werden. Er habe mit Herrn Matzdorf wieder einmal über die Airos und die Möglichkeit gesprochen, Auslandsgeschäfte gegebenenfalls über diese zu tätigen.[18]" Die holländische Tochtergesellschaft führte seit ihrer Gründung im Jahre 1924 ein Mauerblümchendasein. Ein Kredit für die Firma war von holländischen Banken nicht gewährt worden, und so existierte die Firma eigentlich nur auf dem Papier. Auf Drängen von Hoff reiste nun Wilhelm Matzdorf mehrmals nach Holland, um zu klären, wie man die Airos wieder geschäftsfähig machen konnte. Hierzu war Kapital notwendig, doch wegen der bestehenden Devisengesetzgebung konnte nicht ohne die Zustimmung deutscher Behörden Geld ins Ausland transferiert werden. Am 20. März 1936 verfügte daher Dr. Josef Schoenbeck bei seinem Aufenthalt in Holland, daß die Guthaben der Weberei Rothschild bei der Bank Mendelssohn & Co. in Amsterdam und bei der Ensskilda-Bank in Stockholm der Firma N.V. Airos Textil-Industrie gutzuschreiben seien.[19] Dies blieb den deutschen Behörden nicht verborgen. Auf Grund dieser Handlung wurde Schoenbeck später in dem Verfahren vor dem Braunschweiger Gericht zum Hauptschuldigen gestempelt.

Im August 1937 wurden Wilhelm Matzdorf, Dr. Joseph Schoenbeck, Dr. Richard Wolff und Eduard Künstler in Stadtoldendorf festgenommen. Nach einem kurzen Aufenthalt im Gefängnis des Amtsgerichts Stadtoldendorf wurden sie, um jeden Kontakt untereinander zu unterbinden, in das Gerichtsgefängnis nach Braunschweig überführt. Ein Jahr befanden sie sich in Untersuchungshaft bis zum Prozeßbeginn am 27. Juli 1938. Die Untersuchungshaft diente den Behörden weniger zur Beweisaufnahme als zur Durchführung der Arisierung des Betriebes und zur Vorbereitung der Ausplünderung der Angeklagten. Schon am 16. Dezember 1937 richtete die Oberstaatsanwaltschaft Braunschweig folgende Anfrage an den Vorstand des Gefängnisses in Braunschweig: „Als Eigentümer des Grundstückes in Köln, Rechtsschule 12, sind der Fabrikant Dr. jur. Schoenbeck und die Witwe Schoenbeck in ungeteilter Erbengemeinschaft eingetragen. Ich bitte, den dort in U-Haft einsitzenden Dr. Schoenbeck zu befragen, wer der Erblasser ist, wann und wo dieser verstorben ist." Die Angeklagten selbst waren völlig isoliert. Am 16. August 1937 hatte der Oberstaatsanwalt der Anklagebehörde bestimmt, daß ihm sämtliche Briefe für Matzdorf, Wolff und Schoenbeck zuzuleiten seien und daß außerdem Unterredungen der drei Angeklagten mit ihrem Rechtsanwalt Dr. Abels ab sofort nur unter Aufsicht eines Richters gestattet waren.[20]

„Wegen Übertretung der Devisenbestimmungen" wurde am 11. Oktober 1937 den vier persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberei A.J. Rothschild Söhne das Verfügungsrecht über ihren Bertieb entzogen und der Staatsbankdirektor Rudolf Bartels aus Holzminden von der Devisenstelle Hannover als Treuhänder eingesetzt.[21] Daß die Wahl auf Bartels fiel war kein Zufall, wie ein Schreiben des Kreisleiters Knop aus Holzminden an den Rechtsanwalt und Notar W. Tormann in Berlin vom 11. Januar 1938 beweist: „Ich habe, als ich von den Beauftragten des Herrn Oberfinanzpräsidenten (Devisenstelle) um einen Vorschlag des Amtes des Treuhänders gebeten wurde, diesen auch ausdrücklich erklärt, daß Herr Bartels die einzige in meinem Wirkungskreis für dieses Amt in Frage kommende Persönlichkeit sei... Ich konnte für die Leitung des Werkes nur einen Mann gebrauchen, der auf Grund seiner Fähigkeiten die Gewähr bietet, daß er der ihm übertragenen Aufgabe gewachsen ist, der aber auch ferner im Dienste der nationalsozialistischen Bewegung bereits bewiesen hat, daß er sich für die wirtschaftlichen Belange des mir anvertrauten Gebietes mit Erfolg einzusetzen vermag. Das hat Herr Bartels getan." Der Berliner Rechtsanwalt hatte seinerseits bereits in einem Schreiben vom 8. Januar an den „Herrn Kreisdirektor Knop" klar formuliert, worum es ging: „In der Angelegenheit betr. die Firma A.J. Rothschild Söhne habe ich den Vertreter der persönlich haftenden Gesellschafter , Herrn Rechtsanwalt Dr. vom Berg Berlin W 62, Budapesterstr. 16, aufgefordert, darin einzuwilligen, daß das Unternehmen so schnell wie möglich entweder durch Einzelverkauf oder im Wege der Liquidation in arische Hand überführt wird." Am 4. Februar 1938 kam es schließlich im Gerichtsgebäude des Amtsgerichtes Braunschweig zu einer außerordentlichen Versammlung der Gesellschafter der Kommanditgesellschaft A.J. Rothschild Söhne. Die Gesellschafter faßten folgenden Beschluß: „Der Bankdirektor Rudolf Bartels, Holzminden, Obere Str. 30, wird hiermit in seiner Eigenschaft als Treuhänder und Geschäftsführer der Kommanditgesellschaft A.J. Rothschild Söhne unwiderruflich beauftragt und bevollmächtigt, das von der genannten Gesellschaft betriebene Fabrikunternehmen und alle sonstigen der Gesellschaft gehörigen Vermögenswerte im ganzen oder im einzelnen bestmöglich zu veräußern... Die Veräußerung darf nur an Personen oder an Gesellschaften erfolgen, die im Inlande ihren Wohnsitz haben bzw. nach ihrer Personen- oder Kapitalzusammensetzung als deutschstämmig gelten."[22] „Freiwillig" und vor allen Dingen formaljuristisch einwandfrei hatten damit die Besitzer der Weberei in die „Arisierung" ihres Betriebes eingewilligt.

Es mußte jedoch ein Käufer gefunden werden. Auf Anregung des Prokuristen Krippner wurden Verhandlungen mit der Mechanischen Leinenweberei in Salzgitter aufgenommen. Fabrikdirektor Wilhelm Kübler steckte in argen Schwierigkeiten. Im Salzgittergebiet entstanden die Reichswerke „Hermann-Göring", ein gigantischer stahlproduzierender Fabrikenkomplex. Küblers Betrieb war im Bestand bedroht, da er bei den Löhnen, die das Prestigeobjekt der Nazis den Arbeitern bot, nicht mithalten konnte. Von der Idee der Übernahme des Stadtoldendorfer Betriebes war Kübler jedoch anfangs

nicht angetan. Sein Betrieb hatte nur ein Drittel der Größe des Stadtoldendorfer Unternehmens. Selbst bei einer großzügigen Entschädigung erschien die Finanzierung des Kaufes schwierig. Hinzu kam, daß er mit der aufwendigen und anspruchsvollen Produktpalette der Stadtoldendorfer Weberei keinerlei Erfahrungen hatte, da sein Betrieb in erster Linie grobes Segeltuch erzeugte, das für die Herstellung von LKW-Planen und Armeezelten verwandt wurde.[23] Doch Kreisleiter Knop, der Treuhänder Dr. Rudolf Bartels und der Gauwirtschaftsberater Dr. Weidemann verstanden es, Kübler die Übernahme schmackhaft zu machen und außerdem auch die Finanzierung sicherzustellen. Das Trio stand selbst unter Druck, denn Rechtsanwalt Tormann hatte richtig erkannt: „Meiner Ansicht nach ist die Überführung in arische Hand schon deshalb dringend geboten, weil bei Fortführung des Unternehmens unter jüdischer Leitung nicht nur ein rentables Weiterarbeiten so gut wie unmöglich erscheinen würde, sondern sogar zu befürchten sein würde, dass das Unternehmen in allerkürzester Zeit völlig zum Erliegen kommen würde."[24] Eine Horrorvision für die politisch Verantwortlichen, denn es ging schließlich um 650 Arbeitsplätze in einer strukturschwachen Region.



Betriebsappell in der Weberei A.J. Rothschild Söhne nach der „Arisierung".

Am 1. April 1938 wurde die offizielle Übernahme vollzogen. Die Stadtoldendorfer Weberei hieß fortan Vereinigte Weberei Salzgitter-Stadtoldendorf Wilhelm Kübler & Co. Der Firmensitz wurde von Salzgitter nach Stadtoldendorf verlegt. Persönlich haftender Gesellschafter war ab sofort Fabrikdirektor Wihelm Kübler.[25] Am 3. April kam es zu einem großen Betriebsappell, bei dem Kreisleiter Knop und der bisherige Treuhänder Dr. Rudolf Bartels versuchten, der Belegschaft die Übernahme schmackhaft zu machen. Die Zeitungen berichteten mit ganzseitigen Artikeln. Doch selbst aus dem Bericht des NS-Parteiorgans NTZ Weserbergland war herauszulesen, wie die Stadtoldendorfer der „Arisierung" gegenüberstanden: „Wenn im Verfolg dieser Neuordnung zu Maßnahmen geschritten wird, die manchem nicht gleich populär sind, so ist immer wieder zu bedenken, daß das Interesse eines einzelnen nichts bedeutet, wenn es gilt, der großen Gemeinschaft zu dienen... Damals im Oktober 1937 hat so mancher gedacht: Was soll aus uns werden, wenn man unsere Juden ins Gefängnis steckt! Ein anderer hat wohl auch gesagt, ohne die Juden gehe es nicht. Aber was wir heute im ganzen Reiche sehen, das tritt uns auch in Stadtoldendorf in greifbarer Form entgegen: Die Gesundung eines lebenswichtigen Betriebes ohne die Juden!"[26]

Nun stand der Aburteilung der Angeklagten nichts mehr im Wege. Am 27. Juli 1938 wurde der Prozeß in Braunschweig eröffnet. Vier Verhandlungstage genügten. Verhandelt wurde von 8.30 Uhr morgens bis 7 Uhr abends mit nur zweistündiger Mittagspause.[27] Doch mochten sich die Richter des Braunschweiger Sondergerichtes noch so sehr um die „Klärung" des Sachverhaltes bemühen, am Ende der 48-seitigen Urteilsbegründung brachten sie klar zum Ausdruck, wessen Geistes Kind sie waren: „Bei Schoenbeck, Matzdorf und Wolff wirkte weiter erschwerend, dass sie das ihnen als Juden in Deutschland gewährte Gastrecht schnöde missbraucht haben; zum Dank dafür, dass sie in Deutschland ungehindert ihrem Erwerb nachgehen und ihren Lebensunterhalt in einer Höhe verdienen konnten, die weit über dem Durchschnittseinkommen deutscher Volksgenossen lag, haben sie der deutschen Wirtschaft die so dringend benötigten Devisen in dem oben festgestellten Betrage vorenthalten. Und wenn es für den Angeklagten Künstler auch, wie hervorgehoben, schwer gewesen sein mag, sich gegenüber seinen Mitgesellschaftern durchzusetzen, so bleibt es für ihn doch besonders schimpflich, dass er hier im Bunde mit Juden der deutschen Wirtschaft in den Rücken gefallen ist."[28]

Der Tag des Urteilsspruchs über die Gesellschafter der Weberei Rothschild aus Stadtoldendorf war gleichzeitig der Startschuß für den Bereicherungswettlauf um ihr Privatvermögen. Neben der Oberstaatsanwaltschaft Braunschweig, der es um Beitreibung der ruinösen Geldstrafen ging, beteiligten sich verschiedenste Behörden und Parteiinstanzen an der völligen Ausplünderung der wehrlosen Strafgefangenen. So traf am 10. Februar 1939 folgendes Schreiben der Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig im Zuchthaus Hameln ein, das für Matzdorf und Schoenbeck bestimmt war:

> *„Die einsitzenden Strafgefangenen Josef Schoenbeck und Wilhelm Matzdorf sind Eigentümer größerer Grundstücke in Stadtoldendorf, die....., wie mir mitgeteilt ist, von Eisengittern umgeben sind.*
> *Der Gaubeauftragte für Altmaterialerfassung von der Gauleitung Hannover ist an den Oberfinanzpräsidenten und an mich herangetreten, ob nicht auch diese Gitter im Rahmen der z. Zt. laufenden Altmaterialerfassung entfernt werden könnten. Der Oberfinanzpräsident hat keine Bedenken. Ich bitte Schoenbeck und Matzdorf vor Augen zu halten, daß der größte Teil der deutschen Volksgenossen die Vorgartengitter freiwillig abgegeben hat."*[29]

Doch mit einem Vorgartengitter gaben sich verdiente Parteigenossen nicht zufrieden, wie der Brief des Landgerichtsrats

Schmidt an den Parteifreund Landrat Knop in Holzminden belegt:

„Lieber Parteigenosse Knop!

Wie geht es Ihnen? Hoffentlich sind Sie noch gesund und munter. Ich bin am letzten Sonnabend von einer langen militärischen Übung zurückgekehrt. Wie Ihnen wohl inzwischen zur Kenntnis gekommen ist, habe ich zusammen mit meinem Vater das Schoenbeckshe Grundstück in Stadtoldendorf durch notariellen Vertrag gekauft. Ich nehme an, dass Ihnen die Vorgänge hierüber z. Zt. zur Begutachtung vorliegen. Ich habe deshalb die Absicht, mit Ihnen über die Angelegenheit einmal mündlich Rücksprache zu nehmen. Ich habe die Absicht, Sie am kommenden Mittwoch gegen 12.30 dort aufzusuchen. Falls Ihnen dieser Zeitpunkt nicht genehm sein sollte, geben Sie mir bitte durch Brief Nachricht nach Hannover, und teilen mir gleichzeitig einen Termin für die Besprechung mit. Ich bin von Donnerstag bis Sonnabend in Arholzen auf Urlaub. Die Gründe, die mich zu dem Kauf des Hauses veranlassen, sind zum einen, meinem Vater, der im nächsten Jahr pensioniert wird, noch einen angenehmen Lebensabend zu verschaffen. Er ist mit dem Weserbergland, das seine Heimat ist, sehr verbunden und möchte dort auch seine letzten Lebensjahre verbringen. Ich selbst bin auch ein Sohn des Weserlandes und würde es daher begrüßen, wenn ich späterhin auch einmal meinen Lebensabend dort beschließen könnte. Ein neues Haus zu bauen, ist bei der jetzigen Materialknappheit sehr schwer. Im übrigen ist mein Vater hierzu auch zu alt. Ich selbst habe keine Zeit, mich darum zu kümmern. Weiterhin würde es für meine Familie, besonders für die Kinder, sehr vorteilhaft sein, wenn sie von Zeit zu Zeit einmal Landluft geniessen könnten. Ich nehme an, dass einer Genehmigung des Kaufvertrages keine Schwierigkeiten entgegenstehen, da der wirkliche Verkäufer des Grundstückes, der Generalstaatsanwalt in

Die Fahne des Sieges wurde gehißt!

Feierliche Betriebsübernahme in der Stadtoldendorfer Weberei

z) In der Vereinigten Weberei Salzgitter-Stadtoldendorf Wilhelm Kübler & Co. fand gestern mittag ein Betriebsappell statt, in dem sich der neue Betriebsführer, Pg. Wilhelm Kübler, seiner Gefolgschaft vorstellte und einige grundsätzliche Ausführungen machte über die Gestaltung der zukünftigen Arbeit und des Verhältnisses zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft. An dem Betriebsappell nahmen teil Kreisleiter Landrat Knop, Kreisobmann der DAF. Stolze, Ortsgruppenleiter Bürgermeister Sünnemann, der Treuhänder des Werkes, Kreiswirtschaftsberater Pg. Bartels, die Familienmitglieder des Betriebsführers und dessen Gesellschafter und weiter eine große Reihe von Politischen Leitern.

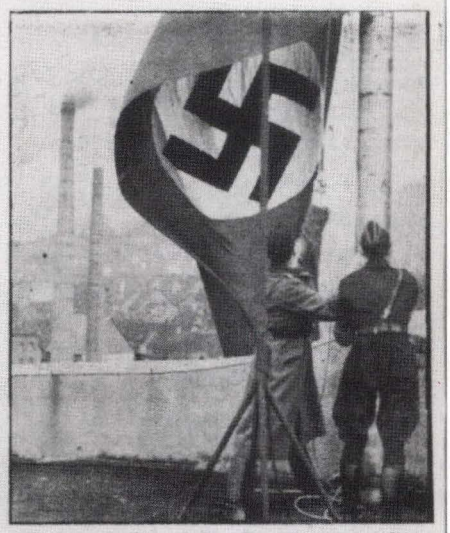
Fahnenmast empor als Künderin nationalsozialistischen Arbeits- und Leistungswillens.

In dem großen Freizeitraum des Werkes hielt dann der neue Betriebsführer seinen ersten Betriebsappell ab. Nach dem Fahneneinmarsch sprach zuerst der Betriebsobmann, Pg. Dickmann, von dem Dankbedürfnis der Gefolgschaft an zwei Männer, die das Werk in der Uebergangszeit über alle Schwierigkeiten hinweggeleitet haben in eine verheißungsvolle Zukunft: Kreisleiter Landrat Knop und Kreiswirtschaftsberater Direktor Bartels. Mit vollem Vertrauen stehe die gesamte Gefolgschaft dem neuen Betriebsführer gegenüber und verspreche ihm jene Zusammenarbeit, die er von ihr erwarten könne.



Der neue Betriebsführer der Stadtoldendorfer Weberei, Pg. Wilhelm Kübler, beim ersten Betriebsappell.

An ihm nahmen auch Kreisleiter Landrat Knop, Ortsgruppenleiter Bürgermeister Sünnemann, Kreisobmann der DAF. Stolze, Kreiswirtschaftsberater Direktor Bartels und viele andere Gäste teil. Aufn. (2): Schultz



Die Hakenkreuzfahne flattert zum ersten Male über dem Werk

sen, durch nichts anderes! Meine Gesellschafter und ich, wir haben unser ganzes Vermögen in das Werk gesteckt, und wir haben den Willen, das Werk voranzubringen. Wir wollen einen Betrieb aufbauen, der sich jederzeit sehen lassen kann, nicht zuletzt durch die Leistung."

Die in einem überaus herzlichen Tone gehaltene Ansprache des neuen Betriebsführers, die auf alle Gefolgschaftsmitglieder sichtlichen Eindruck machte, klang aus in dem Dank an den Treuhänder, Direktor Bartels, und dem Gelöbnis, in vorbildlicher Arbeit dem deutschen Vaterlande und dem Führer zu dienen.

Kreisobmann der DAF. Stolze wies im Zusammenhang mit der Hissung der Fahne auf die symbolische Verpflichtung hin, die damit jeder einzelne, der fortan unter der neuen Betriebsführung im Werke arbeitet, übernommen hat. So wie jeder Soldat nur einmal auf die Fahne einen Eid leistet, so übernimmt jeder Soldat der Arbeit unter seiner Betriebsfahne einen feierlichen Eid, den er niemals brechen darf, will er nicht ehrlos sein. Nationalsozialistischer Arbeiter zu heißen, ist heute ein Ehrentitel, der nur

Ausgabe der NTZ-Weserbergland, Amtliches Organ der NSDAP und der Behörden des Landkreises Holzminden vom 4. April 1938.

Braunschweig, seine Zustimmung erteilt hat. Für eine Beschleunigung der Angelegenheit würde ich Ihnen sehr dankbar sein, da wir möglichst bald mit dem Umbau des Hauses beginnen wollen. Seien Sie bitte daher so freundlich und geben mir umgehend eine Nachricht nach hier, ob ich Sie am Mittwoch Mittag dort sprechen kann, oder ob eine Rücksprache sich erledigt, da der Vertrag von Ihnen bereits genehmigt ist.

Mit bestem Dank und herzlichen Grüßen".[30]

Für nur 34.870,- RM hatte Vater Schmidt das Haus mit Grundstück von Else Schoenbeck erworben, obwohl der Brandkassenwert nur des Gebäudes mit 55.940 RM beziffert wurde. Der Stadtoldendorfer Bürgermeister Sünnemann versuchte beim Landrat zu intervenieren, da er die Schoenbecksche Villa gerne als Haus für die NS-Volkswohlfahrt haben wollte. Doch der Kreisdirektor fühlte sich wohl mehr dem „Sohn des Weserlandes" verbunden und stimmte dem Verkauf zu.

Auch Fabrikdirektor Wilhelm Kübler und Ehefrau Marie sicherten sich ihre Pfründe. Am 11. Mai 1939 verkaufte der ehemalige Prokurist der Weberei Paul Julius Jacobson im Auftrage der Witwe Gertrud Wolff, die jetzt in Würzburg lebte, das in Stadtoldendorf allseits als Wolffsche Villa bekannte Wohnhaus Nr. ass. 283[31] für 35.448,- RM an den Fabrikanten Wihelm Kübler. Der Brandversicherungswert des Hauses betrug 70.000 RM, der Einheitswert des Grundstückes 58.100 RM. Der als Gutachter der Kreisbehörde beauftragte Gutachter Baurat Markwort aus Holzminden wies ausdrücklich darauf hin, daß der Kaufpreis unter dem Sachwert lag und bemängelte außerdem, daß keine öfffentliche Ausschreibung stattgefunden hatte, um weitere Gebote einzuholen. Den Gauwirtschaftsberater Dr. Weidemann, der sich Kübler gegenüber verpflichtet sah, kümmerte dies wenig. Er genehmigte den Kauf am 18. August 1939 mit der Feststellung: „Eine Prüfung der Angemessenheit des Kaufpreises habe ich nicht vorgenommen."[32]

Marie Kübler erwarb schließlich am 5. Oktober 1939 für 20.800,- RM aus der Liquidationsmasse der Firma Rothschild das Haus Pfarrstraße 10, in dem zuvor der Prokurist Paul Jacobson mit seiner Familie gelebt hatte. Für Jacobson und Familie mußten fortan zwei Dachkammern in dem Gebäude der alten Molkerei an der Hagentorstraße genügen[33]. Bei einer Befragung des Stadtoldendorfer Bürgermeisters durch das Landratsamt Holzminden zu dem Kauf kritisierte er die skandalöse Praxis der Bereicherung: „Bei der Ausfüllung des mir zugesandten Fragebogens habe ich schon zum Ausdruck gebracht, daß als Kaufpreis wohl mindestens der Einheitswert des Grundstückes bezahlt werden müßte."[34]

Derweil fristeten die ehemaligen Besitzer der Stadtoldendorfer Weberei ihr Dasein als Tütenkleber und Pantoffelmacher im Zuchthaus und hofften auf immer wieder gestellte Gnadengesuche. Fieberhaft versuchten außerdem Valeria Wolff und der Rechtsanwalt von Wilhelm Matzdorf die notwendigen Papiere und Genehmigungen zu besorgen, um den Strafgefangenen nach Verbüßung ihrer Haftstrafe eine Auswanderung zu ermöglichen. Doch das Wachpersonal und erst recht deren Vorgesetzte waren den Stadtoldendorfer Juden nicht freundlich gesonnen, wie Auszüge aus deren Personalakten belegen.

Notiz eines Wachtmeisters des Zuchthauses Hameln über Wilhelm Matzdorf:

„M., Jude, reichlich bequemer Gefangener, der in seinem Benehmen ein ziemlich dickfelliges und indirekt provozierendes Wesen zur Schau bringt. In seiner Arbeitsleistung sehr mäßig, denn bei einigermaßen gutem Willen, könnte er sein volles Tagemaß leisten."

Beurteilung des Strafgefangenen Dr. Richard Wolff durch einen Polizeiinspektor:

„Einer der 3 Juden, die nach Ihrer eigenen Erklärung in 'jesuitischer' Weise sich Ihrer Anmeldepflicht für Devisen entziehen wollten. Wolff ist dabei einer der übelsten Verbrecher, der aus seinem Hass gegen das neue Deutschland keinen Hehl machte. Auch die Strafe wird auf ihn nicht lernend gewirkt haben.

Er ist und bleibt ein typischer Vertreter der schwierigsten und hemmungslosesten Juden. Seine Überwachung wird dringend erforderlich sein. Ich bin überzeugt, daß er im Auslande in ganz übler Weise gegen Deutschland hetzen wird."

Der Gesamtentwurf für ein Entlassungsgutachten des Vorstandes des Zuchtthauses Hameln an die Gestapo in Braunschweig vom 15. März 1939 fiel dementsprechend aus:

„W. fühlt sich unschuldig und will lediglich in Fahrlässigkeit gehandelt haben. Eine erhebliche Beeinflussung kommt für ihn nicht in Frage, da er als Jude nicht zur deutschen Volksgemeinschaft gehört und daher auch nicht zu ihr zurückgewonnen werden kann. Im übrigen fühlt er sich in Feindesland und will sofort nach seiner Entlassung auswandern. Er verläßt die Anstalt in derselben inneren Haltung, in der er gekommen ist."

Die Gestapo reagierte prompt und verfügte mit Schreiben vom 16. März 1939:

Betr. Jüd. Strafgefangene Richard Wolff u. Wilhelm Matzdorf

„Ich bitte für die genannten Überhaft zu notieren und nach Strafverbüssung der hiesigen Dienststelle überstellen zu lassen.."[35]

Diese Verfügung der Gestapo Braunschweig besiegelte das Schicksal von Wilhelm Matzdorf und Dr. Richard Wolff. Es sollte ihr Todesurteil sein, denn die Gestapo brachte beide ins KZ Sachsenhausen. Dort starb Richard Wolff am 3. Februar 1940. Nach mehr als zwei Jahren KZ-Haft starb auch Wilhelm Matzdorf in Sachsenhausen am 28. Januar 1942.

Dr. Schoenbeck, der zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, befand sich weiterhin in Hameln in Haft. Ob er von dem Tod seiner beiden Geschäftspartner im KZ erfahren hat, ist unbekannt. Es scheint jedoch, daß er sich der Tatsache bewußt war, daß das Menschenleben eines vorbestraften und ausgeplünderten Juden nur noch wenig wert war. Er setzte alles daran, positiv in Erscheinung zu treten, wie die Beurteilungen des Wachpersonals zeigen:

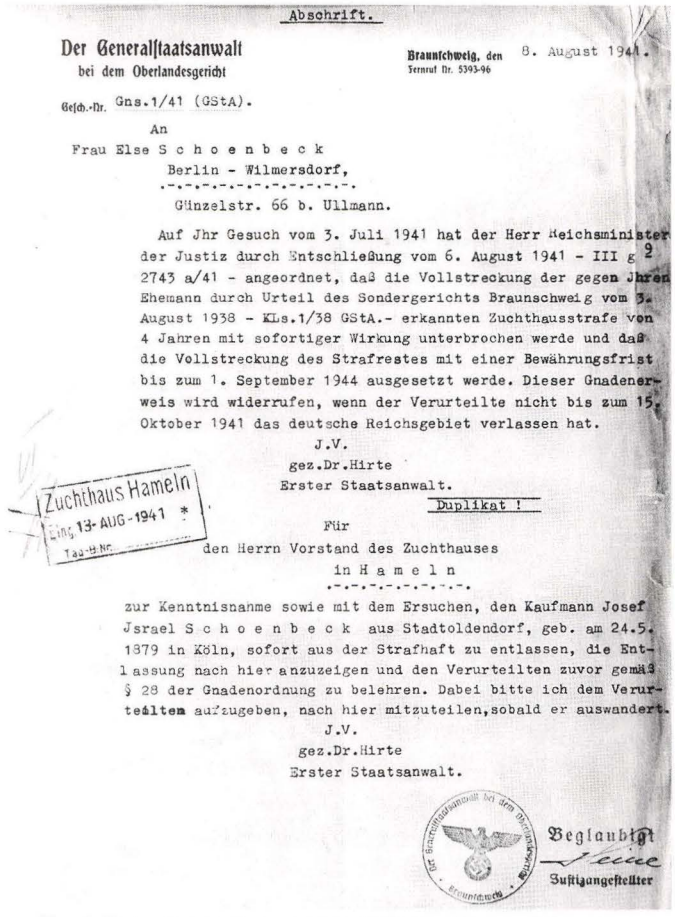
26.III.39, Tagesbeobachtung:
„Ein Gefangener, der es an Höflichkeit nicht fehlen läßt. Ist Tütenkleber der Fa. Behrens. Ist gewissenhaft und gründlich in seiner Arbeit und erreicht daher noch nicht sein Tagessoll. Ebenso hat Sch. noch nicht die Fingerfertigkeit dazu, und doch kann er als fleißiger Gefangener bezeichnet werden. Liebt Ordnung und Reinlichkeit. Führung ist gut."

04.VII.39, Tagesbeobachtung:
„Sch. ist der einzige Jude, der hier tatsächlich Interesse an der Arbeit zeigt. Ist äußerst fleißig und willig, zurückhaltend und bescheiden. Seine Führung entspricht der Hausordnung."

Bemerkung aus Schoenbecks Personalakte:
„Erster Einduck: tastend, unsicher
Späterer Eindruck: Beredter, gewandter Jude, der gern in Gefühlsseligkeiten schwelgt, am ev. Gottesdienst teilnehmen will u. offensichtlich Eindruck zu schinden sucht."[36]

Es war jedoch Else Schoenbeck, die anscheinend über beste Kontakte zu Regierungsstellen in Berlin verfügte und eine Begnadigung für ihren Ehemann erwirken konnte. Am 8. August 1941 teilte der Erste Staatsanwalt des Oberlandesgerichts Else Schoenbeck mit, „daß die Vollstreckung der gegen ihren Ehemann durch Urteil des Sondergerichtes Braunschweig... erkannten Zuchthausstrafe...mit sofortiger Wirkung unterbrochen werde." Die Begnadigung war mit der gleichzeitigen Auflage verbunden, daß Schoenbeck das Deutsche Reich bis zum 15. Oktober zu verlassen hätte[37]. Dies grenzte an ein Wunder, denn noch im gleichen Monat verbot der Reichsführer SS Heinrich Himmler die Ausreise für männliche Juden im arbeitsfähigen Alter. Am 23. Oktober folgte die Anweisung, ab sofort überhaupt keine Auswanderungen von Juden mehr zu genehmigen[38]. Das Ehepaar Schoenbeck emigrierte zu seinen Söhnen nach Guatemala.

Einzig und allein das Schicksal von Eduard Künstler blieb ungeklärt. Seine Spur verliert sich unmittelbar nach dem Urteilsspruch des Braunschweiger Sondergerichtes. Im Gegensatz zu seinen Geschäftpartnern kam er nicht zur Straf-



Abschrift.

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Oberlandesgericht

Braunschweig, den 8. August 1941.
Fernruf Nr. 5393-96

Gesch.-Nr. Gns.1/41 (GStA).

An
Frau Else S c h o e n b e c k
Berlin - Wilmersdorf,
Günzelstr. 66 b. Ullmann.

Auf Ihr Gesuch vom 3. Juli 1941 hat der Herr Reichsminister der Justiz durch Entschließung vom 6. August 1941 - III g 2743 a/41 - angeordnet, daß die Vollstreckung der gegen Ihren Ehemann durch Urteil des Sondergerichts Braunschweig vom 3. August 1938 - KLs.1/38 GStA.- erkannten Zuchthausstrafe von 4 Jahren mit sofortiger Wirkung unterbrochen werde und daß die Vollstreckung des Strafrestes mit einer Bewährungsfrist bis zum 1. September 1944 ausgesetzt werde. Dieser Gnadenerweis wird widerrufen, wenn der Verurteilte nicht bis zum 15. Oktober 1941 das deutsche Reichsgebiet verlassen hat.

J.V.
gez.Dr.Hirte
Erster Staatsanwalt.

Zuchthaus Hameln
Eing. 13. AUG. 1941
Tag.-B.-Nr.

Duplikat !

Für
den Herrn Vorstand des Zuchthauses
in H a m e l n

zur Kenntnisnahme sowie mit dem Ersuchen, den Kaufmann Josef Jsrael S c h o e n b e c k aus Stadtoldendorf, geb. am 24.5. 1879 in Köln, sofort aus der Strafhaft zu entlassen, die Entlassung nach hier anzuzeigen und den Verurteilten zuvor gemäß § 28 der Gnadenordnung zu belehren. Dabei bitte ich dem Verurteilten aufzugeben, nach hier mitzuteilen, sobald er auswandert.

J.V.
gez.Dr.Hirte
Erster Staatsanwalt.

Beglaubigt
Justizangestellter

Abschrift der Begnadigungsurkunde für Dr. Joseph Schoenbeck vom 8. August 1941. Die Begnadigung war mit der Auflage verbunden, Deutschland bis zum 15. Oktober zu verlassen.

verbüßung in das Zuchthaus Hameln. Die Tatsache, daß Künstler als „Arier" nicht von der besonderen Judengesetzgebung der Nazis betroffen war, erschwerte die Recherche in diesem Einzelfall. Das Geburtsstandesamt Fulda verweigerte mit Hinweis auf den Datenschutz jegliche Auskunft. Nach den Aussagen verschiedener Stadtoldendorfer Zeitzeugen soll auch er in einem KZ ums Leben gekommen sein. Anfragen in den Archiven der Gedenkstätte des KZ Buchenwald und des KZ Sachsenhausen haben dies nicht bestätigen können. Da die Listen der Archive nur unvollständig sind, bedeutet dies nicht, daß Eduard Künstler die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft überlebt hat.

1 vgl. S. 2 Urteilsbegründung des Sondergerichtes Braunschweig KLs. 1/38 (GStA), 3. August 1938 , Nieders. Staatsarchiv Hannover Hann. 86 Hameln Acc. 143/90, Nr. 38/185, Nr. 38/187, Nr. 38/188

2 Extrablatt des TAH Holzminden vom 3. August 1938, Nieders. Staatsarchiv Wolfenbüttel, BestellNr: 130 neu, 3 Nr. 507 u. 508

3 Täglicher Anzeiger Holzminden, Jhg. 1938, Nr. 174 S.3

4 vgl. hierzu u.a. Firmenchronik A.J. Rothschild Söhne/Kübler, Heimatmuseum Stadtoldendorf

5 vgl. hierzu u.a. Firmenchronik A.J. Rothschild Söhne/Kübler, Heimatmuseum Stadtoldendorf

6 siehe Literaturverzeichnis

7 Akten der Stadt Stadtoldendorf anläßlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Max Levy am 1. Oktober 1918

8 vgl. hierzu u.a. Firmenchronik A.J. Rothschild Söhne/Kübler, Heimatmuseum Stadtoldendorf

9 vgl. hierzu u.a. Kapitel Die jüd. Bürger von Stadtoldendorf

10 Barkai, Vom Boykott zur Entjudung, S. 60

11 vgl. Reichsgesetzblatt, Jhg. 1933, Teil I, S. 360

12 vgl. S.4 Urteilsbegründung des Sondergerichtes Braunschweig KLs. 1/38 (GStA), 3. August 1938 , Nieders. Staatsarchiv Hannover Hann. 86 Hameln Acc. 143/90, Nr. 38/185, Nr. 38/187, Nr. 38/188

13 vgl. S. 100, Walter H. Pehle, Der Judenpogrom 1938

14 vgl. S.74, Barkai, A., Vom Boykott zur „Entjudung"

15 vgl. hierzu u.a. Firmenchronik A.J. Rothschild Söhne/Kübler, Heimatmuseum Stadtoldendorf

16 vgl. S. 18/19 Urteilsbegründung des Sondergerichtes Braunschweig KLs. 1/38 (GStA), 3. August 1938

17 vgl. hierzu u.a. S.67, Barkai, A., Vom Boykott zur „Entjudung"

18 vgl. S.19 Urteilsbegründung des Sondergerichtes Braunschweig KLs. 1/38 (GStA), 3. August 1938

19 vgl. S.20/21 Urteilsbegründung des Sondergerichtes Braunschweig KLs. 1/38 (GStA), 3. August 1938

20 vgl. hierzu Personalakten des Zuchthauses Hameln Nr. 38/185 Matzdorf, Nr. 38/187 Schoenbeck, Nr. 18/188 Wolff, Nieders. Staatsarchiv Hannover Hann. 86 Hameln Acc. 143/90

21 vgl. hierzu u.a. Firmenchronik A.J. Rothschild Söhne/Kübler, Heimatmuseum Stadtoldendorf

22 vgl. hierzu u.a. Nieders. Staatsarchiv Wolfenbüttel, BestellNr: 130 neu, 3 Nr. 507 u. 508 Treuhändertätigkeit des Bankdirektors Rudolf Bartels bei der Firma A.J. Rothschild Söhne AG

23 laut Aussage von Günter Konath

24 vgl. hierzu u.a. Nieders. Staatsarchiv Wolfenbüttel, BestellNr: 130 neu, 3 Nr. 507 u. 508Treuhändertätigkeit des Bankdirektors Rudolf Bartels bei der Firma A.J. Rothschild Söhne AG

25 vgl. hierzu u.a. Firmenchronik A.J. Rothschild Söhne/Kübler, Heimatmuseum Stadtoldendorf

26 vgl. S.1 NTZ Weserbergland, Jahrgang 8, Nr. 80, Holzminden, 4. April 1938

27 vgl. Täglicher Anzeiger Holzminden, Jahrgang 1938, Nr. 173, 29. Juli 1938

28 vgl. S.44 Urteilsbegründung des Sondergerichtes Braunschweig KLs. 1/38 (GStA), 3. August 1938

29 vgl. hierzu Personalakten des Zuchthauses Hameln Nr. 38/185 Matzdorf, Nr. 38/187 Schoenbeck, Nr. 18/188 Wolff, Nieders. Staatsarchiv Hannover Hann. 86 Hameln Acc. 143/90

30 vgl. Akte „Entjudung" jüd. Grundstücke und Häuser in Stadtoldendorf, Kreisarchiv Holzminden

31 Assekuranznummer der Brandversicherung, siehe u.a. Bauamt der Stadt Stadtoldendorf

32 vgl. Akte „Entjudung" jüd. Grundstücke und Häuser in Stadtoldendorf, Kreisarchiv Holzminden

33 laut Aussage von Herrn Kurt Zechel

34 siehe u.a. Fußnote 32

35 siehe u.a. Fußnote 29

36 siehe u.a. Fußnote 29

37 siehe u.a. Fußnote 29

38 vgl. S. 128 Pehle, Walter H., Der Judenpogrom 1938

Die Pogromnacht 9./10. November 1938

Christoph Ernesti

„In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden die Synagogen in Deutschland von Nationalsozialisten, SA und SS in Brand gesteckt. Unter den Augen der Öffentlichkeit, sprich: der Mitbürger, Nachbarn, Geschäftspartner, Kollegen etc., toleriert von der Polizei und vor den Blicken der Feuerwehr, wurden die Synagogen kontrolliert zerstört - kontrolliert deshalb, weil das Eigentum der *Arier* von nebenan vor den Flammen *geschützt* werden mußte. Der angeblich spontane *Volkszorn* über das Attentat des 17-jährigen Herschel Grynszpan auf den Legationsrat vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris hat in dieser Nacht beinahe einhundert Menschen deshalb das Leben gekostet, weil sie Juden waren. Und ebenfalls in dieser Nacht wurden an die 7500 Läden und Geschäfte jüdischer Eigentümer demoliert, geplündert und gebrandschatzt - nahezu alle Ladenlokale, die es damals noch gab. . . . Mit Hilfe von sachkundig aufgestellten Listen wurden rund 30.000 wohlhabende Juden verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt; dort wurden sie zum Teil monatelang - ohne jeden Rechtsgrund - festgehalten und gequält; wie viele von ihnen nicht wieder zurückgekehrt sind, ist nicht mehr aufzuklären.

Wer für diese Ereignisse die Bezeichnung *Kristallnacht* oder gar *Reichskristallnacht* erfunden hat, kann heute nicht mehr ausgemacht werden. Fest steht, daß damit einer bösartig verharmlosenden Erinnerung Vorschub geleistet wird, daß mit diesen zynischen Bezeichnungen in Wirklichkeit Mord, Totschlag, Brandstiftung, Raub, Plünderung und Sachbeschädigung in eine funkelnde und glänzende Veranstaltung uminterpretiert werden. Eines freilich offenbaren diese Begriffe: das Fehlen jeglicher Betroffenheit und jeglichen Mitgefühls derjenigen, die vor den Ereignissen jener Nacht die Köpfe in den Sand gesteckt haben.

Kundige empfehlen mit guten Gründen, fortan auf die Begriffe *Kristallnacht, Reichskristallnacht* - und wenn sie sich auch noch so glatt in unsere Sprache eingeschliffen haben sollten - zu verzichten."

Soweit Walter H. Pehle in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Buch „Der Judenpogrom 1938 - Von der Reichskristallnacht zum Völkermord"

Das Attentat des 17-jährigen polnischstämmigen Juden Herschel Grynszpan aus Hannover auf den Legationsrat vom Rath am Vormittag des 7. November 1938 in Paris bot den Nazis den willkommenen Anlaß für die Inszenierung eines staatlich sanktionierten Pogroms, wie ihn West-Europa seit den Zeiten des Mittelalters nicht mehr erlebt hatte. Wolfgang Benz[1] stellt hierzu fest: „Das Zeitalter der Aufklärung hatte den Juden in Deutschland Emanzipation und bürgerliche Gleichberechtigung gebracht, die Zeiten der Barbarei waren längst vorbei. Allenfalls der Antisemitismus, den auch in Deutschland viele kultivierten, erinnerte noch daran. Doch selbst die wildesten Antisemiten des 19. Jahrhunderts träumten nur von Mord und Totschlag - ein Pogrom, gar ein von Staats wegen organisierter, schien im zivilisierten Deutschen Reich des 20. Jahrhunderts nicht mehr denkbar."

Der Anschlag des 17-jährigen Grynszpan war eine Verzweifelungstat. In einer „Blitzaktion", angeordnet vom Reichsführer SS, wurden am 27. und 28. Oktober 1938 17.000 Juden mit polnischen Pässen gewaltsam abgeschoben[2]. In wenigen Stunden zusammengetrieben, wurden sie in Massentransporten zur Grenze gebracht und dort von der SS in das polnische Nachbarland getrieben. Doch die polnische Regierung, die mit der zuvor angedrohten Ausbürgerung ihrer im Ausland lebenden jüdischen Landsleute den Konflikt mit herbeigeführt hatte, ließ an verschiedenen Stellen Maschinengewehre auffahren, um den massenhaften Grenzübertritt zu verhindern. So irrten einige der Unglücklichen oft mehrere Tage, ohne jegliche Versorgung, in dem Niemandsland zwischen den beiden Staaten umher. Die meisten fanden schließlich Aufnahme in schnell eingerichteten Sammellagern auf polnischer Seite. Das größte war das aus alten Militärbaracken und Pferdeställen bestehende Lager bei Zbaszyn. Unter katastrophalen hygienischen Bedingungen lebten hier bis zur Auflösung des Lagers im Juli 1939 zwischen 5.000 und 8.000 Menschen.

Der zu dieser Zeit bei seinem Onkel in Paris wohnende Herschel Grynszpan erhielt am 3. November eine Postkarte seiner in Zbaszyn internierten Eltern und Geschwister. Im Laufe des Vormittags des 7. November begab sich Grynszpan zur Deutschen Botschaft und verletzte dort mit zwei gezielten Schüssen den Legationsrat vom Rath lebensgefährlich. Ab diesem Moment übernahm die Regie der Geschehnisse das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter Leitung des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels. Eine geschickt gesteuerte Pressekampagne sollte die Emotionen schüren und die Volksseele zum Kochen bringen. Der „Volkszorn" sollte herbeistimuliert werden. Noch am selben Tag erging folgende Anweisung des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB): „Alle deutschen Zeitungen müssen in größter Form über das Attentat auf den Legationssekretär an der deutschen Botschaft in Paris berichten. Die Nachricht muß die erste Seite voll beherrschen . . . . In eigenen Kommentaren ist darauf hinzuweisen, daß das Attentat des Juden die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muß, und zwar auch für die ausländischen Juden in Deutschland."[3]

Unter der Überschrift „Revolverattentat eines jüdischen Mordschützen" informierte der Tägliche Anzeiger Holzminden[4] in der Ausgabe vom 8. November seine Leser über das Attentat in Paris. Inhalt und Form des auf der ersten Seite plazierten Artikels entsprechen den Anweisungen des DNB. Der Leitartikel im „Völkischen Beobachter", dem Zentralorgan der NSDAP, sprach jedoch deutlich aus, welchen Zweck die gezielte Agitation verfolgte: „Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttau-

sende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als 'ausländische' Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen . . . . Die Schüsse in der deutschen Botschaft in Paris werden nicht nur den Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage bedeuten, sondern hoffentlich auch ein Signal für diejenigen Ausländer sein, die bisher nicht erkannten, daß zwischen der Verständigung der Völker letzten Endes nur der internationale Jude steht."[5]

Die Wirkung der Polemik ließ nicht lange auf sich warten. Noch am selben Abend kam es zu ersten Synagogenbränden und Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt.[6]

Der nächste Tag, der 9. November 1938 war ein sensibles Datum für alle Nationalsozialisten im Reich. Seit 1928 beging die Partei alljährlich am 8./9. November in München mit schwülstigen Feiern den „Tag der Bewegung" und gedachte somit des gescheiterten Hitlerputsches von 1923[7]. Auch in diesen Tagen hielt sich wieder die gesamte Parteiprominenz, einschließlich der Spitzen von SA und SS, in der „Hauptstadt der Bewegung" auf. Mittags fand der feierliche Gedenkmarsch zur Feldherrnhalle statt und am Abend trafen sich die „Alten Kämpfer" zu einem Kameradschaftsabend im „Alten Rathaus". Während des Essens gegen 21 Uhr wurde Hitler der Tod des Legationsrat vom Rath mitgeteilt. Er führte daraufhin eine „außerordentlich eindringliche Unterredung" mit Propagandaminister Joseph Goebbels. Nachdem Hitler dann die Gaststätte verlassen hatte, hielt Goebbels eine antisemitische Rede, in der er unter anderem auf die judenfeindlichen Ausschreitungen in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt hinwies und anfügte: „Der Führer habe . . . entschieden, daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten."

Dies war für die anwesenden Parteiführer das Signal zum Losschlagen. Noch vom „Alten Rathaus" aus informierten sie per Telefon die Gauleitungen bzw. Gaupropagandaleitungen und gaben Anweisungen für Aktionen gegen Synagogen, jüdische Geschäfte und Häuser. Was nun geschah, beschreibt Wolfgang Benz[8] folgendermaßen: „Die Übermittlung zu den Gaupropagandaämtern und von diesen weiter zu den Kreisleitern und Ortsgruppenleitern der NSDAP bzw. zu den SA-Stäben im ganzen Deutschen Reich funktionierte schnell und reibungslos. Überall sprangen sie aus den Betten, um der Aufforderung zum Pogrom Folge zu leisten. Von Mitternacht bis zum Morgen währte der Schrecken, wie es ihn in Mitteleuropa seit Jahrhunderten nicht mehr gegeben hatte und wie er seit dem Zeitalter der Aufklärung als Rückfall zur Barbarei nicht mehr denkbar gewesen ist."

Die Ereignisse vor Ort sind nur in diesem Gesamtzusammenhang verständlich. Sie zeigen deutlich, wie eng lokales Geschehen und „große Politik" im gleichgeschalteten Staat miteinander verknüpft waren.

Auch in Holzminden beging die Partei am 9. November mit einer großen Gedenkfeier in der „Feierabendhalle", der heutigen Stadthalle, den „Tag der Bewegung"[9]. „Mit Ausnahme des Nürnberger Parteitages gab es wohl kaum eine Veranstaltung im NS-Festkalender, an der die Mitglieder der NSDAP, ihrer Gliederungen und Verbände in solcher Geschlossenheit zusammentrafen", stellt hierzu der Historiker Uwe Dietrich Adam fest[10]. In der zur Aufmarschhalle umgestalteten ehemaligen Brauerei an der Sollingstraße trafen neben den Vertretern der Partei Abordnungen von SA, SS, NSKK (NS-Kraftfahrkorps), HJ (Hitler-Jugend) und BdM (Bund deutscher Mädel) aus dem gesamten Landkreis zusammen. Noch während der Veranstaltung wurde der Tod des Legationsrates vom Rath bekanntgegeben. In der Nacht plünderten zusammengetrommelte Holzmindener SA-Leute unter Beteiligung von Schülern der Bauschule die Synagoge in der Oberbachstraße und verbrannten das Inventar auf dem Marktplatz[11]. Anschließend wurden die noch bestehenden jüdischen Geschäfte gestürmt, und es kam auch zu ersten Verhaftungen von jüdischen Männern. Unter Mißhandlungen, der jetzt als „Hilfspolizisten" agierenden SA- und SS-Männer wurden sie in das Gerichtsgefängnis gebracht. „Die ganze Nacht hörte man die Schreie der abgeführten und mißhandelten Juden", nach Angaben eines Zeitzeugen[12].

Auch die Stadtoldendorfer Ortsgruppe der NSDAP veranstaltete an diesem Abend wie alljährlich eine „Gedenkfeier für die Gefallenen der Bewegung" im Deutschen Haus. Alle Volksgenossen waren herzlich eingeladen und für alle SA-Männer mit Sportabzeichen bestand Anwesenheitspflicht[13]. Der Propagandaleiter der Ortsgruppe Stadtoldendorf und Obersturmführer des NS-Kraftfahrkorps Joseph Matyssek sorgte für eine pathetische Inszenierung auf der Bühne des Gasthofes, die die Besucher in ihren Bann ziehen sollte. Der TAH berichtete über die örtliche Veranstaltung: „...Schauplatz der Feier war wie schon so oft das Deutsche Haus. Dichtgedrängt saßen Frauen und Männer in dem weiten Saal. Auf der Bühne hielten in einem Fahnenmeer SA-Männer die Ehrenwache vor dem Sarkophag. Unter den getragenen Klängen eines Trauermarsches marschierten die Fahnen im Marschblock der Formationen ein und nahmen rechts und links Aufstellung. Es war ein herrliches Bild, die stahlharten Gesichter der Wachen und Bannerträger zwischen den leuchtenden Fahnen im grellen Licht vor dem verdunkelten Raum." Es folgte eine Ansprache von Joseph Matyssek; das Schlußwort hatte der Ortsgruppenleiter Asche von Campe[14].

In der Nacht ergingen über die Staatspolizeileitstellen genaue Anweisungen an alle Staatspolizeidienststellen im Land. Dort hieß es unter anderem: „Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen (z.B. Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung vorhanden ist),...Geschäfte und Wohnungen von Juden dürfen nur zerstört, nicht geplündert werden. ...Es sind soviele Juden - insbesondere wohlhabende - festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können. ...nach Durchführung der Festnahme ist unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern wegen schnellster Unter-

bringung der Juden in den Lagern Verbindung aufzunehmen . . . "[15]

Ob es in dieser Nacht schon zur Plünderung der Synagoge in der Kuhstraße kam oder erst am frühen Morgen des 10. Novembers 1938, läßt sich 57 Jahre später nicht mehr genau rekonstruieren. Während in den meisten Orten die Ortsgruppenleiter Befehle und Anweisungen erteilten, war es in Stadtoldendorf interessanterweise der Sturmbannarzt Dr. Bahrs, der an diesem Tag das Geschehen bestimmte. Der allgemein angesehene Landarzt war bekannt als eingefleischter Antisemit und besaß nach Aussagen von Zeitzeugen „durchaus demagogische Fähigkeiten."[16] Auf seinen Befehl wurde die Synagoge geplündert und noch am Abend desselben Tages kontrolliert abgebrannt.[17]

An die weiteren Ereignisse erinnert sich der damals 20-jährige Kurt Z. wie folgt: „Beim Juden Lichtenstein, Teichtorstr. 14, haben sie die Schuhe rausgeholt. Ich habe gesehen, wie die SA mit einem Pferdegespann gekommen ist und das Schuhlager geplündert hat. Es hat geheißen, das käme Bedürftigen zugute, aber die haben sich das zum Teil selber unter den Nagel gerissen. Den 'Judentempel', wie die Synagoge allgemein genannt wurde, hat man auch geplündert. Niemand ist eingeschritten. Die Stadtoldendorfer haben nur zugeschaut. Da fehlte die Zivilcourage. Einige haben sicherlich auch gedacht: 'Das geschieht denen recht'. Es gab einen gewissen Antisemitismus in der Stadt, den die Nazis bis hin zu diesen Plünderungen angeheizt haben."



Stadtoldendorfer SA-Männer bei der Plünderung der Synagoge am Camphof am 10. November 1938.

Der Kaufmann Herrmann Lichtenstein unterhielt seit 1896 ein Geschäft für Schuhe und Arbeitsbekleidung in der Teichtorstraße 14. Lichtenstein hatte eine Vertretung für „Salamander"-Schuhe und war in der Bevölkerung bekannt für seine qualitativ gute und preisgünstige Ware. Im November 1938 war der Lichtensteinsche Laden das einzige noch am Ort bestehende jüdische Geschäft, jedoch nach der Überlieferung einer ehemaligen Hausangestellten schon seit Beginn des Jahres geschlossen. Die mehrfachen Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte in Stadtoldendorf seit der Machtübernahme sowie die andauernde Drangsalierung und Einschüchterung der Kundschaft durch Parteigenossen und SA waren nicht ohne Wirkung geblieben. Trotzdem ließen es sich Stammkundschaft und Freunde nicht nehmen, weiterhin bei Lichtensteins zu kaufen. Unter dem Vorwand eines privaten Besuches oder der Einladung zum Kaffeekränzchen begab man sich zu Lichtensteins, um dort in aller Ruhe die passenden Schuhe auszusuchen. Dies konnte im kleinstädtischen Milieu nicht verborgen bleiben. Die Tochter der ehemaligen Hausangestellten erinnert sich an die Ereignisse: „Man ging dann zu Lichtensteins wie zu Besuch privat und bestellte die Schuhe. Wenn die Schuhe geliefert wurden, schrieben Lichtensteins den Namen an den Karton, und dann konnte man sich die Schuhe abholen. Als in der 'Kristallnacht' das Geschäft von der SA geplündert wurde, wußten die Nazis sofort, wer noch bei Lichtensteins gekauft hatte. Eines Tages haben sie dann meine Mutter zum Verhör abgeholt."

Besonders die in der NS-Volkswohlfahrt organisierte Frauenschaft tat sich hierbei hervor. Die Damen der „Bewegung" taxierten sorgfältig die geplünderte Ware, bevor sie zur Sammelstelle nach Holzminden kam und dort später zum Weiterverkauf angeboten wurde. Gleichzeitig sorgten sie dafür, daß alle Personen, die es gewagt hatten, weiterhin bei Lichtensteins zu kaufen, verhört wurden. Die Verhöre fanden in den Räumlichkeiten der NS-Volkswohlfahrt in der Pfarrstraße 10 statt. Aber damit nicht genug. Noch im Laufe des Tages wurden, den Anweisungen Heydrichs[19] entsprechend, zehn jüdische Männer von SA- und SS-Männern festgenommen[20]. Die zum Teil als üble Schläger bekannten „Hilfspolizisten" hatten sich schon unmittelbar nach der Machtübernahme in brutaler Weise an ihren ehemaligen politischen Gegnern gerächt[21] und waren auch jetzt nicht zimperlich. Zu den festgenommenen gehörte Theodor Lichtenstein, der als Handlungsgehilfe im elterlichen Geschäft beschäftigt war, sowie der schon 83-jährige jüdische Seelsorger Salomon Braun und sein Sohn Arthur. Die Männer wurden mit der Bahn nach Holzminden gebracht, wo im Laufe des Tages alle festgenommenen Juden aus dem Landkreis zusammengezogen wurden. „Die Zahl der in diesen Tagen verhafteten Juden war so groß, daß man im Gerichtsgefängnis keinen Platz mehr hatte. ...Man jagte sie bei strömendem Regen auf den großen Hof neben dem Rathaus. 'Ich persönlich habe gesehen, daß bekannte

angesehene Bürger hinter eisernen Gittern und Zäunen eingesperrt waren und auf einen Abtransport ohne Verurteilung warten mußten."[22] Nach den Listen des Landratsamtes Holzminden wurden insgesamt 30 jüdische Männer festgenommen[23]. Nur drei von ihnen kamen sofort wieder frei, unter ihnen der greise Salomon Braun. Wieviele Personen aus der Stadt und dem Landkreis Holzminden in das KZ Buchenwald eingewiesen wurden, ist nicht mehr feststellbar[24]. Zu ihnen gehörte Theodor Lichtenstein und der vom Hausierhandel lebende Theodor Wallhausen, wahrscheinlich außerdem Paul Heinberg, Julius Rosenhain, Julius Stein und Arthur Braun. Was der nun folgende mehrwöchige Aufenthalt im KZ Buchenwald bedeutete, beschreibt stellvertretend Erich Guttmann, Sohn eines Rabbiners: „Die Stunden verrinnen, und zum Martyrium der Seele gesellt sich die kaltfeuchte Novembernacht. - Hier und da fällt Regen, aber wir spüren ihn kaum noch.. - acht Stunden stehen wir schon so da, den Blick unentwegt gegen die Mauer gerichtet. Barhäuptig und ohne Mantel. In einigen Abständen werden immer etwa hundert Menschen fortgetrieben in die Dunkelheit hinein, und als sie wieder vorüberkommen, marschieren sie in Reih und Glied, stumm angetan mit Sträflingskleidern, wie es scheint, oder mit alten zerlumpten Militärröcken. Das Haar ist vom Schädel geschoren, die Bärte sind abrasiert. Sie wurden unkenntlich und waren zunächst kaum anders voneinander zu unterscheiden als durch eine Nummer, die auf Hose und Rock gestempelt war, dazu ein Davidstern in grellen roten und gelben Farben. ...Einst gesunde Menschen, verließen sie nicht zu selten diese von Gott verdammte Stätte alt und gebrochen."[25] Am 22. Dezember, zwei Tage vor Weihnachten 1938, kamen die Stadtoldendorfer Männer wieder frei.[26]

Das Lichtbild auf der polizeilichen Kennkarte, die Theodor Lichtenstein noch am 31. Dezember 1938 bei der Stadtpolizeibehörde beantragte, zeigt deutlich einen jungen Mann mit geschorenen Haaren, dem das Erlebte ins Gesicht geschrieben steht. Theodor Lichtenstein wanderte im Juli 1939 nach England aus. Seine Eltern folgten ihm im August[27]. 1952 klagt er von England aus vor dem Landesgericht Hildesheim gegen sechs Stadtoldendorfer Bürger, die ihm als Täter aus der Pogromnacht bekannt waren. Der Verlauf und das Urteil des Prozesses sind ein stereotypes Beispiel für die Handhabung tausender ähnlicher Verfahren und den Umgang mit der Geschichte im Deutschland der frühen 50'er Jahre. Feigheit und ein schlechtes Gewissen bestimmen die Aussagen der Zeugen, die sich übereinstimmend an nichts erinnern können und nichts gesehen haben wollen. Der Pastor Dietrich Kuessner schildert den Prozess treffend in seiner Abhandlung „Kristallnacht' und Antisemitismus im Braunschweiger Land"[28]: „Aber er kann als Zeugen nur die Täter und Zuschauer angeben, Nachbarn von derselben oder gegenüberliegenden Straßenseite, aber alle haben nichts gesehen oder erfahren. Der beklagte Forstmeister Friedrich Kirchhoff weiß nichts von der Zerstörung der Synagoge. Der Beschuldigte Arnim Haider, bis 1935 Obersturmführer der SA und Angestellter in der Registratur der Weberei, kann nicht sagen, wo er sich überhaupt an diesem Tage aufgehalten hat. Marie Schulze wohnt direkt neben dem Geschäft und erklärt: 'Jedenfalls weiß ich soviel noch, daß ich damals nicht rausgeschaut habe. Ich habe also wirklich nichts gesehen.' Ausgesprochen typisch ist die Zeugenaussage des Schusters Busch: 'An dem fraglichen Tage, also den 10./11. November 1938 befand ich mich in meinem dem Lichtensteinschen annähernd gegenüberliegenden Hause. Ich habe wohl gemerkt, daß vor dem Lichtensteinschen Hause etwas los war. Ich bin aber gar nicht vor meiner Haustür gewesen. Ich habe wohl mal durch mein Fenster geschaut, kann aber Angaben darüber, was sich dort im einzelnen abgespielt hat, und wer daran beteiligt war...nicht machen. Ich habe mich auch an diesem Vormittage, wie sonst auch immer, die meiste Zeit über in meiner, an der entgegengesetzten Seite des Hauses gelegenen Werkstatt aufgehalten, wo ich keine Sicht zu dem Lichtensteinschen Hause hatte.' Die 2. Zivilkammer des Landgerichtes Hildesheim weist am 16. Mai 1952 in vollem Umfange die Klage ab, weil nicht zu ermitteln ist, daß die Beklagten zu den Schuldigen gehören. Vielmehr geht eine...Kostenrechnung von 2.226,- DM dem Kläger zu, ..."[29]

Was die Berichterstattung über die Ereignisse in der Stadt Holzminden und den Orten des Landkreises betrifft, hält sich der Tägliche Anzeiger genau an die Direktiven aus dem Reichspropagandaministerium vom 10. November: „Im Anschluß an die heute morgen ausgegebene DNB-Meldung (Deutsches Nachrichtenbüro) können eigene Berichte gebracht werden. Hier und dort seien Fensterscheiben zertrümmert worden, Synagogen hätten sich selbst entzündet oder seien sonstwie in Flammen aufgegangen. Die Berichte sollen nicht allzu groß aufgemacht werden, keine Schlagzeilen auf der ersten Seite. Vorläufig keine Bilder bringen. Sammelmeldungen aus dem Reich sollen nicht zusammengestellt werden, aber es könnte berichtet werden, daß auch im Reich ähnliche Aktionen durchgeführt worden seien. Einzeldarstellungen darüber sind zu vermeiden. Über örtliche Vorgänge könne ausführlicher berichtet werden. Dies alles nur auf der zweiten oder dritten Seite. Wenn Kommentare für nötig befunden würden, so sollen sie nur kurz sein, und etwa sagen, daß eine beträchtliche begreifliche Empörung der Bevölkerung eine spontane Antwort auf die Ermordung des Gesandtschaftsrates gegeben habe."[30] So erfahren die Leser in einer kleinen Meldung unter der Überschrift „Der Judentempel ausgeräumt" auf Seite 4 des Täglichen Anzeigers vom 11. November lediglich: „Die Synagoge vor dem Camphof wurde gestürmt und der Babel den hellauflodernden Flammen übergeben. Zahlreiche Juden mußten in Schutzhaft genommen werden."[31] Alle weiteren Geschehnisse des 9. und 10. Novembers in Holzminden und den Gemeinden des Landkreises werden totgeschwiegen.

Wenn der Pogrom vom 9./10. November 1938 auch nicht von staatlicher Seite vorbereitet oder geplant war, so lag er zumindest in der Luft, wie der Historiker Uwe Dietrich Adam feststellt[32]. Das Jahr 1938 hatte den Juden in Deutschland, nach einer Zeit vermeintlicher Ruhe, eine Welle weiterer berufsbeschränkender und diskriminierender Gesetze und Verordnungen beschert. Dahinter stand Hitlers erklärte Absicht, die

Dinge in der „Judenfrage" nun endgültig weiter voranzutreiben. Im Oktober 1938 meldete sich der Beauftragte für den Vier-Jahresplan Hermann Göring mit der Forderung zu Wort, daß die „Judenfrage jetzt mit allen Mitteln anzufassen" sei, da sie „raus" müßten aus der deutschen Wirtschaft. Noch am Nachmittag des 11. November 1938, im Lande kam es trotz Verbotes immer noch zu Ausschreitungen, befahl Hitler, „daß nunmehr auch die wirtschaftliche Lösung durchgeführt würde." Schon am nächsten Tag folgte die von Göring erlassene „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben"[33]. Unter §1 hieß es: „Juden...ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt." Nach dem „Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe in Stadtoldendorf" vom 4. August 1938[34] gab es am Ort noch neun jüdische Gewerbebetriebe und Einzelgewerbetreibende. Am 5. Januar 1939, nur knapp zwei Monate nach dem Novemberpogrom, konnte der Stadtoldendorfer Bürgermeister Pg.[35] Sünnemann dem Landratsamt Holzminden melden, daß in Stadtoldendorf keine jüdischen Betriebe mehr beständen. Zuvor hatte am 27. Dezember die Schneiderin Margarete Löwenstein noch verzweifelt um eine Ausnahmegenehmigung gebeten mit dem Hinweis, daß ihr Vater Invalide sei und sie eine sechsköpfige Familie zu versorgen habe. Antwort des Bürgermeisters: „Da nach §1 der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12.11.1938 Juden vom 1.1.1939 ab der selbstständige Betrieb eines Handwerks untersagt ist, kann Ihrem Antrage auf Gestattung der Ausübung des Schneidergewerbes in jüdischen Haushaltungen nicht entsprochen werden. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß Sie das Schneidergewerbe vor dem 31. d. Mts. abmelden müssen."

1 Wolfgang Benz, Der Rückfall in die Barbarei, in „Der Judenpogrom 1938", Hrsg. Walter H. Pehle, S. 14, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M., 1988

2 soweit nicht anders angegeben, vgl. für das folgende:
Klaus Drobisch, „Juden unterm Hakenkreuz - ...", S. 185 ff.
W. Scheffler, „Judenverfolgung im Dritten Reich 1933-1945", S. 30ff
Walter H. Pehle, „Der Judenpogrom 1938", S. 52ff

3 Mitschriften in der Pressekonferenz des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda durch Fritz Sänger, Bundesarchiv Koblenz, ZSg. 102/13, 7.11.1938

4 Täglicher Anzeiger, Jg. 1938, Nr. 262, 8. November 1938, S. 1

5 Völkischer Beobachter, 8.11.1938

6 vgl. u.a. Walter H. Pehle, „Der Judenpogrom 1938", S. 17 oder Anhang an dieses Kapitel: Der Ablauf der Ereignisse

7 soweit nicht anders angegeben vgl. für das folgende:
Walter H. Pehle, Der Judenpogrom 1938, S. 74ff bzw. im Anhang zu diesem Kapitel, Der Ablauf Ereignisse von Uwe Dietrich Adam

8 Wolfgang Benz, Der Rückfall in die Barbarei, in „der Judenpogrom 1938" von Walter H. Pehle, S. 20

9 Alfons Kleine, Das Schicksal der Holzmindener Juden, S. 47

10 Walter H. Pehle, „Der Judenpogrom 1938", S. 74

11 vgl. Alfons Kleine, Das Schicksal der Holzmindener Juden, S. 48

12 vgl. Alfons Kleine, Das Schicksal der Holzmindener Juden, S. 49

13 vgl. Täglicher Anzeiger, Jahrgang 1938, Nr. 263, 9. November, S.4

14 vgl. Täglicher Anzeiger, Jahrgang 1938, Nr. 264, 10. November, S.5

15 W. L. Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, S. 401f.

16 laut Angaben von Kurt Z. und Wilhelm M.

17 vgl. Kapitel Kultusgemeinde und Synagoge

18 soweit nicht anders angegeben, vgl. für das folgende:
Akte der Stadtverwaltung Stadtoldendorf, Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, außerdem Angaben von Frau Elfriede W., Herrn Kurt Z. und Herrn Wilhelm M.

19 vgl. u.a. Walter H. Pehle, Der Judenpogrom 1938, S. 78

20 Kreisarchiv Holzminden, „Judenakten" des ehemaligen Landratsamtes

21 laut Aussagen von Frau Martha W., Herrn Kurt Z. und Herrn Wilhelm M.

22 Alfons Kleine, Schicksal der Holzmindener Juden, S. 50

23 Kreisarchiv Holzminden, Az.t 202 304, Maßnahmen gegen Juden

24 Nachforschungen von Frau Sabine Stein, Archiv der Gedenkstätte Buchenwald

25 vgl. Walter H. Pehle, Der Judenpogrom 1938, S. 41

26 Archiv der Gedenkstätte Buchenwald, Frau Sabine Stein

27 Akte der Stadtverwaltung Stadtoldendorf, Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938

28 Dietrich Kuessner, „Kristallnacht" und Antisemitismus im Braunschweiger Land, S. 30f.

29 vgl. Akte 52 Nds. 720, Acc. 61/79 Geschäft des Juden Lichtenstein Stadtoldendorf, Pogromnacht 9./10. Nov. 1938, Nds. Staatsarchiv Wolfenbüttel

30 Pressekonferenz Reichspropagandaministerium, Bundesarchiv, ZSg. 102/13, 10.11.1938

31 Täglicher Anzeiger, Jg. 1938, Nr. 265, 11. November 1938, S. 4

32 soweit nicht anders angegeben vgl. für Folgendes u.a. Walter H. Pehle, Der Judenpogrom 1938, S. 74ff

33 vgl. Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1938, Teil I, S. 1580

34 Akte der Stadtverwaltung Stadtoldendorf, Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938

35 Pg. — Abk. f. Parteigenosse

Vom Boykott zur „Entjudung"

Christoph Ernesti

Zu Beginn der Dreißiger Jahre war die jüdische Gemeinde von Stadtoldendorf mit 71 Personen[1] neben Holzminden mit zirka 90 Personen[2] die stärkste im Landkreis. Berechnete man den Anteil der Glaubensjuden im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der beiden Städte, so ergab sich für Holzminden bei ca. 13.000 Einwohnern ein Anteil von 0,69%, für Stadtoldendorf mit ca. 2.900 Einwohnern immerhin ein Bevölkerungsanteil von 2,45%. Zwischen 1914 (57 Juden)[3] und 1931 (71 Juden) war die jüdische Gemeinde noch einmal deutlich angewachsen. Die meisten Familien waren schon in der zweiten oder dritten Generation in Stadtoldendorf ansässig. In der Zeit der Weimarer Republik war trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation keine Abwanderung jüdischer Familien aus Stadtoldendorf zu verzeichnen.

Was die Zahlen andeuten, wird durch die Aussage von Betroffenen und Zeitzeugen gleichermaßen bestätigt. Das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden war in Stadtoldendorf bis zum Zeitpunkt der Machtübernahme der Nationalsozialisten besonders harmonisch. Hierzu zwei Beispiele: 1952 schreibt der damalige Stadtdirektor Stadtoldendorfs Heinrich Oppermann an Else Block, die Tochter des ehemaligen jüdischen Seelsorgers von Stadtoldendorf, Arthur Braun. „Wohl alle jüdischen Familien genossen hier bestes Ansehen, und das trifft auch auf die Familie Braun zu, die mir sehr gut bekannt war. Mit Ihrem Vater und Herrn Lichtenstein habe ich manches liebe Mal im Bahnhofshotel am Biertisch gesessen und Skat gespielt." Herrmann Lichtenstein führte seit 1896 ein Geschäft für Arbeitsbekleidung und Schuhe in der Teichtorstraße 14. Aber auch Else Block erinnert sich wehmütig, obwohl ihre Schwester, ihr Bruder und ihre Schwägerin in Riga ermordet wurden[4]. Auszug aus einem Brief von 1951: „Stadtoldendorf soll sehr gewachsen sein, und ich wünsche, daß, wenn nocheinmal Juden dort wohnen sollten, das alte gute Verhältnis, wie ich es kannte, wiederhergestellt wird."[5]

Die jüdische Einwohnerschaft von Stadtoldendorf läßt sich grob in drei Gruppen aufteilen. An erster Stelle standen die „prominenten Juden". Dies waren die Gesellschafterfamilien der Weberei A.J Rothschild Söhne Matzdorf, Schoenbeck und Wolff, der unvergessene, im Jahre 1927 verstorbene Geheime Kommerzienrat Max Levy, Ehrenbürger der Stadt Stadtoldendorf, und die Gebrüder Berthold und Josef Ullmann, Besitzer der Gips- und Sandsteinwerke E. Rothschild. Mit der stürmischen Entwicklung der Firma A.J. Rothschild Söhne von einer kleinen mechanischen Weberei im Jahre 1873 zu einem Wirtschaftsunternehmen mit internationalen Handelsbeziehungen und knapp 1.000 Beschäftigten am Vorabend des 1. Weltkrieges hatte sich auch der Aufstieg Stadtoldendorfs vom armen Ackerbürgerstädtchen zur kleinen Industriestadt vollzogen. Der zweite große Arbeitgeber waren die Gips- und Sandsteinwerke der Brüder Ullmann mit 350 Arbeitern[6]. Die Fabrikanten bewohnten mit ihren Familien großzügige Villen und führten einen großen Haushalt mit Köchin, Kinder- und Dienstmädchen und eigenem Chauffeur, wie es dem Stil der Zeit und der gesellschaftlichen Stellung entsprach. Nach den Berechnungen des Finanzamtes Holzminden betrug das steuerpflichtige Einkommen der 57 Stadtoldendorfer Juden im Jahre 1914 828.000 RM gegenüber 421.000 RM für die fast 3.500 evangelischen Einwohner der Stadt[7].

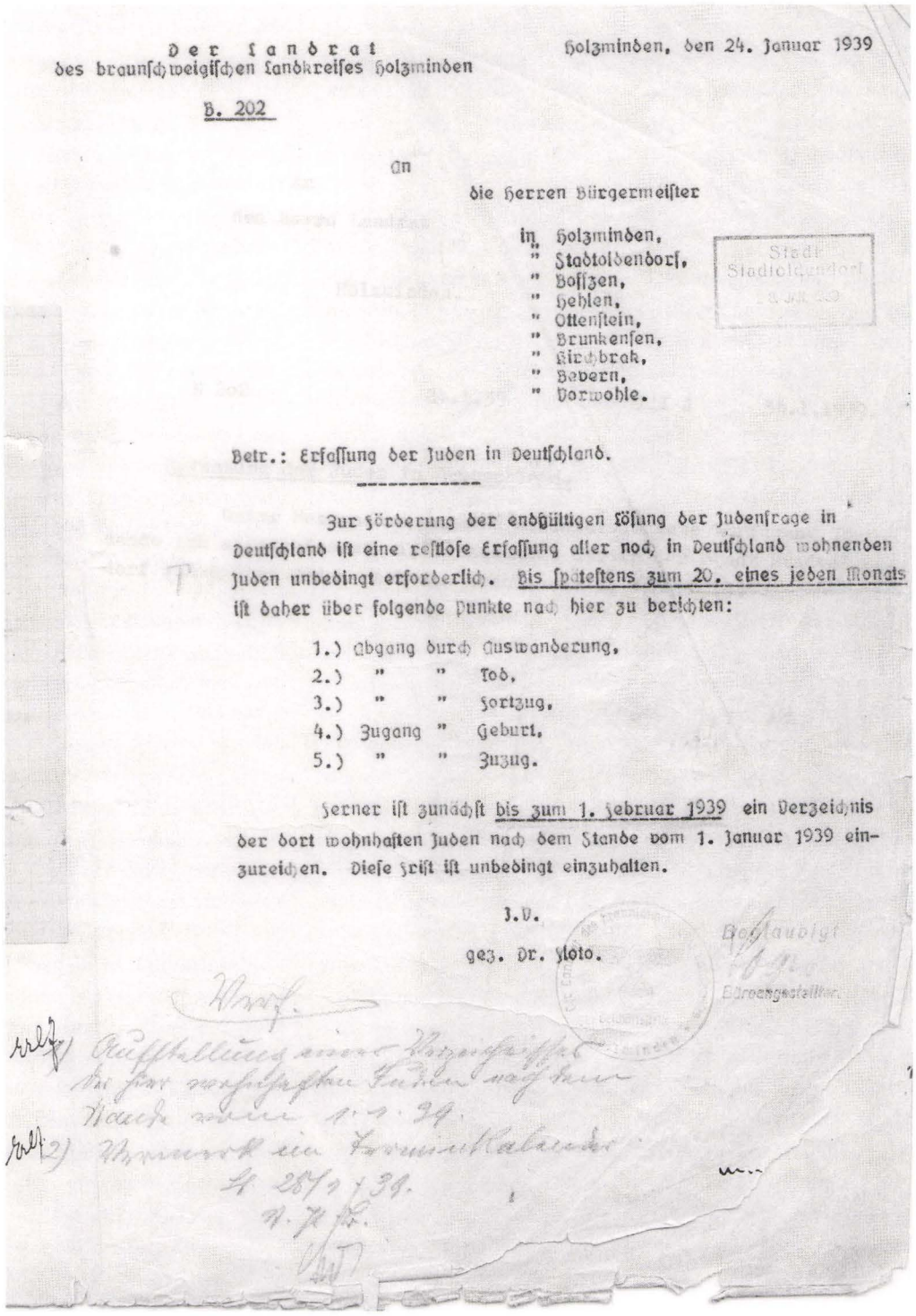
Ein exemplarisches Beispiel für die antisemitische Propaganda der Nationalsozialisten, für den angeblich beherrschenden Einfluß des jüdischen Kapitals in der Wirtschaft. Doch das eindeutige soziale Engagement der kapitalkräftigen Juden, das ihren Aufstieg von Anfang an begleitet hatte, stand in krassem Gegensatz zur Agitation vom angeblich „raffenden statt schaffenden Kapital."[8] 1901 hatte Max Levy der Stadt Stadtoldendorf ein komplett ausgestattetes Krankenhaus mit 22 Belegbetten geschenkt[9], das nach seiner Ehefrau benannte „Charlottenstift". Auch die Stiftung des Kindergartens mit dazugehörigem Gebäude ging auf ihn und seine Frau zurück. Mit einer Einlage von 100.000 RM gründete Levy nach dem Tod seines Sohnes im Jahre 1916 die Paul-Levy-Stiftung[10], die Stadtoldendorfer Kriegswitwen und -waisen eine Rente zahlte. Der Kommerzienrat Oskar Wolff hatte dem Verschönerungsverein der Stadt den Aussichtsturm auf dem Kellberg geschenkt. Daneben bestanden zahlreiche kleinere Stiftungen, die den unterschiedlichsten Zwecken dienten: So zum Beispiel die Lore-Schoenbeck-Stiftung[11] für die Beschaffung von Schulbüchern für die Mittelschule. Aber auch die direkte persönliche Hilfe ist belegt. Besonders der hochgebildete, als sensibel und schöngeistig beschriebene technische Leiter der Weberei Rothschild Dr. Richard Wolff hatte immer ein offenes Ohr für die persönlichen Nöte seiner Arbeiter und Angestellten. Nicht selten half er mit kleinen Krediten aus. Mit der Rückzahlung nahm er es nicht so genau[12]. Frühzeitig hatten die Gesellschafter der Weberei auch einen Pensionskassenfonds eingerichtet — eine Besonderheit in Zeiten, in der die allgemeine soziale Absicherung noch ein Fremdwort war[13].

Bei der zweiten Gruppe handelte es sich um die jüdischen Kaufleute mit eigenem Geschäft. Hier sind besonders zu nennen die Geschäfte für Textilien sowie Hut- und Pelzmoden der Brüder Rudolf und Richard Rothenberg, das schon erwähnte Schuhgeschäft von Herrmann Lichtenstein und das als „Billigkaufhaus" einigen Stadtoldendorfern in Erinnerung gebliebene Manufakturwarengeschäft von Berthold Heinberg. Bis zum Beginn der Dreißiger Jahre existierte außerdem noch das kleine Geschäft für Kurzwaren der Witwe Ida Rosenhain und das Schuhgeschäft Stein Am Markt 18.[14] Eine mehr als ernstzunehmende Konkurrenz für die christlichen Kaufleute, zumal die jüdischen Geschäfte bei der Kundschaft, wie zum Beispiel Lichtenstein, wegen ihrer preisgünstigen Angebote und der qualitativ hochwertigen Ware beliebt waren. Berthold Heinberg lockte die Kundschaft mit regelmäßig veranstalteten „95-Pfennig-Wochen" und einem jährlich stattfindenden Reklamefeuerwerk[15]. Außerdem beschäftigte er mit Herrmann Schar-

tenberg einen „Handelsvertreter", der mit dem Musterkoffer auf dem Fahrrad die umliegenden Dörfer bereiste und dort die Kunden direkt bediente[16]. So ist es nicht verwunderlich, daß der Antisemitismus, der sich mit der Propagierung durch Männer wie Stoecker[17] und Heinrich von Treitschke[18] seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zur politischen Ideologie gewandelt hatte, auch im Stadtoldendorfer Kleinbürgertum besonders populär war. Die 85jährige Luise Uhde, deren Eltern ein Aussteuergeschäft besaßen, das in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Läden der Gebrüder Rothenberg lag, erinnert sich: „Bei euch kaufen ja nur die Polacken vom Gut Giesenberg", habe ich immer die Rothenberg-Töchter gefoppt, „aber bei uns kaufen die feinen Leute, der Herr Kommerzienrat und seine Frau." Bei dem Kommerzienrat und seiner Frau handelte es sich um Charlotte und Max Levy. Bezeichnenderweise war es der Schwager von Luise Uhde, der die Stadtoldendorfer Ortsgruppe der NSDAP gründete[19]. Von dem Aufstieg der „Bewegung" profitierte unmittelbar das elterliche Geschäft, das mit einem breiten Angebot an Uniformen für SA, SS und HJ und der dazugehörigen Ausrüstung wie Tornister, Feldflasche und Schmuckdolch „zum Hoflieferanten der Nazis avancierte"[20], wie sich ein Zeitzeuge erinnert.

Die dritte Gruppe war die zahlenmäßig starke der armen Juden, die überwiegend vom Wandergewerbe lebte. Es waren die Familien Loewenstein, Rosenhain, Stein und Wallhausen und das Ehepaar Lydia und Julius Rothenberg. So versuchte Julius Stein mit dem Handel von Bildvergrößerungen, die er von Haus zu Haus anbot, seine Familie zu ernähren. Julius Rothenberg bereiste mit Baumwoll- und Textilwaren die Dörfer, und Theodor Wallhausen hatte Kurzwaren und Kleinutensilien, sprich Nähgarn, Bürsten und Kämme im Gepäck, die er der ländlichen Kundschaft anpries[21]. Besonders die Figur des „Hausierjudens", dargestellt in überzeichneter Karikatur als boshafter Nepper, Schlepper, Bauernfänger war beliebtes Objekt der Nazipropaganda und entsprach dem antisemitischen Bild der Juden in ländlichen Gebieten. Eine Ausnahme in dieser Gruppe bildeten nur Grete Johanna Löwenstein und Emma Stridde, die selbstständig das Handwerk der Schneiderin ausübten.[22]

Obwohl die Nationalsozialisten schon im November 1930 in einer Koalition mit der Bürgerlichen Einheitspartei an die Macht im Lande Braunschweig gelangt waren[23], sind für Stadtoldendorf vor 1933 keine Boykotte jüdischer Geschäfte oder Ausschreitungen gegen jüdische Mitbürger belegt. Dies hing



Der Landrat
des braunschweigischen Landkreises Holzminden

Holzminden, den 24. Januar 1939

B. 202

An
die Herren Bürgermeister
in Holzminden,
" Stadtoldendorf,
" Boffzen,
" Hehlen,
" Ottenstein,
" Brunkensen,
" Kirchbrak,
" Bevern,
" Vorwohle.

Betr.: Erfassung der Juden in Deutschland.

Zur Förderung der endgültigen Lösung der Judenfrage in Deutschland ist eine restlose Erfassung aller noch in Deutschland wohnenden Juden unbedingt erforderlich. Bis spätestens zum 20. eines jeden Monats ist daher über folgende Punkte nach hier zu berichten:

1.) Abgang durch Auswanderung,
2.) " " Tod,
3.) " " Fortzug,
4.) Zugang " Geburt,
5.) " " Zuzug.

Ferner ist zunächst bis zum 1. Februar 1939 ein Verzeichnis der dort wohnhaften Juden nach dem Stande vom 1. Januar 1939 einzureichen. Diese Frist ist unbedingt einzuhalten.

I.V.

gez. Dr. Kloto.

Anweisung des Landrates in Holzminden an die Bürgermeister der Ortsgemeinden zur „Erfassung der Juden in Deutschland . . . Zur Förderung der endgültigen Lösung der Judenfrage in Deutschland . . .".

sicherlich mit dem über mehrere Generationen gewachsenen Verhältnis der gegenseitigen Toleranz und Wertschätzung zusammen, vielfacher persönlicher Freundschaften und dem hohen Ansehen der „prominenten Juden" auf Grund ihrer Leistungen für die Stadt. Doch auch die Stadtoldendorfer Nazis ließen keinen Zweifel daran aufkommen, wessen Geistes Kind sie waren und daß ihnen die Gewaltanwendung als legitimes Mittel zur Umsetzung ihrer politischen Ziele galt. In wüsten Prügeleien am Ballisgraben mit Kommunisten und Anhängern des Spartakusbundes hatten sie sich in der sogenannten „Kampfzeit" des öfteren hervorgetan[24]. In den Tagen nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 trieben Stadtoldendorfer SA- und SS-Männer, unter Mißbrauch ihrer neuen Stellung als „Hilfspolizisten", ihre ehemaligen politischen Gegner Kommunisten und Sozialdemokraten in deren Vereinslokal, dem „Schwarzen Bären", zusammen, um sich an ihnen zu rächen. Es kam zu schweren Mißhandlungen. Sie verprügelten ihre Opfer und stießen sie die Treppe hinunter. Einige wurden kahl geschoren, anderen enfernte man mit Messern so die Haare, daß sie weithin sichtbar ein Hakenkreuz auf dem Kopf trugen. Von nun an regierte die Angst. Immer wieder kam es unter Gewaltanwendung in den Wochen nach der Machtergreifung zu willkürlichen Hausdurchsuchungen bei SPD-Leuten und Kommunisten.[25]

Zu einer ersten Aktion gegen jüdische Mitbürger kam es am 21. März 1933. Der Tägliche Anzeiger Holzminden berichtete in seiner Ausgabe vom 23. März folgendermaßen: „Drei Direktoren der Firma A.J.Rothschild Söhne wurden am Dienstag auf kurze Zeit in Schutzhaft genommen. Die nationalen Einwohner unserer Stadt waren empört darüber, daß den Arbeitern der Firma Rothschild die angeordnete Freischicht von einigen Stunden aus Anlaß des National-Feiertages nicht gewährt werden sollte. Nachdem die Direktoren sich bereit erklärt hatten, den Feierabend entsprechend früher zu legen, wurden sie wieder in Freiheit gesetzt."[26] Bei den Personen handelte es sich um die Besitzer der Firma, die persönlich haftenden Gesellschafter Wilhelm Matzdorf, Dr. Josef Schoenbeck und Dr. Richard Wolff. Eine Aktion, die den örtlichen Nazibonzen dazu diente, ihre Macht zu dokumentieren und ihre Wirkung auf die Stadtoldendorfer Einwohner nicht verfehlte, als man die bekanntesten und angesehensten Bürger der Stadt wie kleine Ladendiebe ins Gefängnis führte. Aber als die prominentesten der Stadtoldendorfer Juden ohne jede Rechtsgrundlage in „Schutzhaft" genommen wurden, ging es um mehr als ihnen eine Freischicht abzupressen. Es ging um die Ausgrenzung der jüdischen Mitbürger, die nach dem Parteiprogramm der NSDAP nicht zur deutschen „Volksgemeinschaft" gehörten. Dies sollte jedem Stadtoldendorfer „Volksgenossen" deutlich vor Augen geführt werden.

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 veränderte die Situation der Juden im deutschen Reich über Nacht. Das Parteiprogramm der NSDAP, von Hitler seit Mai 1926 als „unabänderlich" festgeschrieben, umfaßte eine spezielle Judenpolitik, deren Ziele die wirtschaftliche Diskriminierung und der Ausschluß der Juden aus dem gesellschaftlichen Leben waren. Punkt vier des 25-Punkte-Parteiprogramms lautete: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein."[27] Der Begriff der „deutschen Volksgemeinschaft" hatte zentrale Bedeutung in der NS-Ideologie und ermöglichte die Unterscheidung zwischen „Volksgenossen" und den „Angehörigen fremder Nation (Nicht-Staatsbürger)". Der Historiker Avraham Barkai stellt hierzu fest: „Der Ausschluß der deutschen Juden aus dieser primären, alles umfassenden organischen Gemeinschaft bildete die Grundlage für die spezifischen Zielsetzungen auch auf wirtschaftlichem Gebiet."[28] Das Parteiprogramm zeichnete aber darüber hinaus den Weg der Politik der kommenden Jahre bis zum „Reichsbürgergesetz" von 1935[29] vor. Punkt 6 sah den Ausschluß der Juden aus allen öffentlichen Ämtern im Reich vor, und Punkt 7 verpflichtete den Staat zu einer Politik, die zuerst „für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen" hatte und wenn nötig „die Angehörigen fremder Nationen auszuweisen."

Der von der NSDAP Parteileitung am 28. März 1933 angeordnete Boykott von jüdischen Geschäften, Rechtsanwalts- und Arztpraxen am 1. April 1933 war die erste einheitliche Aktion gegen Juden im gesamten deutschen Reich.[30] Die Planung der Parteileitung sah vor: „Aktionskomitees...zur praktischen planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte sollen bis in das kleinste Bauerndorf vorgetrieben werden, um besonders auf dem flachen Lande die jüdischen Händler zu treffen."[31] Die Bildung der Aktionskomitees bereitete keine Probleme, da der nationalsozialistische „Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand" schon in den ersten Wochen nach der Machtergreifung vielerorts sogenannte „Kommissare" eingesetzt hatte, die in Eigeninitiative die Schließung und Enteignung der lästigen jüdischen Konkurrenz zu erzwingen versuchten[32]. Auch in Stadtoldendorf bezogen am 1. April 1933 SA-Wachen Posten vor allen jüdischen Geschäften, beschmierten die Schaufenster mit Parolen wie „Kauft nicht beim Juden!" und begannen die Kundschaft, die sich nicht vom Kauf abhalten ließ, zu fotografieren. Zu tätlichen Übergriffen kam es nicht. Trotz der anderslautenden Berichterstattung im Täglichen Anzeiger[33], die behauptete, die Maßnahmen seien „...überall ganz augenscheinig... begrüßt" worden, war die Aktion für die Stadtoldendorfer Nazis kein besonderer Erfolg. Nach Aussagen von Zeitzeugen, wurde der Auftritt der SA vor den Geschäften nicht besonders ernst genommen, und kaum ein Stadtoldendorfer ließ sich vom Kauf abhalten[34]. Zu groß waren noch die Sympathien und die Verbundenheit mit den jüdischen Geschäftsleuten. Legitimiert wurde die Aktion in der Presse als „Maßnahmen zur Abwehr der Greuel- und Boykottpropaganda" in ausländischen Zeitungen, die angeblich von internationalen jüdischen Organisationen gesteuert wurde. Gemeint waren die Reportagen von Korrespondenten englischer, französischer und amerikanischer Zeitungen, die ausführlich über die zum Teil äußerst brutalen Übergriffe der Nazis auf politische Gegner und Juden in den ersten Monaten nach der Machtübernahme berichte-

ten[35]. Daß es sich hierbei nicht um Propaganda des „Weltjudentums" handelte, belegt das Beispiel Holzminden:

„Am 21. März 1933, nachts, drangen SA-Leute, unter denen sich auch einige frühere Freunde von mir befanden, in alle jüdischen Häuser ein, rissen uns Männer aus den Betten, ließen uns kaum Zeit zum Ankleiden und brachten uns in einen kleinen Raum im Gebäude der 'Oberweser Volkszeitung', so erinnert sich 1977 Walter Heß an die Ereignisse im März 1933. Über die Methoden des „Verhörs" der „Hilfspolizisten" der SA berichtete ein weiterer Augenzeuge wie folgt: „Ich habe persönlich gesehen, wie man auf sie mit Gummiknüppeln und Stahlruten eingeschlagen hat. Später mußten sie untereinander Boxkämpfe austragen. Wer dabei nicht richtig zuschlug, wurde wieder verprügelt. Besonders niederträchtige SA-Leute spuckten sogar an die Wände und zwangen die Juden, den Speichel wieder abzulecken."

Zwei Männer sollen später an den Folgen der in dieser Nacht erlittenen Mißhandlungen verstorben sein.[36]

Mit dem am 7. April 1933 erlassenen Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums"[37] folgte dem Boykott unmittelbar die erste gesetzgeberische Maßnahme zur Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben. Das Gesetz bestimmte, daß Beamte „nichtarischer" Herkunft sofort in den Ruhestand zu versetzen seien. Jeder Beamte war verpflichtet, innerhalb kürzester Zeit seine „arische Abstammung" nachzuweisen. Als „Nicht-Arier" galt jeder, der auch nur von einem „nicht-arischen" Großelternteil abstammte. Wer eine jüdische Großmutter oder einen jüdischen Großvater hatte, wurde über Nacht arbeitslos. Die Bestimmungen des Berufsbeamtengesetzes wurden innerhalb weniger Wochen mit weiteren Erlassen und Verordnungen auf die nichtbeamteten Arbeiter und Angestellten, Juristen und Ärzte im Staatsdienst ausgedehnt. Es folgten die freien Berufe der Rechtsanwälte und der allgemein praktizierenden Ärzte.

Dies änderte nichts an der Situation der Stadtoldendorfer Juden, die ausschließlich vom Handel und Gewerbe lebten.

Die Jahre 1933 bis 1935, die die Nazis zur Machtfestigung benötigten, brachten für die in Stadtoldendorf lebenden Juden nach dem ersten Schock noch einmal eine Phase relativer Ruhe. Bis zum September 1935 wurden nur wenige Gesetze erlassen, die die jüdische Wirtschaftstätigkeit einschränkten[38]. Wer ein eigenes Geschäft führte, dachte vorerst nicht an Auswanderung. Die Gesellschafter der Weberei Rothschild engagierten sich weiterhin mit Elan für ihren Betrieb. Sie konnten ohne Probleme ins Ausland reisen, um die bestehenden Handelsbeziehungen zu pflegen oder auszubauen. So bemerkten sie auch nicht, daß hinter ihrem Rücken der Gauwirtschaftsberater mit Hilfe von NS-Betriebszellen und der Industrie- und Handelskammer bereits die Fäden spann, um sie zu enteignen und den Betrieb zu „arisieren"[39]. Wer vom Wandergewerbe oder dem Hausierhandel existieren mußte, lebte ohnehin von der Hand in den Mund. An eine Auswanderung war schon wegen des fehlenden Geldes nicht zu denken. In den ersten drei Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft verließen lediglich sechs jüdische Mitbürger Stadtoldendorf[40]. Außer der 76-jährigen Witwe Clara Stein, handelte es sich ausnahmslos um Leute im jüngeren Alter, die aus beruflichen oder familiären Gründen (Heirat) in eine größere Stadt zogen. Nur Walter Heinberg, der älteste Sohn des „Billigkaufhaus"-Besitzers Berthold Heinberg wanderte schon 1934 nach Argentinien aus. Sein Bruder Rudolf folgte ihm 1936.[41]

Der Sommer 1935 brachte den Juden in Deutschland eine neue Welle gewalttätiger Boykotte[42]. Der damals 17jährige Kurt Z. erinnert sich an die Ereignisse in Stadtoldendorf: „Zur Abschreckung wurden vor den Geschäften SA-Leute postiert. Die haben auch Schilder mit der Aufschrift ‚Kauft nicht bei Juden' auf die Schaufenster geklebt. Die Kunden sind nach Einbruch der Dunkelheit durch die Hintertür." Die Welle organisierter Boykotte oder kleinerer „Einzelaktionen" besonders „engagierter" Nazis riß nicht mehr ab. Immer wieder wurden die Schaufenster des Textilgeschäftes Rudolf Rothenberg von angeblich unbekannten Steinewerfern eingeworfen[43]. Besonders aber die Drangsalierung der Kundschaft, die sich bald nicht mehr traute, jüdische Geschäfte zu betreten, trieb die Geschäftsleute in den Ruin und zwang sie zum Aufgeben[44]. Rothenberg zog als erster die Konsequenzen und verkaufte im April 1937 sein Geschäft an den Kaufmann Emil Oesinghaus. Berthold Heinberg folgte im August des Jahres, verkaufte an den Elektromeister Hans Wolf und wanderte zu seinen Söhnen nach Argentinien aus.[45] Nur das Schuhgeschäft Lichtenstein existierte noch bis zur Pogromnacht vom 9./10. November 1938, war aber für den Publikumsverkehr schon seit Ende 1937 geschlossen.[46]

Mit den am 15. September 1935 erlassenen „Nürnberger Gesetzen" vollzogen die Nazis die gesetzliche Legalisierung ihres Parteiprogramms. Das Reichsbürgergesetz unterschied zwischen „Reichsbürgern deutschen oder artverwandten Blutes", die alleine „Träger der vollen poltitischen Rechte" waren, und anderen Staatsangehörigen, gemeint waren die Juden, die von der Reichsbürgerschaft ausgeschlossen wurden.

Das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" verbot Juden die Eheschließung mit „deutschen Staatsangehörigen", bestrafte den Sex zwischen Juden und „deutschen Staatsangehörigen" mit Zuchthaus und untersagte Juden, „weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt" zu beschäftigen[47]. Damit wurden die Juden in Deutschland per Dekret zu einer minderwertigen Volksgruppe degradiert und fortan als separater Teil der Bevölkerung behandelt. Daß die außerordentliche Judengesetzgebung ihren Rückhalt in der Bevölkerung hatte und vielen noch nicht genügte, zeigt das Beispiel des übereifrigen Stadtoldendorfer Ratsherren Müller. Zitat aus dem Ratssitzungsprotokoll vom 5. Dezember 1935[48]:

> *„Der Bürgermeister teilt mit, daß der Ratsherr Müller im Oktober d. Js. einen Antrag gestellt habe, ein Ortsgesetz zu erlassen, nach welchem der Zuzug von Juden untersagt sowie den Juden verboten werde, Grundstücke zu erwerben. Der Erlaß eines solchen Ortsgesetzes sei unstatthaft. Die Judenfrage sei jetzt durch die Nürnberger Gesetze geregelt. Der Erwerb von Grundstücken durch Juden sei auch dadurch zu unterbinden, daß die Stadt Vorkaufsrecht ausüben könnte."*



Dienststempel

Von der Ortspolizeibehörde auszufüllen!

Personenbeschreibung

Gestalt: stark – ~~unterſetzt~~ – ~~ſchlank~~ – ~~ſchwächlich~~*)

Geſichtsform: ~~rund~~ – ~~länglichrund~~ – ~~eckig~~ – ~~breit~~ – ~~ſchmal~~*)

Farbe der Augen: ~~blau~~ – ~~grau~~ – ~~graugrün~~ – ~~gelb~~ – ~~hellbraun~~ – ~~dunkelbraun~~ – ~~ſchwarzbraun~~*)

Farbe des Haares: ~~hellblond~~ – ~~mittelblond~~ – ~~dunkelblond~~ – ~~braun~~ – ~~ſchwarz~~ – ~~rot~~ – ~~weiß~~ – ~~graugemiſcht~~ – ~~grau~~*)

Unveränderliche Kennzeichen: keine

Veränderliche Kennzeichen: keine

Der Kennkartenbewerber iſt die durch das Lichtbild dargeſtellte Perſon.

Die Unterſchrift auf Seite 1 iſt von dem Kennkartenbewerber — ~~von dem geſetzlichen Vertreter des Kennkartenbewerbers~~ —*) eigenhändig vollzogen.

~~Folgende Zweifel beſtehen an der Perſon — hinſichtlich der deutſchen Staatsangehörigkeit — des Kennkartenbewerbers (DA Nr. III zu § 3)*) —~~

[1])

Der Antragſteller hat die zu Nr. 10 des Antragsmuſters zu ſtellenden Fragen (vgl. DA Nr. II Abſ. 2 zu § 3) verneint — ~~wie folgt bejaht*)~~:

[1])

Stadtpolizeibehörde

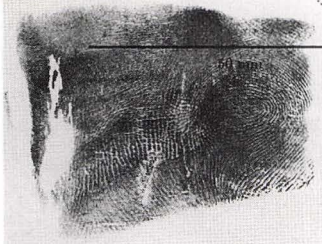
(Behörde)

Stadtoldendorf, den 31. Dezember 1938.

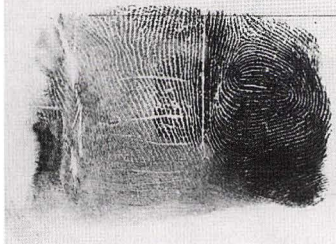
Sauer

(Unterſchrift des Beamten)

Dienststempel



37 mm Linker Zeigefinger



37 mm Rechter Zeigefinger

Von der Paßbehörde auszufüllen!

Der Kennkartenbewerber hat die erforderlichen Unterſchriften und die erforderlichen Fingerabdrucke gegeben (DA Nr. I C zu § 5)[2]).

Das Doppel der Kennkarte

— Kennort: Stadtoldendorf

— Kennummer: A000 24

iſt der Kreispolizeibehörde in Holzminden *)

~~iſt dem Polizeipräſidenten in Berlin*)~~

überſandt worden.

Stadtoldendorf, den 15. Feb. 1939

Stadtpolizeibehörde

(Paßbehörde)

....., den ..... 193....

Empfangsbeſtätigung

Mir ſind heute eine Kennkarte und die bei der Antragſtellung überreichten 1 Urkunden ausgehändigt worden.

Stadtoldendorf, den 15. Feb. 1939

Emma Sara Schröde geb. Breitenstein

(Unterſchrift)

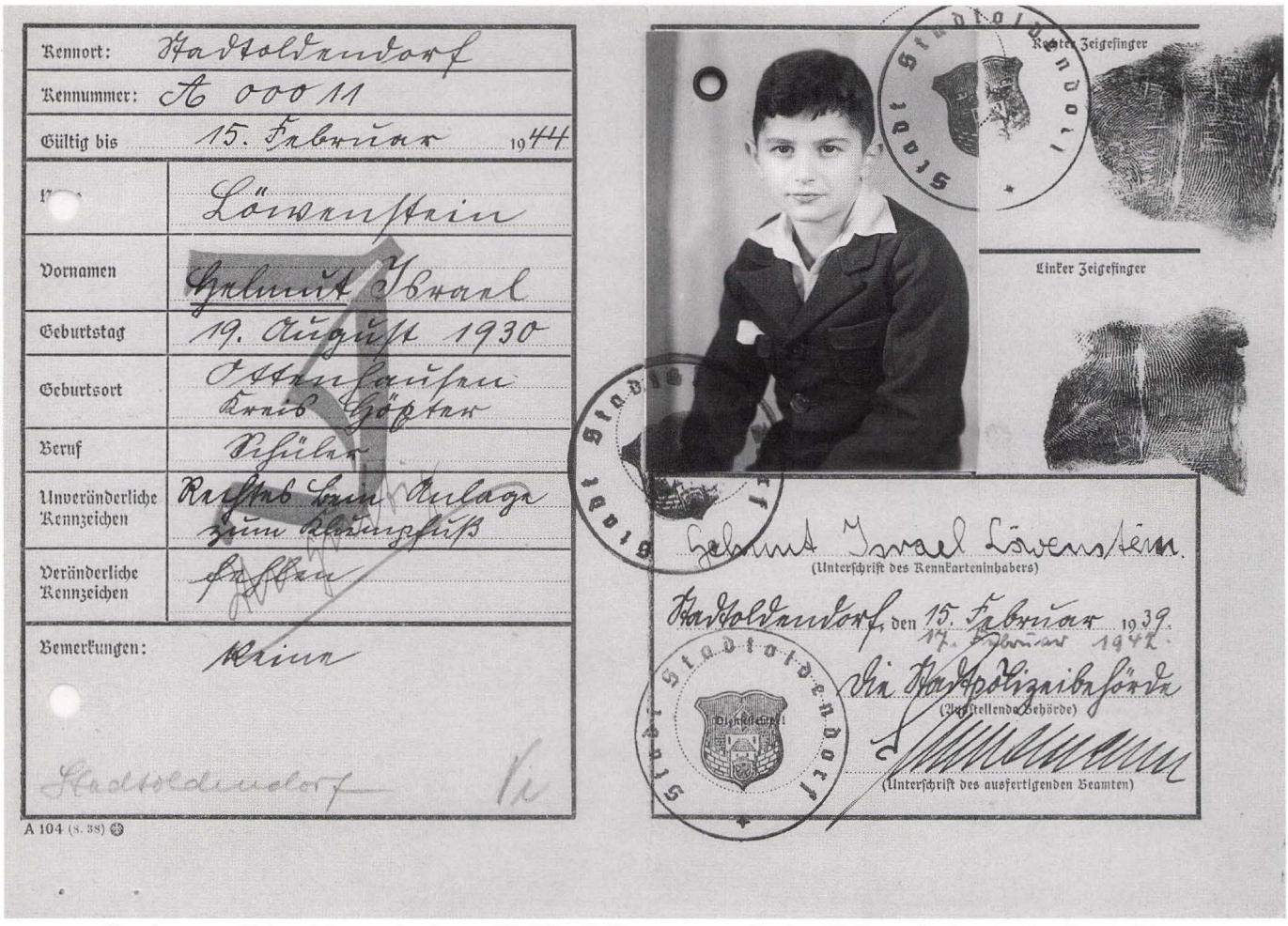
*) Nichtzutreffendes ſtreichen.

[1]) Falls der vorgeſehene Raum nicht ausreicht, ſind die Angaben auf einem beſonderen Blatt zu machen.

[2]) Bei noch nicht 10jährigen Juden iſt dieſer Abſatz zu ſtreichen.

[3]) Die Empfangsbeſtätigung iſt auch von dem geſetzlichen Vertreter des Kennkartenbewerbers zu unterzeichnen, wenn der Vertreter den Antrag auf Ausſtellung der Kennkarte geſtellt hat. Bei noch nicht 10jährigen Juden hat nur der geſetzliche Vertreter zu unterzeichnen. Anmerkung 4 auf der Vorderſeite gilt auch hier.

Antrag auf Ausstellung einer Kennkarte. Für die zwangsmäßig eingeführte Kennkarte mußten die jüdischen Bürger eine Gebühr entrichten.



Kennkarte von Helmut Löwenstein, der am 25. März 1942 zusammen mit seiner Mutter und seinen beiden Geschwistern nach Trawniki/Lublin in Polen deportiert wurde. Er war zum Zeitpunkt der Deportation elf Jahre alt.

Die Veränderung der Lebenssituation der deutschen Juden in der Zeit zwischen 1933 und 1937 hat Avraham Barkai treffend charakterisiert: „Gesetzgebung und Verwaltungspraxis, sporadisch organisierter 'Volkszorn' und schleichende Verdrängung hatten die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stellung der Juden untergraben. Manche nichtjüdischen Menschen hatten auf diese Entwicklung mit Befremden und Mitgefühl reagiert, die Mehrheit der Bevölkerung zeigte sich aber gleichgültig... Es war den Nazis weitgehend gelungen, die jüdischen Mitbürger zu isolieren, sie im Bewußtsein der Bevölkerung aus der 'Volksgemeinschaft' auszuschließen und zu Fremden und 'Volksfeinden' zu stempeln."[49]

Die zunehmenden Anfeindungen machten auch vor den Kindern jüdischer Eltern nicht halt. Ein früherer Schulkamerad aus Stadtoldendorf erinnert sich an das Schicksal der Geschwister Elisabeth und Kurt-Heinz Matzdorf und seines Jugendfreundes Heinz-Ludwig Jacobson, mit denen er zusammen das Gymnasium an der Wilhelmstraße in Holzminden besuchte: „Der Sohn von Matzdorf, mein Schulfreund Jacobson und ich sowie der HJ-Führer Karl-Georg M. sind jeden Tag mit dem Frühzug um 7.15 Uhr nach Holzminden zum Gymnasium gefahren. Eines Tages hat uns der M. mit dem Ausschluß aus der HJ gedroht '...wenn ihr weiterhin dem Juden Matzdorf die Hand reicht.' 1936 hing über dem Hauptportal des Gymnasiums eines Tages ein Transparent mit der Aufschrift 'Wir wollen keine Juden sehen!'. Daraufhin wurde der Jacobson zum Direktor Hohgrebe zitiert und hat detailliert erklären müssen, inwieweit er arisch ist. Jedenfalls durfte er bleiben und hat 1937 Abitur gemacht. Elisabeth und Kurt-Heinz Matzdorf haben die Schule verlassen und sind ins Ausland."[50] Wegen der antisemitischen Anfeindungen verließ Kurt-Heinz Matzdorf das Gymnasium in Holzminden und wurde von den Eltern zusammen mit seiner Schwester zu Verwandten nach Berlin geschickt, um dort weiterhin die Schule zu besuchen. 1939 wanderte Matzdorf mit seiner Schwester nach England aus.[51]

In Erinnerung geblieben ist Stadtoldendorfer Zeitzeugen auch der fanatische SS-Mann Paulisch, der mit der Reitpeitsche auf vorübergehende jüdische Bürger einschlug, um sie vom Bürgersteig zu vertreiben, dessen Benutzung nach seiner Überzeugung nur dem deutschen „Herrenmenschen" zustand. Paulisch wurde 1936 Bürgermeister einer Kleinstadt im Bergischen Land.[52]

Das Jahr 1938, das in den gewalttätigen Ausschreitungen der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 gipfelte, brachte den Juden in Deutschland eine Flut diskriminierender Gesetze. Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler verbot Juden den Besuch kultureller Veranstaltungen sowie das Aufsuchen von Ausstellungshallen, Sportplätzen, Badeanstalten und Freibädern[53]. Die Führerscheine von Juden ließ er einziehen. Selbst das Halten von Brieftauben wurde ihnen untersagt[54]. Entscheidend für einige jüdische

Familien in Stadtoldendorf war das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 6. Juli 1938[55], das die Rückgabe der Gewerbescheine für jüdische Wandergewerbetreibende bis spätestens zum 30. September des Jahres verfügte, und die von dem Beauftragten für den Vierjahresplan Herrmann Göring erlassene „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben" vom 12. November 1938[56]. Die Familien Löwenstein, Stein, Wallhausen und das Ehepaar Lydia und Julius Rothenberg verloren ihre Existenzgrundlage und gerieten in eine verzweifelte Lage.

Besonders diskrimierend war die Dritte Bekanntmachung über den Kennkartenzwang vom 23. Juli 1938[57], die bestimmte: „1. Juden..., die deutsche Staatsangehörige sind, haben unter Hinweis auf ihre Eigenschaft als Jude bis zum 31. Dezember 1938 bei der zuständigen Polizeibehörde, die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen .... 3. Juden haben, sobald sie eine Kennkarte erhalten haben, bei Anträgen, die sie an amtliche oder parteiamtliche Dienststellen richten, unaufgefordert auf ihre Eigenschaft als Jude hinzuweisen sowie Kennort und Kennnummer ihrer Kennkarte anzugeben oder, falls die Anträge mündlich gestellt werden, unaufgefordert ihre Kennkarte vorzulegen." Das Gesetz über die Änderung von Familien- und Vornamen zwang die Juden außerdem ab dem 1. Januar 1939 „zusätzlich einen weiteren Vornamen" anzunehmen, „und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche den Vornamen Sara."[58] Schon am Namen sollten sie zu erkennnen sein. Dies bedeutete die Kennzeichnung und Stigmatisierung der jüdischen Bürger lange vor der Einführung des gelben Sterns.



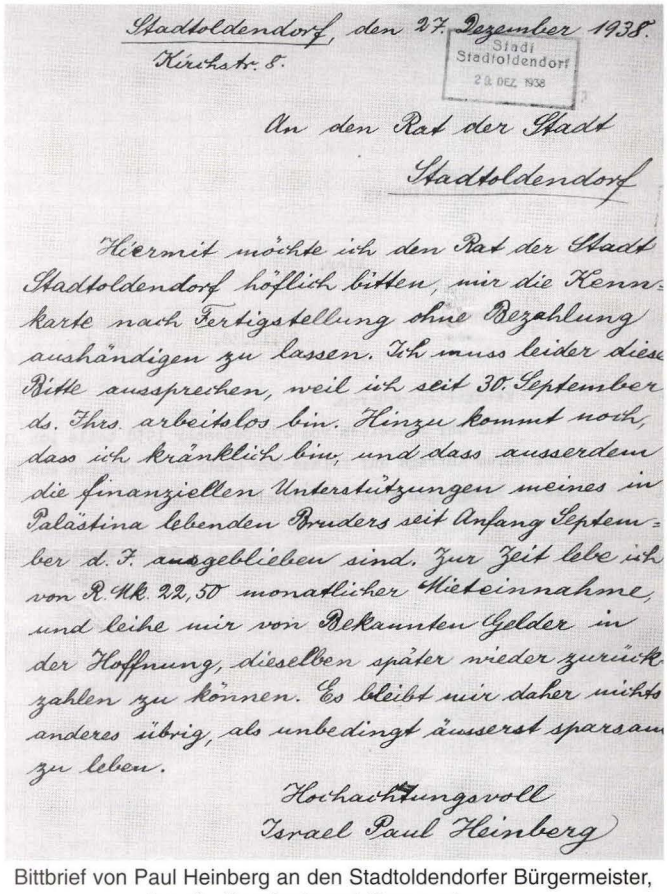
Ab Ende 1938 herrschte für Juden in Deutschland Kennkartenzwang.

Insgesamt 33 Kennkarten für jüdische Bürger in fünffacher Ausfertigung, versehen mit Paßbild, Fingerabdrücken und rassischer Beschreibung stellte die Stadtpolizeibehörde Stadtoldendorf aus[59]. Kennkartendoppel erhielten unter anderem die zuständige Dienststelle der Gestapo und die Reichsstelle für Sippenforschung in Berlin, Schiffbauerdamm 26. Die Kennkartengebühr betrug 3,- RM. Zahlreiche schriftliche Petitionen jüdischer Mitbürger an den Bürgermeister von Stadtoldendorf mit der Bitte um Erlaß der Gebühr beweisen die ausweglose Situation der Antragsteller. So schrieb Paul Heinberg, dessen Eltern verstorben waren und dessen Bruder nach Palästina ausgewandert war, am 27. Dezember 1938:

„Hiermit möchte ich den Rat der Stadt Stadtoldendorf höflich bitten, mir die Kennkarte nach Fertigstellung ohne Bezahlung aushändigen zu lassen. Ich muss leider diese Bitte aussprechen, weil ich seit 30. September ds. Jahrs. arbeitslos bin. Hierzu kommt noch, dass ich kränklich bin, und dass ausserdem die finanzielle Unterstützung meines in Palästina lebenden Bruders seit Anfang September d. J. ausgeblieben ist. Zur Zeit lebe ich von R.Mk. 22,50 monatlicher Mieteinnahmen, und leihe mir von Bekannten Gelder in der Hoffnung, dieselben später wieder zurückzahlen zu können. Es bleibt mir daher nichts anderes übrig, als unbedingt äusserst sparsam zu leben."[60]

In demütiger Haltung wendet sich auch Arthur Braun, Sohn des ehemaligen jüdischen Seelsorgers Salomon Braun, an den Rat der Stadt Stadtoldendorf:

„Ich richte hiermit an den Rat der Stadt Stadtoldendorf die höfliche Bitte, mir die Gebühren für die Ausfertigung der Kennkarte zu erlassen. Ich bin seit dem 1. Juli 1938 ohne Beschäftigung und kann auch leider keine schweren Arbeiten ausführen, was Sie aus der beigefügten und notariell beglaubigten Abschrift des Attestes meines Arztes zu ersehen belieben. Gleichzeitig bitte ich Sie noch, auch meiner Schwester, Klara Sara Braun, die Kennkarte gebührenfrei aushändigen zu lassen, weil sie infolge einer gehabten schweren Typhuskrankheit seit vielen Jahren leider nicht erwerbsfähig und bisher von meinem Vater, meinen Geschwistern und mir beköstigt, bzw. gekleidet worden ist. Meine Schwester hat noch nie-


Stadtoldendorf, den 27. Dezember 1938.
Kirchstr. 8.

Stadt Stadtoldendorf 28. DEZ. 1938

An den Rat der Stadt
Stadtoldendorf

Hiermit möchte ich den Rat der Stadt Stadtoldendorf höflich bitten, mir die Kennkarte nach Fertigstellung ohne Bezahlung aushändigen zu lassen. Ich muss leider diese Bitte aussprechen, weil ich seit 30. September ds. Jhrs. arbeitslos bin. Hinzu kommt noch, dass ich kränklich bin, und dass ausserdem die finanziellen Unterstützungen meines in Palästina lebenden Bruders seit Anfang September d. J. ausgeblieben sind. Zur Zeit lebe ich von R.Mk. 22,50 monatlicher Mieteinnahme, und leihe mir von Bekannten Gelder in der Hoffnung, dieselben später wieder zurückzahlen zu können. Es bleibt mir daher nichts anderes übrig, als unbedingt äusserst sparsam zu leben.

Hochachtungsvoll
Israel Paul Heinberg

Bittbrief von Paul Heinberg an den Stadtoldendorfer Bürgermeister, ihm die Kennkartengebühr zu erlassen.

mals Sozialrente oder sonstige Wohlfahrtsunterstützung beantragt, und bitte ich Sie daher höflichst, meine 50jährige Schwester in diesem Fall gütigst berücksichtigen zu wollen."

Die Antwort des Stadtoldendorfer Bürgermeisters, Parteigenosse Sünnemann war stereotyp:

„Auf Ihr Schreiben... teile ich Ihnen mit, dass Ihrem Antrage auf Erlass der Kennkartengebühren aus grundsätzlichen Erwägungen nicht entsprochen werden kann."

Tragödien, die sich zwischen Aktendeckeln abspielten und von der Außenwelt nicht wahrgenommen wurden.

Die vielfache gesetzliche Diskriminierung und der Terror der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 zeigten rasche Wirkung. Panikartig verließen die Juden Deutschland. Wer es irgendwie ermöglichen konnte, wanderte aus. In den meisten Fällen unter Zurücklassung sämtlichen Hab und Gutes und Verlust des Vermögens. Beides entsprach den Wünschen der nationalsozialistischen Machthaber. Schon Ende 1937 hatte der Bevollmächtigte für den Vierjahresplan, Hermann Göring, formuliert, daß eine Überführung jüdischen Besitzes und Vermögens nötigenfalls erzwungen werden müßte.[61] Er benötigte dringend Geld für die gigantische militärische Aufrüstung des deutschen Reiches. Gleichzeitig wollte Reinhard Heydrich, seit 1936 Chef der Sicherheitspolizei und des SD[62] und beauftragt mit der Lösung der „Judenfrage", die Auswanderung vorantreiben[63]. In Berlin richtete die Gestapo Anfang 1939 die „Zentralstelle für die jüdische Auswanderung" ein.[64] Der dortige Prozeß der Ausplünderung vollzog sich folgendermaßen:

„In der Praxis sah das so aus, daß der auswandernde Jude wie an einem laufenden Band völlig ausgeplündert wurde. Wenn er den Saal betrat, sah er sich vor einer langen Tischreihe mit zehn oder zwölf Schaltern, hinter denen je ein Gestapobeamter saß. Im Augenblick des Eintritts war er noch ein deutscher Staatsbürger, im Besitze einer Wohnung, vielleicht auch eines Geschäftes, eines Bankkontos, einiger Ersparnisse. So wie er von Schalter zu Schalter ging oder - besser gesagt - geschoben wurde, wurde ihm eines nach dem anderen abgenommen, und als er den Saal am anderen Ende verließ, war er ein staatenloser Bettler mit einem einzigen Besitzobjekt in der Hand: dem Auswanderungspaß. An dem ersten Schalter mußte er seine Einreisepapiere ins Ausland vorzeigen, an einem anderen... seine 'Auswanderungsabgabe' bezahlen, wieder an einem anderen wurde die 'Arisierung' seines Geschäftes oder seiner sonstigen Objekte besiegelt, dann mußte er nachweisen, daß er keine Schulden im Inland zurücklasse, seine Steuerrückstände begleichen, seine Wohnung übergeben, seine Gas- und Elektrizitätsrechnung bezahlen, und dann erst bekam er am letzten Schalter seinen Paß fix und fertig ausgestellt."[65]

Laut Bericht des Bürgermeisters von Stadtoldendorf an den Landrat in Holzminden lebten am 1. Januar 1939 noch 41 jüdische Bürger am Ort. Damit war die jüdische Gemeinde bereits um mehr als ein Drittel ihrer Stärke seit dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft 1933 zusammengeschrumpft. Im Laufe des Jahres 1939 verließen noch einmal 18 Personen Stadtoldendorf[66]. Deutlich ist hier die Signalwirkung der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 zu erkennen. Wer konnte, wanderte aus. Wem hierzu die Mittel fehlten, versuchte sich zumindest in die Anonymität der Großstadt zum Beispiel nach Hannover oder Berlin zu flüchten. Wer jedoch den Absprung aus Deutschland bis zum endgültigen Auswanderungsstopp im Oktober 1941 nicht schaffte, den erwartete fast zwangsläufig der grauenhafte Tod in einem der Massenvernichtungslager im Osten. Schon am 24. Januar 1939 erhielten die Bürgermeister aller Gemeinden des Landkreises Holzminden folgendes Schreiben des Landrates[67]:

„Betr.: Erfassung der Juden in Deutschland. ... Zur Förderung der endgültigen Lösung der Judenfrage in Deutschland ist eine restlose Erfassung aller noch in Deutschland wohnenden Juden unbedingt erforderlich."

Ab sofort befahl der Landrat die Abgabe eines monatlichen Berichtes, aus dem zu ersehen war, ob die Zahl der jüdischen Bürger zu- oder abgenommen hatte, auf Grund von „Auswanderung, Tod, Fortzug, Geburt oder Zuzug"[68]. Der Ausbruch des 2. Weltkrieges veränderte die Lage der Juden noch einmal dramatisch. „Waren die Juden bisher als ein separater Bevölkerungsteil behandelt worden, der zudem noch als minderwertig angesehen wurde, so erblickte man in ihnen von nun an den inneren Feind. Schon am 1. September 1939 wurde über die Juden von den örtlichen Polizeidienststellen ein nächtliches Ausgehverbot verhängt. Juden durften in den Sommermonaten zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr früh, in den Wintermonaten zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr früh die Straßen nicht betreten. Der Besitz von Radioapparaten wurde ihnen untersagt; sie hatten diese bei den Polizeidienststellen abzuliefern. Die Juden waren damit von jeder Verbindung nach außen abgeschnitten und völlig isoliert."[69]

Zurück blieben die alten Leute, Invaliden, Frauen, Kinder und einige Männer. In der Mehrzahl alles Personen, für die schon aus finanzieller Sicht keine Auswanderung in Frage kam. Sie lebten am Rande des Existenzminimums von der Unterstützung der jüdischen Wohlfahrt, die sich aus dem beschlagnahmten Vermögen schon ausgewanderter Juden finanzierte oder von der Aufzehrung des eigenen Kapitalvermögens, das auf Sperrkonten festgelegt war, wie zum Beispiel die Witwe Rothenberg[70]. Die Männer im arbeitsfähigen Alter wurden auf „Vermittlung" der Arbeitsämter zwangsweise zu besonders dreckigen und schweren Arbeiten[71] herangezogen. So schuftete der Händler Kurt Wallhausen zwangsweise vom 30. Januar 1939 bis zum 29. Februar 1940 als Arbeiter in dem Steinbruchbetrieb Erich Droste[72]. Am 1. September 1941 erging die „Polizeiverordnung über die Kennzeichnung von Juden"[73], die jeden Juden zum Tragen „eines handtellergroßen, schwarz ausgezogenen Sechssterns aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift 'Jude" auf der linken Brustseite verpflichtete. Im Oktober wurde die Auswanderung von Juden aus Deutschland gestoppt, und gleichzeitig begannen die ersten Deportationen.

Am 23. März 1942 erhielt der Bürgermeister von Stadtol-

Abschrift !

Der Landrat
des Kreises Holzminden
Aktenzeichen G 34.

Holzminden, den 21.März 1942
im Weserbergland

An den
Herrn Bürgermeister
in Stadtoldendorf

Eingangsstempel
"Der Bürgermeister der
Stadt Stadtoldendorf
23 MRZ 1942"

Betr.; Abschiebung der Juden.

Die nachstehend aufgeführten Juden werden nach Trawniki, bei Lublin zum Arbeitseinsatz abgeschoben. Zu diesem Zweck sind die nament lich aufgeführten Juden festzunehmen und am 25.3.1942 in der Zeit von 19 - 20 Uhr in der Gastwirtschaft Adolf Hesse, Holzminden, Oberestraße Nr.43 zu überstellen. Andere Juden, als die in der anliegenden Liste aufgeführten dürfen nicht zur Abschiebung nach hier gebracht werden. Von der Festnahme der namentlich aufgeführten Juden ist nur dann abzusehen, wenn ein amtsärztliches Attest über die völlige Arbeitsunfähigkeit vorgelegt werden kann. Das Attest ist ohne vorherige polizeiliche Aufforderung vorzulegen. Die abzuschiebenden Juden haben hiervon durch die Reichsvereinigung der Juden Kenntnis erhalten.

Hinsichtlich der Mitnahme von Gepäckstücken, Wertsachen usw. seitens der zur Evakuierung kommenden Juden gelten die bereits ausgehändigten Richtlinien, die durch nachstehende Ergänzung noch vervollständigt werden.

Das zurückbleibende Eigentum der Juden ist in den Wohnungen sicherzustellen. Die Räume sind zu versiegeln. Das Eigentum wird nach Abschluß der Aktion durch die Geheime Staatspolizei dem Herrn Oberfinanzpräsidenten zur Einziehung übergeben.

Wegen der Jüdin Stridde erhalten Sie noch fernmündliche Anweisung.

1. einen Handkoffer o.Ä. - nicht aber sperrige Kisten oder dergl. - mit Bekleidungs-und Ausrüstungsstücken, wie Kleider,Wäsche, Bettzeug mit Decken (ohne Federbett),
2. Eßgeschirre mit Löffel (ohne Gabel und Messer),
3. vollständige Bekleidung und gute Schuhe, die der Jude am Leibe trägt,
4. für 3 Tage kalte Verpflegung (Transportverpflegung), ebenso, wenn vorhanden, Feld-oder Thermosflaschen mit Kaffee,Tee oder dergl.

I.A. gez.Schoppe

Die nachstehend unter 1-13 bezeichneten Juden sind am 25.3. 42 festgenommen und nach Holzminden transportiert. Der Jude Theodor Wallhausen ist freiwillig mitgekommen und ist von Holzminden laut Anordnung des Landrats nach Ottenstein verzogen. gez.: Homes, W.d.Sch.

Familienname:	Vorname:	Geburtstag u. Ort:	St.A.	Wohnung:
1. Heinberg	Paul Isr.	5.6.95 Stadtoldendorf	D.R.	Stadtoldendorf, Kirchstraße 8
2. Löwenstein	Hermann Isr.	20.8.1891 Frohnhausen	D.R.	Stadtoldendorf, Neuestraße 34
3. Löwenstein geb.Wallhausen	Grete,Johanna Sara	18.11.1898 Einbeck	D.R.	"
4. Löwenstein	Ernst Isr.	27.2.26	D.R.	"

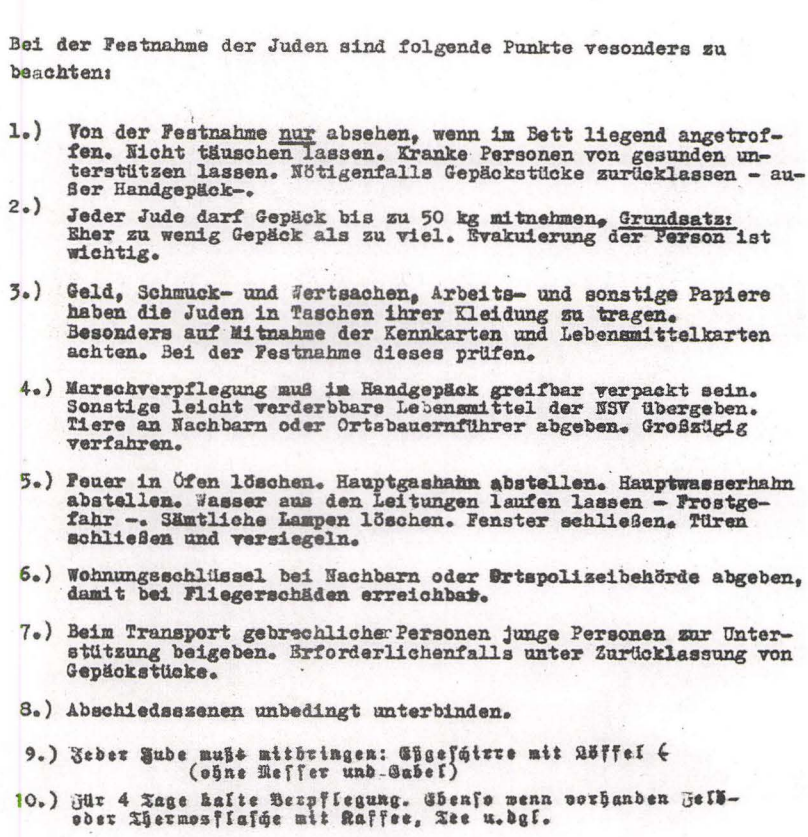
Befehl des Landrates in Holzminden für die Deportation von 13 jüdischen Bürgern Stadtoldendorfs zum „Arbeitseinsatz" nach Trawniki/Lublin.

dendorf folgendes Schreiben des Inspektors Schoppe aus dem Landratsamt Holzminden:[74]

> *„Betr.: Abschiebung der Juden.*
> *Die nachstehend aufgeführten Juden werden nach Trawniki bei Lublin zum Arbeitseinsatz abgeschoben. Zu diesem Zweck sind die namentlich aufgeführten Juden festzunehmen und am 25.3.1942 in der Zeit von 19 - 20 Uhr in die Gastwirtschaft Adolf Hesse, Holzminden, Oberestraße Nr. 43 zu überstellen."*

Jede Person durfte mitnehmen: „einen Handkoffer o.Ä - nicht aber sperrige Kisten oder dergl. - mit Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken, wie Kleider, Wäsche, Bettzeug mit Decken (ohne Federbett), Eßgeschirre mit Löffel (ohne Gabel und Messer), vollständige Bekleidung und gute Schuhe, die der Jude am Leib trägt, für 3 Tage kalte Verpflegung (Transportverpflegung), ebenso, wenn vorhanden, Feld- oder Thermosflaschen mit Kaffee, Tee oder dergl."[75]

Eine Zehn-Punkte-Liste für die zuständigen Polizeibeamten erteilte Auskunft darüber, wie die Aktion durchzuführen war. Auszug:[76]



Bei der Festnahme der Juden sind folgende Punkte vesonders zu beachten:

1.) Von der Festnahme nur absehen, wenn im Bett liegend angetroffen. Nicht täuschen lassen. Kranke Personen von gesunden unterstützen lassen. Nötigenfalls Gepäckstücke zurücklassen - außer Handgepäck-.

2.) Jeder Jude darf Gepäck bis zu 50 kg mitnehmen. Grundsatz: Eher zu wenig Gepäck als zu viel. Evakuierung der Person ist wichtig.

3.) Geld, Schmuck- und Wertsachen, Arbeits- und sonstige Papiere haben die Juden in Taschen ihrer Kleidung zu tragen. Besonders auf Mitnahme der Kennkarten und Lebensmittelkarten achten. Bei der Festnahme dieses prüfen.

4.) Marschverpflegung muß im Handgepäck greifbar verpackt sein. Sonstige leicht verderbbare Lebensmittel der NSV übergeben. Tiere an Nachbarn oder Ortsbauernführer abgeben. Großzügig verfahren.

5.) Feuer in Öfen löschen. Hauptgashahn abstellen. Hauptwasserhahn abstellen. Wasser aus den Leitungen laufen lassen - Frostgefahr -. Sämtliche Lampen löschen. Fenster schließen. Türen schließen und versiegeln.

6.) Wohnungsschlüssel bei Nachbarn oder Ortspolizeibehörde abgeben, damit bei Fliegerschäden erreichbar.

7.) Beim Transport gebrechliche Personen junge Personen zur Unterstützung beigeben. Erforderlichenfalls unter Zurücklassung von Gepäckstücke.

8.) Abschiedsszenen unbedingt unterbinden.

9.) Jeder Jude muß mitbringen: Eßgeschirr mit Löffel (ohne Messer und Gabel)

10.) Für 4 Tage kalte Verpflegung. Ebenso wenn vorhanden Feld- oder Thermosflasche mit Kaffee, Tee u.dgl.

Anweisung des Landrates in Holzminden, wie bei der Festnahme von Juden zu verfahren sei.

> *„Von der Festnahme nur absehen, wenn im Bett liegend angetroffen. Nicht täuschen lassen. Kranke Personen von gesunden unterstützen lassen. ... Tiere an Nachbarn oder Ortsbauernführer abgeben. Großzügig verfahren. ... Feuer in Öfen löschen. Hauptgashahn abstellen. Hauptwasserhahn abstellen. Wasser aus den Leitungen laufen lassen - Frostgefahr-. Sämtliche Lampen löschen. Fenster schließen. Türen schließen und versiegeln. ... Abschiedsszenen unbedingt unterbinden."*

Insgesamt 13 jüdische Bürger aus Stadtoldendorf[77] wurden an diesem Tag deportiert, unter ihnen die drei Geschwister Löwenstein im Alter von 11 bis 16 Jahren. Keiner von ihnen sollte jemals nach Stadtoldendorf zurückkehren. Es war eine Fahrt in den Tod. Charlotte L. erinnert sich: „Die wurden alle hinten auf die Ladefläche eines Lastwagens verfrachtet und durch die Stadt zum Bahnhof gefahren. Da habe ich sie noch gesehen, wie sie da saßen auf dem Rasen am Bahnhofsberg, zusammengesunken wie ein Häufchen Elend, bewacht von mehreren SS-Männern."

Mit einem juristischen Trick sicherte sich der Staat die Besitzansprüche an dem zurückgelassenen Hab und Gut der Juden. Nur wenige Tage nach der Deportation erhielt der Stadtoldendorfer Bürgermeister einen Brief der Gestapo aus Hildesheim, der die Sachlage klarstellte:[78]

> *„Am 31.3.1942 wurden aus dem Regierungsbezirk Hildesheim 240 Juden nach dem Osten abgeschoben. Mit dem Zeitpunkt der Überschreitung der Gouvernementsgrenze verlieren diese Personen auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 die Deutsche Staatsangehörigkeit; gleichzeitig verfällt das zurückgelassene Vermögen dem Reiche. Die Verwertung des jüdischen Vermögens erfolgt durch das für den letzten Wohnsitz der evakuierten Juden zuständige Finanzamt. Die bei den Juden bei der Abfertigung in Hildesheim beschlagnahmten Werte (Bargeld, Sparbücher und Schmucksachen) werden gesammelt durch das Finanzamt Hildesheim übernommen."*[79]

Kaum waren die „jüdischen Mitbürger" im KZ verschwunden, feierte die alles beherrschende Bürokratie makabere Triumphe ganz eigener Art. In leidenschaftlich geführter Korrespondenz stritt sich der Stadtoldendorfer Bürgermeister Asche von Campe mit den Elektrizitätswerken Wesertal und dem Finanzamt Holzminden, wer denn nun die Lichtrechnug der deportierten Juden zu bezahlen hätte.[80]

Wer der „Endlösung" der Nazis entgehen wollte, dem blieb nur der Weg in den Untergrund oder in den Freitod. Paul Julius Jacobson, der ehemalige Prokurist der Weberei Rothschild, verzog zu seiner Frau nach Bremerhaven. Es gelang ihm, dort unterzutauchen und so Krieg und Verfolgung zu überleben.[81]

Am 15. Juli 1942 erging eine neue Weisung des Reichssicherheitshauptamtes, daß „die für das Altersghetto Theresienstadt in Betracht kommenden Juden des Landkreises Holzminden am 21. Juli 1942 abgeschoben werden.[82]" Zu ihnen gehörte auch die Schneiderin Emma Stridde. Der Bericht des Stadtoldendorfer Meisters der Schutzpolizei Homes an den Landrat in Holzminden über die Festnahme „der Stridde" ist

an Zynismus kaum zu überbieten:[83]

> *„Als ich heute um 7 Uhr in Gemeinschaft mit dem Hauptw. der Schutzpolizei Lüer, die Wohnung der Jüdin Emma Sara Stridde geb. Breitenstein aufsuchte, um die angeordnete Festnahme der Stridde vorzunehmen, wurde auf wiederholtes Klingeln und Klopfen nicht geöffnet. Der Schlüssel steckte von innen im Schloß der Korridortür. Nachdem die Tür mittelst Dietrich aufgeschlossen war, wurde die Stridde in ihrer Küche, in einem Sessel sitzend, röchelnd und bewußtlos vorgefunden. Die Türen und Fenster waren fest verschlossen. Der hinzugezogene Arzt Dr. Jürgens stellte Gasvergiftung fest. Auf telef. Anordnung des Landratsamts (Inspektor Schoppe) wurde die Jüdin dem vorfahrenden L.K.W., welcher den Transport der Juden nach Hildesheim ausführte, übergeben. Die Stridde hatte keinerlei Vorbereitungen zum Abtransport getroffen. Zwei Briefe, welche auf dem Tisch in der Küche lagen, werden in der Anlage beigefügt. Die Jüdin Julie Sara Ullmann geb. Sander, wurde ebenfalls dem Transport übergeben. Die Wohnungen sind verschlossen und versiegelt."*[84]

Verschont blieben nur die in „Mischehe" mit einem christlichen Partner verheirateten Juden. Im Fall von Stadtoldendorf waren dies Elisabet Abels, geb. Ullmann, einzige Tochter von Julie Ullmann, und Elisabeth Zelms, die mit ihrer Familie nach Lenne-Vorwohle verzogen war. Doch trotz des bevorstehenden militärischen Zusammenbruchs lief die Tötungsmaschinerie der Nazis präzise wie ein Uhrwerk weiter, dank ihrer pflichtbewußten Helfershelfer in den Amtszimmern der Verwaltung. Am 19. Februar 1945 berichtet der Meister der Schutzpolizei von Stadtoldendorf Homes an den „Herrn Landrat" in Holzminden:[85]

> *„Unter Bezugnahme auf eine mit Herrn Reg. Inspektor Schoppe Landratsamt Holzminden, stattgefundene Besprechung betr. Abtransport der Jüdin E. Abels, geb. Ullmann, berichte ich, dass die Jüdin am 18.2.1945, 9.00 Uhr, dem Transportführer Meister der Gendarmerie Lüer, Bevern, übergeben ist. Der Transport ist mit dem L.K.W. nach Hildesheim erfolgt."*

Mit der Vollzugsmeldung des Polizisten hatte jüdisches Leben in Stadtoldendorf für immer aufgehört zu existieren. Zwar überlebte Elisabet Abels den Aufenthalt im KZ Theresienstadt, verstarb aber an den Folgen am 25. Juli 1945 in der Göttinger Universitätsklinik.

Die Bilanz des Schreckens: 31 jüdische Bürger von Stadtoldendorf wurden unmittelbar Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Doch auch wer mit dem Leben davongekommen war, litt für immer unter dem Trauma des Erlebten und gesundheitlichen Spätfolgen. So schreibt der seinerzeit bekannte Chirurg Dr. Paul Rosenstein Anfang der Fünfziger Jahre über das Schicksal seiner Frau Johanna Rosenstein, geb. Levy:

> *„Sie ist leider sehr früh, im Alter von 54 Jahren von mir gegangen, nachdem sie zweieinhalb Jahre nach meiner Auswanderung 1938 mit den Kindern in Berlin alleine zurückgehalten und durch Verhöre der Gestapo und der Zollfahndungsstelle bis auf das Blut gepeinigt worden war. Man ließ sie erst frei, nachdem man ihr alles, was sie besaß, bis auf die letzten zehn Mark fortgenommen hatte... Sie hat in Brasilien nur noch drei Jahre gelebt und ist als indirektes Opfer des Nationalsozialismus zu früh dahingegangen."*[86]

Johanna Levy war die Tochter von Max Levy, Ehrenbürger der Stadt Stadtoldendorf.

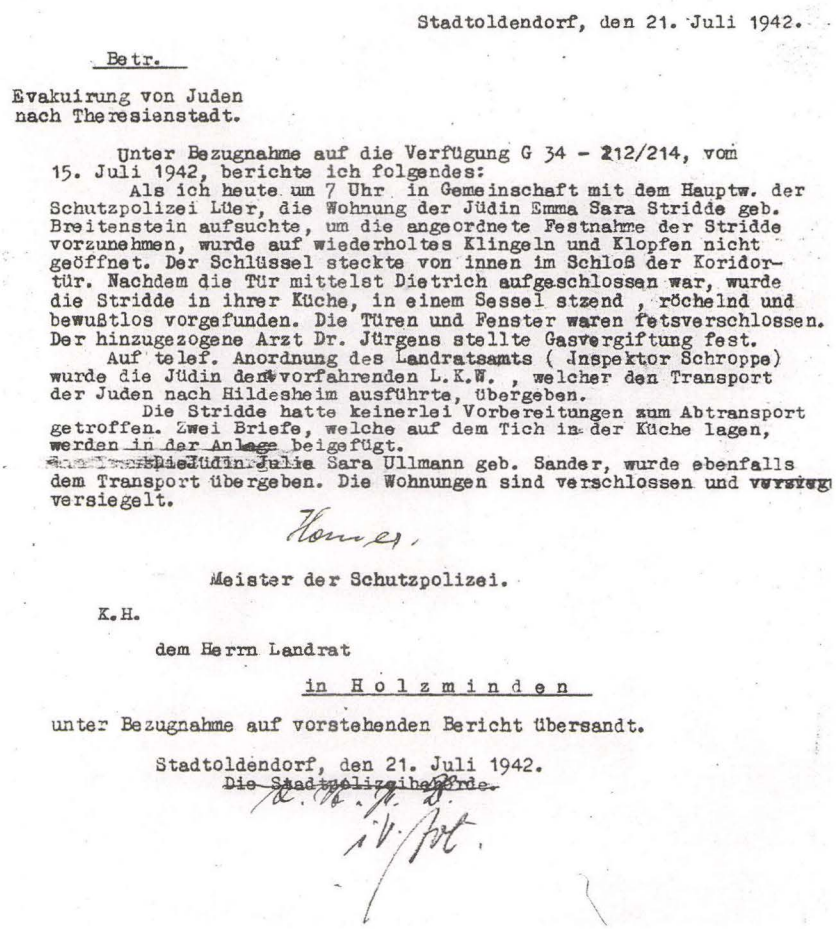
Schon wenige Monate nach Kriegsende gingen die ersten Anfragen von Anverwandten aus dem Ausland bei der Stadtverwaltung Stadtoldendorf ein, die Auskunft verlangten über das Schicksal ihrer Mütter, Väter und Geschwister. Es waren die gleichen Verwaltungsstellen, Landratsamt und Ortspolizeibehörde, und nicht selten dieselben Personen, die nur wenige Monate zuvor die letzten Deportationen ihrer jüdischen „Mitbürger" vollzogen hatten, die jetzt Antwort geben sollten. Unbeteiligt erstattete der Meister der Polizei Stadtoldendorf Homes, der die „Festnahme der Juden" durchgeführt hatte, Bericht:[87]

> *„Die Ehefrau Margarete Loewenstein, geb. Wallhausen,..., ist am 25. März 1942 auf Anordnung des Landrats in Holzminden, vom 21.3.42 G.34, festgenommen und mit noch 13 anderen jüdischen Personen nach Holzminden transportiert.... Über das weitere Schicksal der Margarete Loewenstein...konnte hier nichts in Erfahrung gebracht werden."*

Bis zum Ende der Fünfziger Jahre dauerten die „Wiedergutmachungsverhandlungen" an. Um eine Entschädigung für den verlorenen Besitz zu bekommen, der nach der erfolgten Deportation per Gesetz zum Eigentum des Deutschen Reiches erklärt worden war, mußten die Angehörigen detailliert Nachweis führen über den Verbleib der Sachen. Die kommunale Verwaltung zeigte sich dabei selten hilfsbereit. Der Generalbevollmächtigte von Hedwig Sternberg, geb. Wallhausen drohte 1956, die Stadt Stadtoldendorf zu verklagen. In langwierigen Verhandlungen wurden dann der ehemalige Bürgermeister Sünnemann und andere Personen zur Sache vernommen, obwohl ein Blick in die einschlägigen Akten aus der Nazi-Zeit genügt hätten, um Auskunft zu erteilen.[88]

Von denen, die sich ins Ausland hatten retten können, kehrte niemand wieder nach dem Krieg nach Stadtoldendorf zurück. Nur Günter Wolff, dessen Vater Dr. Richard Wolff im KZ Sachsenhausen ermordet worden war, versuchte seine Besitzansprüche an der Weberei Rothschild, die sein Urgroßvater gegründet hatte, geltend zu machen. Er wollte wieder als Betriebsleiter eingesetzt werden. Die Gerichte lehnten seine Forderung jedoch ab. Er mußte sich, ebenso wie die anderen Gesellschafterfamilien, mit der „Wiedergutmachung" abfinden.[89]

Unbeachtet von ihren Mitbürgern verstarb am 28. Juni 1960, im Alter von 47 Jahren, die letzte jüdische Einwohnerin von Stadtoldendorf, Elisabeth Zelms. 21 Jahre später wurde auf dem ehemaligen Synagogengrundstück in der Kuhstraße ein Gedenkstein errichtet. Die auf dem Sandstein befestigte Bronzeplatte trägt die Aufschrift „zur Erinnerung an die Judenverfolgung" — bis heute die einzige Erinnerung an das Schicksal der Juden von Stadtoldendorf.



Stadtoldendorf, den 21. Juli 1942.

Betr.

Evakuirung von Juden
nach Theresienstadt.

Unter Bezugnahme auf die Verfügung G 34 - 212/214, vom 15. Juli 1942, berichte ich folgendes:
Als ich heute um 7 Uhr in Gemeinschaft mit dem Hauptw. der Schutzpolizei Lüer, die Wohnung der Jüdin Emma Sara Stridde geb. Breitenstein aufsuchte, um die angeordnete Festnahme der Stridde vorzunehmen, wurde auf wiederholtes Klingeln und Klopfen nicht geöffnet. Der Schlüssel steckte von innen im Schloß der Koridortür. Nachdem die Tür mittelst Dietrich aufgeschlossen war, wurde die Stridde in ihrer Küche, in einem Sessel stzend , röchelnd und bewußtlos vorgefunden. Die Türen und Fenster waren fetsverschlossen. Der hinzugezogene Arzt Dr. Jürgens stellte Gasvergiftung fest.
Auf telef. Anordnung des Landratsamts (Inspektor Schroppe) wurde die Jüdin dem vorfahrenden L.K.W. , welcher den Transport der Juden nach Hildesheim ausführte, übergeben.
Die Stridde hatte keinerlei Vorbereitungen zum Abtransport getroffen. Zwei Briefe, welche auf dem Tich in der Küche lagen, werden in der Anlage beigefügt.
Die Jüdin Julia Sara Ullmann geb. Sander, wurde ebenfalls dem Transport übergeben. Die Wohnungen sind verschlossen und versiegelt.

Homes.

Meister der Schutzpolizei.

K.H.

dem Herrn Landrat

in Holzminden

unter Bezugnahme auf vorstehenden Bericht übersandt.

Stadtoldendorf, den 21. Juli 1942.
Die Stadtpolizeibehörde.
i.V.

Bericht des Stadtoldendorfer Schutzpolizeimeisters Homes an den Landrat in Holzminden über den Selbstmordversuch der Schneiderin Emma Stridde.

Anmerkungen:

1 Meldeunterlagen der Stadt Stadtoldendorf
2 vgl. Kleine, A., Das Schicksal der Holzmindener Juden, Paderborn 1977, S. 8
3 Akten der Stadt Stadtoldendorf
4 vgl. Kapitel S. 30, Familie Braun
5 vgl. Akte der Stadtverwaltung Stadtoldendorf: Jüdischer Friedhof, Deenser Straße
6 vgl. Lebenserinnerungen von Ephraim Rothschild
7 Akten des Kreisarchives Holzminden
8 vgl. Barkai, A., „Vom Boykott zur Entjudung", S.19
9 Archivakten des Kreiskrankenhauses „Charlottenstift" bzw. Staatsarchiv Wolfenbüttel, Bestell Nr.: 130 Neu,3Nr.2940, Titel: Charlottenstift 1905-1933
10 Staatsarchiv Wolfenbüttel, Paul-Levy-Stiftung 1917-1947, BestellNr: 130Neu, 3Nr. 2417
11 Staatsarchiv Wolfenbüttel, Lore-Schoenbeck-Stiftung 1936-47, BestellNr: 130Neu, 3Nr2416 u.2420
12 u.a. Aussage von Emma Konath, Heinz Konath, Kurt Z., Frau M. W.
13 vgl. hierzu u.a. Staatsarchiv Wolfenbüttel, Treuhändertätigkeit des Bankdirektors Rudolf Bartels bei der Firma A.J Rothschild Söhne AG, BestellNr. 130 Neu, 3 Nr 507 u. 508
14 Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf bzw. Kreisarchiv Holzminden Akte: „Sicherheits- u. Ordnungspolizei"
15 laut Aussage von Herrn Kurt Z.
16 Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf
17 vgl. u.a. Kampmann, W., Deutsche und Juden, S. 225ff
18 vgl. u.a. Barkai, A., „Vom Boykott zur Entjudung", S. 25
19 laut Aussage von Luise Uhde
20 laut Aussage von Herrn Kurt Z.
21 Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf
22 Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf
23 vgl. Bilzer, B., Moderhack. R., Brunsvicensia Judaica - Gedenkbuch für die jüdischen Mitbürger von Stadtoldendorf 1933-1945, S. 132
24 Niedersächs. Staatsarchiv Wolfenbüttel, Bestand 130 Neu (46), Gewerbe- und Ordnungspolizei Stadtoldendorf 1826-1936
25 u.a. laut Aussage von Frau M. W.
26 Täglicher Anzeiger Holzminden, 23. März 1933, S.4
27, 28 vgl. Barkai, A., „Vom Boykott zur Entjudung", S. 19
29 Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1935, Teil I, 2. Band, S.1333
30 vgl. Barkai, A., „Vom Boykott zur Entjudung", S. 26
31 Anordnung der Parteileitung der NSDAP vom 28.3.1933, abgedruckt bei Scheffler, S.69f.
32 vgl. Barkai, A., „Vom Boykott zur Entjudung", S. 27
33 Täglicher Anzeiger Holzminden, Nr. 78, 1./2. April 1933, S.3
34 laut Aussage von Frau Emma Konath und Herrn Kurt Z.
35 vgl. hierzu u.a. Barkai, A., „Vom Boykott zur Entjudung", S.26ff.
36 vgl. Kleine, A., Das Schicksal der Holzmindener Juden, Paderborn 1977, S. 21
37 vgl. Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1933, Teil I, S.175ff
38 vgl. Barkai, A., „Vom Boykott zur Entjudung", S. 67
39 vgl. hierzu u.a. Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf u. Staatsarchiv Wolfenbüttel, Treuhändertätigkeit des Bankdirektors Rudolf Bartels bei der Firma A.J Rothschild Söhne AG, BestellNr. 130 Neu, 3 Nr 507 u. 508
40 Meldebücher der Stadtverwaltung Stadtoldendorf
41 vgl. Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf
42 vgl. Barkai, A., „Vom Boykott zur Entjudung", S. 67
43 laut Aussage von Günter Konath
44 u.a. laut Aussage von Günter Konath
45 vgl. Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf
46 vgl. hierzu Kapitel: Die Pogromnacht 9./10. November 1938
47 vgl. Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1935, Teil I, Band 2, S.1146f.
48 vgl. Sitzungsprotokolle des Stadtrates der Stadt Stadtoldendorf 1933-1944, Stadtverwaltung Stadtoldendorf
49 vgl. Barkai, A., „Vom Boykott zur Entjudung", S. 122
50 laut Aussage von Herrn Kurt Zechel
51 vgl. Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf
52 laut Aussage von Herrn Kurt Zechel u. Frau M. W.
53 Blau, B., Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland, S. 56, Nr. 197
54 vgl. Reichsgesetzblatt, Jg. 1938, Teil I, S. 1749
55 vgl. Reichsgesetzblatt, Jg. 1938, Teil I, S. 823
56 vgl. Reichsgesetzblatt, Jg. 1938, Teil I, S. 1580
57 vgl. Reichsgesetzblatt, Jg. 1938, Teil I, S. 922
58 vgl. Reichsgesetzblatt, Jg. 1938, Teil I, S. 1044
59 vgl. Akte, Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf
60 vgl. Akte, Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf
61 vgl. u.a. Pehle, Walter. H., „Der Judenpogrom 1938", S. 119
62 SD Sicherheitsdienst
63 vgl. Pehle, Walter H., Der Judenpogrom 1938, S. 126
64, 65 vgl. Barkai A., Vom Boykott zur „Entjudung", S. 166
66, 67, 68 vgl. Akte, Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf
69 vgl. u.a. Pehle, Walter. H., „Der Judenpogrom 1938", S. 166
70 vgl. Barkai, A., Vom Boykott zur „Entjudung", S. 169ff
71 vgl. Barkai, A., Vom Boykott zur „Entjudung", S. 173
72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80 vgl. Akte, Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf
81 laut Recherchen von Frau Deckward, Stadtarchiv Bremerhaven
82, 83, 84, 85 vgl. Akte, Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf
86 S. 110/111, Paul Rosenstein „Narben bleiben zurück - Die Lebenserinnerungen des großen jüdischen Chirurgen", Kindler u. Schiermeyer Verlag, 1954
87, 88 vgl. Akte, Unterlagen der hier wohnhaft gewesenen Juden 1938, Stadtverwaltung Stadtoldendorf
89 laut Aussage von Frau Emma Konath und Herrn Günter Konath

Der jüdische Friedhof in Stadtoldendorf

Günther Lilge

Ich mag jüdische Friedhöfe. Sie sind meist reizvoll in die sie umgebende Landschaft eingebettete Orte der Stille. Die abseitige Lage ist allerdings nicht Folge einer damaligen, aus Naturverbundenheit herrührenden Mode, wie man meinen könnte. Vielmehr ist erzwungene Ausgrenzung die Ursache, Ausgrenzung aus Hochmut, rassistischem Überlegenheitsgefühl und religiösem Eifer. Die Stille des Ortes ist ebenfalls nicht nur lagebedingt. Der Holocaust hat kaum Menschen übriggelassen, die hier als Angehörige ihrer Toten gedenken könnten. Dies wissend, wird für den Besucher aus einem Ort der Naturbetrachtung unversehens ein Ort des Nachsinnens, wohl auch der Scham und der Trauer.

Eigentlich sollten jüdische Friedhöfe deshalb Gedenkstätten sein, vergleichbar den Ehrenmalen und Ehrenfriedhöfen in unseren Städten und Dörfern. Wenn man dort am Volkstrauertag steht und auf den Tafeln die langen Reihen der Namen von Getöteten und Vermißten liest, ihre Zahl mit der der Überlebenden ins Verhältnis setzt, kann man am besten eine Vorstellung davon gewinnen, was Krieg bedeutet - auch für den kleinsten, abgelegensten Ort. Und die Mahnung: „Nie wieder Krieg!", drängt sich jedem Beteiligten von selbst auf. Ebenso müßte es doch sein, wenn man einen jüdischen Friedhof besucht und umgeworfene und zerschlagene Grabsteine sieht. Gut wäre es, wenn man dort auch eine Tafel mit den Namen der Opfer des Holocaust' fände. Vielleicht würden dann Bekenntnisse wie „Nie wieder autoritäre Gewaltherrschaft!" und „Nie wieder Rassenhaß!" eindringlicher sein und leichter fallen.

Der Grundriß des jüdischen Friedhofes in Stadtoldendorf gleicht in etwa einem Trapez, dessen ungefähr parallel verlaufende Seiten ca. 34 bzw. 24 Meter messen. Die beiden anderen Seiten haben Längen von ca. 42 bzw. 45 Metern. Auf die kürzere der (etwa) parallel verlaufenden Seiten ist ein Dreieck mit 20; 16,60 und 11,60 Metern Seitenlänge aufgesetzt. Der Zugang zur Anlage ist an der Ecke Deenser Straße/Bahnhofstraße. Über einen breiten Gang und eine kurze Treppe gelangt man auf das cirka einen Meter höher gelegene eigentliche Friedhofsgelände.

Gesäumt von Kastanien, Hainbuchen und Heckensträuchern, sind sechs Reihen mit teils Einzel-, teils Doppelgräbern zu erkennen. In der ersten und in der letzten Reihe befinden sich auch einige Kindergräber. Zwei Gräber liegen in dem sogenannten Dreieck. Da nur relativ wenige Grabsteine zerstört oder stark beschädigt sind, lassen sich auf immerhin 48 Steinen noch die Namen und meist auch die Daten feststelllen. Von diesen 48 Grabstellen sind 13 Kindergräber. Auf 8 Gräbern liegen die Steine horizontal. Es ist nicht ersichtlich, ob sie umgeworfen wurden, oder ob sie umgelegt werden mußten. Da aber die hebräisch beschriftete Seite oben liegt, sind Namen und Daten nicht zu entziffern. Schade, vielleicht zeigte sich, daß der Friedhof älter ist, als es die bekannten Daten aussagen. Drei Gräber tragen erheblich zerstörte Steine. Ihre Inschriften sind nicht lesbar. Schließlich sind noch 13 kleinere Hügel ohne Steine vorhanden, deren Identität als Grabhügel sich nicht mit Sicherheit feststellen läßt.

Von den 48 Grabsteinen, deren Beschriftung noch gut lesbar ist, trägt bzw. tragen den Namen

Bernhard (1)	Levy (1)
Sollinger (1)	Frank (5)
Matzdorf (3)	Stein (3)
Heinberg (2)	Nelke (3)
Ullmann (6)	Hentschel (2)
Rosenhain (1)	Wallhausen (1)
Hirschberg (1)	Rothenberg (7)
Wolff (4)	Hünerberg (1)
Rothschild (3)	Wolfes (1)
Leeser (4)	Schoenbeck (1)

Einige Grabsteine tragen auch Begleittexte:

Ephraim Rothschild 1808 - 1901

Sein rastloses Streben, Gutes zu tun und das Wohl seiner Mitmenschen zu fördern, sichern ihm ein unvergessenes und gesegnetes Andenken.

Marianne Wolff, geb. Rothschild 1817 - 1885

Sie war stark im Erfassen und Festhalten des Guten, stark im Dulden, stärker in der Liebe. Sie beglückte alles, was sie umgab.

Adolf Wolff 1822 - 1900

Deine Taten werden für Dich reden. Dein Wirken soll uns Vorbild sein.

Henriette Heinberg, geb. Stern (od. Stein?) 1848 - 1890

Des Mannes treueste Beraterin. Der Kinder sorgsamste Mutter.

Salli Stein 1881 - 1900

Lebt wohl, Ihr meine Lieben. Laßt meinen Tod Euch nicht betrüben.

Was Gott tut, das ist wohlgetan.

Rosa Stein 1890 - 1912

In der Blüte eine Blume welken sehn, läßt gramerfüllt das Herz vergehn.

Wehruf erscholl aus jedem Munde, bei Deines frühen Todes Trauerkunde.

David Hirschberg 1833 - 1893

Wir sind Waisen, haben keinen Vater mehr.



Die älteste entzifferbare Inschrift eines Grabsteines ist von 1846 (Julie Wolfes 1796 - 1846). Die zuletzt hier Begrabene hieß Johanne Wallhausen, geb. Rothenberg, geboren 1873; gestorben 1936.

Der jüdische Friedhof „Über den Rennebäumen", nach der Gemarkungsbezeichnung so benannt, ist nicht alt, vergleicht man ihn mit anderen jüdischen Friedhöfen. Man kann ihn auch nicht als Natur- oder Kulturdenkmal bezeichnen. Das erstere erlauben Umgebung und Anlage, das zweite sein geringes Alter nicht. Sicher gibt es auch nur noch wenige Angehörige, die ab und zu die Stadt und den Friedhof besuchen. Wohl deshalb gab es vor längerer Zeit in einer Ratsversammlung die Anregung, den Friedhof aus Kostengründen einzuebnen. Der Vorschlag wurde abgewiesen. Die Durchführung wäre, aus unterschiedlichen Gründen, eine Unmöglichkeit gewesen.
Über die Bedeutung jedes jüdischen Friedhofes als Erinnerungs- und Mahnstätte wurde schon gesprochen. Der Friedhof in Stadtoldendorf sollte für die Stadt auch deshalb von Bedeutung sein, weil viele Namen auf den Grabsteinen zu finden sind, die aus der positiven Stadtgeschichte nicht wegzudenken sind. Ich nenne hier nur die Namen Rothschild, Wolff und Levy, die allesamt auch auf Straßenschildern stehen könnten. Sollte es bei allen Sparzwängen, die ja bekannt und berechtigt sind, nicht dennoch Mittel und Wege geben, den Friedhof in würdiger Art zu unterhalten? Im einschlägigen Schriftverkehr sind für die Übernahme der Pflege mehrmals Schulpatenschaften vorgeschlagen worden. Sicher gäbe es auch noch andere Möglichkeiten. Es wäre jedenfalls der Mühe wert - eigentlich eine Ehrenpflicht -, einmal darüber nachzudenken. Davon aber einmal abgesehen: Der Landesverband jüdischer Gemeinden würde zu einer Einebnung nie seine Zustimmung geben können, weil es nach jüdischem Religionsverständnis, entgegen dem christlichen, nicht statthaft ist, Gräber einzuebnen. Die Erde, in die sie gebettet sind, „gehört" den Toten für immer. Deshalb gibt es keine Mehrfachbelegung eines Grabes, und der Friedhof muß so, wie er einmal belegt wurde, unverändert für immer bestehen bleiben. (Darin liegt auch das Geheimnis vom Alter jüdischer Friedhöfe). Wir sollten das respektieren - nach allem, was Juden hierzulande genommen und angetan wurde.

Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung

Arthur Braun verschollen in Riga

Klara Braun verschollen in Riga

Leo Fröhlich in Auschwitz

Ida Hahn
geb. Sander verschollen in Auschwitz

Paul Heinberg verschollen in Riga

Marianne Hilb
geb. Wolff verschollen im Osten

Helene Kunert verschollen in Riga

Hermann Loewenstein verschollen in Trawniki

Grete Johanna Loewenstein
geb. Wallhausen verschollen in Trawniki

Ernst Loewenstein verschollen in Trawniki

Margot Loewenstein verschollen in Trawniki

Helmut Loewenstein verschollen in Trawniki

Gertrud Loewenstein
geb. Wallhausen verschollen im Osten

Wilhelm Matzdorf † 28.01.1942 in Sachsenhausen

Alice Matzdorf † 20.04.1941 in Cholm

Clara Meyer, geb. Winkler verschollen in Minsk

Erna Rosenhain verschollen in Polen

Julius Rosenhain verschollen in Trawniki

Julius Rothenberg verschollen in Trawniki

Lydia Rothenberg,
geb. Meyer verschollen in Trawniki

Bertha Rothenberg,
geb. Frankenberg † in Theresienstadt

Julius Stein verschollen in Trawniki

Gerda Cäcilie Stein
geb. Loewenstein verschollen in Trawniki

Hildegard Stein verschollen in Riga

Emma Stridde
geb. Breitenstein Deportation nach Theresienstadt starb 1950 in Hannover

Julie Ullmann
geb. Sander verschollen in Auschwitz

Elisabet Abels Deportation nach Theresienstadt
geb. Ullmann † 25.07.1945 in Göttingen

Theodor Wallhausen † 19.02.1943 in Theresienstadt

Kurt Wallhausen verschollen in Trawniki

Charlotte Wallhausen
geb. Gottlieb verschollen in Trawniki

Dr. Richard Wolff † 03.02.1940 in Sachsenhausen

Zeittafel zur Judenpolitik des NS-Regimes

Diskriminierung, Entrechtung, Verfolgung, Vernichtung

(insgesamt über 2.000 Gesetze, Erlasse und Verordnungen gegen Juden wurden im Zeitraum von 1933 bis 1945 erlassen. Sie sind dokumentiert in dem Buch „Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat" von Joseph Walk. An dieser Stelle seien nur die wichtigsten aufgeführt, zitiert nach „Die Juden in Deutschland 1933-1945", Hrsg. Wolfgang Benz, Verlag C.H. Beck München.)

1933

30. Januar
Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler.

28. Februar
Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat („Reichstagsbrandverordnung") setzt die Grundrechte außer Kraft.

23. März
Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ermächtigungsgesetz)

1. April
Boykott aller jüd. Geschäfte durch die SA
Aktionen gegen jüd. Ärzte, Juristen und Studenten

7. April
Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums"
Ausschaltung u.a. aller „nichtarischen" Beamten (Sonderregelungen für jüd. Frontkämpfer)

13. April
Zusammenschluß der jüd. Organisationen zum „Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau", Vorläufer der „Reichsvertretung der Juden".

21. April
Gesetz über das Schlachten von Tieren: Das Schlachten nach jüd. Ritus wird verboten.

22. April
Auschluß der „nichtarischen" Lehrer aus den Lehrervereinen

22. April
Die Zulassung von Kassenärzten „nichtarischer" Abstammung erlischt (Ausnahme: Frontkämpfer).

22. April
Einführung des „Arierparagraphen" im Deutschen Apothekerverein

25. April
Numerus clausus für jüd. Studenten u. Schüler

25. April
Die deutschen Sport- u. Turnvereine übernehmen den „Arierparagraphen".

6. Mai
„Nichtarische" Steuerberater werden nicht mehr zugelassen.

7. Mai
Kündigung aller jüd. Arbeiter und Angestellten der Wehrmacht.

10. Mai
Bücherverbrennungen

2. Juni
Verordnung über die Tätigkeit von Zahnärzten und Zahntechnikern bei den Krankenkassen: Eine Inanspruchnahme der Krankenkassen für die Tätigkeit „nichtarischer" Zahnärzte und Zahntechniker ist nicht mehr möglich.

14. Juli
Gesetz über Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit (insbesondere auf Juden aus Osteuropa angewendet).

20. Juli
Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ermöglicht Entlassung auch „nichtarischer" Frontkämpfer

23. Juli
Einführung des „Arierparagraphen" im Reichsverband Deutscher Schriftsteller.

26. Juli
Runderlaß des Reichsfinanzministers: Die Auswanderung von Juden ist erwünscht und darf nicht unterbunden werden, aber die Reichsfluchtsteuer wird erhoben.

10. August
Vertretungsverbot „arischer" und „nichtarischer" Ärzte bei Kassenbehandlung

17. August
Runderlaß des Reichsarbeitsministers: „Arische" Abstammung des Ehegatten der Beamten ist erforderlich.

22. August
In zahlreichen Orten Badeverbote (an Badestränden, in öffentlichen Bädern usw.) für Juden.

13. September
Vererbungslehre und Rassenkunde wird pflichtmäßiges Prüfungsgebiet für alle Schüler

22. September
Reichskulturkammergesetz: Für alle Bereiche der Kultur werden Kammern geschaffen. Zugehörigkeit ist Voraussetzung für die Betätigung in einem der Kulturzweige. Juden sind ausgeschlossen.

29. September
Reichserbhofgesetz: Bauer kann nur sein, wer deutscher Staatsbürger, deutschen oder stammesgleichen Blutes und ehrbar ist.

30. September
Der Kyffhäuser-Bund (Reichskriegerbund) schließt „Nichtarier" aus.

20. Oktober
Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund verbietet mit sofortiger Wirkung allen seine Mitgliedern, jüdische Repetitoren zu besuchen.

31. Oktober
Sämtliche Rechtsanwälte und Juristen müssen dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen angehören, der nur „arische" Mitglieder aufnimmt. Die zugelassenen „nichtarischen" Rechtsanwälte bleiben in der Ausübung ihres Berufes unbehindert.

7. November
Änderung der Personalordnung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft
Wer „nichtarischer" Abstammung oder mit einer Frau „nichtarischer" Abstammung verheiratet ist, darf als Beamter bei der Reichsbahn nicht berufen werden. Beamte arischer Abstammung, die mit einer Frau „nichtarischer" Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen.

13. November
„Nichtarier" können weder als Schöffen noch als Geschworene berufen werden.

27. November
Die Aufführung von jüd. Fest- u. Feiertagen in Behördenkalendern wird verboten.

16. Dezember
Rundschreiben des Reichswirtschaftsministeriums zur ungestörten Abwicklung des Weihnachtsgeschäfts (Schutz jüd. Firmen).

1934

28. Februar
Einführung des Arierparagraphen in der Wehrmacht (Ausnahmen für „Nichtarier" erlöschen mit dem Ausscheiden aus dem Dienst.)

5. März
Die Reichsschrifttumkammer verbietet den Vertrieb nationalsozialistischer Literatur durch Juden und Auslieferung an jüd. Firmen und Warenhäuser.

5. März
Das Auftreten von „Nichtariern" als Schauspieler ist auf deutschen Bühnen nicht mehr gestattet.

17. Mai
„Nichtarische" Ärzte oder Ärzte mit „nichtarischen" Ehepartnern verlieren die Zulassung zu den Krankenkassen, auch wenn sie Frontkämpfer sind.

18. Mai
Gesetz über die Reichsfluchtsteuer. Die Freigrenze wird von 200 000 RM auf 50 000 RM herabgesetzt.

23. Juni
Runderlaß der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung
Die Zuteilung von ausländischer Währung an Auswanderer wird von 10 000 RM auf 2 000 RM herabgesetzt. Nur eine mittelbare Transferierung ist zulässig.

26. Juni
Beamte, die „nichtarischer" Abstammung oder deren Ehepartner „nichtarisch" sind, sind nicht zu befördern.

28. Juli
Im Rahmen des „Haavara"-Abkommens ist es Juden erlaubt, durch Ankauf deutscher Waren Vermögen nach Palästina zu übertragen.

31. August
Prüfungsordnung für Tierärzte: Die Bewerber haben nachzuweisen, daß sie Arbeitsdienst geleistet haben (zu dem Juden nicht zugelassen wurden).

8. Dezember
Prüfungsordnung für Apotheker: „Nichtarier" werden zu der Prüfung nicht zugelassen.

13. Dezember
Reichshabilitationsordnung: Die Habilitation ist von der „arischen" Abstammung abhängig.

1935

16. Januar
Allgemeine Verfügung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und sonstige Angelegenheiten der Rechtsanwälte: Anträge auf Zulassung haben Angaben über die „arische" Abstammung des Antragstellers zu enthalten.

5. Februar
Änderung der Prüfungsordnung für Ärzte und Zahnärzte: Nachweis der „arischen" Abstammung erforderlich.

10. Februar
Jüd. Versammlungen, in denen für das Verbleiben in Deutschland Propaganda gemacht wird, sind verboten.

März
Allen jüd. Schriftstellern wird vom Präsidenten der Reichsschrifttumskammer mitgeteilt, daß ihnen jede schriftstellerische und literarische Tätigkeit in Deutschland untersagt ist.

12. März
Das Handwerkszeichen wird an „nichtarische" Handwerker nicht mehr abgegeben.

11. April
Parteimitgliedern wird der persönliche Verkehr mit Juden verboten.

24. April
Anordnung der Reichspressekammer zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens: Zeitungsverleger werden aufgefordert, ihre „arische" Abstammung bis zum Jahr 1800 zu beweisen.

21. Mai
Wehrgesetz: Voraussetzung für den aktiven Wehrdienst bildet die „arische" Abstammung.

11. Juni
Verfügung des preußischen Innenministers: Im Hinblick auf die Olympiade 1936 sind Tafeln „Juden unerwünscht" und dgl. von Hauptverkehrsstraßen unauffällig zu entfernen.

18. Juni
Voraussetzung für die Diplomprüfung für Landwirte ist

der Nachweis „arischer" Abstammung.

6. September
Der Verkauf von jüd. Zeitungen auf den Straßen ist verboten.

10. September
Ankündigung der Rassentrennung in den Volksschulen ab 1936

11. September
„In Zukunft sind für Juden nur Pässe mit Geltung für das Inland auszustellen."

15. September
„Nürnberger Gesetze"
Reichsbürgergesetz: Reichsbürger sind nur Staatsangehörige „deutschen oder artverwandten Blutes".
Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre:
1: Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig.
2: Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten („Rassenschande").
3: Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen
4: Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.

18. September
Gestapo verfügt Inschutzhaftnahme wegen „Rassenschande".

30. September
Beurlaubung sämtlicher jüd. Richter, Staatsanwälte und Beamter.

17. Oktober
Jüdische Kinobesitzer müssen ihre Kinos bis zum 10.12.1935 an „Arier" verkaufen.

30. Oktober
Juden wird das Führen von Künstlernamen verboten.

14. November
1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Aberkennung des Wahlrechts und der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter; Entlassung aller jüd. Beamten einschließlich der Frontkämpfer

14. November
1. Verordnung zum Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre
Verbot von Eheschließungen zwischen Juden und „Mischlingen" 2. Grades.

18. November
Auflösung des Verbandes Nationaldeutscher Juden.

Dezember
Juden werden aus dem Reichsbund der Deutschen Kapital- u. Kleinrentner e.V. ausgeschlossen.

21. Dezember
2. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Die Verordnung bestimmt, wer als Beamter (Hochschulleher usw.) anzusehen ist und entlassen wird.

1936

14. Februar
Entziehung der Lehrbefugnis von jüd. Honorarprofessoren, nicht beamteten außerordentlichen Professoren und Dozenten an wissenschtlichen Hochschulen

31. März
Bekanntmachung des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer
Die Mitglieder des Bundes Reichsdeutscher Buchhändler sind verpflichtet, für die Berechtigten und deren Ehegatten den Nachweis der „arischen" Abstammung bis zum Jahre 1800 zu erbringen.

19. Juni
Die Apothekerkonzession darf an Juden nicht mehr verliehen werden.

4. September
Die Aufhebung des jüd. Religionsunterrichts an den höheren Schulen wird auf Mittelschulen ausgedehnt.

4. Oktober
Runderlaß des Reichsinnenministeriums zur Taufe von Juden: Der Übertritt zum Christentum verändert den Status nicht.

9. Oktober
Verbot der politischen Betätigung des Reichsbundes jüd. Frontkämpfer (Beschränkung auf Betreuung der jüd. Kriegsopfer)

21. Oktober
Der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens" muß seinen Namen in „Jüdischer Centralverein" ändern.

21. Dezember
Verbot jüdischer Versammlungen und Veranstaltungen

1937

26. Januar
Deutsches Beamtengesetz: Beamter kann nur werden, wer deutschen oder artverwandten Blutes ist und mit einer Person gleicher Abstammung (außer Mischling des zweiten Grades) verheiratet ist. Beamte, die diese Bedingung nicht erfüllen, sind zu entlassen.

13. Februar
Reichsnotarverordnung
Juden dürfen nicht zum Notar bestellt werden.

13. März
Einrichtung jüd. Sonderklassen in Berufschulen

18. März
Erneute Gestapo-Anweisung zur strengen Überwachung assimilatorisch eingestellter Juden

10. April
Die Loge „B'nai B'rith" und andere jüd. Organisationen werden aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt.

15. April
Juden werden zur Doktorprüfung nicht mehr zugelassen

8. September
3. Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen: Nicht zuzulassen sind Ärzte, die selbst oder deren Ehegatten nicht deutschen oder artverwandten Blutes sind.

13. September
Juden können aus der Schutzhaft entlassen werden, wenn eine Auswanderung nach Palästina oder nach Übersee gewährleistet ist.

4. Oktober
Jüdisch „versippte" Richter sind in Zukunft nur in Grundbuch-, Verwaltungssachen und ähnlichen Bereichen zu beschäftigen.

8. Oktober
Bestallungsordnung für Apotheker: Die Bestallung ist zu versagen, wenn der Bewerber Jude ist.

21. Oktober
Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei zur Rückkehr von Emigranten in das Reichsgebiet: Emigranten werden bei ihrer Rückkehr verhaftet und in „Schulungslager" eingewiesen. Als Emigrant gilt, wer das Reich nach dem 30.1.1933 aus politischen Gründen verlassen hat.

4. November
Im Verkehr mit den Justizbehörden wird Juden der „Deutsche Gruß" nicht mehr gestattet.

16. November
Erlaß des Reichsinnenministeriums: Auslandspässe dürfen Juden nur in Ausnahmefällen ausgestellt werden, nämlich
1. für die Auswanderung
2. für Reisen im volkswirtschaftlichen Interesse Deutschlands
3. bei schwerer Erkrankung oder bei Todesfällen von Angehörigen
4. bei eigener Erkrankung
5. zum Besuch von Kindern in ausländischen Erziehungsanstalten.

17. Dezember
Der Unterricht der hebräischen Sprache an höheren Schulen wird verboten, Prüfungen in diesem Fach finden nicht mehr statt.

1938

1. Januar
Juden können nicht Mitglieder des Deutschen Roten Kreuzes sein.

1. Januar
Ausschluß der jüd. Ärzte aus den Ersatzkassen.

5. Januar
Gesetz über die Änderung von Familien- u. Vornamen: Grundsätzlich ist die Änderung jüd. Familiennamen von Nichtjuden oder von Deutschen, in deren Familien der Anteil jüd. Blutes gering ist, zu bestätigen. Änderungen jüd. Familiennamen von Juden oder jüd. „Mischlingen" sind nicht statthaft, da sie zur Verschleierung der Abstammung beitragen.

16. Februar
„Arierparagraphen" in der Bestallungsordnung für Tierärzte.

18. März
Juden wird die gewerbsmäßige Herstellung, Bearbeitung oder Instandsetzung von Schußwaffen oder Munition, gewerbsmäßiger Erwerb, Freihalten oder Überlassen sowie Vermittelung solcher Geschäfte verboten.

28. März
Die jüd. Gemeinden verlieren den Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts". Ab 1.4.1938 gelten sie als Vereine und müssen die Eintragung in das Vereinsregister beantragen.

26. April
Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden über 5 000 RM. Der Beauftragte für den Vierjahresplan kann Maßnahmen treffen, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Interesse der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.

31. Mai
Juden werden von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen.

9. Juni
Juden wird verboten, als Gasthörer an deutschen Universitäten Vorlesungen zu besuchen.

14. Juni
3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Registrierung und Kennzeichnung jüd. Gewerbebetriebe.

15. Juni
„Juni"-Aktion, Verhaftung aller (auch wegen Bagatelldelikten) „vorbestraften" Juden und Einweisung in Konzentrationslager.

20. Juni
Auschaltung der Juden aus dem Börsenhandel

6. Juli
Änderung der Gewerbeordnung für das deutsche Reich: Juden wird die Ausübung des Bewachungsgewerbes, die gewerbsmäßige Auskunftserteilung über Vermögen und persönliche Angelegenheiten, das Handeln mit Grundstücken, die Vermittlung von Immobilienverträgen und Darlehen der Hausverwaltung, die gewerbsmäßige Heiratsvermittlung, das Fremdenführergewerbe sowie der Hausierhandel und die Ausübung eines Gewerbes außerhalb des Ortes der Niederlassung verboten. (Die Verbote treten zu verschiedenen Zeitpunkten bis 31.12.1938 in Kraft.)

23. Juli
Einführung der Kennkarte für Juden ab 1.1.1939.

25. Juli
4. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Streichung der Approbation der jüd. Ärzte ab 30.9.1938. Danach können jüd. Ärzte nur in Ausnahmefällen als „Krankenbehandler" für Juden tätig sein.

27. Juli
Runderlaß des Reichsinnenministeriums über jüd. Straßennamen: Sämtliche nach Juden und jüd. „Mischlingen 1. Grades" benannten Straßen sind umzubenennen.

17. August
Ab 1.1.1939 müssen Juden ihren Vornamen den Zwangsnamen „Sara" bzw. „Israel" hinzufügen.

27. September
5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Streichung der Zulassung aller jüd. Rechtsanwälte ab 30.11.1938. Weitere Tätigkeit ist nur in Ausnahmefällen als „jüd. Konsulenten" für Juden erlaubt.

28. September
Juden dürfen Krankenpflege nur an Juden oder in jüd. Anstalten ausüben; ihre Ausbildung erfolgt nur an jüd. Krankenpflegeschulen.

3. Oktober
Vorträge für jüd. Veranstaltungen müssen zuvor vom Propagandaministerium genehmigt werden.

5. Oktober
Einziehung der Reisepässe von Juden und erschwerte Neuausgabe mit Kennzeichen „J".

28. Oktober
Ausweisung in Deutschland lebender Juden polnischer Nationalität.

7. November
Attentat Herschel Grünspans (Grynszpans), dessen Eltern von der „Polen-Aktion" betroffen sind, in Paris auf den deutschen Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath.

9/10. November
„Reichskristallnacht": Von der NSDAP organisierter Pogrom.

12. November
Verordnung über eine Sühneleistung der deutschen Juden in Höhe von 1 Milliarde RM.

12. November
1. Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben: Schließung aller jüd. Geschäfte u. Handwerksbetriebe.

12. November
Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüd. Gewerbebetrieben: Juden haben alle Schäden des Pogroms selbst zu tragen.

12. November
Juden wird der Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten, Ausstellungen usw. verboten.

15. November
Jüd. Kindern ist der Besuch deutscher Schulen nicht mehr gestattet.

28. November
Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit: Einschränkung der Bewegungsfreiheit.

28. November
Erfassung der jüd. Wohnungen.

29. November
Juden ist das Halten von Brieftauben verboten.

Dezember
Anordnung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda
Jüd. Verlage und Buchhandlungen sind bis zum 31.12.1938 aufzulösen.

3. Dezember
Entziehung der Führerscheine und Zulassungspapiere für Juden.

3. Dezember
Verordnung über den Einsatz des jüd. Vermögens: Zwangsveräußerung jüd. Gewerbebetriebe, von Grundeigentum, Wertpapieren, Juwelen, Schmuck und Kunstgegenständen.

5. Dezember
7. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Die Ruhegehälter ausgeschiedener jüd. Beamter werden herabgesetzt.

9. Dezember
Erlaß des Reichswirtschaftsministers
Nichtzulassung von Juden zu handwerklichen, kaufmännischen usw. Prüfungen.

1939

Anfang 1939
Alle jüd. politischen Organisationen werden aufgelöst (einschließlich der Zionistischen Vereinigung und des Centralvereins).

17. Januar
8. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Erlöschen der Zulassung jüd. Zahnärzte, Tierärzte u. Apotheker.

24. Januar
Errichtung der Reichszentrale für die jüd. Auswanderung.

15. März
Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei: Verhinderung illegaler Auswanderung von Juden.

30. April
Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden: Gesetzliche Vorbereitung zur Zusammenlegung jüd. Familien in „Judenhäusern".

4. Juli
10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Errichtung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" (anstelle der Reichsvertretung der Juden in Deutschland) als Zwangsverband aller „Nichtarier" unter Gestapo-Kontrolle.

1. September
Ausgangsbeschränkungen für Juden im Winter ab 20 Uhr, im Sommer ab 21 Uhr.

7. September
Inschutzhaftnahme aller männlichen polnischen Juden.

12. September
Zuweisung von besonderen Lebensmittelgeschäften für Juden.

20. September
Juden wird der Besitz von Rundfunkempfängern verboten.

12. Oktober
Erste Deportationen aus Österreich und dem „Protektorat" ins „Generalgouvernement".

1940

12./13. Februar
Deportation der Stettiner Juden ins „Generalgouvernement".

10. April
Für alle in den Konzentrationslagern inhaftierte jüd. Schutzhäftlinge wird für die Dauer des Krieges eine allgemeine Entlassungssperre angeordnet.

13. April
Juden werden aus der privaten Krankenversicherung ausgeschlossen.

30. April
Erstes bewachtes Ghetto in Lodz („Generalgouvernement") wird errichtet.

3. Juni
Erlaß zur arbeitsrechtlichen Behandlung der Juden: Keinerlei Vergünstigungen wie Lohnzahlungen für Feiertage oder Weihnachtsgratifikationen.

4. Juli
Für den Einkauf von Lebensmitteln von und für Juden wird in Berlin die Stunde von 4 bis 5 Uhr nachmittags festgesetzt.

19. Juli
Ausschluß der Juden als Fernsprechteilnehmer.

7. Oktober
Bei Benutzung der Luftschutzräume durch Juden soll auf ihre Abtrennung von den übrigen Bewohnern geachtet werden.

16. Oktober
Errichtung des Warschauer Ghettos.

22. Oktober
Deportation von Juden aus Elsaß-Lothringen, dem Saarland, der Pfalz und Baden nach Südfrankreich („Bürckel-Aktion").

15. November
Alle Angehörigen der deutschen Polizei sollen im Laufe des Winters den Film „Jud-Süß" sehen.

9. Dezember
Verordnung über Kinderbeihilfen: Kinderbeihilfen werden nur für Kinder gewährt, die „deutschen" oder „artverwandten" Blutes sind.

12. Dezember
Sämtliche jüd. Geisteskranke sollen in der jüd. Heil- u. Pflegeanstalt Sayn-Bendorf konzentriert werden.

1941

26. April
Erlaß über jüd. Schulen: Die Reichsvereinigung wird angewiesen, ihre Schulen in großen Städten zu konzentrieren und die „Zwergschulen" aufzulösen.

6. Mai
Verfahrensordnung der Reichskammer der bildenden Künste als Ankaufsstelle für Kulturgut. Die Verordnung regelt das Verfahren der Reichskammer als Ankaufsstelle für jüd. Kulturgut; u.a. kann der jüd. Eigentümer zum Verkauf gezwungen werden.

20. Mai
Die Auswanderung von Juden in das unbesetzte Frankreich ist angesichts der bevorstehenden „Endlösung" zu verhindern. Die Auswanderung wird in Zukunft nur in Sonderfällen und mit spezieller Genehmigung des Reichssicherheitshauptamtes gestattet.

Juni/August
Pogrome in den besetzten russischen Gebieten.

26. Juni
Juden erhalten keine Zusatzscheine mehr für Seife und Rasierseife.

20. Juli
Juden erhalten keine Entschädigung für Kriegsschäden.

31. Juli
Heydrich wird beauftragt, alle erforderlichen Vorbereitungen in „sachlicher und materieller Art zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa".

August
Juden im wehrfähigen Alter (18 bis 45) wird die Auswanderung nicht mehr gestattet.

2. August
Juden dürfen die allgemeinen Leihbüchereien nicht mehr benutzen.

30. August
Sperre des Inlandsvermögens der nach den Niederlanden ausgewanderten Juden.

1. September
Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden: Einführung des Judensterns im Reich ab 15.9.1941 für alle Juden vom 6. Lebensjahr an.

3. September
Erste „Versuchsvergasungen" in Auschwitz

18. September
Erlaß des Reichsverkehrsministeriums über die Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden: Verlassen des Wohnorts nur mit polizeilicher Erlaubnis, Verbot, Schlaf- u. Speisewagen zu benutzen, Benutzung übriger Verkehrsmittel

nur mit erheblichen Einschränkungen.

24. September
Juden wird der Gebrauch von Schecks verboten; ihre Scheckhefte werden eingezogen.

24. September
Allgemeine Verfügung über die Nichtigkeit letztwilliger Verfügungen, durch die ein „deutschblütiger" Erblasser einen Juden bedenkt.

29/30. September
Massenmorde in Kiew durch „Einsatzgruppe C": Erschießung von 33 771 Juden in der Schlucht von Babijar.

Oktober/Dezember
Judenvernichtungen durch „Einsatzgruppen" in ganz Südrußland.

14. Oktober
Beginn der systematischen Deportationen von Juden aus dem „Altreich".

23. Oktober
Emigrationsverbot für die Dauer des Krieges.

24. Oktober
Runderlaß des Reichssicherheitshauptamtes: „Deutschblütige Personen, die freundschaftliche Beziehungen zu Juden zeigen, sind in Schutzhaft zu nehmen, der Jude in ein Konzentrationslager einzuliefern."

24. Oktober
Befehl zur Deportation von ca. 50 000 Juden aus dem „Altreich", Österreich und Böhmen-Mähren in den Osten.

31. Oktober
Arbeitsverhältnis von Juden: Der Jude ist als Artfremder nicht Mitglied einer deutschen Betriebsgemeinschaft. Eine Reihe von sozialen Gesetzen findet keine Anwendung: Juden haben die ihnen von den Arbeitsämtern zugewiesene Beschäftigung anzunehmen und werden gruppenweise, getrennt von der übrigen Gefolgschaft, eingesetzt. Jüd. Jugendliche können zu allen Tageszeiten beschäftigt werden. Auch Schwerbeschädigte müssen die ihnen zugewiesene Arbeit annehmen.

4. November
Abschiebung von Juden, die nicht in volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben beschäftigt sind, in die Ostgebiete.

13. November
Erfassung von Schreibmaschinen, Fahrrädern, Photoapparaten und Ferngläsern bei Juden.

25. November
11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Einziehung jüd. Vermögens bei der Deportation.

12. Dezember
Verbot der Benutzung öffentlicher Fernsprechzellen durch Juden.

18. Dezember
Schwerkriegsbeschädigte Juden erhalten keinen Ausweis mehr, der sie als schwerkriegsbeschädigt kenntlich macht.

20. Dezember
Bescheid über das Ruhen von Renten der Juden gemäß der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz.

Ende Dezember
Beginn der Massenvernichtung im Vernichtungslager Chelmno.

1942

5. Januar
Sammelaktion für die Ostfront: Juden haben bis zum 16.1.1942 ihre Pelz- u. Wollsachen sowie Skier, Ski- und Bergschuhe abzugeben.

15. Januar
Beginn der „Umsiedlungsaktion" von Lodz nach Chelmno.

20. Januar
Wannsee-Konferenz über die Ausrottung des europäischen Judentums (I. Konferenz von Vertretern der Reichsbehörden zur „Endlösung der Judenfrage").

14. Februar
Auflösung von jüdischen Auswanderer-Beratungsstellen.

15. Februar
Juden dürfen keine Haustiere mehr halten.

17. Februar
Juden werden vom Zeitungsbezug ausgeschlossen.

6. März
2. Konferenz über die „Endlösung" in Berlin: Erörterung der Möglichkeiten zur Sterilisation aller „Mischlinge".

13. März
Erlaß über die Kennzeichnung der Wohnungen von Juden.

17. März
Errichtung des Vernichtungslagers Belzec.

Mitte März
Beginn der „Aktion Reinhard" (Liquidierung des Ghettos in Polen und Deportation in die Vernichtungslager.)

24. April
Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Juden im Reich.

Anfang Mai
Errichtung des Vernichtungslagers Sobibor.

12. Mai
Juden dürfen von nichtjüdischen Friseuren nicht mehr bedient werden.

26. Mai
Verbot des Verkaufes deutscher Volkstrachten an Fremdvölkische und Juden.

Juni
Beginn der Massenvergasungen in Auschwitz.

2. Juni
Beginn der Deportation deutscher Juden in das Ghetto Theresienstadt.

9. Juni
Juden haben alle entbehrlichen Kleidungsstücke abzuliefern.

11. Juni
Juden erhalten keine Raucherkarte mehr.

20. Juni
Die Reichsvereinigung wird angewiesen, mit Wirkung vom 30.6.1942 sämtliche jüd. Schulen zu schließen

Juli
Errichtung des Vernichtungslagers Treblinka

22. Juli
Die „Umsiedelung" der Warschauer Ghetto-Bewohner in die Vernichtungslager Belzec und Treblinka beginnt.

26. August
Deutschblütige Hausangestellte dürfen nicht mehr bei Juden beschäftigt werden und wohnen.

1. September
Anordnung des Reichsministers des Innern:
Der Nachlaß verstorbener KZ-Häftlinge fällt an das Reich.

18. September
Die Versorgung von Juden mit Fleisch, Eiern, Milch und anderen zugeteilten Lebensmitteln wird eingestellt.

24. September
Soldaten ist die Heiratserlaubnis mit Frauen, die früher mit einem Juden verheiratet waren, zu verweigern.

Oktober
Im Reichsgebiet befindliche Konzentrationslager werden „judenfrei" gemacht und die jüdischen Häftlinge nach Auschwitz gebracht.

27. Oktober
3. Konferenz über die „Endlösung" in Berlin: Plan zur Zwangstrennung aller „Mischehen" und Programm zur Sterilisierung der „Mischlinge".

1943

27. Februar
„Fabrik-Aktion 2 in Berlin: Deportation der jüd. Zwangsarbeiter nach Auschwitz.

11. März
Juden sind nach Verbüßung einer Strafe - gleich welcher Höhe - auf Lebenszeit den Konzentrationslagern Auschwitz oder Lublin zuzuführen.

19. April-16. Mai
Aufstand im Warschauer Ghetto.

29. April
Die Presse wird angewiesen, die Judenfrage fortlaufend und ohne Pause zu behandeln.

Anfang Juni
Mit Wirkung vom 10.6.1943 wird die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland aufgelöst.

11. Juni
Himmler befiehlt die Liquidierung aller polnischen Ghettos. Am 21. Juni wird der Befehl auf die Sowjetunion ausgedehnt.

19. Juni
Goebbels erklärt Berlin für „judenfrei".

1. Juli
13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Die Juden werden unter Polizeirecht gestellt. Nach dem Tode eines Juden fällt sein Vermögen an das Reich.

August/Dezember
Liquidierung der polnischen und russischen Ghettos.

1944

12. Januar
Juden erhalten keine Kontrollkarten für den Briefverkehr mit dem Ausland mehr.

8. Februar
Jüd. „Mischlinge" ersten Grades und mit Juden oder jüd. „Mischlingen" ersten Grades Verheiratete werden von der Mitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront ausgeschlossen.

April/Juni
Massendeportationen aus Südeuropa nach Auschwitz.

20. Juli
Sowjetische Truppen befreien das KZ Maidanek.

Herbst
Beginn der Rückführung von Häftlingen vor den heranrückenden alliierten Armeen in das Reich.

2. November
Vergasungen in Auschwitz werden eingestellt.

26. November
Zerstörung der Gaskammern und Krematorien in Auschwitz-Birkenau.

1945

27. Januar
Auschwitz wird von sowjetischen Truppen befreit.

16. Februar
Runderlaß zur Behandlung von „Entjudungsakten": Wenn der Abtransport von Akten, deren Gegenstand antijüdische Tätigkeiten sind, nicht möglich ist, sind sie zu vernichten, damit sie nicht dem Feind in die Hände fallen.

11. April
Buchenwald wird von amerikanischen Truppen befreit.

15. April
Bergen-Belsen wird von alliierten Truppen befreit.

29. April
Dachau wird von amerikanischen Truppen befreit.

2. Mai
Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes übernehmen Theresienstadt.

7./9. Mai
Kapitulation der deutschen Wehrmacht.

Jüdische Stiftungen in Stadtoldendorf

Schenkung „Adolf Wolff", 1900

Anläßlich des Todes von Adolf Wolff am 27. Februar 1900 stiften zum Gedenken sein Sohn Oscar Wolff und der Schwiegersohn Julius Matzdorf 1000,- RM, die durch den Stadtmagistrat der Stadt Stadtoldendorf an Bedürftige verteilt werden sollen. 90 Stadtoldendorfer Bürger, die als bedürftig gelten erhalten eine einmalige Unterstützung, die zwischen 4,- und 12,- RM pro Person liegt.



Charlottenstift, 1900/01

1900/01 schenkte Max Levy anläßlich seines fünfzigsten Geburtstages der Stadt Stadtoldendorf ein voll eingerichtetes Krankenhaus, das nach seiner Frau benannte Charlottenstift.

„Gertrud Wolff Stiftung", 1911/1912

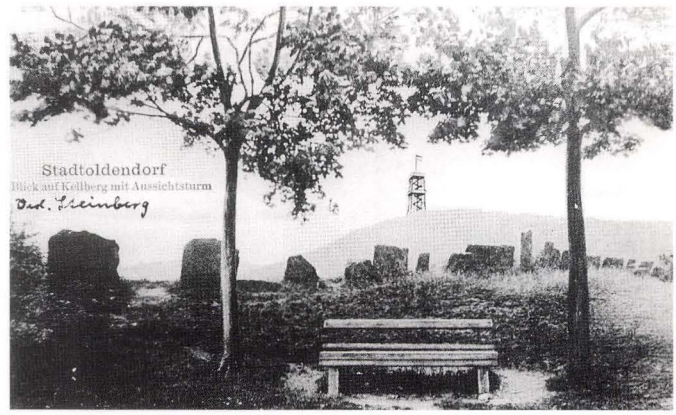
Am 15. November 1911 begründet Frau Gertrud Wolff mit einer Kapitaleinlage von 30.000,- RM die nach ihr benannte „Gertrud-Wolff- Stiftung". Die Erträge aus der Verzinsung des Kapitals werden wie folgt genutzt: „Im hiesigen Krankenhaus Charlottenstift sollen für Bedürftige der Stadt Stadtoldendorf und den . . . Nachbarorten zwei Freibetten unterhalten werden. Das Gesuch für die Gewährung eines Freibettes ist beim Vorsitzenden des Kuratoriums oder dessen Stellvetreter einzureichen. Die Verwaltung der Stiftung geschieht durch ein Kuratorium, welches aus dem Bürgermeister von Stadtoldendorf, einem Mitgliede der Stadtverordnetenversammlung, einem Armenpfleger, dem Chefarzt des Krankenhauses und einem Mitgliede des Direktoriums der Firma A.J. Rothschild Söhne besteht." In der Praxis bedeutete dies, daß der behandelnde Hausarzt die Aufnahme des Patienten zur Behandlung in das Krankenhaus beantragte und damit gleichzeitig den Nachweis für die Bedürftigkeit führte. Das Stiftungskapital wurde am 22. Dezember 1921 von Oscar Wolff noch einmal um 30.000,- RM aufgestockt.

„Adolf-Wolff-Stiftung", 1901/1902

Am 27. Februar 1901 gründete Oscar Wolff zum Gedenken an seinen Vater, den Fabrikanten Adolf Wolff, der am 27. Februar 1900 verstarb, eine Stiftung mit einem Kapitalvermögen von 30.000,- Mark. Zweck der Stiftung: „Aus der Stiftung sollen alljährlich am 27. Februar die Zinsen des Kapitals zur Hälfte an Bedürftige der Stadt Stadtoldendorf, zur Hälfte an Bedürftige der Ortsgemeinden Wangelnstedt, Lenne, Emmerborn, Linnenkamp, Heinade, Braak, Deensen, Arholzen, Golmbach, Negenborn und Holenberg nach Maßgabe eines Verteilungsplans, welcher stets im Januar festzustellen ist, verteilt werden." Das Kapital wurde beim Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Finanzcollegium mit einer Verzinsung von 4% festgelegt. Die Stiftung wurde geleitet von einem Kuratorium, das sich aus dem jeweiligen Bürgermeister Stadtoldendorfs, einem Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, einem Mitglied der Armendeputation, einem Magistratsrat und einem Mitglied des Direktoriums der Firma A.J. Rothschild Söhne zusammensetzte.

Kellberg-Turm

1906 stiftete der Fabrikant Oskar Wolff dem Verschönerungsverein der Stadt Stadtoldendorf, dem er selbst angehörte, den Aussichtsturm auf dem Kellberg.



Kindergarten

1910 Stiftung des Kindergartens durch Charlotte und Max Levy. Die sogenannte, eigens erbaute Kleinkinderschule ist eine Schenkung an den Vaterländischen Frauenverein und trägt den Namen Herzogin-Viktoria-Luisen-Schule, benannt nach der Gattin des Herzogs von Braunschweig.

Schenkung „Oskar Wolff", 1911

Anläßlich ihrer Silberhochzeit am 31. Oktober 1911 stiftet das Ehepaar Oskar und Gertrud Wolff, geb Ostwald einen Betrag von 1.500,- RM, die der Unterstützung von Bedürftigen in Stadtoldendorf und den umliegenden Ortsgemeinden dienen sollen. Der Stadtmagistrat übernimmt die Verteilung.

Sitzungssaal

1912 stiftet Levy der Stadt den prunkvoll ausgestatteten Sitzungssaal für die Stadtverordnetenversammlung im Neuen Rathaus. Levy bekommt den Titel „Geheimer Kommerzienrat" verliehen.

„Paul-Levy-Stiftung"

1916 stirbt der Sohn des Fabrikanten Max Levy, Paul Levy, im Felde innerhalb von drei Tagen an der spanischen Grippe. Der Vater errichtet die „Paul-Levy-Stiftung" mit einer Einlage von 100.000 RM, die bedürftigen Stadtoldendorfer Kriegshinterbliebenen eine regelmäßige Unterstützung zukommen läßt.

„Lore-Schoenbeck-Stiftung"

Das Ehepaar Else und Dr. Joseph Schoenbeck stiftete zum Andenken an ihre verstorbene Tochter Eleonore Schoenbeck (1914-1929) 1.500 RM zur Beschaffung von Büchern für die Mittelschule. Der Punkt 3 der Satzung sah vor: „Bücher mit lediglich religiösem oder weltanschaulichem Inhalt dürfen nicht beschafft werden". 1936 wurde auf Antrag des Bürgermeisters von Stadtoldendorf bei der Kreisdirektion dieser Passus gestrichen. Fortan ließ sich mit den Mitteln der Stiftung auch Nazi-Literatur beschaffen. Weiterhin verlangte der Bürgermeister eine Abänderung des Namens, da es sich bei dem Stifter Dr. Joseph Schoenbeck um einen Juden handelte. Dieser Forderung verlieh er 1938 noch einmal Nachdruck mit der Begründung, daß Schoenbeck von einem Sondergericht zu 4 Jahren Zuchthaus und dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden sei. Die Stiftung erhielt daraufhin den Namen „1.500 RM-Bücherstiftung".

Literaturangabe:

Barkai, Avraham, Vom Boykott zur „Entjudung" - der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden, Fischer Taschenbuch 43

Bein (Hrsg.), Reinhard, Materialien zur Landesgeschichte „Juden in Braunschweig 1900-1945", Döring-Druck, Braunschweig, 1988

Benz, Wolfgang, Die Juden in Deutschland 1933-1945, Verlag C.H. Beck, München, 1988

Bilzer, B., Moderhack, R. (Hrsg.), Brunsvicensia Judaica - Gedenkbuch für die jüdischen Mitbürger der Stadt Braunschweig 1933-1945, in Braunschweiger Werkstücke - Veröffentlichungen aus Archiv, Bibliothek und Museum der Stadt, Bd. 35, Braunschweig 1966

Blau, Bruno, Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland, Düsseldorf 1954

Buchholz, Marlis : Die hannov. Judenhäuser, Zur Situation der Juden in der Zeit der Ghettoisierung u. Verfolgung 1941-45, Verlag August Lax, Hildesheim, 1987

Eggeling, E., Chronik von Stadtoldendorf (1921, 1936)

Gedenkbuch des Bundesarchivs Koblenz, 2 Bände, Frankfurt/M. 1986
„Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-45"
Angabe von Deportationsziel und Sterbedatum von allen Opfern soweit ermittelt, Identifizierung im Zweifelsfall über das Geburtsdatum

Hermon, Zvi, Vom Seelsorger zum Kriminologen, Göttingen 1990,

Homeyer, Friedel, Gestern & Heute, Juden im Landkreis Hannover, Landkreis Hannover, 1984

Kampmann, Wanda, Deutsche und Juden, Fischer Taschenbuch, Nr. 3429

Kleine, Alfons: Das Schicksal der Holzmindener Juden in der Zeit des Dritten Reiches,
Schriftliche Hausarbeit, Gesamthochschule Paderborn, 1977

Kretschmer, Paul: „Die Weser-Solling-Stadt Holzminden — wie sie wurde, was sie ist", Holzminden 1982

Kuessner, D. (Hrsg.), Freundeskreis der Braunschweigischen Kirchen- u. Sozialgeschichte (Hrsg.), Arbeiten zur Geschichte der Braunschweigischen ev.-luth. Landeskirche im 19. u. 20. Jahrhundert Nr.6 „‚Kristallnacht' und Antisemitismus im Braunschweiger Land", Büddenstedt-Offleben, 1988

Löb, Abraham, Die Rechtsverhältnisse der Juden im ehemaligen Königreich Hannover, Dissertation Universität Göttingen, Verlag J. Kauffmann, 1908, Frankfurt/M.

Manegold, Karl-Heinz (Hrsg.), Autoren: Uta Schäfer-Richter und Jörg Klein: Ein Gedenkbuch - Die jüdischen Bürger im Kreis Göttingen, Wallstein-Verlag, Göttingen, 1992

Martin, B. u. Schulin, E., Die Juden als Minderheit in der Geschichte, dtv, Nov. 1981, Nr. 1745

Marx, Albert, Geschichte der Juden in Niedersachsen, Hannover, 1995
Meyers Enzyklopädisches Lexikon Bd. 1-25, Bibliographisches Institut Mannheim, Wien , Zürich, 1979

Pehle, Walter H. (Hrsg.): Der Judenpogrom 1938, Fischer Taschenbuch 4368

Rauls, Wilhelm, Stadtoldendorf unter der Homburg und das Kloster Amelungsborn (1974)

Rauls, Wilhelm: Deensen, Braak u. Schorborn (1983)

Rosenstein, Paul, Narben bleiben zurück, Lebenserinnerungen, Kindler und Schiermeyer Verlag, 1954

Rothschild, Ephraim , 1808-1901, persönlich niedergeschriebene Lebenserinnerungen, Stadtoldendorf, Familienbesitz

Scheffler, Wolfgang : „Judenverfolgung im 3. Reich", Colloquium-Verlag, Berlin, 1964

Schoeps, Julius H., Neues Lexikon des Judentums, Bertelsmann

Sternberger, Günter (Hrsg.): Die Juden - ein hist. Lesebuch, München: Beck, 1995

Walk, Joseph (Hrsg.), „Das Sonderrrecht für die Juden im NS-Staat", C.F. Müller Juristischer Verlag, Heidelberg, Karlsruhe, 1991

Würzburger, Ernst , Höxter: Verdrängte Geschichte, Verlag „Villa Huxori", Höxter 1990

Zitierte Akten zur Geschichte der Juden in Stadtoldendorf aus den Archiven: Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel, Staatsarchiv Hannover, Kreisarchiv Holzminden

Nds. Staatsarchiv Hannover, Quellen Juden allgemein

Sonderfindbuch Nr. 5, Juden, Enno Schönningh

Hann 52 Nr. 1867
Verzeichnis der im Canton Stadtoldendorf, Distrikt Einbeck wohnenden Israeliten männlichen Geschlechts (napoleonische Zeit)

Archiv Hannover, Akten zur Arisierung von jüd. Betrieben und Verwaltung von jüd. Vermögen:

NDS 210 Acc. 705
Landesamt zur Verwaltung gesperrten Vermögens, betr. Wiedergutmachung Weberei A.J. Rothschild Söhne

Hann-210. Acc. 32/69, Nr 10. lfd.Nr. 95
Betriebsprüfungen, alllgem. Anweisungen für die Durchführung, 1932-1941

Hann-210 Acc. 32/69, Nr 9, dto. 1935-1944

Hann. 210. Acc. 48/67, Nr.54, lfd.Nr. 126
Verwaltung der Reichsliegenschaften, Wiederverwertung beschlagnahmter Grundstücke, inbesondere ausgebürgerter Personen, Juden

Hann-210, lfd.Nr. 869
Aufgabenverwaltung, 4. Wirtschaftsstatistik u. Geschäftsberichte

Betr. Organisation u. Verwaltung, Landesfinanzamt u. die nachgeordneten Behörden:

Hann-210, Acc. 40/86 Nr. 1, lfd. Nr. 21
Neuordnung der Zuständigkeit der einzelnen Finanzämter, 1931-1939

Hann-210, Acc. 40/86 Nr. 2, lfd. Nr. 23
Neuordnung der Zuständigkeit der einzelnen Finanzämter, Raum Hermann Göring-Werke, Salzgitter

Hann-210, Acc. 61/70, Nr. 18, lfd.Nr. 4
Schriftwechsel mit kommunalen Behörden, IHK Hannover, Betr. Gründung des VW-Werkes, Wolfsburg

Hann-210, Acc. 61/70, Nr. 17/1, lfd.Nr. 1
Schriftverkehr mit vorgesetzten Dienststellen, 1929-1941

Hann-210, Acc. 61/70, Nr. 15/1, lfd.Nr. 3
Schriftverkehr mit Reichsbehörden

Betr. Besitz- u. Verkehrssteuertabellen:

Hann. 210 Acc. 40/86Nr. 16, lfd.Nr. 75
Steuerliche Behandlung von Betrieben und einzelner Berufssparten

Hann. 210 Acc. 40/86 Nr. 31, lfd.nr. 81
Körperschaftssteuerpflicht für Pensions- u. Unterstützungskassen etc., 1929-1943

Betr. Devisenvergehen u. Reichsfluchtsteuer:

Hann. 210, Acc. 42/84 Nr. 2, lfd.Nr. 128
Oberfinanzpräsident, Geschäftspläne der Präsidialstelle (1938), Geschäftspläne der Devisen-, Straf- u. Rechtsabteilung

Hann. 210, Acc. 42/84 Nr. 1, lfd.Nr. 129
Verzeichnis reichsfluchtsteuerpflichtiger Personen im Bezirk des Oberfinanzpräs. Hannover

Hann. 210, Acc. 42/84, Nr. 4, lfd.Nr. 130
Bericht über eine bei den Juden Robert u. Hans Altschul?, Hannover, vorgenommene Spezialprüfung

Hann. 210. Acc. 42/84, Nr. 5, lfd.Nr. 131
Anträge auf Verbringung von Devisen ins Ausland, enthält Einzelfälle

Personalakten des Zuchthauses Hameln zu den Gesellschaftern der Weberei A.J. Rothschild Söhne: Matzdorf, Schoenbeck und Wolff
Hann. 86 Hameln Acc. 143/90

Niedersächs. Staatsarchiv Wolfenbüttel:

Allgemeine Übersicht zu den Beständen betreffend Juden in Stadtoldendorf

12 Neu, Fb. 13g-k	Juden
39 Slg	Judeninventar
130 Neu (46)	Stadtoldendorf 1826-1936
	Juden 1815-1938 (40)
42B Neu	Sondergerichtsakten Braunschweig
139 Neu	Gewerbeaufsichtsamt Holzminden

Zitierte Akten:

52 Nds. 720, Acc. 61/79 Geschäft des Juden Lichtenstein STOD, Pogromnacht 9./10. Nov. 38

12A Neu Fb13h Nr. 16 059
Übersicht über die Zahl der Juden, der Mischlinge 1. Grades und 2. Grades auf Grund der Volkszählung vom 17. Mai 1939

3A Kb.2 Abt. 1
Juden in Merxhausen

BestellNr: 130 Neu, 3 Nr 351
Erlaubnis für den Kaufmann Abraham Rothschild in Stadtoldendorf zum Ankauf eines Hauses, 1815-1826

BestellNr: 130 Neu, 3 Nr 341
Antrag des Landrabbiners Dr. Herzfeld wegen Bildung einer jüd. Gemeinde im Amtsbezirk Eschershausen 1850-1853

BestellNr: 130 Neu, 3 Nr. 343
Regelung der Rechtsverhältnisse der Juden

BestellNr: 130 Neu, 3 Nr 507 u 508
Treuhändertätigkeit des Bankdirektors Rudolf Bartels bei der Firma A.J. Rothschild Söhne AG

Adolf-Wolff-Stiftung, 1901-02, LfdNr: 3811, BestellNr: 130 Neu, 3 Nr. 2406

Charlottenstift 1905-1933, LfdNr: 4062, BestellNr: 130 Neu, 3 Nr 2940

Lore-Schoenbeck-Stiftung 1936-47, LfdNr: 3838 u. 3839, BestellNr: 130 Neu, 3 Nr. 2416 u. 2420

Paul-Levy-Stiftung 1917-1947, LfdNr: 3826, BestellNr: 130 Neu, 3 Nr. 2417

Merxhausen, Fa. J.S. Rothschild 1927-28, LfdNr: 3439

Judenstammrolle im Amtsbezirk ST 1839-1888, BestellNr: 130 Neu, 3 Nr. 1008

Auszug aus der Judenstammrolle des Amtsgerichtsbezirkes ST 1934-38, BestellNr: 130 Neu, 3 Nr. 1149

Rechnungsbuch des Juden Callmann Sollinger, u.a. viele Eintragungen über Lieferungen an das Gut von Campe
BestellNr: 202N 1372

Gestapoakten 87a, lfd.Nr. 9

Kreisarchiv Holzminden:
Akte: „Sicherheits- u. Ordnungspolizei - Verzeichnisse der jüd. Gewerbebetriebe im Landkreis Holzminden, Verzeichnis in Schutzhaft genommener jüd. Personen aus dem Landkreis Holzminden in der Pogromnacht 9. /10. November 1938"

Betr: „Entjudung" jüd. Grundstücke und Häuser in Stadtoldendorf

Betr: Verkauf und Abbruch der Synagoge in Stadtoldendorf nach der Pogromnacht 9./10. November 1938

Bauakte des Landkreises Holzminden, betr. Baufälligkeit des Judenhauses in Merxhausen, 1971-1974

„Wer sich der Geschichte nicht erinnert, ist verurteilt, sie ein zweites Mal zu durchleben. Denken wir daran, wenn wir dieses Buch lesen."

Michael Fürst, Vorsitzender des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen

„Das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden in Stadtoldendorf wird, von Betroffenen und Zeitzeugen gleichermaßen, bis zum Zeitpunkt der Machtübernahme der Nazis als harmonisch beschrieben.
Aber auch in Stadtoldendorf hatten die Nazis breiten Rückhalt. Historische Akten der Stadtverwaltung zeigen in erschreckender Weise, wie die Beamten zu Schreibtischtätern wurden. In akribischer Anwendung der geltenden Gesetze vollzogen sie den Ausschluß der jüdischen Einwohner aus dem öffentlichen Leben und die später folgende Deportation. Dabei waren die Opfer den Tätern nicht unbekannt, nicht selten hatte man gar die Schulbank miteinander geteilt.
Die Kurzbiographien von 123 ehemaligen jüdischen Einwohnern wurden in diesem Buch in den Vordergrund gerückt, um ein Bewußtsein dafür zu schaffen, wer diese Menschen waren, deren Weg in die Emigration oder in die Gaskammern vor unserer Haustür begann."

Christoph Ernesti